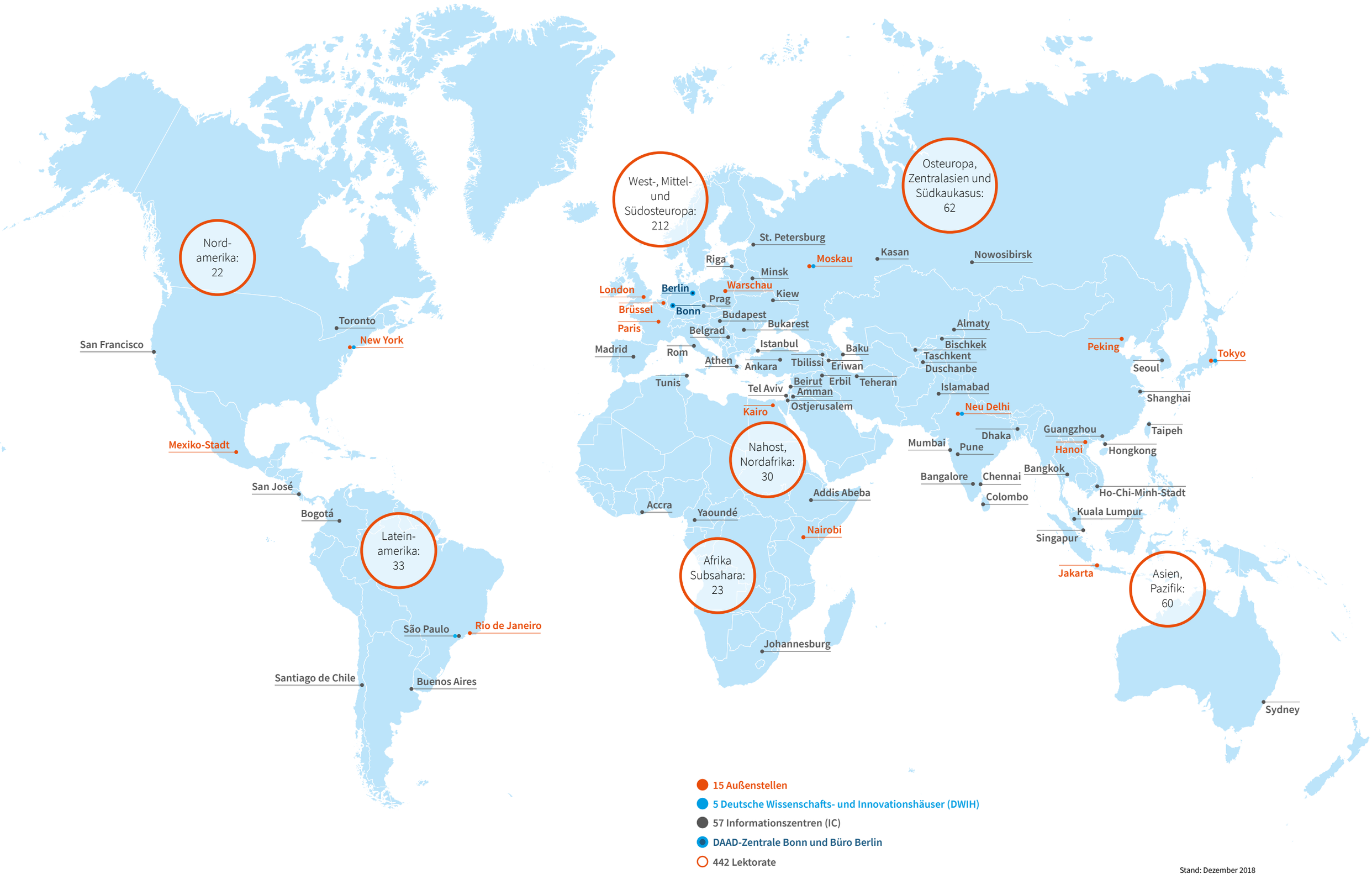
DAAD

Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service

AUßEN STELLEN BERICHT 2018

DAAD-PRÄSENZ WELTWEIT



- 15 Außenstellen
- 5 Deutsche Wissenschafts- und Innovationshäuser (DWIH)
- 57 Informationszentren (IC)
- DAAD-Zentrale Bonn und Büro Berlin
- 442 Lektorate

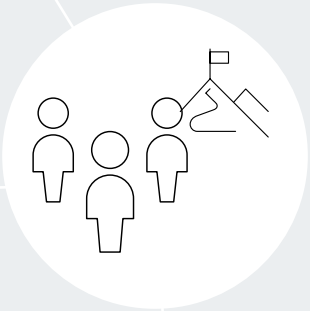
Stand: Dezember 2018

DER DAAD AUF EINEN BLICK

1.465.000

Geförderte aus Deutschland seit 1950, 81.508 im Jahr 2018

DAAD-Zentrale in Bonn sowie ein Hauptstadtbüro in Berlin



1.020.000

Geförderte aus dem Ausland seit 1950, 63.680 im Jahr 2018

32.000

Studierende sind weltweit in deutschen transnationalen Bildungsangeboten eingeschrieben.

15

Außenstellen in Partnerländern weltweit

5

Deutsche Wissenschafts- und Innovationshäuser (DWIH) in DAAD-Verantwortung

57

Informationszentren auf allen Kontinenten

5

Exzellenzzentren weltweit

442

Lektorate an Hochschulen im Ausland

20

interdisziplinäre Zentren für Deutschland- und Europastudien an ausländischen Hochschulen

168

Vereine von ehemaligen Geförderten in aller Welt

4 Vorwort

AFRIKA

6 KAIRO

18 NAIROBI

AMERIKA

30 MEXIKO-STADT

42 NEW YORK

54 RIO DE JANEIRO

ASIEN

68 HANOI

82 JAKARTA

94 NEU-DELHI

106 PEKING

120 TOKYO

EUROPA

132 BRÜSSEL

146 LONDON

158 MOSKAU

170 PARIS

182 WARSCHAU

194 Adressen

› Christian Müller
Stellvertretender Generalsekretär des
Deutschen Akademischen Austauschdienstes

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die Berichte der Leiterinnen und Leiter der DAAD-Außenstellen in der Welt spiegeln auf vielfältige Weise, dass die Welt eine andere geworden ist: viele politische Führungen, die bis gestern dialogbereit, multilateral, zumeist demokratisch und weltoffen waren, schotten sich heute ab, sind zunehmend autoritär, spielen die nationale Karte.

Brasilien: Ein ultrarechter ehemaliger Fallschirmjäger gibt sich unverhohlen rassistisch, frauenverachtend und homophob und wird mit diesem Weltbild zum Präsidenten von mehr als 200 Millionen Brasilianern gewählt. China: Hier verbinden sich steigender Wohlstand mit einem Anwachsen staatlicher Kontrolle und autoritärer Strukturen. Russland: In der „gelenkten Demokratie“ Russlands kommen auch repressive Machterhaltungstechniken zum Einsatz.

Das ist der eine Blick auf den Wandel der Welt. Der andere ist der, dass die Welt sich ungebremst immer mehr miteinander verschränkt. Denn die Wirtschaft geht den gegenteiligen Weg. Die digitale Vernetzung und die Logik der zunehmend kleinteiligeren Wertschöpfungsketten lässt die Weltwirtschaft immer stärker zu einem einzigen weltweiten Marktplatz verschmelzen.

Diese zunehmend rasantere Globalisierung stellt neue Anforderungen an die Arbeitsplätze der Zukunft. Wer hier bestehen will, braucht dafür Fachleute mit entsprechendem internationalem Profil. Damit ändern sich die Ansprüche an die Hochschulen. Sie werden internationaler, praxisnäher und berufsorientierter mit der Folge, dass die Hochschulen selbst immer stärker weltweit miteinander konkurrieren, aber auch stärker kooperieren wollen.

Der DAAD beobachtet, dass viele Regierungen zwar einen nationalen Diskurs propagieren, ihren Hochschulen aber gleichzeitig mehr Internationalität verordnen, um in der Ausbildung vorne mithalten zu können.

Beispiel Polen: Die Regierung setzt allen Widerständen im Land und in Europa zum Trotz auf einen nationalen Kurs und realisiert eine Reform nach der anderen. Für den Hochschulbereich hingegen schreibt sie in ihrer sogenannten

„Verfassung für die Wissenschaft“ Forschungsexzellenz und Internationalisierung fest.

China investiert nach den USA inzwischen so viel finanzielle Ressourcen in Hochschulen und Forschung wie kein Land der Welt und internationalisiert seinen Hochschulbereich immer schneller. Das Land der Mitte hat die höchste Anzahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen, steht mit der Peking- und der Tsinghua-Universität in der Spitzengruppe der Hochschul-Rankings, lädt zahlreiche ausländische Studierende mit Stipendien ein, in China zu studieren, und ist inzwischen das beliebteste Zielland für Studierende aus anglophonen afrikanischen Ländern.

Die Liste der Länder, die auf das Potenzial von Wissenschaft, guter Lehre und Ausbildung für Entwicklung und Fortschritt setzen, ist ebenso lang wie erfreulich. Die Länder Ostafrikas geben heute 15 Prozent ihrer öffentlichen Ausgaben für Bildung aus. Frankreich will die Willkommenskultur stärken, um die Zahl der internationalen Studierenden bis 2027 von 324.000 auf 500.000 zu erhöhen.

Indien, das voraussichtlich innerhalb der kommenden Jahre China als bevölkerungsreichstes Land ablösen wird, will die Zahl der Studienplätze um 10 Prozent ausbauen und mit der „Study-in-India“-Kampagne die Zahl der ausländischen Studierenden an indischen Hochschulen mittelfristig deutlich steigern.

Daraus folgt, dass man dem neuen Nationalismus und der Abkehr von multilateralen Vereinbarungen nicht das Feld überlassen darf – dass man im Gegenteil für die Bedeutung und den Nutzen internationaler Kooperation und Mobilität einstehen muss.

Die Aufgaben und Handlungsfelder für Organisationen wie den DAAD wachsen daher kräftig an. Die Strukturen des DAAD sind darauf gut vorbereitet. Die Außenstellen halten den Kontakt mit den Partnern vor Ort, sie beobachten die politische, wirtschaftliche, soziale und hochschulpolitische Situation im jeweiligen Gastland und stellen diese Expertise den deutschen Hochschulen zur Verfügung.

Umgekehrt bieten sie den Hochschulen, Studierenden und Ministerien in den Gastländern Informationen und Beratung über das deutsche Hochschulwesen und die Studienmöglichkeiten in Deutschland. Dabei arbeiten sie eng mit den deutschen Botschaften, dem Goethe-Institut, der Alexander von Humboldt-Stiftung, den Hochschulen und anderen Wissenschaftsorganisationen zusammen.

Für die Internationalisierungsstrategien der deutschen Hochschulen ist differenziertes Wissen über Wissenschaftssysteme, Standorte und zuverlässige Partner dringend erforderlich. Hier leisten die Außenstellen, die Informationszentren, die vom DAAD vermittelten Lektorinnen, Lektoren, Dozentinnen und Dozenten eine wichtige und einzigartige Arbeit.

Die Berichte der Außenstellen und der Jahresbericht des DAAD stehen Ihnen auf der Website (www.daad.de/berichte) auch elektronisch zur Verfügung. Dort finden Sie zusätzliche Informationen zu einzelnen Ländern und Programmen. Sie können auch das DAAD-Auslandsnetzwerk zur Beratung und Planung Ihrer Vorhaben in den verschiedenen Regionen nutzen.

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche und spannende Lektüre der Außenstellenberichte 2018!

Ihr

Christian Müller

KAIRO

LAND IM WANDEL – AUFBRUCH UND REFORMEN AM NIL

Isabell Mering leitet die DAAD-Außenstelle Kairo seit Oktober 2018. Die Vertretung des DAAD in Ägypten öffnete 1960 ihre Pforten und betreut mittlerweile auch den Sudan. In Kairo arbeiten 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Reformbemühungen, Innovation, Internationalisierung und Vision 2030: Vieles bleibt konstant und vieles bewegt sich am Nil. Capacity Building ist ein wichtiges Schlagwort für Regierung, Institutionen und Individuen. Ägypten will vorankommen, die regionalen und globalen Herausforderungen meistern und die Türen für internationale Kooperationen und Investitionen öffnen – nicht nur im Hochschulbereich.

Prägendes Thema zu Beginn des Jahres waren für Ägypten zweifelsohne die Präsidentschaftswahlen im März 2018. Neben dem amtierenden Staatspräsidenten Abdel Fattah el-Sisi stellte sich nur ein Gegenkandidat der Wahl. Trotz geringer Wahlbeteiligung bestätigte die Bevölkerung el-Sisi im Amt und sorgte damit im Land für politische Kontinuität. Abdel Fattah el-Sisi galt schon im Vorfeld als klarer Favorit. Weite Teile der Bevölkerung betrachten ihn weiterhin als den nötigen starken Mann in einer von Instabilität bedrohten Region.

Die Regierung sendet insgesamt positive Signale in Richtung Reformen, das Land gewinnt wieder an Attraktivität für Besucherinnen und Besucher, Investoren und Partner. Gleichwohl können nicht alle Probleme im Handumdrehen gelöst werden. Insbesondere die soziale Lage ist in Ägypten nach wie vor schwierig. Bevölkerungswachstum und Armut bleiben konstante Phänomene, Millionen Menschen kämpfen täglich ums Überleben. Die Abwertung des ägyptischen Pfunds und die sich hieraus ergebenden Preissteigerungen haben dazu geführt, dass über 30 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben, die Arbeitslosenquote liegt bei rund 12 Prozent. Gerade für junge Akademikerinnen und Akademiker bleibt der Zugang zum Arbeitsmarkt eine Herausforderung. Es mangelt nicht nur an Arbeitsplätzen im Allgemeinen, sondern auch an Praxis- und Marktorientierung von Studiengängen im Speziellen.

Die vormals schwindelerregende Inflation ist zwar rückläufig und hat sich laut Weltbank bei 3,5 Prozent stabilisiert, auch lag das Bruttoinlandsprodukt mit 332 Mrd. US-Dollar so hoch wie nie. Inflation und Kaufkraftverlust lassen mittlerweile jedoch auch Teile der Mittelschicht verzweifeln. Andererseits haben sich die makroökonomischen Bedingungen deutlich verbessert, Devisenreserven und ausländische Investition nähern sich wieder dem Niveau von 2010. Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) erklärte, dass ausländische Investitionen in Ägypten in der ersten Jahreshälfte 2018 im Vergleich zu 2017

› Neben Ägypten betreut die DAAD-Außenstelle Kairo mittlerweile auch den Sudan.

um 24 Prozent gestiegen seien. Zugleich wird ein Zuwachs privater Investitionen von 47 Prozent gemeldet.

Es bewegt sich etwas im bevölkerungsreichsten Land der arabischen Welt. Die großzügigen internationalen Kredite sind für Ägypten nicht nur Anreiz, sondern gleichsam Pflicht, tief greifende Wirtschaftsreformen durchzuführen, um Strukturprobleme zu lösen, Wachstum zu ermöglichen und makroökonomische Ungleichgewichte zu korrigieren. Nichtsdestotrotz fehlt in dieser staatlichen Strategie die Vision der Menschen selbst und ihr Wunsch nach einer nachhaltigen Entwicklung. Die fast konstanten sozialen Probleme sind Indiz dafür, dass ein echter Dialog zwischen den unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft und die Möglichkeit zur Partizipation weiterhin fehlen.

Langfristig setzt Ägypten auf eine Entwicklungsstrategie, die sich auf den Immobiliensektor und auf öffentlichkeitswirksame Megaprojekte stützt, sichtbar am Ausbau des Suezkanals und in der neuen administrativen Hauptstadt, die gut 50 Kilometer östlich von Kairo entsteht. Rein äußerlich lassen sich bereits Fortschritte in Sachen Infrastruktur und Großprojekte feststellen. Die neue Hauptstadt nimmt langsam Form an, Autobahnen werden modern ausgebaut, das Grand Egyptian Museum steht kurz vor der Eröffnung. Siemens ist mit dem Bau von Kraftwerken früher als geplant fertig geworden und hat damit zu einer Stabilisierung der Energieversorgung beigetragen. Dennoch ist zu beklagen, dass produktive Sektoren, eine effektive Exportstrategie für nachhaltiges Wachstum und die Weiterbildung in der staatlichen Reformvision bisher noch zu kurz kommen. Weitere Reform-

Großes Alumnitreffen im Sudan

Es war eine Premiere: Im Januar 2018 trafen sich auf Einladung des DAAD über einhundert sudanesische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit der Generalsekretärin des DAAD und dem Deutschen Botschafter bei einem Alumnitreffen in Khartoum. „Diversität“ lautete das Tagungsthema, das damit nicht nur die politischen und kulturellen Herausforderungen des Landes reflektierte, sondern auch ein Grundprinzip innovativer Wissenschaft. So dienten Fachvorträge, die sich mit Phänomenen der Vielfalt in sozialen, historischen, medizinischen oder biologischen Kontexten befassten, immer auch der übergeordneten Diskussion von Diversität als Wert und Herausforderung. Aktuelle Fragestellungen wie Migration und Klimawandel kamen ebenso zur Sprache wie die überraschende Buntheit des kulturellen Erbes. Dr. Cornelia Kleinitz von der Forschungsstelle Sudan der Humboldt-Universität zu Berlin konnte dazu in ihrem Eröffnungsvortrag über Graffiti im sudanesischen Altertum faszinierende Einblicke aus archäologischer Perspektive bieten. Weitere deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler trugen zur strategischen Nutzung von Vielfalt in den Agrarwissenschaften bei oder zu ihrer gesellschaftlichen Organisation durch juristische Rahmenbedingungen.

› Brücken schlagen in den Sudan: Großer Erfolg für das erste große Alumnitreffen in Khartoum - die Alumni sind äußerst engagiert und pflegen ihre Kontakte nach Deutschland.

In einer angespannten politischen und wirtschaftlichen Situation bekam die starke Resonanz des Treffens eine besondere Note. Jenseits von Embargos und Konflikten kann der akademische Diskurs Brücken schlagen und Zukunftsperspektiven aufzeigen. Zentrale Akteure waren dabei auch die Alumni des DAAD, die in ihren Fächern und Institutionen eine bedeutende Rolle spielen. Der DAAD-Alumniverein des Sudans pflegt die Bindung an Deutschland und an die deutsche Wissenschaft regelmäßig in Fortbildungsveranstaltungen und Jahresversammlungen. DAAD-geförderte Kooperationsprojekte in mehreren Disziplinen sorgen dafür, dass auf beiden Seiten eine neue Generation heranwächst, die das Potenzial der deutsch-sudanesischen Zusammenarbeit aus erster Hand erfährt.

vorhaben in den Bereichen Bildung, Hochschulen und Forschung, Innovation und Entrepreneurship lassen aber auch hier auf eine positive Entwicklung hoffen.

Der Tourismus ist neben Landwirtschaft und Dienstleistungen nach wie vor die wichtigste Einnahmequelle des Landes und nimmt erfreulicherweise wieder Fahrt auf – nicht zuletzt dank stark steigender Besucherzahlen aus Deutschland. Die Zahl der Touristen und Touristinnen ist im Vergleich zu 2017 um 40 Prozent gestiegen. Lonely Planet führt die Region von Luxor bis Assuan auf dem ersten Platz der Top-10-Reiseziele.

Trotz dieser generell positiven Aufbruchstimmung ist die Sicherheitslage mancherorts nicht zu unterschätzen: Obwohl die Behörden überall erhöhte Sicherheitsvorkehrungen treffen, gelingt es Terrorgruppen immer wieder, Anschläge durchzuführen, so zuletzt auf koptische Christen in Minia im Süden des Landes und auf einen Touristenbus in der Nähe der Pyramiden in Kairo. Auf Anschläge reagiert der ägyptische Staat meist unverzüglich mit Festnahmen bis hin zu Großoffensiven gegen militante Extremistengruppen. Die Reaktionsstärke des Staates und des Militärs dienen zweifelsohne auch dazu, Verunsicherung in der Bevölkerung und im Ausland zu vermeiden.

Für die deutsch-ägyptischen Beziehungen war der Besuch von Staatspräsident el-Sisi Ende Oktober in Deutschland ein besonderer Höhepunkt: Mit Bundeskanzlerin Merkel und Bundesaußenminister Maas diskutierte er Fragen der Sicherheit, Terrorismusbekämpfung, Lösung von regionalen Krisen, der (illegalen) Migration, Digitalisierung und Modernisierung des Verkehrssystems. Insgesamt unterzeichneten Ägypten und Deutschland fünf Abkommen zur Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Handel und Industrie. Im Dezember folgte ein Abkommen zur Förderung der Berufsbildung und des Privatsektors sowie ein Vertrag zur technischen Zusammenarbeit. Den Reformwillen bewertet auch die deutsche Seite äußerst gut, er wirkt sich positiv auf das Investitionsklima und die deutsch-ägyptische Entwicklungszusammenarbeit aus.

Wie die Maghrebstaaten blickt auch Ägypten nach Subsahara und sieht sich selbst als Tor in den Süden sowie als Brücke der Stabilität und Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa. Äußerst positiv sehen viele das Engagement Ägyptens im Umgang mit Einwanderern und Geflüchteten. Die Strategie der Regierung, die legale Migration als Entwicklungsinstrument für das Land selbst zu nutzen, könnte auch für andere Staaten Modellcharakter haben. Beim Afrika-Forum in Sharm el-Sheikh kündigte el-Sisi Maßnahmen und Pläne an, um Investitionen in afrikanischen Ländern anzukurbeln, was konform ist mit den Zielen der „Agenda 2063“ der Afrikanischen Union. Megaprojekte und innovative Themen wie Technologietransfer und Digitalisierung spielen auch hier auf der übergeordneten politischen Agenda eine wichtige Rolle.

› Antworten auf Krise und Konfliktherde: Der Cluster „Cultural Heritage“ gibt neue Impulse für das Projekt COSIMENA und schafft eine für die gesamte Region wichtige Plattform.

CULTURAL HERITAGE CLUSTER CONFERENCE

Die Definition dessen, was kulturelles Erbe im Nahen Osten bedeutet, unterliegt einem stetigen Wandel. Wie kann dieses Erbe in Zeiten bewaffneter Konflikte geschützt werden? Weshalb ist Kooperation eines der Kernelemente zur Wiederbelebung kulturellen Erbes? Darüber diskutierten führende Experten und Expertinnen der Archäologie, Geschichte und Museologie aus Deutschland, dem Sudan, Ägypten, Marokko, Libanon und Jordanien. Die Veranstaltung war gleichzeitig die Eröffnung des 2018 in das COSIMENA-Projekt neu aufgenommenen Clusters „Cultural Heritage“.

Eine Plattform für Vernetzung ist ein spezieller Wunsch aller Stakeholder – aufgrund der politischen Situation und der diversen Krisen, aber auch wegen der bereits existierenden Leuchttürme deutsch-arabischer Zusammenarbeit im diesem Fach. Rege Diskussionen zeigten, dass Treffen von Fachleuten und der Zivilgesellschaft am besten als Katalysator geeignet sind, um dauerhafte wissenschaftliche Kooperationen entstehen zu lassen und nachhaltige Impulse zur Bewahrung von kulturellem Erbe zu setzen.

Weitere Informationen: www.daad.eg/Xyjcn

› Der 12. Studieninformationstag an der Deutschen Evangelischen Oberschule in Kairo (DEO) erreichte ca. 450 Schülerinnen und Schüler der 11. und 12. Klassenstufen der sieben deutschen Auslandsschulen. Die Veranstaltung findet seit 2006 statt.

Der Hochschulsektor

Nach den Präsidentschaftswahlen kann die DAAD-Außenstelle in relevanten Bereichen auf Kontinuität bauen. Die Minister für Hochschule und Forschung, Prof. Dr. Abdel Ghaffar, sowie für Bildung, Prof. Dr. Tarek Shawky, führen ihre Ämter fort. Beide agieren im Sinne des staatlichen Reformwillens und bringen für das jeweilige Ressort wichtige Projekte voran.

So setzt sich der äußerst ambitionierte Bildungsminister für eine komplette Reform des Bildungswesens ein. Er betrachtet das alte System als Auslaufmodell und will es durch ein neues „Erziehungssystem 2.0“ ersetzen. Mittelfristig geht es um die Neugründung von 50.000 Schulen und die Ausbildung von zwei Millionen Lehrenden für 20 Millionen Schülerinnen und Schüler. In diesem System soll die ägyptische Identität bewahrt werden. Gleichzeitig sollen in den Schulen der Welt zugewandte Bürger und Bürgerinnen mit „life skills“ sowie mit Toleranz und Offenheit erzogen werden.

Die Hochschulpolitik steht ganz im Zeichen der Vision 2030, die unter anderem eine Ansiedlung internationaler Hochschulen mit Branch-Campus-Gründungen vorsieht. Die Staatsspitze setzt hohe Erwartungen in dieses Ziel, das die Internationalisierung und Profilierung Ägyptens als Bildungs-Hub vorantreiben soll. Es wird aber letztlich nichts an der schwierigen Lage der staatlichen Massenuniversitäten ändern, die nach wie vor verpflichtet sind, hohe Zahlen an Studierenden aufzunehmen, und die gleichzeitig unter einer völlig überlasteten Infrastruktur und fehlendem Praxisbezug leiden. Dass in Ägypten eine hohe Arbeitslosigkeit unter Akademikern und Akademikerinnen und ein akuter Braindrain zu verzeichnen sind, verwundert angesichts der Situation nicht.

Die Internationalisierungsagenda und die Ansiedlung ausländischer Campusse sehen viele als Allheilmittel. In Ländern wie Großbritannien und Schweden, von deren Universitäten man sich ein Engagement in Ägypten erhofft, stößt diese staatliche Top-down-Initiative bisher eher auf Skepsis, da Statusfragen bisher noch ungeklärt sind und keine Marktanalysen vorliegen. Neben der starken Fokussierung auf Hochschulgründungen in der neuen Verwaltungshauptstadt setzt der Staat parallel auf Dezentralisierung und strebt Ausgründungen in neu entstehenden Satellitenstädten an.

Aufgrund des Mangels an Praxisbezug in der Hochschulbildung rückt auch das deutsche Modell der Hochschulen für angewandte Wissenschaften immer mehr in den Fokus der Aufmerksamkeit bei Entscheidungsträgern: Die erste Gründung einer University of Applied Sciences nach deutschem Vorbild ist mit dem Abkommen zum Aufbau der German International University (GIU) in der neuen administrativen Hauptstadt und in Zusammenarbeit mit der German University in Cairo (GUC) bereits auf dem Weg. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren.

Insgesamt ist derzeit eine regelrechte Gründungseuphorie für neue Hochschulen ausgebrochen. Ob diese Hochstimmung anhält und die Pläne realisierbar sind, hängt von Finanzierungs- und Nachhaltigkeitsfragen sowie validen Marktanalysen ab, aber auch davon, ob sich deutsche Hochschulen in langfristigen Großprojekten in Ägypten engagieren möchten.

SCIENTIFIC STORYTELLING – WISSENSCHAFT TRIFFT JOURNALISMUS

Mit den Events zum „Scientific Storytelling“ setzte der DAAD Akzente für eine verbesserte Kommunikation zwischen Fachcommunity und Zivilgesellschaft: Die Initiative geht auf das Pilotprojekt „Schreiben über Wissenschaft“ in 2017 zurück und ist eine Kooperation zwischen DAAD und Goethe-Institut Kairo. Im Zuge des bisherigen Projektverlaufs trainierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in mehrtägigen Workshops gemeinsam mit Journalistinnen und Journalisten, um komplexe Forschungsthemen verständlich und in attraktiver Form vermitteln zu können. Paneldiskussionen ermöglichten einem interessierten Publikum Einblicke in innovative und regional bedeutende Themen wie Solarenergie, Wassermangel und Gentechnik. Komplexe fachliche Inhalte übersetzt in eine verständliche Sprache – Wissenschaft für alle und als Motor für Entwicklung und Fortschritt jenseits exklusiver Fachkreise.

Um die Leistungsfähigkeit der staatlichen Hochschulen mit Blick auf Berufschancen und Wettbewerbsfähigkeit der Forschung zu fördern, setzt der ägyptische Staat seit Neuestem auf Unternehmergeist. So sollen alle Studierenden auf die Option der Selbstständigkeit vorbereitet werden, gerade Start-up-Gründungen sind eine besonders beliebte Option, die auch Wirtschaft und internationale Geber unterstützen. Universitäten sollen zudem in die Lage versetzt werden, Forschungsergebnisse zu kommerzialisieren. Das war bislang untersagt. Eine verstärkte Praxisorientierung lässt sich erfreulicherweise auch an der Entwicklung von Career Services an öffentlichen Universitäten beobachten.

Momentan ist rein äußerlich viel Bewegung, Reform-, Innovations- und Internationalisierungswille in Ägypten zu spüren. Einschnitte bis hin zu kontraproduktiven Maßnahmen kommen allerdings zum Tragen, wenn es um Sicherheitsaspekte geht. Langwierige Verfahren bei Sicherheitsgenehmigungen schränken Forschungsvorhaben und Mobilität bisweilen sehr ein, obschon Internationalisierung und Forschungsförderung zentrale Aspekte der Hochschulpolitik darstellen.

› Wissenschaft trifft Journalismus: Im Rahmen des Projekts „Scientific Storytelling“ werden fachliche Themen für die Öffentlichkeit verständlich dargestellt.

DAAD-Arbeit vor Ort

Die Zusammenarbeit mit dem hiesigen Hochschulministerium profitiert vom Verbleib des Ministers im Amt. Der DAAD gilt als vertrauenswürdiger Partner im Land und der allgemeine Reformwille spiegelt sich auch in den konstruktiven Gesprächen mit den diversen Partnern wider, die die Expertise des DAAD im Bereich der Internationalisierung schätzen und anfragen.

Dieser positive neue Spirit zeigt sich auch im Rahmen der Verhandlungen zu den kofinanzierten Stipendienprogrammen GERSS (Kurzzeit) und GERLS (Langzeit), die 2019 in ein neues Abkommen münden. Neu ist hier allerdings, dass im Rahmen der Regularien des Missions Depart-

ment im Hochschulministerium keine Bewerbungen von Angehörigen privater Universitäten und Forschungsinstitute sowie von Freiberuflerinnen und Freiberuflern mehr möglich sind. Das Ministerium setzt klar auf eine Rückkehr der Geförderten in das staatliche System und den daraus resultierenden Mehrwert für das Land. Damit niemand Nachteile erfährt, stehen die regulären DAAD-Stipendienprogramme für Bewerbungen aus allen Hochschulen und Forschungseinrichtungen offen.

Der DAAD konnte das Projekt „Clusters of Scientific Innovation in the Middle East and North Africa“ (COSIMENA) erfolgreich um die zwei Fachcluster Agrar und Cultural Heritage erweitern. COSIMENA intensiviert die wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen von fachspezifischen Clustern und macht die Netzwerke zwischen Forschern und Wissenschaftlern sowie Universitäten in Deutschland und Ländern der MENA-Region sichtbar. Das Projekt erfreut sich großer Beliebtheit: An der zweiten German Science Night nahmen mehr als 600 vorwiegend junge Ägypterinnen und Ägypter

› Abschied und Übergabe: Im Rahmen einer großen Alumniveranstaltung und im Beisein von DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüland und Botschafter Julius Georg Luy wurde im Oktober Dr. Roman Luckscheiter feierlich verabschiedet und Isabell Mering in ihr Amt als neue Leiterin der Außenstelle Kairo eingeführt.

teil. Mit dem siebten German Science Day konnte der DAAD rund 500 PhD-Kandidatinnen und PostDocs erreichen. Im November fand eine erste Veranstaltung im Agriculture-Cluster an der Universität Khartoum im Sudan statt. Die

› Talentierte Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler präsentieren ihre innovativsten Ideen: Das Falling Walls Lab Egypt weckt großes Interesse. 2018 verzeichnete Ägypten die vierthöchste Anzahl an Bewerberinnen und Bewerbern weltweit.

diversen Aktivitäten stoßen überall auf positive Resonanz: Die fachliche Clusterbildung bezeichnete ein Science Counselor Meeting der EU-Delegation als Best Practice, an der man sich für eigene Vorhaben orientieren wolle, um die Vielzahl von Förderungen wirksam zu bündeln.

Die Nachfrage nach den wöchentlichen Info-Sessions zu Studium und Forschung in Deutschland sowie nach täglichen Sprechstunden ist ungebremst. Der Studieninformationstag für die deutschen Auslandsschulen war sehr gut besucht und erfährt wachsenden Zuspruch seitens der deutschen Hochschulen. Die Lektorate an der Helwan-Universität und in Alexandria sind erfolgreich nachbesetzt, auch die Langzeitdozentur für Politikwissenschaften an der Cairo University wird fortgeführt. Veranstaltungen für Alumni bietet der DAAD ganzjährig an. Zum ersten Mal konnte der DAAD ein großes Alumnitreffen im Sudan in Anwesenheit von DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüland organisieren. Mit der zweiten Auflage der „Cairobi Talks“ und der Einladung von Alumni aus den Nilanrainerstaaten schlägt die Außenstelle eine weitere Brücke von Ägypten nach Subsahara-Afrika.

Im Zentrum des Interesses stehen nach wie vor auch die beiden Leuchttürme der transnationalen Bildung: Die German University in Cairo (GUC) und der TU Berlin Campus El Gouna. Die GUC zählt mittlerweile rund 12.000 Studierende,

ALMENA2 – FOLLOW-UP UND ERFOLGSMODELL

Mit 30 Vortragenden aus neun Ländern und über 80 Gästen zog die zweite alMena-Konferenz im November in Kairo erneut Germanistinnen und Germanisten aus der ganzen MENA-Region und dem Sudan an. Im Fokus standen die aktuellen Herausforderungen in Bezug auf Curriculaentwicklung in der MENA-Region, das Spannungsfeld zwischen DaF-Studieninhalten und klassischer Germanistik, aktuelle Hochschulreformbemühungen sowie die steigende Nachfrage nach studienbegleitendem Deutschunterricht und Fachsprache. Germanistik – quo vadis? Deutsch als Fremdsprache (DaF) als Allheilmittel? Besonders intensiv diskutierten die Teilnehmenden die Frage nach der Beschäftigungsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen aus Germanistik- und DaF-Studiengängen. Das Thema war auch Gegenstand einer lebendigen Podiumsdiskussion mit Vertretern und Vertreterinnen ägyptischer Unternehmen.

› Erfolgreiches Format: alMena2 versammelte Germanistik- und DaF-Expertinnen und -Experten aus neun Ländern in Kairo.

El Gouna eruiert eine Erweiterung des Projekts durch die Einführung von Bachelorstudiengängen. Beide Förderprojekte haben inzwischen positiv beschiedene Anträge auf Verlängerung – ab 2019 geht es hier in beiden Fällen in eine neue Entwicklungsrunde.

Ein besonderes zehnjähriges Jubiläum feierte die Ain Shams University mit dem Exzellenzzentrum für Studium und Forschung in Deutsch und Arabisch als Fremdsprache (EZ DAAF) und dem im Zentrum angesiedelten binationalen Masterstudiengang für Deutsch als Fremdsprache, den bereits rund 70 ägyptische Studierende erfolgreich abgeschlossen haben.

In Anbetracht der großen Anzahl deutsch-ägyptischer Hochschulkooperationen und Pläne sowie politisch bedeutsamer transnationaler Bildungsprojekte ist es wichtig, die Zusammenarbeit auf solidem Grund zu bauen. So konnten das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das ägyptische Hochschulministerium im Herbst eine Vereinbarung unterzeichnen, um bilaterale Hochschulkooperationen unterschiedlichen Typs besser zu unterstützen. Auch die Außenstelle Kairo wurde in ihrer besonderen Mittlerrolle und als unabhängige Beratungsinstanz gewürdigt. Die Vereinbarung soll baldmöglichst in ein Regierungsabkommen münden.

Die Außenstelle gilt für die ägyptischen Partner als wichtiger Anlaufpunkt und ist auch in Bezug auf die Reformbemühungen Ansprechpartner. Eine Themenreise für führende Verwaltungsangestellte ägyptischer Wissenschaftseinrichtungen nach Deutschland sollte dem Ziel Rechnung tragen, eine Modernisierung in der Verwaltung voranzubringen. Der DIES-Workshop „Management of Internationalization“ kam ebenfalls diesen Bemühungen entgegen. Auch die Module der DAAD Kairo Akademie (DKA) werden weiter ausgebaut und dienen dem Desiderat eines verstärkten Capacity Buildings im akademischen und administrativen Bereich – auch jenseits der Stadtgrenzen von Kairo, um dezentral den Wandel zu unterstützen. Das Vertrauen in die Marke „Made in Germany“ im Hochschul- und Forschungsbereich ist groß und hat in Ägypten weiterhin großes Potenzial.

Tabelle 1
Daten zum Bildungssystem Ägypten

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	93,38 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	15,76 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	11.150
Wirtschaftswachstum	4,3 %
Inflation	3,5 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 41
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 61
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 97
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	3,76 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	2,87 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	48,01 %
Immatrikulationsquote	36,23 %
Absolvent/innen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	541.042
PhD	6.877
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	0,72 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	18.109
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	1,88 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. Malaysia	
2. Kuwait	
3. Indonesien	
4. Thailand	
5. Syrien	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	25.719
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,90 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	3.819
Die beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. Vereinigte Arabische Emirate	
2. Saudi Arabien	
3. USA	
4. Deutschland	
5. Frankreich	

Quelle: DAAD, Statistik DESTATIS – Statistisches Bundesamt, Wissenschaft weltoffen, The World Bank, Data UNESCO, Institute for Statistics

Tabelle 2: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen Ägypten

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Ägypten
I. Individualförderung – gesamt	**A**	**412**
	D	**51**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	104
	D	22
Studierende auf Master-Niveau	A	56
	D	12
Doktorand/innen	A	222
	D	2
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	30
	D	15
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	76
	D	12
1–6 Monate	A	40
	D	17
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	296
	D	22
II. Projektförderung – gesamt	**A**	**1.139**
	D	**320**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	176
	D	47
Studierende auf Master-Niveau	A	466
	D	86
Doktorand/innen	A	136
	D	29
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	233
	D	134
andere Geförderte*	A	128
	D	24
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	700
	D	264
1–6 Monate	A	271
	D	37
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	168
	D	19
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	**A**	**121**
	D	**28**
1. Mobilität mit Partnerländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	61
	D	10
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	60
	D	18
DAAD-Förderung - gesamt (I + II + III)	**A**	**1.672**
	D	**399**
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		**2.071**

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD Fördermittel an deutsche Hochschulen für die Förderung der akademischen Mobilität a) aus Deutschland in das europäische Ausland (Mobilität von Einzelpersonen in Programmländer) und b) aus Deutschland in die gesamte Welt sowie aus der gesamten Welt nach Deutschland (Mobilität von Einzelpersonen mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2016 und damit auf die Laufzeit 1.6.2016–31.5.2018.

NAIROBI

AUFBRUCH IN DIE MODERNE: HOCHSCHULEN ALS TREIBER ODER GETRIEBENE?

Dr. Helmut Blumbach leitet die DAAD-Außenstelle Nairobi seit 2014. Die Außenstelle ist für ganz Ostafrika zuständig, besteht seit 1973 und hat zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wirtschaftswachstum und eine junge, bildungshungrige Bevölkerung machen Ostafrika zur international gefragten Partnerregion. Soll der Aufschwung nachhaltig sein, müssen die Regierungen den Bildungshunger stillen und Job-Perspektiven schaffen. Universitäten könnten dabei eine Schlüsselrolle spielen. Noch sind anwendungsorientierte Lehre und entwicklungsrelevante Forschung die Ausnahme. Der DAAD trägt dazu bei, dass sich das ändert.

Die Kennziffern, denen Afrika seinen Ruf als „Chancenkontinent“ verdankt, bleiben auch 2018 bemerkenswert: Die geschätzten Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts rangieren in Ostafrika zwischen 5,2 Prozent (Uganda) und 8,5 Prozent (Äthiopien) – Kenia mit seinem starken Finanz- und Dienstleistungssektor bleibt regionaler Hub des Wirtschaftsaufschwungs. Nairobi, wo die Bürotürme in den Himmel wachsen, ist zur „Boom Town“ geworden – mit Licht- und Schattenseiten.

Anhaltendes Wachstum und zwei große politische Überraschungen

Äthiopien und Kenia, die beiden Länder der Region, denen der wirtschaftliche Fortschritt die größten sozialen Umwälzungen abverlangt, sorgten 2018 für politische Überraschungen: Abiy Ahmed, äthiopischer Premierminister seit April 2018, leitete einen fundamentalen politischen Umschwung ein. Er gehört dem gleichen Parteienbündnis an, dessen Exponenten das Land lange autoritär beherrscht haben. Und doch sorgte er binnen weniger Monate für die Freilassung inhaftierter Oppositioneller und hob den wegen jahrelanger sozialer Unruhen bestehenden Ausnahmezustand auf. Außenpolitisch leitete er einen Aussöhnungsprozess mit dem Nachbarland Eritrea ein. Ob dies der Beginn einer „Revolution“ ist, wie manche schreiben, bleibt abzuwarten. Vielleicht ist aber die Hoffnung gerechtfertigt, dass das Land trotz des starken chinesischen Einflusses einen Weg beschreitet, auf dem wirtschaftliche Modernisierung und verbesserte Bildungschancen mit Demokratisierung und politischer Teilhabe der Bevölkerung einhergehen. Man möchte sich wünschen, dass Deutschland und Europa diese Entwicklung nach Kräften unterstützen. Für die deutsch-äthiopische Hochschulzusammenarbeit dürfte hilfreich sein, dass die Chefin des neu gegründeten Hochschul- und Wissenschaftsministeriums, Prof. Dr. Hirut Woldemariam, mit einem DAAD-Stipendium an der Universität

› Die kenianische Hauptstadt Nairobi vereint Tradition und Moderne, Christentum und Islam.

Köln in Afrikanistik promovierte und Deutschland und sein wissenschaftliches Kooperationspotenzial gut kennt (siehe Highlight-Kasten).

In Kenia hatten ein langer, ethnisch polarisierender Wahlkampf und die in den politischen und juristischen Auseinandersetzungen um die zweifach durchgeführten Wahlen schwächelnden Verfassungsorgane einen politischen Scherbenhaufen hinterlassen. Zunächst schien es, als gingen die Legitimitätskonflikte zwischen Regierung und Opposition 2018 ungebremst weiter. In einer symbolisch aufgeladenen Zeremonie ließ sich Oppositionsführer Odinga am 30. Januar im Freiheitspark von Nairobi als „People's President" vereidigen. Die Regierung nahm dies so ernst, dass sie unter Verletzung der Verfassung drei lokale Fernsehstationen, die live berichten wollten, vorübergehend schließen ließ. Wenige Wochen später dann das Kontrastprogramm: Am 9. März traten Präsident Kenyatta und Odinga nach offenbar wochenlangen geheimen Vorgesprächen mit einem „historischen Händedruck" vor die Öffentlichkeit. Man wolle die Wunden der Vergangenheit heilen, Kenia einen und gemeinsam für die Entwicklung des Landes arbeiten: Eine neuerliche Volte kenianischer Politik, die tatsächlich die politischen Spannungen erheblich entschärfte, das Land aber zugleich um eine wirkungsvolle Oppositionspartei gebracht hat.

Am 29. April stellten Kenyatta und Odinga ein 14-köpfiges „unity team" vor, das unter anderem aus Kirchenleuten, erfahrenen Politikern und Politikerinnen sowie zwei Universitätsvertre-

tern besteht. Möglicherweise gelingt es dieser Gruppe ja tatsächlich, Kenias politische Prozesse so zu verändern, dass sich das Land aus der erstarrten tribalistischen Konfrontation befreit und sich seinen eigentlichen Zukunftsaufgaben widmen kann.

Ansonsten blieben die Länder Ostafrikas 2018 leider bei ihrer angestammten Rollenverteilung: Der Bürgerkrieg im Südsudan geht in immer neue Runden, keiner der vielen ausgehandelten Waffenstillstände hält. Bis zu sieben Millionen Menschen droht nach Presseberichten erneut eine Hungerkatastrophe. Burundi bleibt instabil. Der Konflikt zwischen der Regierung von Präsident Nkurunziza, der sich 2015 entgegen der Verfassung für eine dritte Amtszeit wählen ließ, und seinen Kritikern und Kritikerinnen schwelt weiter. Die UN wirft der Regierung zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, Folter und politische Morde vor. Südsudan und Burundi sind, neben Somalia und der Demokratischen Republik Kongo, hauptverantwortlich für die Zahl von 4,5 Millionen Flüchtlingen innerhalb Ostafrikas (Zahlen des UNHCR für 2017). Ruanda unter Präsident Paul Kagame ist wirtschaftlich erfolgreich, aber der Preis für Stabilität und bescheidenen Wohlstand ist die Einschränkung der Bürgerrechte. Auch in Tansania regiert der 2015 demokratisch gewählte Präsident Magufuli als „Entwicklungsdiktator“, wie er sich selbst bezeichnet. Opposition und Medien geraten mehr und mehr unter Druck. Im Februar eskalierte die Situation, zwei führende Politiker der Oppositionspartei Chadema wurden ermordet. Mit homophoben Einlassungen und der offenen Ablehnung der Empfängnisverhütung brachte Magufuli zuletzt die Weltbank und westliche Geberländer gegen sich auf.

Defizitäre Hochschulen gefährden Entwicklungsziele

Nach einem Bericht der Weltbank („Africa’s Pulse“) könnten die ostafrikanischen Länder ihre Wachstums- und Entwicklungsziele verfehlen, weil es ein Missverhältnis zwischen dem Ausbildungsniveau und dem Bedarf des Arbeitsmarktes gibt – und das, obwohl Ostafrika mit Bildungsausgaben von 15 Prozent aller öffentlichen Ausgaben und fast 5 Prozent

› Studentinnen der Kenyatta University in Kenias Hauptstadt Nairobi.

WISSENSCHAFTLICHES SCHREIBEN: WORKSHOP IN TANSANIA

Führt meine Idee zu einer Forschungsfrage? Wie kanalisiere ich meine wissenschaftliche Neugier in ein Forschungsprojekt, das auch noch förderungswürdig ist? Mit diesen Fragen hilft die Außenstelle Nairobi in Zusammenarbeit mit ihren Alumni und mit Mitteln des Forschungsmarketings dem ostafrikanischen Wissenschaftsnachwuchs seit neun Jahren dabei, Forschungsideen zu formulieren, Forschungsvorhaben zu erarbeiten und schließlich DAAD-Stipendienanträge vorzubereiten.

Nach Trainings in Kenia und Ruanda – hier bietet der DAAD kofinanzierte Regierungsstipendienprogramme an – hatten 2018 zum ersten Mal tansanische Master-Absolventinnen und -Absolventen die Gelegenheit, einen von der Außenstelle konzipierten und organisierten eintägigen „PhD Proposal Writing Workshop“ zu besuchen.

Das Interesse an dem Workshop in Tansania war enorm und so konnten nicht alle Bewerbungen berücksichtigt werden. Die Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren enthusiastisch. Sie reichten von „hat mir die Augen geöffnet“ über „sehr produktiv“ bis hin zu dem Versprechen, „das Wissen und die Fähigkeiten mit meinen Kollegen und Studierenden zu teilen“.

des Bruttosozialprodukts an der Spitze der Entwicklungsländer liegt. Die Weltbank verweist auf Untersuchungen, die gravierende Kompetenzmängel von Hochschulabsolventen und -absolventinnen zutage fördern. Dafür verantwortlich sind Defizite der universitären Lehre, die der Expansion des Sektors und einer mangelnden Finanzierung geschuldet sind. Die Weltbank empfiehlt eine bedarfsorientierte technische und unternehmerische („entrepreneurial“) Ausbildung auf allen Stufen der Bildungssysteme, einen Fokus auf mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer und eine stärkere Zusammenarbeit von Hochschulen und Industrie. Diesem Ziel widmen sich auch einige der vom DAAD unterstützten Programme und Projekte.

Als einziges ostafrikanisches Land hatte Kenia in den vergangenen zwei Jahren ernsthaft begonnen, sein Bildungssystem von der Schule bis zur Universität modernen Kompetenzanforderungen anzupassen. Dieser Prozess geriet als Folge der politischen Stagnation des Wahljahres und aufgrund der langwierigen Regierungsbildung ins Stocken. Die vom früheren Bildungsminister Matiang’i und seinem Team angestoßene Bildungsreform ist nur in Ansätzen implementiert. Sie hat die Hochschulen nicht erreicht, sie vielmehr in eine Finanzkrise gestürzt.

Zwar wird laut allen Prognosen die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger längerfristig drastisch steigen, da der Sekundarschulbesuch seit 2018 kostenlos ist. Andererseits sank zunächst einmal die Zahl der Sekundarschulabsolventen, die sich mit ihrem Notenschnitt für ein Hochschulstudium qualifizieren, von 150.000 im Jahr 2015 auf 70.000 im Jahr 2017. Die Ursachen dieses Trends sind noch unklar. Eine wichtige Rolle spielt, dass die Behörden Korruption und Prüfungsbetrug an den Schulen wirksam bekämpft haben.

Im Ergebnis reichen nun erstmals die staatlich finanzierten Studienplätze aus, so dass alle Sekundarschulabsolventen und -absolventinnen, die sich formal für ein Hochschulstudium qualifizierten, einen Platz finden. Damit bricht die Nachfrage nach den umfangreichen Programmen für Studierende ein, deren Noten zwar gut genug waren, um zum Studium zugelassen zu werden, aber nicht gut genug, um staatlich finanziert zu werden. Diese „self-sponsored students“ entrichteten bisher beträchtliche Studiengebühren und bildeten neben den viel zu geringen staatlichen Zuwendungen die wichtigste Finanzierungsquelle der Universitäten. Die Krise in Kenias Hochschulsystem ist damit vorprogrammiert. Symptomatisch dafür war ein 78 Tage andauernder Streik der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die damit die seit

Äthiopien: Neues Ministerium mit DAAD-Alumna an der Spitze

Die Afrikalinguistin und Professorin an der Addis Ababa University, Prof. Dr. Hirut Woldemariam Teketel, ist eine von insgesamt zehn Frauen im neuen 20-köpfigen Kabinett Äthiopiens. Sie leitet das im Oktober 2018 neu geschaffene „Ministry of Science and Higher Education“. Regierungsverantwortung übernahm Hirut Woldemariam erstmals 2016 als „Minister of Culture and Tourism“. Im April 2018 wurde ihr die Leitung des „Ministry of Labor and Social Affairs“ übertragen. Prof. Dr. Hirut Woldemariam promovierte an der Universität zu Köln (2004), im Anschluss an ihren MA (1993) und BA (1988) im Fach Linguistik an der Addis Ababa University. Neben ihren breit gefächerten und international vernetzten Aktivitäten in Forschung und Lehre hat sie als mehrfache Vizepräsidentin nachhaltig zur Entwicklung ihrer äthiopischen Alma Mater beigetragen.

Dass die äthiopische Regierung ein Ministerium mit einem Schwerpunkt Hochschulbildung einrichtet, demonstriert ihre Entschlossenheit, die Industrialisierung des Landes mithilfe akademisch qualifizierter Unternehmerinnen und Fachexperten voranzutreiben. Seit Langem priorisieren Hochschulen des Landes ingenieurwissenschaftliche und technische Fächer und wenden dafür 70 Prozent ihrer Ausgaben auf.

› Naturwissenschaftliche Forschung ist auch in Afrika zunehmend weiblich – trotz aller Hürden und Herausforderungen.

› Erst DAAD-Alumna, dann Ministerin: Prof. Hirut Woldemariam steht seit Oktober 2018 an der Spitze des äthiopischen Wissenschaftsministeriums.

Über die letzten zwei Jahrzehnte expandierte die äthiopische Hochschullandschaft enorm. Während es 1995 nur zwei staatliche Hochschulen gab, existieren inzwischen mehr als 40. Auch die Zahl der eingeschriebenen Studierenden ist in zwanzig Jahren um ein Vielfaches von 35.000 (1995) auf mehr als 757.000 (2014) gestiegen.

Eine große Herausforderung für das neue Ministerium stellt eine arbeitsmarktorientierte Ausbildung dar, die in vielen Studiengängen noch nicht gegeben ist. Auch der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt ist in Äthiopien mit 0,6 Prozent noch sehr niedrig; in Deutschland liegt er bei 3 Prozent.

Für den DAAD eröffnet das neue Ministerium womöglich die Chance, die Kooperation mit Äthiopien weiter auszubauen. Seit 2009 existiert ein gemeinsames Stipendienprogramm von äthiopischer Regierung und DAAD für Doktorandinnen und Doktoranden aus ingenieurwissenschaftlichen und technischen Fächern. In der jetzigen zweiten Phase ist es kofinanziert. Jährlich können damit bis zu 40 neue äthiopische Stipendiaten und Stipendiatinnen für insgesamt drei sechsmonatige Forschungsaufenthalte nach Deutschland reisen.

Jahren ausstehenden staatlichen Einzahlungen in den Pensionsfonds erzwingen wollten.

Notwendig wäre es, die staatliche Hochschulfinanzierung in Kenia wie in ganz Ostafrika umzustellen. Diese erfolgt bisher rein quantitativ pro Kopf der Studierenden und schafft so kaum Anreize, die Qualität der Ausbildung zu erhöhen. Ein „New Deal“ könnte in einem indikatorengestützten, leistungsorientierten System bestehen: Kostendeckende staatliche Mittel für eine relevante, qualitätsgesicherte, am Arbeitsmarkt und an den Entwicklungsprioritäten orientierte Lehre und Forschung.

Aus der Arbeit des DAAD in Ostafrika

Die Programme und Projekte des DAAD und der deutschen Hochschulen in der Region zielen darauf ab, dass Ostafrikas Universitäten einen höheren Mehrwert für die Gesellschaften erbringen und damit eine auskömmliche staatliche Finanzierung rechtfertigen. Es gibt zwei große Baustellen: Die Relevanz der Lehre im Sinne der auch von der Weltbank geforderten Anwendungs- und Entwicklungsorientierung muss verbessert und es müssen Forschungskapazitäten an den Hochschulen aufgebaut werden, einschließlich einer quantitativ wie qualitativ angemessenen Doktorandenausbildung.

Das im Vorjahr mit Machbarkeitsstudien des DAAD und viel politischem und diplomatischem Elan angeschobene Projekt einer „Ostafrikanisch-deutschen Universität für angewandte Wissenschaften“ mit Sitz in Kenia ist 2018 leider nicht wesentlich vorangekommen. Auf kenianischer Seite fehlen nach wie vor die für den Abschluss eines Regierungsabkommens notwendigen interministeriellen Abstimmungen. Unabhängig von diesen Verzögerungen unterstützt der DAAD eine Initiative, um die Kenntnisse über das „Prinzip Fachhochschule“ in Kenia zu verbessern. Fünf Konsortien deutscher Fachhochschulen beteiligen sich und haben nach Gesprächen in Hochschulen, Unternehmen und mit der Regierung in Kenia Fortbildungsprogramme konzipiert. Diese ermöglichen Vertreterinnen und Vertretern kenianischer Partnerhochschulen Hospitationen in Deutschland. Kenia wurde 2018 zudem Pilotland eines neuen, vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanzierten DAAD-Programms mit dem Titel „Entrepreneurial University (EPU)“. Im Februar fand in Nairobi ein „Matchmaking Workshop“ statt, bei dem sich potenzielle deutsche und kenianische Hochschulpartner über das neue Programm informieren und finden sollten. Inzwischen sind zwei Projekte ausgewählt worden: In beiden geht es darum, unternehmerisches Denken und Handeln innerhalb der Hochschule zu verbreiten und entsprechende innovative Potenziale freizusetzen. Dafür wollen die Projekte schwerpunktmäßig mit Unternehmen zusammenarbeiten sowie Absolventen und Absolventinnen bei der Gründung von Start-ups unterstützen.

› Die Bibliothek der Kenyatta University in Kenias Hauptstadt Nairobi. Der Online-Zugang zu vielen internationalen Fachzeitschriften ist für afrikanische Universitäten noch kostenlos.

Doktorandenausbildung in Afrika

Die Doktorandenausbildung in Afrika bleibt in quantitativer wie qualitativer Hinsicht weit hinter dem Bedarf zurück. Dies ist, auf eine kurze Formel gebracht, das Ergebnis der im Juni 2018 publizierten Studie „Building PhD Capacity in Sub-Saharan Africa“, die vom DAAD in Nairobi gemeinsam mit dem British Council beauftragt und begleitet und von afrikanischen Sozialforscherinnen und -forschern in Südafrika, Kenia,

› Student in der Bibliothek der Kenyatta University in Nairobi.

Äthiopien, Senegal, Ghana und Nigeria durchgeführt wurde. Die Studie empfiehlt, die „Doktorandenproduktion“ stark auszuweiten, entsprechende staatliche Investitionen zu tätigen, eine Qualitätssicherung für Doktorandenprogramme einzuführen sowie die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu intensivieren.

Einige Schritte in diese Richtung konnte der DAAD bereits unterstützen: Im Rahmen des DIES-Programms entwickelte ein Team der Universität Stellenbosch in Südafrika ein Online-Trainingsprogramm „PhD Supervision“, das es mit sehr guter Resonanz 2018 erstmals ausgeschrieben hat. In Zusammenarbeit mit dem Inter-University Council for East Africa lief ein Projekt zur Erarbeitung von regionalen „Standards and Guidelines“ für die postgraduale Ausbildung. Das Team hat inzwischen ein Dokument fertiggestellt, das diese Standards festschreibt, die zugleich mit den bestehenden gesetzlichen Regelungen der ostafrikanischen Staaten konform sind. Nun muss es für die Universitäten in der Region verbindlich gemacht werden.

Ein gravierendes Problem bleibt, dass Studierende an den meisten Universitäten Ostafrikas bis zum Master-Niveau kaum mit Forschung in Berührung kommen und nicht darin bestärkt und unterstützt werden, eine Promotion auf der Basis eigener Forschungsinteressen anzugehen. Mit Unterstützung der Alumni bietet der DAAD in der Region Ostafrika „Proposal Writing Workshops“ an. Interessierte lernen hier, wie sie ein Exposé für eine geplante Promotion schreiben, das gut genug ist, um sowohl potenzielle Betreuer oder Betreuerinnen als auch eine DAAD-Auswahlkommission zu überzeugen.

Forschung über, mit und in Afrika als Aufgabe internationaler Hochschulkooperation

Relevanz ihrer Lehre sowie die Fähigkeiten zu eigenständiger Forschung beziehungsweise die damit verbundenen Kompetenzen zur Problemlösung entscheiden darüber, ob Universitäten in Afrika zu wichtigen Entwicklungsakteuren werden. Die oben zitierte Studie von DAAD und British Council zeigt, dass sich die meisten Hochschulen bisher die Chance entgehen lassen, gemeinsam mit Partnern in Unternehmen, Entwicklungsorganisationen und Regierungen entwicklungsrelevante Forschungsagenden zu formulieren und umzusetzen. Damit fehlt auch das inspirierende und motivierende Umfeld für Doktorandinnen und Doktoranden. Innerhalb Afrikas existiert dieses eher in Forschungszentren und Netzwerken (zum Beispiel im Agrar- und Gesundheitsbereich), die grenzüberschreitende Verbindungen unterhalten und international finanziert werden. Hier findet auch der DAAD im Rahmen der Surplace-/Drittland-Stipendienprogramme die besten Arbeitsbedingungen für Doktorandinnen und Doktoranden, die aktiv in laufende Forschungsprojekte integriert sind.

Ein ähnlich erfolgreiches Modell der Doktorandenausbildung könnten auch zwei 2018 gestartete große Vorhaben deutscher Hochschulen bewirken: Die Rede ist zum einen von dem neuen Sonderforschungsbereich „Future Rural Africa. Future-making and social-ecological transformation“ der Universitäten Bonn und Köln, der sich im August in Nairobi mit einer Auftaktveranstaltung für Ostafrika vorstellte. Zum anderen von dem in der neuen Runde der Exzellenzinitiative von der Universität Bayreuth gewonnenen

Cluster „Africa Multiple“, an dessen Konzept Wissenschaftlerinnen afrikanischer Partnerhochschulen mitgewirkt hatten. Gemäß dem Credo der Bayreuther Afrikastudien – „Forschung über Afrika nur mit Afrika“ – will das Projekt innovative Formen der interkontinentalen Wissenschaftskooperation entwickeln.

Afrika braucht in den nächsten Jahren viel mehr gemeinsame Forschung mit internationalen Partnern und internationaler Finanzierung, nicht zuletzt, um substanzielle Zahlen von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern forschungsorientiert auszubilden. Die vom DAAD geförderten afrikanischen Fachzentren mit ihrer entwicklungsrelevanten Lehre und Forschung leisten hierzu einen Beitrag. Sie wurden mehrfach positiv evaluiert und feierten 2018 ihr 10-jähriges Jubiläum. Mehr internationale Kooperation kann und muss die Zeit überbrücken, bis sich eine eigene, nationale oder kontinentale Wissenschaftsförderung etabliert hat und entsprechende Ressourcen bereitstehen.

› Afrika ist jung und experimentierfreudig.
Im Jahr 2015 waren 226 Millionen Afrikanerinnen und Afrikaner zwischen 15 und 24 Jahre alt.
Bis 2050 könnte sich diese Zahl verdoppeln.

Wenn sich der Verfasser, in seinem fünften und letzten Jahresbericht aus Nairobi, etwas wünschen darf: Benötigt wird ein international gespeister regionaler Forschungsfonds mit entwicklungsrelevanter, Geistes- und Sozialwissenschaften einschließender Agenda und transparenten, wettbewerblichen Vergabeverfahren, bei dem sich afrikanische Hochschulen und Wissenschaftler mit ihren internationalen Partnern

› Die Bibliothek der Kenyatta University in Nairobi.

um Forschungsmittel bewerben können. Auch bei opulenter Ausstattung betrügen die Kosten einen Bruchteil der klassischen Entwicklungshilfe. Die Zahl der Vertreterinnen und Vertreter deutscher Hochschulen, die sich beim DAAD in Nairobi über Kooperationsperspektiven in Ostafrika beraten lassen, sind ein Indiz dafür, dass in Deutschland auch über die erwähnten Leuchtturmprojekte hinaus ein großes Interesse an gemeinsamer Forschung vorhanden wäre. So bestünde zudem die Chance, durch gemeinsame Wissensbildung („joint knowledge creation“) innovative Lösungen für die Umsetzung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen zu finden.

Es fehlt in vielen afrikanischen Ländern an etablierten Wissenschaftskulturen, Förderstrukturen und Know-how für Forschungsprojektierung und Mittelakquise. Es fehlt ganz und gar nicht an intelligenten und engagierten Studierenden, die für wissenschaftliche Karrieren offen sind. Diesen immer wieder zu begegnen und einige von ihnen fördern zu können, war ein Vergnügen und Privileg der letzten Jahre.

Tabelle 3
Daten zum Bildungssystem Kenia

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	47,25 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	9,16 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	3.161
Wirtschaftswachstum	5,85 %
Inflation	6,3 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 89
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 92
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 110
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,24 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	520.893
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	41,2 %
Immatrikulationsquote	4,05 %
Absolvent/innen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	k. A.
PhD	k. A.
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	0,79 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	2.527
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	k. A.
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. k. A.	
2. k. A.	
3. k. A.	
4. k. A.	
5. k. A.	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	13.372
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	8,23 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	638
Die beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. USA	
2. Vereinigtes Königreich	
3. Australien	
4. Südafrika	
5. Saudi-Arabien	

Quelle: DAAD, Statistik DESTATIS – Statistisches Bundesamt, Wissenschaft weltoffen, The World Bank, Data UNESCO, Institute for Statistics

Tabelle 4: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen Kenia

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Kenia
I. Individualförderung – gesamt	**A**	**412**
	D	**56**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	14
	D	39
Studierende auf Master-Niveau	A	186
	D	6
Doktorand/innen	A	209
	D	3
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	3
	D	8
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	7
	D	7
1–6 Monate	A	30
	D	40
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	375
	D	9
II. Projektförderung – gesamt	**A**	**638**
	D	**195**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	54
	D	57
Studierende auf Master-Niveau	A	99
	D	43
Doktorand/innen	A	45
	D	11
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	334
	D	67
andere Geförderte*	A	106
	D	17
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	542
	D	139
1–6 Monate	A	49
	D	56
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	47
	D	
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	**A**	**13**
	D	**3**
1. Mobilität mit Partnerländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	8
	D	1
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	5
	D	2
DAAD-Förderung - gesamt (I + II + III)	**A**	**1.063**
	D	**254**
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		**1.317**

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD Fördermittel an deutsche Hochschulen für die Förderung der akademischen Mobilität a) aus Deutschland in das europäische Ausland (Mobilität von Einzelpersonen in Programmländer) und b) aus Deutschland in die gesamte Welt sowie aus der gesamten Welt nach Deutschland (Mobilität von Einzelpersonen mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2016 und damit auf die Laufzeit 1.6.2016–31.5.2018.

MEXIKO-STADT

POLITISCHER WANDEL IN EINE UNGEWISSE ZUKUNFT

Dr. Alexander Au leitet die DAAD-Außenstelle Mexiko-Stadt seit März 2014. Die Außenstelle besteht seit 2001 und hat fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Erst ein Erdrutschsieg, der dem neuen Präsidenten in fast allen politischen Gremien die absolute Mehrheit bringt, und dann die Ankündigung einer Zeitenwende. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen 2018 hat Mexiko bereits jetzt verändert. Doch welche bildungspolitischen und sozialen Umwälzungen Mexiko bevorstehen, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen. Klar ist bereits jetzt: Es wird sich vieles grundlegend wandeln in Lateinamerikas drittgrößtem Land.

Als der neue Präsident Andrés Manuel López Obrador – genannt AMLO – am 1. Juli im dritten Anlauf mit 53 Prozent der Stimmen die Präsidentschaftswahl souverän gewinnt, sind das historische Ausmaß dieses Sieges und seine gesellschaftspolitische Bedeutung noch nicht abzusehen. Erst als alle Stimmen ausgezählt waren, ist klar, dass das von ihm angeführte linke Parteienbündnis unter seiner Partei Movimiento de Regeneración Nacional (MORENA) auch in beiden Parlamentskammern eine klare Mehrheit besitzt und somit kaum auf oppositionellen Widerstand treffen wird. Damit steht nicht nur erstmals in der Geschichte Mexikos ein linker Präsident an der Spitze der Regierung, sondern auch ein Regierungschef, der das Schwellenland mit seinen auf sozialen Ausgleich ausgerichteten Reformen grundlegend verändern will – und es jetzt auch kann.

Die Partei des bisher regierenden Präsidenten Enrique Peña Nieto, die Partido Revolucionario Institucional (PRI) straft die Bevölkerung mit 16,4 Prozent der Stimmen unerwartet deutlich ab. Kein Wunder, denn neben der ausufernden Korruption verschlechterte sich die Gewalt-

› Im Jahr 2018 verzeichnete Mexiko ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von rund 1.200 Mrd. US-Dollar. Seine Wirtschaftsleistung stützt sich hauptsächlich auf Industrie und Tourismus.

problematik erneut. Die Rekordziffer von 31.000 Morden im Jahr 2017 ist noch einmal gestiegen. Hinzu kam ein vehementer Vertrauensverlust in staatliche Organe – Polizei und Militär eingeschlossen – weil diese in Mexiko häufig mit der organisierten Kriminalität verbunden sind.

Die neue Regierung trat am 1. Dezember ihre Amtsgeschäfte an und steht nun einerseits unter hohem Erwartungsdruck der sie unterstützenden Bevölkerung und muss andererseits ihre Handlungsfähigkeit auch gegenüber äußerst kritischen Beobachterinnen und Beobachtern aus dem In- und Ausland beweisen. Erste Maßnahmen zum Jahresende deuten darauf hin, dass sich der aktuelle Politikstil wie auch sonst vieles von den politischen Instrumenten der Vorgängerregierungen stark unterscheiden wird.

In einer sehr umstrittenen Volksbefragung wurde das aktuell größte – und für Mexiko wirtschaftlich überaus wichtige – Bauprojekt, der Neubau des internationalen Mega-Flughafens in Mexiko-Stadt, praktisch von einem auf den anderen Tag ausgesetzt, wobei sich die Kosten des Baustopps auf bis zu 7 Mrd. Euro belaufen. Zudem verkündete die Regierung die Gründung einer dem Präsidenten direkt unterstellten Nationalgarde und setzte damit faktisch die Auflösung der Bundespolizei durch.

Mexikos Hochschulen setzen auf Digitalisierung

Als eine der ersten mexikanischen Hochschulen hat eine der besten öffentlichen Hochschulen des Landes, die Universidad Autónoma de Nuevo León (UANL), ein Digitalisierungszentrum auf ihrem Campus eingeweiht. Zukünftig sollen Studierende, Promovenden und Wissenschaftler noch intensiver im Umgang mit digitalen Medien geschult werden können. Die akademische Ausbildung wird deutlich multimedialer ausgerichtet.

› Anfang 2018 wurde das Digitalisierungszentrum an der Universidad Autónoma de Nuevo León eröffnet. Zukünftig soll die akademische Ausbildung multimedialer ausgerichtet werden.

Herzstück des 5.000 Quadratmeter großen Zentrums bildet ein hochmodernes Studio zur Produktion audiovisueller Inhalte und Animationstechnik. Außerdem beherbergt das Zentrum ein Digitallabor für multimediales Lernen sowie Arbeitsräume für Fortbildungen und Forschung. Die Kosten des Digitalisierungszentrums beliefen sich auf rund 95 Mio. mexikanische Peso (etwa 4,3 Mio. Euro). Damit ist die UANL Vorreiter in Mexiko. Für die Zukunft plant die Hochschule im Rahmen ihres Digitalisierungsprojekts eine noch stärkere Zusammenarbeit mit weiteren Partnern aus Wissenschaft und Industrie, um sich so zum führenden Zentrum im Bereich der Digitalisierung auf nationaler Ebene zu entwickeln.

Multiple Krisen in einem komplexen internationalen Umfeld

Abgesehen von den massiven innenpolitischen Herausforderungen sind auch die außenpolitischen Aufgaben immens. Nach der Aufkündigung des NAFTA-Abkommens durch die USA und der Erhebung von Strafzöllen auf die Einfuhr von mexikanischem Stahl und Aluminium konnten sich Mexiko und die USA schließlich im September auf das NAFTA-Nachfolgeabkommen USMCA einigen. Einen Tag vor der Amtsübergabe an AMLO unterschrieb es der vorherige Präsident Peña Nieto.

Die Wirtschaftskraft Mexikos ist wesentlich vom zollfreien Warenaustausch mit seinem engsten Handelspartner USA abhängig. Eine erfolgreiche Neuverhandlung des NAFTA-Abkommens war daher praktisch alternativlos. Das neu ausgehandelte Freihandelsabkommen sieht nun obligatorisch einen deutlich höheren Handelsanteil nordamerikanischer Eigenprodukte sowie die Einführung eines Mindestlohns im mexikanischen Automobilsektor vor. Die Einigung zwischen dem unmittelbaren Nachbarn USA sorgte bei den in Mexiko in Milliardenhöhe investierenden deutschen Autobauern, die für rund 150.000 direkte Arbeitsplätze im Land sorgen, für Erleichterung. Langfristig ist diese Neuerung aber natürlich auch mit steigenden Produktionskosten erkauft.

Weltweit für Aufsehen sorgten auch die „Karawanen“ Tausender zentralamerikanischer Migranten durch Mexiko in Richtung USA. Streng genommen ist dies eigentlich ein innenpolitisches Problem der mexikanischen Regierung, das aber durch die Forderung Trumps nach einem Mauerbau an der über 3.000 Kilometer langen gemeinsamen Grenze zu starken außenpolitischen Spannungen mit den USA führte – auch weil diverse Migrantengruppen die Grenze gewaltsam übertreten haben. Überhaupt ist das bisher ungelöste Thema Mauerbau mit den Debatten um Waffenhandel und Drogenpolitik eng verbunden. Diese Themen beschäftigen nicht nur permanent das Nationalbewusstsein der mexikani-

schen Bevölkerung, sondern auch das der rund 34 Millionen in den USA lebenden Personen mit mexikanischen Wurzeln.

Die Bildungsreform als Gradmesser für Mexikos zukünftige Wettbewerbsfähigkeit

Im gesamten Bildungsbereich steht die neue Regierung vor immensen Herausforderungen, wobei der Fokus des neuen Präsidenten und seines Bildungsministers Esteban Moctezuma sicherlich stärker auf den Schulbereich als auf den Hochschulsektor gerichtet sein wird.

Das schlechte Ausbildungsniveau an den Schulen ist quasi die Achillesferse des Landes und eines der Haupthindernisse für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Laut einer Langzeitstudie des Bildungsministeriums erreichen von einhundert Grundschülerinnen und Grundschülern lediglich 25 einen Berufsabschluss. Das Problem lässt sich an der immer noch hohen Anzahl von Schulabbrüchen ablesen und daran, wie wenig Schulanfänger sich überhaupt nach der Schule für eine berufsbildende Ausbildung qualifizieren.

› Die Geschichtswissenschaftlerin und Juristin Dr. Marion Röwekamp, Inhaberin des „Wilhelm und Alexander von Humboldt-Lehrstuhls“.

Um dieser Situation entgegenzuwirken, beschloss die mexikanische Regierung 2013 gegen heftige Proteste der starken Lehrergewerkschaft (SNTE) eine einmalige und umfassende Bildungsreform, die allgemein von der Bevölkerung starke Unterstützung erhielt. Die neue linke Regierung unter López Obrador nahm nun in einer der ersten Regierungshandlungen einen großen Teil dieser Reformen, wie im Wahlkampf versprochen, wieder zurück. Man sicherte zu, zentrale Maßnahmen der damaligen Reform wie die eingeführten Evaluationen von Lehrern und Lehrerinnen zu suspendieren. Das nationale Institut für Bildungsevaluation (INEE) will sie ebenso auflösen. Nun muss sich zeigen, ob Mexikos neue Regierung alternative Maßnahmenpakete im Schulbereich schnüren und umsetzen kann, die die Qualität des maroden mexikanischen Schulsystems nachhaltig verbessern.

Auch für den Hochschulbereich hat sie weitreichende Reformvorhaben angekündigt. Um in strukturschwachen Regionen Studieninteressierten aus bildungsfernen und sozioökonomisch schwachen Familien einen Hochschulzugang zu ermöglichen, sollen innerhalb der sechsjährigen Amtszeit des neuen Präsidenten rund einhundert neue öffentliche Universitäten gegründet werden. Der Großteil der mexikanischen Wissenschafts-Community steht dem Projekt kritisch gegenüber. Wahrscheinlich auch deshalb, weil bisher keine weiteren Einzelheiten und vor allem keine Qualitätsmerkmale der geplanten neuen Institutionen bekannt sind.

NACHBESETZUNG DES HUMBOLDT-LEHRSTUHLS

Die Juristin und Geschichtswissenschaftlerin Dr. Marion Röwekamp begann im Mai ihre Arbeit am prestigeträchtigen, vom DAAD geförderten Wilhelm und Alexander von Humboldt-Lehrstuhl an der mexikanischen Elitehochschule Colegio de México, kurz COLMEX. Sie beschäftigt sich dort mit der Geschichte Mexikos im 20. Jahrhundert, Exilforschung und Geschlechterforschung – Themen, die viel Potenzial für eine fachliche Vernetzung des Lehrstuhls mit weiteren vom DAAD in Lateinamerika geförderten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ermöglichen.

Im Oktober schreckten mehrere Pressemeldungen die mexikanische Wissenschaftsgemeinschaft auf. Dr. María Elena Álvarez-Buylla Roces, die damals noch designierte Leiterin von Mexikos Wissenschaftsbehörde CONACyT, bat deren aktuellen Direktor um Suspendierung aller laufenden Programme, um diese zu überprüfen und strategisch neu auszurichten. Auch wenn die Forderung umgehend zurückgenommen wurde, rief sie doch unter den mexikanischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern große Besorgnis um die zukünftige Entwicklung von Mexikos wichtigstem Stipendiengeber hervor.

Der CONACyT ist der derzeit wichtigste Kooperationspartner des DAAD in Mexiko. Laut Álvarez-Buylla Roces wird er sich nach einem geplanten Organisationsumbau in seinen Förderprogrammen verstärkt der Grundlagenforschung widmen. Laufende Programme mit Wirtschaftsbeteiligung oder zur Förderung der angewandten Wissenschaften sollen äußerst kritisch analysiert und gegebenenfalls beendet werden. Stattdessen sollen die Förderprogramme für sozialwissenschaftliche Themen zukünftig deutlich gestärkt werden. Dies betrifft ebenso internationale Mobilitätsprogramme wie alle anderen Förderschienen.

› Beim Generationentreffen der Young Ambassadors trafen sich ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten des DAAD aus Mexiko, um sich über ihre Erfahrungen als „Botschafterinnen und Botschafter“ des DAAD auszutauschen.

Mexikos Wissenschafts-Community befürchtet inzwischen eine zunehmend ideologische, weniger wissenschaftliche Ausrichtung der Behörde unter der neuen Regierung.

Ein schwieriges Jahr für Mexikos öffentliche Hochschulen

Mit Blick auf Budgetfragen sind Wahljahre für öffentliche Einrichtungen in Mexiko immer besonders problematisch. Bei einem Regierungswechsel herrscht oft monatelang „Stillstand“. Rund ein halbes Jahr vor den jeweiligen Präsidentschaftswahlen, die in Mexiko alle sechs Jahre stattfinden, gilt in der Regel bereits eine Haushaltssperre, zumindest treten zahlreiche Sparmaßnahmen in Kraft. Diese bleiben dann praktisch – falls es wie 2018 zur Abwahl der bestehenden Regierungspartei kommt – bis zum offiziellen Amtsantritt des neuen Präsidenten, in diesem Fall am 1. Dezember, bestehen. Planungsunsicherheit, mangelnder Zugriff auf Finanzen und Ungewissheit, wer die Ansprechpartner in der neuen Regierung sein könnten, sind die Folge.

Die öffentlichen Hochschulen waren 2018 davon besonders betroffen. Ohnehin erhielt der Hochschul- und Forschungssektor nur knapp 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von Regierungsseite. Hinzu kamen explodierende Kosten für die Rentenzahlungen pensionierter Hochschulbeschäftigter, die in Mexiko die Hochschu-

ERSTES GENERATIONENTREFFEN DER MEXIKANISCHEN YOUNG AMBASSADORS

Ziel des ersten Generationentreffens der mexikanischen Young Ambassadors Anfang Mai 2018 in den Räumen der Außenstelle Mexiko war ein Erfahrungs- und Ideenaustausch untereinander sowie eine Evaluation des Programms, das 2012 in Mexiko etabliert wurde. An der Veranstaltung nahmen 21 „DAAD-Botschafter“ aus fünf verschiedenen Jahrgängen und 16 unterschiedlichen mexikanischen Institutionen teil.

10 Jahre binationaler Masterstudiengang zur Lehrerausbildung für Deutsch als Fremdsprache (DaF) in Guadalajara

Bereits seit 2008 existiert der binationale Studiengang zwischen dem Herder-Institut der Universität Leipzig und der Universidad de Guadalajara. Er zählt aktuell rund 80 Studierende und gehört dem mexikanischen Exzellenzcluster Programa Nacional de Posgrados de Calidad (PNPC) an. Das Studienprogramm feierte 2018 sein zehnjähriges Bestehen mit einem international hochkarätigen Kongress in Guadalajara. Diese Deutschlehrerausbildung ist eines der seltenen Studienangebote auf Masterniveau im DaF-Bereich in Lateinamerika. Die Absolventinnen und Absolventen des Masterstudiengangs treffen in Mexiko auf beste Anstellungsvoraussetzungen, da die Nachfrage nach qualifiziert ausgebildeten Deutschlehrern auf dem Arbeitsmarkt überaus hoch ist. An Hochschulen, Schulen und Sprachschulen herrscht ein eklatanter Mangel an Deutschlehrenden.

› Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Kongress zum zehnjährigen Jubiläum des Masterstudienganges.

len zahlen. Ein Problem übrigens, das immer mehr lateinamerikanische Universitäten erfasst. Korruptionsskandale mit unter Vertrag genommenen Scheinfirmen verstärkten die finanzielle Notsituation.

34 öffentliche Universitäten mussten massive Finanzprobleme einräumen und stellenweise die Auszahlung ihrer Löhne, Sonderzahlungen und Sozialleistungen einstellen. An der Autonomen Universität des Bundesstaates Morelos kam es zu wochenlangen Streiks von rund 6.000 Beschäftigten und damit praktisch zu einem Stillstand. Vor dem Hintergrund, dass die neue Regierung bereits für 2019 eine Budgetkürzung im Hochschulsektor von bis zu 13 Prozent angekündigt hat, werden die finanziellen Herausforderungen im öffentlichen Hochschulsektor eher noch größer.

Bereits 2018 hat sich die schwierige Finanzlage negativ auf die Zulassungsquoten von Studienbewerbern und -bewerberinnen an Hochschulen ausgewirkt. Auch wenn zum Beispiel die Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM), Lateinamerikas größte öffentliche Universität, für das Wintersemester 2018/2019 mit rund 48.000 Studienanfängern deutlich mehr Studienplätze für ein Bachelorstudium zur Verfügung stellen konnte, lag die Zulassungsquote doch nur bei 17 Prozent. Bei den beiden anderen bundesstaatlichen öffentlichen Hochschulen, der Universidad Autónoma de México (UAM) und dem Instituto Politécnico Nacional (IPN), erhielten 25 Prozent der Studienbewerber eine Zulassung. Eine Situation, der Mexikos neue Regierung unter anderem damit begegnen will, dass sie die erwähnten neuen Hochschulen gründet.

SIBYLLA MERIAN CENTER GUADALAJARA – FORSCHUNG AUF SPITZENNIVEAU

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Maria Sibylla Merian Center for Advanced Latin American Studies in Humanities and Social Sciences (CALAS) wurde im März 2017 mit Hauptsitz an der Universidad de Guadalajara gegründet und unterhält drei Regionalzentren in Costa Rica, Ecuador und Argentinien. Auf deutscher Seite koordinieren die Universitäten Bielefeld, Kassel, Hannover und Jena das Projekt.

Die am CALAS beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Lateinamerika und Deutschland forschen aus transdisziplinärer und transregionaler Perspektive zum Thema Krise und Krisenbewältigungsstrategien in Lateinamerika.

2018 lud das CALAS namhafte Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler nach Guadalajara ein. Sie forschten mehrere Monate zu unterschiedlichen Krisenphänomenen und veröffentlichen ihre Ergebnisse in einer von CALAS initiierten Essay-Reihe. Darüber hinaus veranstaltet das Forschungszentrum mehrmals im Jahr internationale Konferenzen. Ein internationales Evaluationsgremium begutachtete 2018 im Auftrag des BMBF die bisherige Arbeit des CALAS und empfahl eine Weiterförderung des Forschungszentrums für den Zeitraum 2019 bis 2025.

› Das Maria Sibylla Merian Center for Advanced Latin American Studies in Humanities and Social Sciences (CALAS) ist mit eigenen Räumen im neu erbauten Zentrum für Geistes- und Sozialwissenschaften der Universität Guadalajara untergebracht.

Bessere Platzierungen bei internationalen Rankings

Gute Nachrichten gab es 2018 für mexikanische Hochschulen beim Thema internationale Hochschulrankings. Im QS World University Ranking konnte sich die UNAM auf Platz 122 verbessern und bleibt damit Mexikos beste und Lateinamerikas viertbeste Universität. Ihr folgen Mexikos private Elitehochschulen, das Tecnológico de Monterrey auf Rang 199 und die Universität Anáhuac (601–650), sowie zwei weitere öffentliche Institutionen. Bei den privaten Hochschulen spiegeln sich inzwischen deren verstärkte Forschungsaktivitäten sowie der stetige Ausbau von PhD-Angeboten in den immer besseren Platzierungen bei Rankings wider.

Das Kooperationsinteresse mit deutschen Hochschulen wächst

In den letzten zehn Jahren stieg das Interesse an wissenschaftlicher Zusammenarbeit mit Deutschland stetig an. Dies belegt auch die Zahl der Hochschulkooperationen, die seit 2008 von 117 auf inzwischen 420 angestiegen ist. Abgesehen von den seit vielen Jahren existierenden Kooperationen in diversen Fachbereichen rücken nun immer mehr hochinnovative Spitzentechnologien in den Fokus der Studien- und Forschungsprogramme an den mexikanischen Hochschulen und werden damit auch zum Gegenstand internationaler Kooperationswünsche. Energie- und Umwelttechnologien, IT und Digitalisierung von industriellen Prozessen sind inzwischen die Zugpferde. Mexikanische Universitäten konzentrieren sich dabei vor allem auf das Thema Digitalisierung und Industrie 4.0. Auch in Mexiko beschäftigen sich die Hochschulen prominent mit diesem Thema und suchen nach internationalen Kooperationspartnern. Deutschland gilt hierbei als strategischer Wunschpartner in Europa, was sicherlich auch mit der starken Industriepräsenz von über 2.000 deutschen Firmen in Mexiko zusammenhängt.

› Im Oktober konnten dem Nationalen Bluttransfusionszentrum Laborgeräte übergeben werden, die unter anderem Krankheitserreger bei Bluttransfusionen entdecken. Dr. Julieta Rojo Medina (Leiterin des Nationalen Bluttransfusionszentrums Mexikos), Hilda Dávila Chávez (Vertreterin des mexikanischen Gesundheitsministeriums) und Dr. Alexander Au (Außenstellenleiter Mexiko) bei der Gerätespende.

Hochschulpolitisch relevant war zudem die Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding zwischen der mexikanischen und der deutschen Regierung zur Implementierung dualer Studienmodelle in Mexiko. Partner auf deutscher Seite ist das Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Der DAAD in Mexiko setzt auf sein Partnernetzwerk

Der DAAD war mit seinen vielfältigen Programmen und dem umfassenden Informationsangebot auch 2018 ein äußerst gefragter Partner im Bereich der internationalen Wissenschaftsmobilität. Besonders das Hochschulmarketing des DAAD in Mexiko als Land, das flächenmäßig fast fünf Mal so groß ist wie die Bundesrepublik, ist vielfältig: Zusätzlich zu persönlicher Beratung und Präsenzveranstaltungen setzt die Außenstelle auf die vielfältigen digitalen Informationsangebote durch Webseiten, Auftritte in sozialen Netzwerken und eine ständig steigende Zahl von Webinaren – und eben auf ein inzwischen umfassendes Netzwerk an Partnern.

Um Interessen zu bündeln und Veranstaltungen noch sichtbarer zu machen, organisiert der DAAD Messen und Informationsveranstaltungen gemeinsam mit europäischen Partnern. So luden der DAAD und die europäischen Partner Campus France, Nuffic sowie die schwedische Botschaft im November des Berichtsjahrs gemeinsam zur 15. Ausgabe der europäischen Hochschulmesse „EuroPosgrados“ nach Mexiko-Stadt und Monterrey ein. Rund 5.000 Gäste nahmen die Gelegenheit wahr, auf der Messe ihre spezifischen Fragen mit den Hochschulvertretern und -vertreterinnen zu klären. Elf deutsche Hochschulen und Konsortien beteiligten sich an der Veranstaltung. Weitere 20 Bildungsmessen an verschiedenen Standorten standen 2018 auf dem Programm.

Immer wichtigere Kooperationspartner sind die deutschen Kultur- und Sprachinstitute. Sie tragen inzwischen wesentlich zur Sichtbarkeit der deutschen Hochschullandschaft bei. Gemeinsam mit dem DAAD-Team laden sie ihre Schülerinnen und Schüler zu eigenen Informationsveranstaltungen und Beratungsangeboten ein, die auf große Resonanz stoßen. Nicht zuletzt arbeitet der DAAD in Mexiko auch eng mit den deutschen Auslandsschulen zusammen, um Schulabgängerinnen und -abgänger und deren Eltern über Studienmöglichkeiten in Deutschland zu informieren.

Beständige Partner sind auch die rund 10.000 DAAD-Alumni in Mexiko. Einerseits tauschen sie sich wissenschaftlich mit deutschen Einrichtungen aus, etwa im Format der „Kleinen Alumniseminare“, von denen 2018 insgesamt 15 angeboten wurden. Andererseits ergänzen die ehemaligen Stipendiaten und Stipendiatinnen die Beratungsangebote des DAAD an ihren Hochschulen. Dank der Zusammenarbeit mit den Partnern erreicht die DAAD-Außenstelle Mexiko mit ihrer Informations- und Beratungsarbeit ein breites Publikum, so dass die Zahl der an deutschen Hochschulen eingeschriebenen mexikanischen Studierenden beständig wächst.

Dazu beitragen werden künftig auch die neuen mexikanischen Partnerhochschulen im KOSPIE-Programm, dem ehemaligen Ingenieurstudierendenprogramm, das im Herbst 2018 in Mexiko neu ausgeschrieben wurde. Für den

kommenden dreijährigen Programmzyklus in diesem Förderprogramm mit bisher jährlich bis zu 180 mexikanischen Stipendiatinnen und Stipendiaten bewerben sich aktuell zahlreiche Universitäten. Zeitgleich erfolgte auch die Ausschreibung für deutsche Partnerhochschulen, die an dem Programm partizipieren möchten.

Tabelle 5
Daten zum Bildungssystem Mexiko

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	128,63 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	23,4 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	17.877
Wirtschaftswachstum	2,29 %
Inflation	2,82 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 23
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 35
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 72
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,31 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	3,42 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	49,35 %
Immatrikulationsquote	29,94 %
Absolvent/innen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	540.992
PhD	5.782
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	0,5 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	21.005
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	0,24 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. k. A.	
2. k. A.	
3. k. A.	
4. k. A.	
5. k. A.	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	29.813
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,83 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	3.147
Die beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. USA	
2. Spanien	
3. Deutschland	
4. Frankreich	
5. Vereinigtes Königreich	

Quelle: DAAD, Statistik DESTATIS – Statistisches Bundesamt, Wissenschaft weltoffen, The World Bank, Data UNESCO, Institute for Statistics

Tabelle 6: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen Mexiko

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Mexiko
I. Individualförderung – gesamt	**A**	**689**
	D	**121**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	352
	D	70
Studierende auf Master-Niveau	A	178
	D	15
Doktorand/innen	A	142
	D	11
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	17
	D	25
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	18
	D	22
1–6 Monate	A	12
	D	54
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	659
	D	45
II. Projektförderung – gesamt	**A**	**372**
	D	**494**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	90
	D	283
Studierende auf Master-Niveau	A	62
	D	177
Doktorand/innen	A	19
	D	3
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	91
	D	22
andere Geförderte*	A	110
	D	9
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	262
	D	122
1–6 Monate	A	94
	D	366
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	16
	D	6
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	**A**	**21**
	D	**5**
1. Mobilität mit Partnerländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	12
	D	
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	9
	D	5
DAAD-Förderung - gesamt (I + II + III)	**A**	**1.082**
	D	**620**
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		**1.702**

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD Fördermittel an deutsche Hochschulen für die Förderung der akademischen Mobilität a) aus Deutschland in das europäische Ausland (Mobilität von Einzelpersonen in Programmländer) und b) aus Deutschland in die gesamte Welt sowie aus der gesamten Welt nach Deutschland (Mobilität von Einzelpersonen mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2016 und damit auf die Laufzeit 1.6.2016–31.5.2018.

NEW YORK

BEWÄHRUNGSPROBE DER ZIVILGESELLSCHAFT UND BUSINESS AS USUAL

Benedikt Brisch übernahm die Leitung der DAAD-Außenstelle im Januar 2019. Er ist auch für das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus in New York verantwortlich. Die Außenstelle vertritt den DAAD in den USA und Kanada.

Peter Kerrigan leitete die DAAD-Außenstelle von Oktober bis Dezember 2018. Die Außenstelle hat 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Während Kanada im Jahr 2018 Akzente in der internationalen Menschenrechtspolitik setzte, löste die Außenpolitik der USA Sorgen vor allem bei Verbündeten aus. Das gesellschaftliche Klima in den USA ist weiterhin von Polarisierung geprägt. Dies spiegelt sich auch an den Hochschulen wider, wo das zivilgesellschaftliche Engagement zunimmt, während andere Kräfte die Glaubwürdigkeit von Wissenschaftlern und Experten infrage stellen.

Die wichtigste Kommunikationsform der amerikanischen Regierung blieb auch 2018 das Twittern von höchster Stelle. Was das Auslösen disruptiver Effekte oder emotionaler Reaktionen betrifft, war allerdings ein gewisser Gewöhnungseffekt zu verzeichnen. Innenpolitisch blieb die Konstellation festgefahren: Die Spaltung der Gesellschaft in Anhänger und Gegner des Präsidenten geht durch Familien. Zudem wird konstatiert, dass viele Menschen in Filterblasen leben und nicht bereit sind, Argumente anderer politischer Positionen zu hören oder zu versuchen, sie nachzuvollziehen.

› Trauerstätte an der Santa Fe High School.

Trotz einer im Prinzip guten Wirtschaftsentwicklung – die Arbeitslosenquote liegt mit 3,7 Prozent im September 2018 so niedrig wie vor 50 Jahren – gibt es massive gesellschaftliche Probleme in den USA, für die keine baldigen Lösungen in Sicht sind. So zeichnet sich weiterhin kein Kompromiss bei der Diskussion um eine Krankenversicherung für Millionen Amerikaner und Amerikanerinnen ab. Im Jahr 2018 sind erneut mehrere schwer bewaffnete Menschen Amok gelaufen – in der Parkland Highschool im Februar, in der Santa Fe High School im Mai

› Demonstrantinnen und Demonstranten der MeToo-Bewegung in San Francisco.

sowie bei einem Angriff auf eine Synagoge in Pittsburgh im Oktober. Das sind nur zwei große politische Themen, bei denen sich kaum Fortschritte oder eine Zusammenarbeit der verschiedenen Lager abzeichnen.

Auch die MeToo-Bewegung prägte die gesellschaftliche Debatte in den USA 2018 in hohem Maße. Gerichtsverfahren und einige Verurteilungen prominenter Männer insbesondere im Showbusiness haben gezeigt, dass in den USA ein hohes Bewusstsein für Missbrauch und Machtmissbrauch entstanden ist und Täter zunehmend zur Rechenschaft gezogen werden. Mit dem in der amerikanischen Gesellschaft und in der Weltöffentlichkeit im Herbst 2018 ausgetragenen Drama um die Nominierung des Supreme-Court-Richters Brett Kavanagh vor dem Hintergrund ihm vorgeworfener sexueller Übergriffe in seiner Studienzeit hat MeToo auch die Politik erfasst. Seine letztlich erfolgte Nominierung belegt, dass diese Debatte keineswegs entschieden ist und andauern wird.

Immer wieder beschäftigten die Öffentlichkeit auch die fortlaufenden Untersuchungen des Sonderermittlers und ehemaligen FBI-Direktors Robert Mueller. Er erhob mehrere Anklagen. Es erfolgten Verurteilungen und einige Angeklagte bekannten sich schuldig. Dessen ungeachtet wurden die Arbeit der Justiz und die Medienberichterstattung von politischer Seite massiv attackiert – hier zeigte sich ein Riss im früheren Konsens der politischen Institutionen und im Rechtsstaatsverständnis.

› „Women‘s March on Washington“ im Januar 2018 in Toronto, Kanada.

Die Ergebnisse der Midterm-Wahlen haben die Lage für die Regierung nicht einfacher gemacht: Die oppositionellen Demokraten haben im Repräsentantenhaus eine deutliche Mehrheit erringen können. Die nutzten sie Ende 2018, um das Projekt der „Mauer“ an der Grenze zu Mexiko zu blockieren. Das führte zum bisher längsten Regierungs-Shutdown in der US-amerikanischen Geschichte.

Entwicklungen im Hochschulsektor

In der aktuellen Ära politischer Turbulenzen mit Spaltungserscheinungen der Gesellschaft zeigt sich, dass der äußerst hohe Grad von Unabhängigkeit und wirtschaftlicher Autonomie, den die US-Hochschulen im weltweiten Vergleich aufweisen, von großem Vorteil ist. Die gesellschaftlichen Debatten und drängenden politischen Fragen greifen in den USA traditionell in hohem Maße Studierende und Wissenschaftler auf. Nicht wenige unter ihnen verstehen sich als politische Aktivisten und Aktivistinnen. Die Diskussionen verlaufen an den Hochschulen insgesamt friedlich und sachlich, im Gegenteil zu den sozialen Netzwerken im Internet, in denen bewährte Regeln des respektvollen Umgangs miteinander weithin aufgehoben zu sein scheinen. Die wichtigste Nachricht hinsichtlich Hochschulen und Wissenschaft in den USA ist jedoch, dass ihre herausragende Leistungsfähigkeit weitgehend unbeeinträchtigt von Politik und gesellschaftlichem Klima geblieben ist und Forschung und Lehre weiterhin auf Niveau der Weltspitze stattfinden. Die US-Hochschulen locken nach wie vor internationale Talente an und wirken weiterhin wie ein Magnet auf Spitzenforscherinnen und -forscher, die unter ausgezeichneten Bedingungen in einem diversen und kreativen Umfeld in der Wissenschaft arbeiten wollen. Zwar haben einige restriktive Entscheidungen der Regierung hinsichtlich Migration auch zu Beeinträchtigungen geführt. Dies hat das Gesamtbild weltoffener und international kooperierender Hochschulen jedoch nicht geändert.

An Herausforderungen mangelt es im Hochschulbereich nicht. Eine besonders drängende soziale Frage ist zunehmend Teil der politischen Debatte geworden: 2018 hat der Umfang der Schulden, die US-Studierende zur Zahlung von Studiengebühren aufnehmen, erstmals die Schwelle von 1.500 Mrd. US-Dollar überschritten. Im Durchschnitt häuft jeder US-Student bis zum Studienabschluss 37.000 Dollar Schulden an. Die Studiengebühren stiegen laut Forbes insbesondere bei vielen Spitzenhochschulen stark an. Solange die Wirtschaft in den USA gut läuft und Hochschulabsolventen hohe Gehälter erhalten, funktioniert dieses System noch. Jedoch belasten bereits in der jetzigen Lage die weiter steigenden Studiengebühren viele Haushalte sehr. Konzepte für Gebührenermäßigung oder gar Gebührenfreiheit werden daher politisch populärer.

Längerfristig problematisch kann für die Hochschulen in Kombination mit der Gebührendebatte ihr deutlicher Ansehensverlust in Teilen der Gesellschaft werden. Eine Umfrage des Pew Research Center ergab 2018 erneut ein kritisches Bild: Insgesamt sind demnach fast zwei Drittel der Bevölkerung der Meinung, die Hochschulen würden sich in eine falsche Richtung entwickeln, wobei Republikaner wesentlich unzufriedener sind als Demokraten. Die Gründe für die Unzufriedenheit lassen sich den politischen Lagern zuordnen: Anhänger und Anhängerinnen der Republikaner bemängeln, dass die Hochschulen nicht stärker auf die Berufsqualifizierung fokussieren, und meinen, dass Dozentinnen und Dozenten die Studierenden linkslastig beeinflussen. Die Anhänger der Demokraten dagegen halten mehrheitlich die hohen Studiengebühren für das drängendste Problem.

Neuer Fokus in Kanada: Grundlagenforschung und Rekord-Einschreibezahlen

Nicola Vöhringer
Leiterin des DAAD-Informationszentrums Toronto

Die kanadische Wissenschaftswelt freute sich 2018 über die eindeutige Zusage der Regierung, Wissenschaft und Forschung dauerhaft auf hohem Niveau zu fördern. Im Haushalt für 2018 hatte die Regierung unter Trudeau die Ausgaben für Forschung und Entwicklung deutlich erhöht und begann damit, die Empfehlungen der Fundamental Science Review, einer Studie zur Grundlagenforschung in Kanada aus dem Jahr 2017, umzusetzen. Eine für Kanada historische Investition von 1,7 Mrd. kanadischen Dollar ging an die drei nationalen Organisationen NSERC, SSHRC und CIHR zur Förderung von Grundlagenforschung. Diese hatte die Vorgängerregierung stark vernachlässigt.

Das „Canada Research Chair"-Programm erhielt ebenfalls zusätzliche Finanzmittel, um die bestehenden Professuren besser auszustatten und bis 2021 ungefähr 250 zusätzliche Professuren einzurichten. Ein besonderes Augenmerk liegt hier auf der Förderung von Nachwuchswissenschaftlern sowie Frauen und Minderheiten, um die Diversität der kanadischen Gesellschaft auch in Wissenschaft und Forschung abzubilden.

Die neue Initiative „Innovation Superclusters" fördert regionale Kompetenzverdichtung in den Bereichen künstliche Intelligenz, Ocean Economy, intelligente Produktions- und Fertigungstechnologien, digitale Technologien sowie Proteinindustrie und unterstützt damit anwendungsbezogene Forschung in Unternehmen und Kooperationen zwischen Forschungsinstitutionen und der Privatwirtschaft.

Die Einschreibezahlen internationaler Studierender in Kanada erreichten auch in diesem Jahr Rekordhöhen, so dass Universitäten und Hochschulen insbesondere in den Großstädten inzwischen ihre Auslastungsgrenze erreicht haben. Diese Entwicklung war ausschlaggebend dafür, den Blick von der rein quantitativen Rekrutierung auf die Qualität der Studienerfahrung internationaler Studierender in Kanada zu lenken. Die Fach-Community diskutierte verstärkt Fragen zu den speziellen Bedürfnissen internationaler Studierender, der adäquaten Betreuung und Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums sowie den Herausforderungen in der Lehre.

Während die Auslandsmobilität junger Kanadierinnen und Kanadier lange Zeit vernachlässigt wurde und bei circa 11 Prozent der Absolventen eines grundständigen Studiums stagniert, rückte in den letzen Jahren besonders der sozioökonomische Nutzen international ausgebildeter Fachkräfte ins öffentliche Bewusstsein. Immer häufiger äußern einige Bedenken, dass Kanada im globalen Wettbewerb zurückfallen könnte, wenn junge Kanadierinnen nicht aktiv internationale Netzwerke aufbauten und Kompetenzen für die globalisierte Arbeitswelt entwickelten. Deshalb setzte sich Universities Canada, die Vertretung kanadischer Universitäten und Hochschulen, basierend auf der 2017 veröffentlichten Studie „Global Education for Canadians" für die landeseigene Internationalisierungsstrategie „Go Global Canada" ein, die das Ziel verfolgt, innerhalb der nächsten zehn Jahre 25 Prozent aller Studierenden internationale Erfahrung zu ermöglichen. Das Canadian Bureau for International Experience (CBIE) forderte im Rahmen der Haushaltsberatung 2019 eine Erstfinanzierung von 10 Mio. kanadischen Dollar für ein Fünfjahresprogramm, das jungen Kanadiern und Kanadierinnen den Schritt ins Ausland durch Stipendien erleichtern soll. Das Programm für Auslandsmobilität fokussiert hier vor allem auf den Austausch mit Schwellenländern und auf Praktikumsmöglichkeiten in ausländischen Unternehmen.

ALUMNITREFFEN IN ATLANTA

Ein besonderer Höhepunkt der Stipendienarbeit in den USA war 2018 das große Alumnitreffen des DAAD und der Alexander von Humboldt-Stiftung. Über einhundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten vom 5. bis 7. Oktober in Atlanta das Thema „Knowledge, Trust, and the Future of Democracy: Transatlantic Perspectives on the Role of Scholarship and Science in Society“. Die Keynote hielt Jeff Rathke, der als Diplomat im State Department an vielen Standorten der Welt am Ausbau der internationalen Beziehungen seines Landes mitwirkte und seit 2018 als neuer Präsident das American Institute for Contemporary German Studies (AICGS), einen der bedeutendsten Washingtoner Think Tanks für die transatlantischen Beziehungen, leitet. Prof. Dr. Margret Wintermantel ging auf dem Treffen mit DAAD-Alumni aus verschiedenen Bereichen der amerikanischen Zivilgesellschaft unter anderem der Frage nach, welche Rolle die internationale Wissenschaftszusammenarbeit für die Zukunft demokratischer Gesellschaften spielt. Das Alumnitreffen war auch eine der Auftaktveranstaltungen des Deutschlandjahres in den USA unter dem Motto „Wunderbar Together“, bei dem der DAAD zahlreiche weitere Veranstaltungen in den Event-Kalender einbrachte.

› Alumni diskutieren mit DAAD-Präsidentin Prof. Wintermantel in Atlanta die Rolle der Wissenschaft für demokratische Gesellschaften.

DAAD-Arbeit vor Ort

Im Jahr 2018 haben sich weniger deutsche Studierende und Doktoranden für Jahresstipendien in den USA beworben, was womöglich mit einem skeptischeren Amerika-Bild in Deutschland zusammenhängt. Aber auch die Zahl der Bewerbungen von US-Amerikanern für Studienstipendien in Deutschland ist zurückgegangen. Hier liegt eine Ursache in der sehr guten Arbeitsmarktlage in den USA: Für viele US-amerikanische Graduierte ist es attraktiver, sofort einen guten Job zu bekommen, anstatt ein Masterstudium im Ausland aufzunehmen. Dieses ist in den USA am ehesten für eine Wissenschaftskarriere von Wert und weniger für einen Einstieg in die Wirtschaft. Das Interesse amerikanischer Promovenden an Jahresstipendien für Forschung in Deutschland ist dagegen gestiegen.

Das Engagement der deutschen Hochschulen in der Flüchtlingspolitik konnte der DAAD einem großen Kreis von Partnern und Experten im Rahmen einer Panel-Diskussion in der UN-Vertretung am 8. März gemeinsam mit dem Institute of International Education (IIE) darstellen.

Die Panel-Diskussion behandelte auch die Frage, welche Rolle Hochschulen in Zeiten einer Flüchtlingskrise einnehmen können. Der deutsche UN-Botschafter, Dr. Christoph Heusgen, ging in seinem Grußwort darauf ein, dass der Zugang zu Bildungsangeboten einen entscheidenden Beitrag zur Integration von Flüchtlingen in den Aufnahmeländern leisten kann. Die Generalsekretärin des DAAD, Dr. Dorothea Rüland, erläuterte die vielfältigen Anstrengungen der deutschen Hochschulen bei der Integration von Flüchtlingen, die der DAAD dank Mitteln des BMBF und der NRW-Landesregierung unterstützen kann.

Die DAAD-Außenstelle New York beteiligte sich in großem Umfang an der Jahrestagung der German Studies Association (GSA) Ende September 2018 in Philadelphia. Die GSA-Konferenz, die jährlich an wechselnden Austragungsorten in Nordamerika stattfindet und über 1.000 Teilneh-

› DAAD-Alumni vor dem National Center for Civil and Human Rights.

mer und Teilnehmerinnen anzieht, ist die weltweit größte Fachtagung der interdisziplinären Deutschlandstudien. Sie bringt Vortragende aus unterschiedlichen Teildisziplinen vorwiegend der Sprach-, Kultur- und Sozialwissenschaften in insgesamt über 300 Panels, Workshops und Seminaren zusammen. Auf der GSA-Tagung leisteten die vom DAAD geförderten German-Studies-Dozentinnen und -Dozenten zahlreiche fachliche Beiträge. Auf besonders großes Interesse stieß ein politikwissenschaftlicher Roundtable zum Aufstieg der neuen Rechten in Deutschland und in Europa.

Im Rahmen der GSA-Tagung führte die Außenstelle das traditionelle Dozententreffen durch – thematisch diesmal unter anderem zur Situation an US-amerikanischen Universitäten in der Ära Trump und zu aktuellen Debatten um die koloniale und rassistische Vergangenheit in Nordamerika –, gefolgt vom DAAD-Empfang für die GSA und einer „Arts Night“. Zu den weiteren Highlights der Tagung zählten das alljährliche Direktorentreffen der Zentren für Deutschland- und Europastudien, die Verleihung der Best-Book- und Best-Article-Preise und diverse Panels und Roundtables unter Mitwirkung des DAAD.

Schwerpunkte der DAAD-Projektförderung in Nordamerika sind die sieben Centers for German and European Studies an fünf Universitäten in den USA und zwei Standorten in Kanada. Die Außenstelle New York organisierte 2018 die Auswahlsitzung für die Förderung der nächsten zweijährigen Förderperiode dieser Zentren. Unter Mitwirkung der Außenstelle New York konnte der DAAD Chair of Contemporary Poetics an der New York University (NYU) nachbesetzt werden. Darüber hinaus führte die Außenstelle Evaluierungen der Projektförderung am Deutschen Haus und des Max-Weber-Lehrstuhls der NYU durch, die zu positiven Ergebnissen mit Empfehlungen zur Fortsetzung der Förderung führte.

Deutsches Wissenschafts- und Innovationshaus New York 2018

Das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus (DWIH) New York führte 2018 insgesamt 18 öffentliche Veranstaltungen durch und wirkte an zahlreichen Veranstaltungen von Partnerinstitutionen mit. Auf großes Interesse des Publikums stießen beispielsweise die Podiumsdiskussionen und Workshops zu den Themen „Hidden Champions und KMU als Innovationstreiber“ mit der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer, „Blockchain in der Energiewende“ mit der Hochschule Fresenius und der Beratungsagentur Ernst and Young, „Precision Medicine“ mit dem EUCOR European Campus und „Hochschulen der Zukunft“ mit den German Universities of Applied Sciences (UAS7). Zu den Highlights gehörten außerdem ein Vortrag des Communicator-Preisträgers Dr. Stefan Kröpelin zum Thema „Communicating Science – From the Deep Sahara into World Media“ und eine Leibniz Lecture mit Prof. Dr. Uwe Ockenfels zum Thema „Economic Engineering of Human Cooperation and Competition“. Beide Veranstaltungen entstanden in Zusammenarbeit mit der Universität zu Köln und der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Anlässlich des Bauhaus-Jubiläums entwickelte das DWIH in Kooperation mit der German Studies Association eine Ausstellung in Pittsburgh, die diese Bewegung aus Sicht der Digital Humanities betrachtete. Ebenfalls im Herbst organisierte das DWIH ein Falling Walls Lab in New York sowie ein halbtägiges Symposium zur virtuellen Realität mit dem Titel „A transatlantic take on the future of XR“. Vor allem Letzteres fand im Rahmen des Deutschlandjahres in den USA statt und bezog sich auf das globale DWIH-Jahresthema „Innovatives Arbeiten in einer digitalisierten Welt“. Weitere Meilensteine sind die Teilnahme an einer Forschungsmarketing-Tour nach Houston, dem Jahrestreffen der American Association for the Advancement of Science (AAAS) in Austin, der European Career Fair in Boston und der South by Southwest-Messe (SXSW) in Austin als Teil der deutschen Delegation. Das DWIH wird seine Beteiligung an dieser größten Technologie- und Innovationsschau in den USA 2019 deutlich ausbauen.

Neben den genannten Gästen besuchten eine Reihe prominenter Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Wissenschaftslandschaft das DWIH New York. Darunter waren eine Delegation des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, die Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW Isabel Pfeiffer-Poensgen, der neue Präsident der Hochschulrektorenkonferenz Prof. Dr. Peter-André Alt, die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages, der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund Ullrich Sierau sowie diverse Hochschulleitungen.

› DWIH-Symposium “A transatlantic take on the future of XR“ im Oktober 2018.

› Dr. Nina Lemmens auf der GAIN18-Tagung in Boston. Sie leitete die Außenstelle bis September 2018.

Die GAIN18-Jahrestagung und Talent Fair wendet sich an die Zielgruppe der deutschen Postdocs in den USA, um diese mit der deutschen Wissenschaft zu vernetzen und Impulse für die transatlantische Wissenschaftszusammenarbeit zu gewinnen. 2018 startete sie mit einem Teilnehmerrekord: Insgesamt 700 Forschende sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Politik trafen sich für drei Tage im September in Boston.

Neue interaktive Formate wie Meet-a-Politician, Wirtschafts-Café und Lunch-Sessions intensivierten das Netzwerken. Im Start-up-Pitch konnten sich Katharina Schultebraucks und Oliver Wendt mit ihren Start-up-Ideen durchsetzen und die ersten GAIN Awards gewinnen. Der GAIN Award 2018 war dotiert mit je einer Woche Coaching und Mentoring für Start-up-Gründerinnen und -Gründer an der Universität Potsdam und der RWTH Aachen.

Sami Haddadin machte in seiner Keynote deutlich, warum die TU München seine neue wissenschaftliche Heimat geworden ist und nicht Stanford oder Harvard.

In der Impuls-Session berichteten drei Rückkehrer, warum sie aus den USA in die deutsche Forschungslandschaft zurückgekehrt sind und wie sie ihre Stellen gefunden und die Bedingungen dafür verhandelt hatten.

Auf der Talent Fair präsentierten sich einhundert Hochschulen, Förderorganisationen und Forschungseinrichtungen – am Samstagnachmittag auch vor internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Angesichts stetig steigender Studiengebühren in den USA ist das Studium an deutschen Hochschulen für US-amerikanische Studierende attraktiver geworden. Deutsche Universitäten genießen traditionell einen guten Ruf in den USA, und die Kenntnis über die Vielfalt der deutschen Hochschulen einschließlich der Universities of Applied Sciences hat zugenommen. Hinzu kommt sicherlich, dass viele Deutschland als weltoffen wahrnehmen. 2017/2018 stieg die Zahl der an deutschen Hochschulen eingeschriebenen Bildungsausländer aus den USA laut „Wissenschaft weltoffen“ auf insgesamt 5.839. Im Sprung über den Atlantik sehen die meisten US-amerikanischen und kanadischen Studierenden jedoch immer noch eine sehr große Herausforderung: Die Auslandsmobilität von US-Studierenden ist insgesamt viel geringer als die der deutschen Studierenden. Außerdem gibt es einen großen Informationsbedarf hinsichtlich Studienorganisation und Alltagsleben. Hinzu kommen oftmals Sorgen, auf sich alleine gestellt zu sein und mit den fachlichen, sprachlichen oder interkulturellen Herausforderungen in Deutschland möglicherweise nicht klarzukommen. Einen wichtigen Beitrag leistet daher das deutsche Hochschulmarketing, das einen großen Teil der Arbeit der Außenstelle New York ausmacht. Ein besonders hoher Bedarf besteht vonseiten der US-amerikanischen und kanadischen Studierenden an Beratung und Information im persönlichen Gespräch. Dazu standen 2018 auf über 70 Study-Abroad-Messen in den USA und Kanada Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Außenstelle New York sowie der DAAD-Informationszentren San Francisco und Toronto bereit, häufig unterstützt von den 35 DAAD Young Ambassadors und den 76 DAAD Research Ambassadors. Auf der European Career Fair am MIT in Boston zeigten neben dem DAAD über 20 weitere deutsche Hochschulen und Wissenschaftsinstitutionen Präsenz. Auf der NAFSA, der Messe mit der traditionell größten Beteiligung deutscher Hochschulen in den USA, waren in Philadelphia über 50 deutsche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen vertreten.

2018 hat die Außenstelle des DAAD in Nordamerika verstärkt Studierende und Wissenschaftler ethnischer Minderheiten angesprochen, die bisher unterdurchschnittlich beim akademischen Austausch repräsentiert sind. So nahm der DAAD beispielsweise an der Jahrestagung der Hispanic Association of Colleges and Universities (HACU) teil; auch auf der Tagung der Society of Hispanic Professional Engineers (SHPE) zeigte das Publikum großes Interesse am Stand des DAAD.

Tabelle 7
Daten zum Bildungssystem USA

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	324,12 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	43,77 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	57.638
Wirtschaftswachstum	1,49 %
Inflation	1,26 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 1
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 4
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 12
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,38 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	19,53 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	56,24 %
Immatrikulationsquote	85,80 %
Absolvent/innen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	2,74 Mio.
PhD	67.449
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	2,79 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	601.990
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	4,65 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. China	
2. Indien	
3. Korea	
4. Saudi-Arabien	
5. Kanada	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	67.665
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,35 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	6.851
Die beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. Vereinigtes Königreich	
2. Kanada	
3. Deutschland	
4. Frankreich	
5. Australien	

Quelle: DAAD, Statistik DESTATIS – Statistisches Bundesamt, Wissenschaft weltoffen, The World Bank, Data UNESCO, Institute for Statistics

Tabelle 8: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen USA

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		USA
I. Individualförderung – gesamt	**A**	**660**
	D	**1.554**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	279
	D	255
Studierende auf Master-Niveau	A	137
	D	226
Doktorand/innen	A	142
	D	533
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	102
	D	540
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	64
	D	867
1–6 Monate	A	380
	D	377
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	216
	D	310
II. Projektförderung – gesamt	**A**	**930**
	D	**2.794**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	309
	D	1.311
Studierende auf Master-Niveau	A	165
	D	1.042
Doktorand/innen	A	132
	D	286
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	277
	D	128
andere Geförderte*	A	47
	D	27
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	608
	D	969
1–6 Monate	A	258
	D	1.712
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	64
	D	113
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	**A**	**60**
	D	**46**
1. Mobilität mit Partnerländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	18
	D	22
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	42
	D	24
DAAD-Förderung - gesamt (I + II + III)	**A**	**1.650**
	D	**4.394**
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		**6.044**

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD Fördermittel an deutsche Hochschulen für die Förderung der akademischen Mobilität a) aus Deutschland in das europäische Ausland (Mobilität von Einzelpersonen in Programmländer) und b) aus Deutschland in die gesamte Welt sowie aus der gesamten Welt nach Deutschland (Mobilität von Einzelpersonen mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2016 und damit auf die Laufzeit 1.6.2016–31.5.2018.

RIO DE JANEIRO

BRASILIEN ÜBER ALLES …?

Dr. Martina Schulze leitet die DAAD-Außenstelle in Rio de Janeiro seit 2014. Die DAAD-Außenstelle besteht seit 1972 und hat sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Martina Schulze ist auch für das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus in São Paulo verantwortlich.

2018 geht als Mega-Wahljahr in die Geschichte Brasiliens ein. Es ist aber nicht nur das Jahr des kometenhaften Aufstiegs eines bis dato kaum bekannten Abgeordneten zum Staatspräsidenten. Politisch und wirtschaftlich betrachtet ist es ein erneutes Krisenjahr für das lateinamerikanische Schwellenland.

Im Februar legte der amtierende Präsident Michel Temer der Demokratischen Brasilianischen Bewegung (PMDB) die für die Sanierung des Staatshaushalts wichtige Rentenreform auf Eis. Er begründete den Rückzug mit den dringenden Sicherheitsproblemen im Land und legitimierte durch ein entsprechendes Dekret die bereits 2017 begonnene Entsendung von 14.000 Soldaten nach Rio de Janeiro. Die „militärische Intervention“ hielt bis zum Ende seiner Amtszeit im Dezember an. Im Verlauf des Jahres kamen fast 1.300 Menschen, darunter 109 Polizisten, bei Aktionen der Militärs in den Favelas der Stadt ums Leben, ohne dass sich die allgemeine Sicherheitslage wahrnehmbar gebessert hätte.

Die Entscheidungen Temers sind Beispiele für die politische und wirtschaftliche Krise, in der sich das Schwellenland Brasilien aktuell befindet. Sie führten im Superwahljahr 2018 zu einer ausgemachten Überraschung.

Krisensymptome gab es schon 2018 mehr als genug: Am Abend des 14. März ermordeten Auftragskiller die linke Abgeordnete des Stadtparlaments von Rio de Janeiro, Marielle Franco, auf der Fahrt nach Hause. Selbst aus einer Favela stammend, hatte sie sich für die Belange der Schwarzen, der Armen und der Marginalisierten eingesetzt. Damit war sie nicht nur dem einen oder anderen Abgeordneten im Landesparlament auf die Füße getreten, sondern hatte sich auch als aktives Mitglied im Untersuchungsausschuss zu den Aktivitäten und der Unterwanderung der politischen Gremien durch die Milizen mächtige Feinde gemacht. In allen Teilen des Landes versammelten sich auch noch Wochen nach dem Mordanschlag Zehntausende zu Trauermärschen und Demonstrationen unter dem Schlagwort „Wir alle sind Marielle!“.

Am 7. April 2018 trat der charismatische ehemalige Staatspräsident Luiz Inácio Lula da Silva von der Arbeiterpartei (PT) seine Haftstrafe von mehr als zwölf Jahren für ein Korruptionsvergehen an. Obwohl offensichtlich kein Geld geflossen und die Beweislage dünn war, sahen es die Richter als erwiesen an, dass Lula von einem großen Bauunternehmen ein Apartment in einem Badeort im Staat São Paulo erhalten habe. Viele sehen in dem Urteil eine politische Parteinahme der Justiz.

› Wahlkampf im Zentrum von Rio de Janeiro.

Ausgelöst durch gestiegene Diesel-Preise legte im Mai ein lang angekündigter Streik der Lkw-Fahrer Brasilien für mehr als eine Woche lahm. Der Verkehr auf der Straße und in der Luft kam zum Erliegen. Die Supermärkte blieben leer, die Preise für frisches Gemüse stiegen ins Unermessliche. Die Lkw-Blockaden verhinderten auch die Versorgung der Krankenhäuser. Nach einer Woche gab sich die Regierung geschlagen und kündigte eine deutliche Senkung des Benzinpreises an.

Ein Mega-Wahljahr

Die anstehenden Präsidentschafts-, Gouverneurs- und Abgeordnetenwahlen bestimmten von Juni bis Oktober die Politik und die Medien. Am 7. Oktober waren mehr als 145 Millionen zur Wahl verpflichtete Brasilianer und Brasilianerinnen aufgerufen, neben dem Staatspräsidenten auch 27 neue Gouverneure zu wählen und 513 Abgeordnete für den Kongress zu bestimmen. Außerdem standen 54 der 81 Senatssitze zur Wahl. Erstmalig führte Brasilien eine Sperrklausel von 1,5 Prozent für kleine Parteien ein, und auch die Finanzierung des Wahlkampfs folgte diesmal anderen Gesetzen, da große Firmenspenden verboten wurden.

Die Kandidatenliste für das höchste Amt im Staat führte lange Zeit der im Gefängnis einsitzende Altpräsident Lula an. Erst als die Ablehnung seiner Revisionsgesuche amtlich war, schickte er kaum zwei Monate vor der Wahl den ehemaligen Bürgermeister von São Paulo, Fernando Haddad, für sich und die PT ins Rennen. Auch andere altbekannte und erfahrene Politiker und

#ELENÃO

Die frauenfeindlichen, homophoben und rassistischen Aussagen des Präsidentschaftskandidaten Jair Bolsonaro stießen auf heftigen Widerstand bei vielen Frauen. Hieraus entstand die Bewegung „#EleNão“ („nicht er“).

„#EleNão“ mobilisierte über die sozialen Medien in wenigen Tagen mehr als 2,5 Millionen Brasilianerinnen und rief immer wieder zu Protesten auf. Sie erhielten großen Zulauf, nicht nur von Frauen. Am 29. September demonstrierten in über einhundert brasilianischen Städten und im Ausland Menschen gegen die Kandidatur Bolsonaros. Allein in São Paulo gingen mehr als 150.000 von ihnen auf die Straße. Ihre Botschaft lautete: „Wir sind Frauen, wir sind Millionen und wir sind unterschiedlich. Wir sind heute gemeinsam mit erhobenem Haupt auf den Straßen von ganz Brasilien, weil ein Präsidentschaftskandidat durch seine von Hass, Intoleranz, Autoritarismus und Rückständigkeit geprägten Reden unsere Erfolge und unsere noch immer schwierige Existenz bedroht.“

› Von Frauen organisierter Widerstand gegen die Kandidatur von Bolsonaro.

Politikerinnen traten an und rechneten sich Siegchancen aus: Geraldo Alckmin für die konservative Brasilianische Sozialdemokratische Partei (PSDB), Ciro Gomes für die Demokratische Arbeitspartei (PDT) und Marina Silva für das Netzwerk Nachhaltigkeit (Rede). Im ersten Wahlgang behauptete sich für viele überraschend der ultrarechte Kongressabgeordnete Jair Messias Bolsonaro mit 46 Prozent, gefolgt von Fernando Haddad mit 29,3 Prozent der Stimmen.

Bolsonaro hatte sich erst Anfang 2018 der extrem rechten Sozialliberalen Partei (PSL) angeschlossen und war bis dato eher durch diffamierende Bemerkungen gegenüber Homosexuellen, ethnischen Minderheiten und Frauen denn durch konstruktives Arbeiten im Abgeordnetenhaus aufgefallen. Eine Messerattacke, die ihn während einer Wahlkampfveranstaltung am 6. September schwer verletzt hatte, erlaubte es ihm, jeder öffentlichen Debatte mit den anderen Kandidaten aus dem Weg zu gehen. Seinen Wahlkampf führte er fast ausschließlich in den sozialen Medien und vom Krankenbett aus. Trotzdem gelang es Bolsonaro, weite Teile des Militärs, die wichtige Agrarlobby, eine große evangelikale Wählerschar, vor allem aber auch enttäuschte PT-Wähler mit seinem Slogan: „Brasilien über alles und Gott über allen!“ hinter sich zu bringen.

Es kam, wie es nach der ersten Wahlrunde zu erwarten war: Die Stichwahl am 28. Oktober ging mit 55,1 Prozent der Wählerstimmen an den ehemaligen Fallschirmjäger Bolsonaro und seinen designierten Vizepräsidenten, einen pensionierten General.

Ein kultureller Kreuzzug – auch gegen die Universitäten

Die wichtigsten Wahlkampfthemen auf allen Ebenen waren Sicherheit, Gesundheit und Korruptionsbekämpfung. Nur wenige Kandidatinnen oder Kandidaten äußerten sich zu Hochschule und Wissenschaft. Mit Ausnahme der Arbeiterpartei und des Kandidaten der PDT folgte niemand den Einladungen der Wissenschaftsorganisation zu Gesprächsrunden und Diskussionen. Bolsonaro wetterte gegen die Überfinanzierung der öffentlichen Universitäten, die nur schlecht ausbilden würden, und versprach, mit den studentischen Freiräumen, die er als „Rattennester“ bezeichnete, aufzuräumen.

› Die TV-Debatten finden ohne den ultrarechten Kandidaten Bolsonaro statt. Von links nach rechts: Henrique Meirelles, Alvaro Dias, Ciro Gomes, Guilherme Boulos, Geraldo Alckmin, Marina Silva, Fernando Haddad.

Außerdem machte er mit großem Erfolg ein altes Thema, die „Schule ohne Partei“, zu einer der Leitideen seines kulturellen Kreuzzuges: Er werde den Schulen und Hochschulen die Doktrin des brasilianischen Pädagogen Paulo Freire (1921–1997, Hauptwerk: „Pädagogik der Unterdrückten“) und dem Bildungsministerium den Marxismus austreiben. Er rief Eltern, Schülerinnen und Schüler dazu auf, „Fehlverhalten“ von Lehrern zu melden. Im Bundesstaat Santa Catarina forderte eine frisch gewählte Abgeordnete des Landesparlaments Studierende auf, Dozentinnen und Dozenten bei politisch-parteilichen oder ideologischen Äußerungen zu filmen und zu denunzieren.

In der heißen Wahlkampfphase erhielten öffentliche Universitäten in acht Bundesstaaten Besuch der Polizei. Diese versuchte, Kurse und Vorlesungen zu Themen wie „Demokratie und Bildung“ zu unterbinden und konfiszierte antifaschistische Plakate und Banner. In allen Fällen untersagten die Richter in Brasília die Polizei-Aktionen mit Bezug auf die Meinungsfreiheit und die Autonomie der Hochschulen.

Weniger kann nicht besser sein

Trotz chronischer Unterfinanzierung und fortgesetztem Braindrain verhieß 2018 ein besseres Jahr für die Universitäten zu werden als die beiden Jahre davor. Die in der Finanzkrise besonders gebeutelte staatliche Universität Rio de Janeiro (UERJ) nahm ihren Lehrbetrieb im März wieder auf. Nach einem Jahr ohne reguläre Vorlesungen fanden allerdings nur 40 Prozent der früheren Studierenden den Weg zurück. Für viele bedeutete die einjährige Auszeit der UERJ das Ende ihrer akademischen Bildungsträume.

Die größte und bedeutendste Universität im Land, die Universität São Paulo (USP), erklärte Anfang des Jahres die großen finanziellen Probleme für überwunden. Allerdings kostete die Sparpolitik, der auch viele Professorenstellen zum Opfer fielen, die USP den besten Platz unter den lateinamerikanischen Universitäten im Times Higher Education Ranking (THE). Zum zweiten Mal in Folge musste sich die USP hinter der kleineren UNICAMP im benachbarten Campinas einreihen.

ESCOLA SEM PARTIDO

Ein großes Wahlkampfthema war die „Escola sem Partido“ („Schule ohne Partei“), mit der eine ideologische, politische und sexuelle Indoktrination von Schülern und Studierenden durch Lehrer und Professoren verhindert werden soll. Bereits 2004 gegründet, nahm die Bewegung mit dem Wahlkampf Bolsonaros und seiner Wahl zum Präsidenten an Fahrt auf. Besonders das Thema sexuelle Orientierung und Sexualkundeunterricht lieferten einen fruchtbaren Boden für Bolsonaro, der in einem TV-Interview die – sofort vom Moderator als falsch entlarvte – Behauptung aufstellte, dass in öffentlichen Schulen Kinder durch bestimmte Unterrichtsmaterialien („Kit Gay“) aktiv zu Homosexuellen erzogen würden. Offensichtlich sprach er viele Brasilianer und Brasilianerinnen mit seiner Homophobie an. Weite Teile der Gesellschaft verdammen nicht nur aus religiösen Gründen die in den letzten Jahrzehnten erreichte sexuelle Aufklärung und Liberalisierung.

Brand im Nationalmuseum

Am 2. September 2018 brach ein verheerendes Feuer im 200 Jahre alten „Museu Nacional“ aus. Der Brand in der zur Bundesuniversität Rio de Janeiro gehörenden Einrichtung zerstörte fast 90 Prozent der Sammlungen. Mit etwa 20 Millionen Artefakten, umfangreichen Sammlungen von Pflanzen- und Tierarten sowie Fossilien beherbergte das Nationalmuseum die ältesten und bedeutendsten wissenschaftlichen Sammlungen im Land. Die brasilianische Umweltschützerin und Politikerin Marina Silva nannte den Brand „eine Lobotomie der brasilianischen Erinnerung“, also eine schwerwiegende neurochirurgische Operation, bei der wichtige Nervenbahnen gekappt werden. Einige Objekte, darunter auch der 12.000 Jahre alte Schädel der „ersten Brasilianerin“ Luzia widerstanden dem Feuer. Obwohl die Gefahren bekannt gewesen waren, konnten notwendige Instandhaltungs- und Brandschutzmaßnahmen aus Geldmangel jahrelang nicht realisiert werden. Der Verlust wichtiger Sammlungen und Archive beeinträchtigte auch sechs Master- und Promotionsprogramme und damit 460 Jungforscherinnen und -forscher. Mithilfe anderer wissenschaftlicher Einrichtungen im Land konnte der Unterricht bereits eine Woche nach dem Brand in abseits vom Brandherd gelegenen Räumen und Laboren wieder aufgenommen werden. Das Bildungsministerium stellte über die Koordinierungsstelle zur Weiterbildung auf Hochschulebene (CAPES) 570.000 Euro Soforthilfe für die Anschaffung wissenschaftlicher Ausrüstung und die Finanzierung von Forschungsaufenthalten an Sammlungen anderer Institutionen bereit. Von den zuständigen Bundesministerien kamen Finanzierungszusagen in Höhe von insgesamt über 4 Mio. Euro. Die Bundesrepublik Deutschland beteiligte sich mit rund 180.000 Euro an der Rettung und Konservierung des vom Feuer betroffenen Materials.

› Das Nationalmuseum in Flammen.

Das Museum soll bald wieder seine Forschungs- und Ausstellungsaktivitäten aufnehmen. Für einen neuen Forschungscampus stellte die Regierung im Dezember ein knapp 50.000 Quadratmeter großes Gelände in der Nähe zur Verfügung. Seit Dezember 2018 führt eine virtuelle Tour auf der „Google Arts & Culture“-Plattform (https://artsandculture.google.com/project/museu-nacional-brasil) durch prominente Teile der ehemaligen Sammlung des „Museu Nacional“.

Viel Neues bei CAPES

Das neu aufgelegte „Programm für die institutionelle Internationalisierung der Hochschulen“ (PrInt) des wichtigsten Partners des DAAD in Brasilien, CAPES, fand große nationale und internationale Beachtung. Ende 2018 fielen die Entscheidungen.

› Vom Netzwerk REBRALINT organisiertes Regionaltreffen für Hochschulen in Amazonien.

Außerdem legte die brasilianische Förderagentur für Hochschulbildung CAPES erstmalig ein regionales Förderprogramm auf, um die Qualität der Graduiertenprogramme an den Hochschulen in der Amazonasregion und im ebenfalls nördlich gelegenen Bundesstaat Maranhão auszubauen. In diesen Kontext passte, dass das „Brasilianisch-Deutsche Netzwerk für die Internationalisierung der Hochschulbildung“ (REBRALINT) ein regionales Treffen für die Amazonasregion abhielt und auch deutschlandaffine Professorinnen und Professoren aus den Bundesstaaten Rondônia und Acre einlud, um gemeinsame Kooperationspolitiken zu besprechen.

„PrInt“ – ein Paradigmenwechsel für die Internationalisierung

Am 9. November verkündete CAPES das Endergebnis der ersten Ausschreibung des Internationalisierungsprogramms „PrInt“. Um sich in dem anspruchsvollen Verfahren zu behaupten, mussten die antragstellenden Hochschulen ein Konzept vorlegen, wie und mit welchen Partnern sie am besten ihre internationale Anschlussfähigkeit, vor allem in der Forschung, auf- und ausbauen wollten.

Eine international besetzte Expertenkommission wählte aus 109 „PrInt“-Anträgen 36 Universitäten aus, die über vier Jahre hinweg mit zusätzlichen knapp 2 Mio. Euro pro Jahr rechnen können, um ihre vor allem auf den Graduiertenbereich ausgerichteten Internationalisierungspläne umzusetzen. Unter den erfolgreichen Universitäten waren auch die Hochschulen, die der DAAD im September zu einer „Research in Brazil“-Tour durch Deutschland eingeladen hatte, um deutsche Partner im Hinblick auf das neue Programm zu (re-)aktivieren und die zusätzlichen Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Deutschland bekannt zu machen.

Am Ende waren besonders die Hochschulen erfolgreich, die die zusätzlichen Mittel für den Ausbau ihrer Kooperation in wenigen großen transversalen Themenfeldern einsetzen wollten, wie die Bundesuniversität Minas Gerais, die mit den Bereichen „Nachhaltige Bewirtschaftung und Governance“, „Grenzen der Wissenschaft“, „Gesundheit und Fürsorge“ sowie „Menschenrechte“ antrat. Die staatliche Universität von São Paulo „Júlio de Mesquita Filho“ (UNESP) benannte sieben Cluster, an denen insgesamt 74 Studiengänge, 2.000 Hochschullehrerinnen und -lehrer sowie 10.000 Studierende beteiligt sein werden. Prof. Dr. João Lima Sant‘Anna Neto, Vizerektor für das Graduiertenstudium der UNESP, fasste als Koordinator des Internationalisierungsprozesses an der UNESP den Paradigmenwechsel, den „PrInt“ in Lehre und Forschung auslöste, wie folgt zusammen: „Zum einen werden wir zum ersten Mal in der Lage sein, ein kollaboratives Projekt mit hochrangigen Universitäten aus dem Ausland auf konsequentere und stärker institutionalisierte Weise durchzuführen. Zweitens ermöglicht [PrInt], den Graduiertenbereich in Bezug auf transdisziplinäre thematische Projekte neu zu organisieren. Und drittens (…) [wird] die Sichtbarkeit brasilianischer Universitäten ein Niveau erreichen, welches wir in unserer Geschichte noch nie zuvor hatten.“

Aus der Arbeit der Außenstelle

Neue Verträge – eine gute Basis für die Zukunft

Die Besinnung auf die gute Zusammenarbeit mit der CAPES und Aktivitäten, die den deutschen Hochschulen Gelegenheit gaben, mehr über Brasilien zu erfahren und ihre Partnerschaften zu erneuern, standen 2018 besonders im Fokus der Außenstelle. Viel Zeit investierte sie in die Überarbeitung und Verhandlung neuer Abkommen und Durchführungsvereinbarungen mit CAPES, dem Bildungsministerium (MEC) und der Landesstiftung für Forschungsförderung von São Paulo (FAPESP). CAPES und DAAD erneuerten ihre langjährigen Kooperationsbeziehungen und modifizierten die Regularien zur Durchführung von drei bestehenden gemeinsamen Programmen. Zusätzliche CAPES-Mittel setzten sie für zwei neue Aktivitäten ein, und zwar für das vom DAAD geförderte Zentrum für Deutschland- und Europastudien in Porto Alegre (CDEA) sowie zusätzliche Online-Stipendien für das Programm „Sprachen ohne Grenzen – Deutsch“, dessen Verlängerung bis Ende 2022 DAAD und MEC bereits vereinbart hatten.

Mit der FAPESP kann der DAAD nach Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens im Oktober ab 2019 das an „PROBRAL“ angelehnte Programm „PROPASP“ zur Förderung der Mobilität in gemeinsamen Forschungsprojekten zwischen Forschergruppen im Bundesstaat São Paulo und Deutschland ausschreiben.

ROADSHOW ZU STUDIEN- UND FORSCHUNGSMÖGLICHKEITEN IN BRASILIEN

Eine zwölfköpfige Delegation hochrangiger Vertreterinnen und Vertreter renommierter brasilianischer Universitäten und Forschungsinstitutionen besuchte im September auf Einladung des DAAD fünf für die Zusammenarbeit wichtige deutsche Hochschulstandorte in München, Berlin, Münster, Bonn und Tübingen. Ziel war es, die derzeit stagnierenden Kooperationsbeziehungen zwischen Brasilien und Deutschland wiederzubeleben sowie die Forschungs- und Promotionsangebote an Top-Universitäten und Forschungseinrichtungen Brasiliens bekanntzumachen.

In Berlin traf die Delegation mit 20 Kolleginnen und Kollegen zusammen, die auf Einladung der brasilianischen Botschaft und der FAUBAI angereist waren. Gemeinsam mit rund 30 deutschen Hochschulvertreterinnen und -vertretern diskutierten sie einen Tag lang über die Möglichkeiten und Herausforderungen der Zusammenarbeit.

› Eine Delegation hochrangiger Vertreterinnen und Vertreter brasilianischer Universitäten beim Besuch der FU Berlin.

› Der neue Fields-Medaillen-Träger, Prof. Peter Scholze (Universität Bonn), besucht den „Research in Germany“-Stand beim Internationalen Mathematikerkongress in Rio de Janeiro.

Marketing – diesmal auch in Deutschland

Im Rahmen des Forschungsmarketings organisierte der DAAD zusammen mit den „Research in Germany“-Partnern DFG und Alexander von Humboldt-Stiftung Stände und Informationsveranstaltungen bei drei internationalen Kongressen. Die traditionelle „Study in Europe“-Roadshow von DAAD, Campus France und Nuffic/Neso führte diesmal in acht Städte. Der DAAD war darüber hinaus bei allen wichtigen Messen vertreten, darunter auch bei der „Euro-Pós“. In Deutschland fand die Roadshow „Research in Brazil“ statt. Die Außenstellenleiterin bestritt außerdem ein Webinar zu Brasilien in der Reihe „Hochschulmärkte weltweit“.

Alumniseminar der Bundesuniversität UFF

Am 10. und 11. September trafen sich etwa 70 DAAD-Alumni sowie weitere brasilianische und deutsche Professorinnen und Professoren, die aktiv an der akademischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern beteiligt sind, an der Bundesuniversität Fluminense (UFF) in Niterói zum Seminar „Science for Life – Life for Science“. Gemeinsam diskutierten sie, wie die Wissenschaft in beiden Ländern dazu beitragen könne, das gewonnene Wissen zugänglicher zu machen und die Lebensqualität der Bürger und Bürgerinnen zu verbessern. Aus Deutschland reisten Referenten und Referentinnen der Universitäten Tübingen, Freiburg und Münster an.

CAPES-Präsident Prof. Dr. Abilio Neves nutzte seine Eröffnungsansprache, um ein neues Kooperationsabkommen mit der Universität Tübingen anzukündigen. Außerdem zeichnete er die in den Ruhestand gehende stellvertretende Leiterin der Außenstelle, Rita Meyer, für ihre Arbeit aus.

› Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Alumniseminars beim Networking.

Eine Ehrung von der FAUBAI

Anlässlich der 30. Jahrestagung des Brasilianischen Verbands für Internationale Bildung (FAUBAI), an der diesmal knapp 750 Hochschulvertreterinnen und -vertreter aus 28 Ländern teilnahmen, erhielt der DAAD neben fünf weiteren ausländischen Agenturen eine Auszeichnung für die jahrelange gute Zusammenarbeit.

› Dr. Martina Schulze nimmt die Auszeichnung des Brasilianischen Verbands für Internationale Bildung entgegen.

„Welcome Project“ in Brasilien

Auf Bitten der FAUBAI hatte die Außenstelle Prof. Dr. Matthias Schmidt von der Beuth-Hochschule nach Rio de Janeiro eingeladen, um über das vom DAAD geförderte „Welcome Project“ für Flüchtlinge an seiner Hochschule zu berichten. An seinem Workshop, den er gemeinsam mit

› Prof. Matthias Schmidt (Beuth Hochschule, 2. von links) und Prof. André Duarte (UFPR, rechts) leiten den Workshop zum Thema „Integration von Flüchtlingen“.

Ein prüfender Blick auf „Sprachen ohne Grenzen – Deutsch (SoG – Deutsch)“

Zwischen Mai und Juli 2018 evaluierten zwei Gutachterinnen die konkrete Umsetzung des Programms „SoG-Deutsch“ in der Pilotphase (2016–2018). Während ihrer einwöchigen Reise verschafften sich die Professorinnen Dr. Kristina Peuschel (Universität Augsburg) und Dr. Cibele Cecilio de Faria Rozenfeld (UNESP-Araraquara) einen persönlichen Eindruck von den Arbeitsbedingungen der Programmpartner an Universitäten in João Pessoa, Campina Grande, Curitiba und Rio de Janeiro.

Ausblick am Jahresende

Welche der angekündigten Veränderungen die neue Regierung wird umsetzen können und welche Auswirkungen diese auf Wissenschaft und Hochschule haben werden, bleibt abzuwarten. Von einem Ende der guten deutsch-brasilianischen Hochschulzusammenarbeit ist aber so schnell nicht auszugehen.

ESCADARIA SELARON
RIO DE JANEIRO

Tabelle 9
Daten zum Bildungssystem Brasilien

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	209,57 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	34,25 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	15.153
Wirtschaftswachstum	-3,59%
Inflation	8,74 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 30
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 26
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 60
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,99 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	8,29 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	57,06 %
Immatrikulationsquote	50,60 %
Absolvent/innen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	1,10 Mio.
PhD	16.745
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	1,17 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	68.908
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	0,24%
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. Angola	
2. Kolumbien	
3. Peru	
4. Argentinien	
5. Paraguay	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	40.891
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,49 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	3.954
Die beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. USA	
2. Portugal	
3. Frankreich	
4. Vereinigtes Königreich	
5. Deutschland	

Quelle: DAAD, Statistik DESTATIS – Statistisches Bundesamt, Wissenschaft weltoffen, The World Bank, Data UNESCO, Institute for Statistics

Tabelle 10: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen Brasillien

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Brasilien
I. Individualförderung – gesamt	**A**	**678**
	D	**266**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	186
	D	153
Studierende auf Master-Niveau	A	183
	D	45
Doktorand/innen	A	264
	D	18
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	45
	D	50
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	19
	D	42
1–6 Monate	A	279
	D	168
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	380
	D	56
II. Projektförderung – gesamt	**A**	**597**
	D	**536**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	191
	D	157
Studierende auf Master-Niveau	A	143
	D	145
Doktorand/innen	A	76
	D	83
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	124
	D	146
andere Geförderte*	A	63
	D	5
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	405
	D	343
1–6 Monate	A	156
	D	169
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	36
	D	24
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	**A**	**13**
	D	**5**
1. Mobilität mit Partnerländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	5
	D	1
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	8
	D	4
DAAD-Förderung - gesamt (I + II + III)	**A**	**1.288**
	D	**807**
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		**2.095**

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD Fördermittel an deutsche Hochschulen für die Förderung der akademischen Mobilität a) aus Deutschland in das europäische Ausland (Mobilität von Einzelpersonen in Programmländer) und b) aus Deutschland in die gesamte Welt sowie aus der gesamten Welt nach Deutschland (Mobilität von Einzelpersonen mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2016 und damit auf die Laufzeit 1.6.2016–31.5.2018.

HANOI

AUF DEM WEG

Stefan Hase-Bergen leitet seit September 2017 die 2003 gegründete DAAD-Außenstelle Hanoi am Vietnamesisch-Deutschen Zentrum der TU Hanoi mit sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Außenstelle ist für Vietnam, Kambodscha, Laos und Myanmar zuständig.

Die internationale Integration ist für die Entwicklung Vietnams von zentraler Bedeutung. Daher ist die Normalisierung der Beziehungen zu Deutschland ein wichtiger Schritt. Damit sich auch die Hochschulen positiv entwickeln, sollen sie bis 2020 die volle Autonomie erhalten. Was das genau bedeutet, ist für viele Hochschulen noch unklar. Der DAAD bietet hier Unterstützung an.

Internationale Integration

Für 16 Monate herrschte Eiszeit in den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Vietnam. Grund war die Entführung des vietnamesischen Politikers und Geschäftsmanns Trinh Xuan Thanh von Berlin nach Hanoi durch den vietnamesischen Geheimdienst im Juli 2017. Die Bundesregierung setzte die strategische Partnerschaft mit Vietnam aus und stoppte alle offiziellen hochrangigen Kontakte. Nachdem Vietnam die von deutscher Seite geforderten Bedingungen zur Wiederherstellung des Vertrauens – wie die Freilassung von Menschenrechtlern, Haftbesuche, Hafterleichterungen und eine Entschuldigung – erfüllt hatte, vereinbarten beide Seiten den Neustart der Beziehungen bei einem Besuch des Vizeaußenministers Bui Thanh Son im November 2018 in Berlin. Auch einer Wiederaufnahme der strategischen Partnerschaft steht nun nichts mehr im Wege. Sie soll mit veränderten Schwerpunkten neu aufgesetzt werden.

Die Normalisierung der Beziehungen mit Deutschland ist für Vietnam vor allem wirtschaftlich sehr bedeutend, denn nun kann das lange verhandelte Freihandelsabkommen mit der EU, das EU-Vietnam Free Trade Agreement, in der ersten Jahreshälfte 2019 ratifiziert werden.

› Noch vor zwanzig Jahren basierte ein Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung Vietnams auf Agrarprodukten. Doch die Rolle der Landwirtschaft nimmt ab: Mittlerweile wird der größte Teil im Dienstleistungssektor sowie von Industrie und Bauwesen erwirtschaftet.

Freihandelsabkommen binden Vietnam sehr vorteilhaft in die Weltwirtschaft ein. Die starke wirtschaftliche Entwicklung Vietnams mit einem Wachstum von über sieben Prozent 2018 ist vor allem durch seine internationale Integration in den globalen Handel bestimmt. Vietnam hat sich zu einem sehr wichtigen Standort internationaler Lieferketten entwickelt. Damit ist das Land aber auch besonders anfällig für internationale Krisen und den weltweit zunehmenden Protektionismus. Noch profitiert Vietnam vom Handelskrieg zwischen den USA und China, da viele Unternehmen ihren Produktionsstandort von China nach Vietnam verlegen. Langfristig bedeutet eine Einschränkung des weltweiten Handels jedoch eine große Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung Vietnams.

Alle Macht der Partei

Vietnams Staatspräsident Tran Dai Quang, hinter Parteichef Nguyen Phu Trong und Premierminister Nguyen Xuan Phuc die Nummer drei in der Machthierarchie, starb im September 2018. Als Nachfolger wählte die Nationalversammlung den einzigen Kandidaten, Parteichef Nguyen Phu Trong. Bisher besetzten die vier wichtigsten politischen Posten – Parteichef, Ministerpräsident, Staatspräsident und Parlamentspräsident – vier unterschiedliche Personen. Mit der Wahl Trongs wurde das bisher von ihm selbst hochgehaltene Prinzip der kollektiven Führung erstmalig seit dem Tod des Staatsgründers Ho Chi Minh 1969 aufgebrochen. Die Besetzung durch den 74-jährigen ultrakonservativen Parteichef

ist ein Tabubruch und weist stark auf China hin, wo Parteichef Xi Jinping ebenfalls als Staatspräsident fungiert und so eine enorme Macht auf sich konzentriert hat. Auch Vietnam ist ein Einparteienstaat mit der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) als alles entscheidender politischer Kraft.

Wenig Spielraum für Widerstand in der Zivilgesellschaft

Seit dem 12. Parteitag 2016 geht die KPV unerbittlich gegen Kritiker und Kritikerinnen vor und verfolgt vor allem kritische Blogger und Bloggerinnen, Geistliche, Anwälte sowie im Zuge einer Anti-Korruptionskampagne nach chinesischem Vorbild auch Anhänger des früheren Regierungschefs Nguyen Tan Dung. Lange Gefängnisstrafen für kritische Berichte im Internet sollen jede Opposition mundtot machen.

Bad man jailed

BỊ CÁO

› In der vietnamesischen Presse werden kritische Blogger als Terroristen verurteilt.

Zu dieser harten Politik gegen Oppositionelle zählt auch ein neues Gesetz zur Internetsicherheit, das die Nationalversammlung im Mai beschlossen hat. Facebook, Google und andere Internetfirmen müssen seit dem 1. Januar 2019 die Daten ihrer Nutzer lokal in Vietnam speichern und Büros in Vietnam eröffnen. Zudem sind sie verpflichtet, den Inhalt ihrer Internetseiten in Vietnam zensieren zu lassen und gegebenenfalls ungesetzliche oder unerwünschte Inhalte wie „Propaganda gegen den Staat“ innerhalb von 24 Stunden zu löschen. In Vietnam ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf Facebook aktiv. Kritische Bloggerinnen und Blogger nutzen die sozialen Medien intensiv.

Internationale Unterstützung

Auch wenn Vietnam wirtschaftlich stark von China abhängig ist, bleibt das Verhältnis zum in der Bevölkerung sehr unbeliebten Nachbarn im Norden weiterhin ambivalent. Vor allem die wiederholten Drohgebärden und ausufernden Gebietsansprüche Chinas im Südchinesischen Meer, das in Vietnam „Ostmeer“ heißt, führen immer wieder zu erheblichen Verstimmungen und lassen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit beider Länder kaum zu.

So sind die intensiven außenpolitischen Aktivitäten Vietnams 2018 vor allem auch unter dem Verhältnis zu China zu betrachten. Mit Indien hat Vietnam beispielsweise eine stärkere militärische Zusammenarbeit vereinbart. Der erstmalige Besuch eines US-amerikanischen Flugzeugträgers im zentralvietnamesischen Hafen Danang mit 6.000 Soldaten und Soldatinnen muss ebenso als Zeichen an Chinas Expansionspolitik im Südchinesischen Meer verstanden werden wie der Besuch von Ministerpräsident Phuc in Neuseeland und Australien, wo Phuc eine strategische Partnerschaft vereinbarte. All diese außenpolitischen Aktivitäten dienen dazu, sich gegen die als Bedrohung empfundene Machtausweitung Chinas mit diplomatischen Mitteln zu wehren und neue Partnerschaften einzugehen, um sich so internationale Unterstützung im Konflikt um das „Ostmeer“ zu sichern.

Autonomie – viele offene Fragen

Vietnamesische Hochschulen entwickeln sich deutlich langsamer als die Gesellschaft insgesamt. Mehr Hochschulautonomie kann einen wichtigen Schub zu mehr Dynamik und einer deutlichen Qualitätssteigerung bringen. Dann können die Hochschulen ihre spezifischen Stärken besser und flexibler nutzen und sich mit einem eigenen Profil stärker in Lehre und Forschung positionieren. So lautet ein Fazit des DAAD-Workshops „University autonomy – How to govern a university?“ im Oktober im zentralvietnamesischen Danang. In den Hochschulen herrscht jedoch noch sehr viel Unsicherheit angesichts der von der Regierung geplanten Einführung der Autonomie, wie die Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern von 27 vietnamesischen Hochschulen, darunter 20 Hochschulleitungen, zeigte.

Für viele ist vor allem die zukünftige Finanzierung ihrer Hochschule fraglich, wenn es keine automatische Grundfinanzierung mehr geben wird. So finanzieren sich die Danang University of Economics sowie die Hanoi University of Science & Technology als zwei von 23 autonomen Pilothochschulen inzwischen zu 95 beziehungsweise knapp 60 Prozent aus Studiengebühren. Angesichts sinkender Studierendenzahlen wird der Wettbewerb unter den Hochschulen um die gesetzlich gedeckelten Studiengebühren immer intensiver werden.

› DAAD-Workshop zur Hochschulautonomie.

Autonomie wirkt sich auf eine Hochschule in all ihren Bereichen aus und nicht nur auf die Finanzierung. Aber viele Fragen sind auch wegen fehlender gesetzlicher Rahmenbedingungen bisher noch ungeklärt. Dazu zählen Personalentscheidungen, die Rolle der Kommunistischen Partei oder die Gestaltung von Lehrplänen und Curricula, auch mit Blick auf obligatorische Fächer wie Marxismus-Leninismus, Militärerziehung oder Sport.

Viele Hochschulleitungen haben zudem keine Erfahrungen, wie sie zukünftig ihre Hochschule selbstständig führen und autonome Strukturen implementieren sollen. Dennoch werden Hochschulautonomie sowie eine freie und unabhängige Wissenschaft von den meisten Hochschulen als Chance begriffen, um die Qualität in Lehre und Forschung zu verbessern. Allerdings bedarf es dafür klarer gesetzlicher Regelungen. Und der Staat, darin waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, müsse auch in Vietnam weiterhin für eine angemessene Grundfinanzierung der Hochschulen sorgen.

WENIGER STUDIERENDE IN VIETNAM

Seit 2015 geht die Zahl der Studierenden in Vietnam leicht zurück. Das hängt damit zusammen, dass die Berufsaussichten angesichts der hohen Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen und -absolventinnen als nicht gut gelten. Die Erhöhung der Studiengebühren an vielen Hochschulen in Vietnam ist besonders für Familien in den ärmeren ländlichen Gebieten ein weiterer Hinderungsgrund für ein Studium.

Ebenfalls seit 2015 gehen die vietnamesischen Antragszahlen bei der Akademischen Prüfstelle (APS) für ein Studium in Deutschland zurück, von damals 2.260 Anträgen auf rund 1.400 Anträge 2018. Es ist davon auszugehen, dass mit aktuell rund 7.000 vietnamesischen Studierenden in Deutschland inklusive Bildungsinländern ein Höhepunkt erreicht ist und die Zahlen in den nächsten Jahren zurückgehen werden. Das mag auch daran liegen, dass ein Studium in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern als zu schwer gilt.

› Das Thema Hochschulautonomie wurde bei einem DAAD-Alumnitalk vom ehemaligen HRK-Präsidenten Prof. Horst Hippler sowie von HUST-Rektor Prof. Hoang Minh Son diskutiert.

Mit Hochschulautonomie zum Erfolg

Zum ersten Mal haben es zwei vietnamesische Hochschulen in einem internationalen Ranking (QS-Ranking) unter die Top 1.000 geschafft. Die erfolgreiche Platzierung der beiden Nationaluniversitäten in Ho-Chi-Minh-Stadt (Gruppe 701–750) und Hanoi (Gruppe 801–1.000) hat Vietnam mit Stolz registriert.

Diese positive Entwicklung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die 235 Universitäten und das Hochschulsystem insgesamt noch vor großen Herausforderungen stehen. Die umfassende Lenkung der Hochschulen durch die zuständigen Ministerialbürokratien zählt dabei zu den wesentlichen Hemmnissen für eine erfolgreiche Entwicklung. Zur mangelnden Qualität vieler Universitäten gehöre, so der stellvertretende Bildungsminister Nguyen Van Phuc, dass es zu wenig gut qualifizierte Hochschullehrende gebe. Tatsächlich sind nur 27 Prozent der Hochschullehrerinnen und -lehrer promoviert.

Die Qualität der Ausbildung an den Hochschulen genüge auch dem sich rasch wandelnden Arbeitsmarkt nicht, so Phuc weiter. Außerdem sei die Forschung an den Hochschulen zu wenig entwickelt und erziele zu geringe Einnahmen aus Forschungs- und Technologietransfers. Im Hochschulmanagement fehle es an Expertise und am Willen zu Innovation.

Tatsächlich ist die vietnamesische Regierung ernsthaft bemüht, die Qualität der Universitäten zu verbessern. Als wesentliche Voraussetzung dafür sollen alle vietnamesischen Hochschulen bis 2020 die volle Autonomie erhalten und unter stärkerer Beteiligung privater Hochschulen in ein wettbewerbsorientierteres Hochschulsystem überführt werden. Das wäre vor einigen Jahren im vietnamesischen Hochschulsystem sowjetischer Prägung noch undenkbar gewesen.

Das von der Nationalversammlung im November verabschiedete überarbeitete Hochschulgesetz schafft dafür wichtige neue Regelungen. Autonome Hochschulen können nun selbstständig auf der Grundlage definierter Qualitätskriterien Studienprogramme und Fachbereiche einrichten – mit Ausnahme der die nationalen Interessen besonders berührenden Bereiche Gesundheit, Lehrerausbildung, Sicherheit und

› Absolventinnen und Absolventen der VGU freuen sich über ihren erfolgreichen Studienabschluss.

Verteidigung. Voraussetzung für die Autonomie ist, dass die Hochschulen akkreditiert sind und wichtige Informationen wie Prüfungsergebnisse, Prozentsatz der Absolvierenden und Qualitätssicherungsmaßnahmen transparent machen. Weiterhin muss ein unabhängiger Hochschulrat eingerichtet werden, dem auch Nicht-Akademiker, zum Beispiel aus der Wirtschaft, vorstehen dürfen.

Das novellierte Gesetz tritt am 1. Juli 2019 in Kraft. Damit sind wichtige Weichenstellungen für die geplante Autonomie der vietnamesischen Hochschulen ab 2020 gestellt.

Andere gesetzliche Bestimmungen wie das Beamtenrecht, das Investitionsgesetz oder die Steuergesetzgebung stehen häufig nicht im Einklang mit der im Hochschulgesetz vorgesehenen Hochschulautonomie. Das führt ebenso zu großer Unsicherheit bei den Hochschulleitungen wie die wichtige Frage, wie die Hochschulen angesichts einer fehlenden automatischen Grundfinanzierung in Zukunft finanziert werden können.

Die Vietnamesisch-Deutsche Universität

Das Ministry of Education and Training (MoET) arbeitet an einem neuen Masterplan für die Hochschulen, um die genannten Mängel zu überwinden und die Hochschulqualität zu verbessern. Neben der Autonomie sollen Themen wie Internationalisierung, Hochschulmanagement, akademische Freiheiten, Anreizsysteme und eine arbeitsmarktgerechte Ausbildung eine stärkere Rolle spielen. Zudem sollen sich vietnamesische Hochschulen, die bisher vor allem in der Lehre aktiv sind, intensiver der Forschung und Innovation widmen. Noch ist aber unklar, was das im Einzelnen heißen wird.

› Vizepremierminister Dr. Vu Duc Dam gratuliert der VGU zur 10-Jahresfeier.

Erfolgreiche medizinische Zusammenarbeit

› Prof. Song und Dr. Velavan sind die Gründungsväter und Direktoren von VG-Care.

Seit über 20 Jahren kooperieren das Institut für Tropenmedizin der Universität Tübingen und das 108 Military Central Hospital in Hanoi im Bereich der biomedizinischen Forschung und in der klinischen Ausbildung. Initiiert haben die Zusammenarbeit vietnamesische Doktoranden und Doktorandinnen, die in Tübingen promoviert wurden, etliche mit DAAD-Förderung.

Die Diagnostik von Infektionskrankheiten, insbesondere Hepatitis, aber auch parasitologische Diagnostikverfahren in Vietnam zeitgemäß zu etablieren, ist eines der wichtigen Ziele der Partnerschaft. Dafür wurde 2015 das „Vietnamese-German Center for Medical Research“ (VG-Care) an dem Hanoier Militärkrankenhaus gegründet. Ein Meilenstein war im Januar die feierliche Einweihung des Zentrums und die Ernennung zur unabhängigen und rechtlich selbstständigen Einrichtung, in Anwesenheit der stellvertretenden Minister für Verteidigung sowie Wissenschaft & Technologie.

VG-Care leiten seine zwei Gründungsväter DAAD-Alumnus Prof. Le Huu Song, der Direktor des Institute of Clinical Infectious Diseases am Militärkrankenhaus, und Dr. Thirumalaisamy Velavan vom Institut für Tropenmedizin in Tübingen. Das Zentrum hat die Aufgabe, sowohl Grundlagenforschung als auch angewandte klinische Forschung im Bereich der Infektionskrankheiten zu betreiben, klinische und epidemiologische Studien nach internationalen Standards durchzuführen sowie nachhaltige Ausbildungsstrukturen zu entwickeln. Dabei engagiert sich das Tübinger Tropeninstitut in besonderem Maße.

Die langjährige Zusammenarbeit mithilfe der DAAD-Förderung und anderer Geldgeber (BMBF, vietnamesisches Ministry of Science & Technology) hat mehr als 50 gemeinsame Publikationen, viele in Tübingen ausgebildete und promovierte vietnamesische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Expertenseminare und Sommerschulen in Hanoi sowie Winterschulen in Tübingen vorzuweisen.

Da VG-Care keine Grundfinanzierung erhält, ist das Zentrum vollständig auf einzuwerbende Projektmittel angewiesen. Der DAAD fördert die Kooperation seit 2015 im Rahmen seines Programms PAGEL. Das Labor des Zentrums ist mit Sachmittelspenden des DAAD sowie aus BMBF-Mitteln entsprechend internationaler Standards sehr gut eingerichtet und gehört in Lehre und Forschung zu den besonders erfolgreichen in der deutsch-vietnamesischen Zusammenarbeit.

› Am 16. Januar 2018 wurde VG-Care feierlich als selbständige Institution eingeweiht.

„Autonomy is of crucial importance for Vietnamese Higher Education on the way to improve its quality of training and research.“

› Prof. Pham Quang Minh, Rektor und DAAD-Alumnus, setzt sich für Hochschulautonomie ein.

EIN VERFECHTER DER HOCHSCHULAUTONOMIE

Als DAAD-Stipendiat wurde Prof. Dr. Pham Quang Minh 2002 an der Humboldt-Universität zu Berlin promoviert. Seit 2016 leitet er als Rektor die University of Social Sciences and Humanities, die zur Vietnam National University in Hanoi gehört. Pham Quang Minh gehört zu den überzeugten Befürwortern stärkerer Hochschulautonomie in Vietnam: „Autonomie ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung vietnamesischer Hochschulen, um die Qualität von Lehre und Forschung voranzubringen“, sagt er.

Angesichts der kontroversen Diskussionen über die Rolle des Staates bei der künftigen Hochschulfinanzierung ist er jedoch der Meinung, dass „Autonomie nicht bedeutet, dass die Regierung sich einfach der Verantwortung für die Hochschule entziehen kann“. Zugleich ist für ihn klar: „Autonomie heißt auch nicht, dass eine Hochschule machen kann, was sie will.“

Prof. Minh bezieht offen und klar Stellung und ist gerade deshalb einer der wichtigen Protagonisten in der Diskussion über die von der Regierung vorgesehene Autonomisierung der vietnamesischen Hochschulen.

Die Vietnamesisch-Deutsche Universität (VGU) sowie die vietnamesisch-französische und die vietnamesisch-japanische Universität sollen im Masterplan des „Excellence University Projects“ auf der Grundlage der jeweiligen Regierungsabkommen einen Sonderstatus erhalten. Das MoET will diese Modellprojekte besonders fördern, damit sie sich entsprechend entwickeln und beispielgebend sein können. Die VGU soll sich dabei zu einer Forschungsuniversität entwickeln.

› Prof. Tomas Benz ist seit August 2018 der neue Präsident der VGU.

Diese positive Perspektive wird unterstützt durch die Berufung des neuen Präsidenten Prof. Dr. Tomas Benz, der die VGU durch seine jahrelange Mitarbeit als Studiengangleiter bestens kennt und ein hohes Ansehen intern und bei den Partnern hat. Auch die Tatsache, dass die vietnamesische Seite das zehnjährige Jubiläum der VGU im September sehr hochrangig wahrgenommen hat, unterstreicht ihre Bedeutung als Modelluniversität für die Regierung. Dorthin kamen unter anderem der Vizepremierminister Dr. Vu Duc Dam und der Parteichef von Ho-Chi-Minh-Stadt, der DAAD-Alumnus Prof. Nguyen Thien Nhan.

› Prof. Briesen beim Alumnitalk an der Thai Nguyen-Universität.

Aus der Arbeit der Außenstelle Hanoi

Die Forschungsstipendien des DAAD für Promovenden haben eine große Ausstrahlungskraft an den vietnamesischen Hochschulen. Gleichzeitig gelten die DAAD-Stipendien im Vergleich zur Konkurrenz aus Asien (China, Japan) als sehr kompetitiv und wegen der hohen Qualitätsanforderungen schwer zu bekommen. Die intensive Informationsarbeit zu den DAAD-Stipendienprogrammen online (Facebook, Webinare) und vor allem auf Informationsveranstaltungen an Hochschulen sowie im direkten Gespräch mit den Studierenden führte zu erfreulichen 25 Prozent mehr Bewerbungen. An den deutschen Hochschulen sind die Stipendiatinnen und Stipendiaten insbesondere aus den MINT-Fächern als Promovenden sehr gefragt, da sie meist nicht nur gut ausgebildet sind, sondern auch hoch motiviert, diszipliniert und erfolgreich forschen.

Nach ihrer Rückkehr nach Vietnam halten viele Alumni Kontakt zu ihren deutschen Professoren und Professorinnen, und es entsteht oft eine gut funktionierende institutionelle Zusammenarbeit. Mittlerweile sind über 150 Kooperationen zwischen deutschen und vietnamesischen Hochschulen im Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz registriert, mit steigender Tendenz. Diese zu fördern sowie mehr Partner aus Deutschland und Vietnam miteinander ins Gespräch zu bringen, gehört zu den Aufgaben des DAAD. So konnten sich im März 50 Vertreterinnen und Vertreter vietnamesischer Hochschulen bei einem Workshop des DAAD über Formen und Fördermöglichkeiten von Hochschulkooperationen informieren.

Alumni unterstützen nicht nur die Zusammenarbeit deutscher und vietnamesischer Hochschulen, sondern auch die Arbeit des DAAD. Umgekehrt ist es das Ziel des DAAD, die Alumni vor allem bei ihrer fachlichen Vernetzung zu fördern. So unterstützte der DAAD zehn von Alumni organisierte Workshops und lud auch selbst zu mehreren Alumniveranstaltungen ein. Ein großes Treffen im Mai zum Thema „Environment and Health – Recent Trends“ bot zugleich Anlass, das 15-jährige Bestehen der DAAD-Außenstelle Hanoi zu begehen. Das in Vietnam intensiv diskutierte Thema der Beschäftigungsfähigkeit von Hochschulabsolventen und Hochschulabsolventinnen griffen die DAAD-Außenstelle und das DAAD-Informationszentrum in Ho-Chi-Minh-Stadt in zwei Alumni-Workshops im November auf. Die beiden eingeladenen Experten des Career Service der Universität Münster, Andreas Eimer und Dr. Jan Knauer, betonten, dass die Hochschule, die Lehrenden und Fachbereiche sowie die Studierenden selbst gemeinsam in der Verantwortung ständen, die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern.

› Im Vietnamesisch-Deutschen Zentrum führte die DAAD-Außenstelle ein großes Alumnitreffen zum Thema „Environment and Health – Recent Trends“ durch.

› Die DAAD-Außenstelle organisierte zum ersten Mal einen Falling Walls Science Slam in Vietnam.

Der vom DAAD geförderte binationale Masterstudiengang in der germanistischen Linguistik zwischen der University of Languages and International Studies in Hanoi (ULIS) und der Universität Leipzig wurde am 7. Mai in Anwesenheit von Botschafter Christian Berger feierlich eröffnet. In Vietnam wie auch in den Nachbarländern Kambodscha und Laos gibt es nur an der ULIS eine Masterausbildung in der Germanistik, die der DAAD ab 2019 durch die Nutzung der Materialien weiter unterstützt.

Die DAAD-Außenstelle Hanoi organisierte am 25. Mai erstmals einen Falling Walls Science Slam in Vietnam. Aus der erfreulich hohen Zahl von 30 Bewerbungen lud der DAAD zehn Kandidatinnen und Kandidaten ein, ihre Ideen und Projekte in maximal drei Minuten vorzustellen. Eindeutige Siegerin war Nguyen Vo Quoc Thao aus Ho-Chi-Minh-Stadt mit ihrem Thema „Breaking the Wall of Plastic Straw“. Ihre Idee: Statt Plastiktrinkhalmen sollte man besser umweltverträgliche natürliche Strohhalme aus einer Grassorte nutzen, die im Mekong-Delta reichlich wächst. Dadurch entstehen dort zugleich auch neue Arbeitsplätze.

› Die DAAD-Stipendienurkunden wurden in Anwesenheit von Botschafter Christian Berger im Rahmen eines Alumnitreffens überreicht.

Tabelle 11
Daten zum Bildungssystem Vietnam

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	94,44 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	15,27 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	6.434
Wirtschaftswachstum	6,21 %
Inflation	0,88 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 49
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 23
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 103
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,66 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	2,47 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	48,91 %
Immatrikulationsquote	28,84 %
Absolvent/innen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	384.467
PhD	965
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	0,37 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	5.563
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	0,12 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. Laos	
2. Kambodscha	
3. China	
4. Korea	
5. Mongolei	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	63.703
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	2,58 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	4.192
Die beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. USA	
2. Australien	
3. Japan	
4. Frankreich	
5. Vereinigtes Königreich	

Quelle: DAAD, Statistik DESTATIS – Statistisches Bundesamt, Wissenschaft weltoffen, The World Bank, Data UNESCO, Institute for Statistics

Tabelle 12: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen Vietnam

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Vietnam
I. Individualförderung – gesamt	**A**	**270**
	D	**74**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	61
	D	25
Studierende auf Master-Niveau	A	30
	D	12
Doktorand/innen	A	74
	D	2
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	105
	D	35
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	158
	D	29
1–6 Monate	A	7
	D	31
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	105
	D	14
II. Projektförderung – gesamt	**A**	**435**
	D	**315**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	120
	D	92
Studierende auf Master-Niveau	A	89
	D	75
Doktorand/innen	A	40
	D	22
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	136
	D	123
andere Geförderte*	A	50
	D	3
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	221
	D	241
1–6 Monate	A	147
	D	74
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	67
	D	
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	**A**	**54**
	D	**24**
1. Mobilität mit Partnerländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	30
	D	1
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	24
	D	23
DAAD-Förderung - gesamt (I + II + III)	**A**	**759**
	D	**413**
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		**1.172**

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD Fördermittel an deutsche Hochschulen für die Förderung der akademischen Mobilität a) aus Deutschland in das europäische Ausland (Mobilität von Einzelpersonen in Programmländer) und b) aus Deutschland in die gesamte Welt sowie aus der gesamten Welt nach Deutschland (Mobilität von Einzelpersonen mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2016 und damit auf die Laufzeit 1.6.2016–31.5.2018.

JAKARTA

AUFBRUCH – ODER DOCH NICHT?

Thomas Zettler leitet die DAAD-Außenstelle Jakarta seit Februar 2018. Die Außenstelle besteht seit 1990 und hat zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Indonesiens Regierung verfolgt ehrgeizige Ziele: Bis 2045 soll das Land Platz vier unter den weltweit größten Volkswirtschaften einnehmen. Die Entwicklung von „Human Resources" ist das Leitmotiv der kommenden Jahre und die Verbesserung der Qualität von Lehre, Studium und Forschung eine der Hauptaufgaben.

Allgemeine und politische Entwicklungen

Wahlen vor der Tür

2018 und 2019 wählt die Bevölkerung über die Hälfte der Gouverneure in den Regionen neu, im April 2019 den Präsidenten. Entsprechend prägt der Wahlkampf das Land schon seit Monaten. Favorit für die Präsidentschaftswahl ist Amtsinhaber Joko Widodo – allgemein nur Jokowi genannt – der sich um eine zweite Amtszeit bewirbt. Aber auch sein Herausforderer, Ex-General Prabowo Subianto, der 2014 nur knapp unterlegen war, hat Chancen.

Die erste Regierungsperiode Jokowis (2014–2019) stand unter dem Motto Aufbau von Infrastruktur. Entsprechend wurde in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von großen Bauprojekten begonnen und verwirklicht. Vor allem betrafen diese den Bau oder Ausbau regionaler Flughäfen, Häfen, Eisenbahnverbindungen und Überlandstraßen. Die im chronischen Verkehrsstau erstickende Hauptstadt Jakarta erhält mit einem S- und U-Bahn- und einem verbesserten Bussystem erstmals seit Jahrzehnten die Perspektive, ihre Verkehrsprobleme in den Griff zu bekommen. Die Einweihung von S-Bahn und Metro hat die Regierung für Februar und März 2019 publikumswirksam vor den Wahlen vorgesehen.

› Jakarta, der Wirtschaftsmotor Indonesiens, entwickelt sich schnell.
Über 10 Millionen leben in der Stadt, über 32 Millionen in der Metropolregion.

In der Sozialpolitik hat die Regierung grundlegende Reformen unternommen: Drei Berechtigungskarten – indonesische Gesundheitskarte, Smart Card, Karte „Blühende Familien“ – bieten armen Menschen und Familien eine weitgehend kostenlose medizinische Grundversorgung, sie subventionieren den Schulbesuch und erleichtern den Zugang zu Sozialleistungen. Ziel der Smart Card ist es zum Beispiel, allen indonesischen Kinder eine zwölfjährige Schulausbildung zu ermöglichen. Das Kartensystem wird schrittweise aufgebaut. Derzeit sind knapp zehn Millionen Menschen Inhaber einer Smart Card, die Gesundheitskarte besitzen immerhin schon 92,2 Millionen der ca. 265 Millionen Indonesierinnen und Indonesier.

Das Leitmotiv der angestrebten zweiten Amtszeit Jokowis soll Entwicklung von Humankapital sein. Im Zentrum der geplanten Reformen und Maßnahmen stehen Schulbildung, berufliche Bildung und Hochschulbildung. Gegenkandidat Prabowo verfolgt ähnliche Ziele: Auch er will die zwölfjährige Schulbildung für alle ermöglichen und die Qualität der Schul- und Universitätsausbildung verbessern.

Es ist somit zu erwarten, dass im nächsten Regierungszeitraum – unabhängig davon, wer als Sieger aus der Präsidentschaftswahl hervorgeht – Themen wie „Qualität der Bildung“ und „Verbesserung der beruflichen Bildung“ eine zentrale Rolle spielen werden. Im Bereich „berufliche Bildung“ gilt Deutschland als Vorbild. Daher könnte im Bereich Hochschulbildung

auch das deutsche Fachhochschulmodell mit seiner praxis- und industrienahen Ausrichtung zukünftig an Bedeutung in der Kooperation zwischen Deutschland und Indonesien gewinnen.

Die Wirtschaft Indonesiens: Fahrt bei turbulentem Wetter

Die indonesische Wirtschaft zeigte vor dem Hintergrund eines zunehmenden Handelsbilanzdefizits und der amerikanisch-chinesischen Spannungen in der zweiten Jahreshälfte 2018 deutliche Schwächeerscheinungen. Die Folgen waren ein starker Wertverfall der Rupiah gegenüber dem US-Dollar und eine Kapitalflucht ins Ausland. Durch eine Reihe von Maßnahmen, vor allem durch eine deutliche Erhöhung des Leitzinssatzes, konnte die negative Entwicklung im November gestoppt und das Vertrauen der Märkte zurückgewonnen werden. Dazu beigetragen hat auch, dass die makroökonomischen Rahmendaten Indonesiens nach wie vor im Grunde solide und positiv sind. Die Staatsverschuldung liegt lediglich bei

DIES-Dialog-Seminar „Joint Curricula Development with Regional and International Partners: From Study Modules to Joint/Double Degrees“

Wie können gemeinsame Studienprogramme mit ausländischen Partnern entwickelt werden? Welche Aspekte sind dabei zu beachten, wie können Fehler vermieden werden? Diese und ähnliche Fragen standen im Mittelpunkt des DIES-Dialog-Seminars „Joint Curricula Development“ der DAAD-Außenstelle Jakarta. 65 Vertreterinnen und Vertreter indonesischer Hochschulen nahmen an der Veranstaltung teil.

Deutsche, malaysische und indonesische Wissenschaftler berichteten über ihren Weg zum Aufbau von Studienprogrammen mit ausländischen Partnern. Referentinnen aus dem Hochschulministerium und der indonesischen Akkreditierungsbehörde BAN-PT informierten über Aspekte der Qualitätssicherung und Akkreditierung sowie über die rechtlichen Rahmenbedingungen für internationale Studiengänge.

Der zweite Tag des Seminars konzentrierte sich auf Einzelfragen des Managements internationaler Studienprogramme. Im Mittelpunkt standen Fragen wie: „Wo und wie werden die Hochschulleitungen in die Programme eingebunden?“ oder „Wie erfolgt die inneruniversitäre Arbeitsteilung bei der Betreuung von Austauschstudierenden?“. In parallelen Arbeitsgruppen diskutierten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen anschließend die Themen Qualitätssicherung und Mobilität.

› Prof. Intan Ahmad (Director General of Learning and Student Affairs im Ministerium für Forschung, Technologie und Hochschulbildung) bei der Eröffnung der DIES-Dialog-Veranstaltung 2018.

Fazit: Das Thema „Gemeinsame Entwicklung von Curricula“ ist sowohl für Indonesien als auch für Deutschland sehr wichtig. Es besteht ein hoher Bedarf an Austausch über aktuelle Entwicklungen und Modelle, aber auch über Hindernisse auf dem Weg zu gemeinsamen Modulen, Studiengängen oder gar gemeinsamen Hochschulgründungen. Auf Vorschlag mehrerer Teilnehmer soll es nun weitere Folgetreffen zum gegenseitigen Informationsaustausch geben. Eine gastgebende Universität für das erste Treffen ist bereits gefunden.

FALLING WALLS LAB JAKARTA

Zum dritten Mal fand in Jakarta die Veranstaltung Falling Walls Lab statt. Es handelt sich hier um eine Form des Science Slam, bei der Studierende oder junge Wissenschaftler und Forscherinnen originelle und bahnbrechende Projektideen vorstellen. Gastgeberin war dieses Mal die Fakultät für Verwaltungswissenschaften der Universitas Indonesia. Aus 63 Bewerbungen waren 15 Projektvorschläge aus Java, Sumatra und Kalimantan ausgewählt worden, die dann präsentiert wurden. Sieger des diesjährigen Falling Walls Lab ist Dr. I Made Andi Arsana von der UGM (Universitas Gadjah Mada) in Yogyakarta. In seinem Projekt schlägt er die Entwicklung eines günstigen und leicht zu bedienenden GPS-gestützten Geräts vor, mit dem auch traditionelle kleine Fischer Zugang zu elektronischen Fischkarten der indonesischen Regierung erhalten, die die Wanderbewegungen der Fischschwärme darstellen.

› Preisträger Dr. I Made Andi Arsana während seiner dreiminutigen Präsentation beim Falling Walls Lab Jakarta 2018.

34 Prozent, die Inflationsrate beträgt 3,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und die Währungsreserven belaufen sich auf circa 120 Mrd. US-Dollar. Das Wirtschaftswachstum erreichte im vergangenen Jahr 5,15 Prozent – angesichts der derzeitigen Turbulenzen im Welthandel sicherlich ein respektables Ergebnis. Analysten warnen aber bereits, dass zukünftig ein stabiles Wirtschaftswachstum von mehr als 6 Prozent unabdingbar sei, wenn Indonesien seine ehrgeizigen Entwicklungsziele erreichen wolle.

Die negative Handelsbilanz Indonesiens, zu der wesentlich die hohen Ölimporte des Landes beigetragen haben, hat auch zu einem Umdenken in der Energiepolitik geführt: Der Anteil der erneuerbaren Energien soll stark ansteigen – von derzeit 13 Prozent des Gesamt-Energieverbrauchs auf 23 Prozent im Jahr 2025. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten allerdings die Investitionen in alternative Energien stark steigen. Indonesien ist nach China, den USA und Indien der weltweit viertgrößte Produzent von Treibhausgasen.

Terror und Hochschulen

Wie schon in den vergangenen Jahren kam es auch 2018 wieder zu Terroranschlägen mit islamistischem Hintergrund. Im Mai 2018 starben 28 Personen bei Bombenanschlägen auf drei christliche Kirchen in Surabaya. Seitdem versucht die Regierung, radikale islamistische Netzwerke stärker zu überwachen. In der Zeit zwischen Juni und August 2018 nahmen die Sicherheitsbehörden über 300 Personen fest, die im Verdacht stehen, terroristischen Gruppen anzugehören oder diese zu unterstützen. Man ist sich bewusst, dass die islamistischen Netzwerke auch tief in die Universitäten des Landes hineinreichen. Insbesondere über die auf dem Universitäts-Campus befindlichen Moscheen versuchen radikale Prediger, Einfluss auf die Studierenden zu nehmen. Anlässlich eines Treffens des Dachverbands der Moscheen Indonesiens forderte der indonesische Vizepräsident Jusuf Kalla, der auch Vorsitzender des Dachverbands der Moscheen ist, die Universitäten auf, solche Tendenzen genauer zu beobachten und dagegen vorzugehen.

Eine Reihe von Hochschulen hat bereits angekündigt, spezielle Teams zur Bekämpfung radikaler Tendenzen auf dem Campus zu bilden und dabei mit den Sicherheitsbehörden eng zusam-

EUROPEAN HIGHER EDUCATION FAIR

Es hat Tradition. Ausstellungsorte der 10. Europäischen Bildungsmesse EHEF waren in diesem Jahr Jakarta, Bandung und Yogyakarta. Die EHEF richtet sich an junge Indonesier und Indonesierinnen, die ein Studium in einem europäischen Land aufnehmen möchten. Sie ist die wichtigste und größte Bildungsmesse in Indonesien. 14 europäische Länder waren mit 103 Hochschulen und Organisationen vertreten. Außer dem DAAD nahmen auch das Goethe-Institut Jakarta und sechs deutsche Hochschulen an der Messe teil. Mit fast 19.000 Besucherinnen und Besuchern und damit 2.000 Gästen mehr als im Vorjahr stellte die EHEF 2018 einen neuen Rekord auf.

› Das DAAD-Team hat während der europäischen Bildungsmesse EHEF alle Hände voll zu tun.

menzuarbeiten. Das Hochschulministerium und das Ministerium für Kommunikation und Information haben erklärt, dass die sozialen Netzwerke von Studierenden zukünftig systematisch nach radikalen Tendenzen durchsucht werden sollen. Kritiker dieser Verlautbarungen weisen allerdings darauf hin, dass es genügen würde, wenn die bereits allgemein bekannten radikalen studentischen Netzwerke besser überwacht würden. Konservative islamische Einstellungen haben in den letzten Jahren in Indonesien an Boden gewonnen, wiewohl man auch nach wie vor davon ausgehen kann, dass der Großteil der Bevölkerung radikale und islamistische Einstellungen nicht teilt. Jedoch kann man an der zunehmenden Schikanierung und Diskriminierung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen wie der LGBT-Gruppe (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender) erkennen, dass die traditionelle Toleranz in der indonesischen Gesellschaft gegenüber verschiedenen Lebensformen derzeit auf dem Prüfstand ist.

Wieder ein Jahr der Katastrophen

Als Land auf dem pazifischen Feuerring ist Indonesien an Naturkatastrophen gewöhnt. Es gibt etwa 130 aktive Vulkane und aufgrund von Plattenverschiebungen ereignen sich Erdbeben häufig. Das Jahr 2018 wird als ein schlimmes Katastrophenjahr in Erinnerung bleiben: Nach schweren Erdbeben in Lombok im Juli und August und einem Erdbeben in Verbindung mit einem Tsunami in Zentralsulawesi im September mit insgesamt über 2.600 Todesopfern suchte kurz vor dem Jahresende am 22. Dezember ein Tsunami die Inseln Java und Sumatra heim. Über 430 Todesopfer waren zu beklagen, mehr als 40.000 Personen mussten ihre Häuser verlassen. Für den Tsunami hatte es keine Vorwarnung gegeben, da die installierten Frühwarnsysteme nur auf starke Erdbeben ausgelegt sind.

› Angehende Studentinnen informieren sich auf der Bildungsmesse EHEF. Deutschland ist für Studierende aus Indonesien Zielland Nummer eins in Europa.

› Den richtigen Bildungsweg wählen – Bachelorstudentinnen informieren sich über Masterstudiengänge in Deutschland.

Die Schäden, die die Katastrophen verursacht haben, wiegen schwer. Zahlreiche Menschen wurden schwer verletzt, viele traumatisiert, unzählige wohnen bis heute in Notunterkünften. In Zentralsulawesi versanken ganze Dörfer, die in Meeresnähe gebaut worden waren, in der durch das Erdbeben in Bewegung gebrachten sandigen Erde. Die materiellen Schäden werden alleine in dieser Provinz auf über 1 Mrd. US-Dollar geschätzt.

Für die Entwicklung des Tourismus brachten sowohl die Naturkatastrophen wie auch die Abschwächung der chinesischen Wirtschaft und der damit einhergehende Rückgang chinesischer Touristen herbe Rückschläge mit sich. Das ambitionierte Ziel der Regierung, 2018 eine Rekordzahl von 17 Millionen Touristenbesuchen zu erreichen – für die Folgejahre ist gar eine Zielgröße von 20 Millionen vorgegeben – wurde klar verfehlt.

Entwicklungen im Hochschulsektor

Etwa 63 Millionen der 265 Millionen Indonesier und Indonesierinnen sind derzeit im Alter zwischen 16 und 30 Jahren. Es wird erwartet, dass Indonesien bis zum Jahr 2030 einen demografischen Bonus aufbaut, also ein Plus an Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter im Vergleich zur Bevölkerung im nicht arbeitsfähigen Alter. Diese Entwicklung stellt große Chancen für die Entwicklung des Landes dar und beinhaltet zugleich Risiken und Aufgaben: Soll das von der Regierung vorgegebene Ziel erreicht werden, bis 2045 die weltweit viertgrößte Volkswirtschaft zu werden, muss eine wissensbasierte Wirtschaft aufgebaut werden. Dabei gibt es mehrere Hemmnisse.

Große Qualitätsprobleme im Schul- und Hochschulbereich

Nach Einschätzung des Hochschulministeriums müssen derzeit 77 Prozent der Hochschulen als „substandard“, also qualitativ unbefriedigend eingestuft werden. Diese Defizite gehen einher mit einem Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal. Die nationale Akkreditierungsbehörde für die Hochschulen, BAN-PT genannt, leistet zwar gute Arbeit. Aber alleine die große Zahl der indonesischen Hochschulen stellt ein Problem dar: Im November 2018 waren erst 1.733 der insgesamt 4.600 Hochschulen institutionell akkreditiert. Davon hatten nur 73 die Bestnote „A“ erhalten – 1.040 schafften lediglich die niedrigste Einstufung „C“. Von insgesamt ca. 28.000 Studiengängen wurden 19.649 Studienprogramme akkreditiert.

Koordinierungsprobleme

Koordinierungsprobleme ergeben sich vor allem aus der Verteilung der Zuständigkeiten für Bildung und Forschung auf mehrere Ministerien. Hinzu kommt eine weitverbreitete Unwilligkeit der Behörden zur Kooperation miteinander (das sogenannte sektorale Ego). Die Mehrzahl der Hochschulen, 3.250, sind dem Ministerium für Forschung, Technologie und Hochschulbildung (RISTEKDIKTI) untergeordnet, 1.150 dem Religionsministerium und 180 weiteren Ministerien.

Der schwache Entwicklungsstand der Forschung an Hochschulen ist vor allem bedingt durch eine generelle Unterfinanzierung des indonesischen Forschungssektors, eine mangelnde Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft im Forschungsbereich und durch teilweise fehlende Forschungsinfrastruktur. Die staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung betragen derzeit ca. 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die indonesische Regierung ist sich dieser Schwachstellen bewusst. Im Jahr 2018 hat sie Gegenmaßnahmen eingeleitet:

- Erstmals will sie ausländische Universitätsausgründungen (Branch Campuses) in Indonesien ermöglichen. Bisher waren solche Einrichtungen nur unter dem Dach einer indonesischen Einrichtung wie etwa einer indonesischen Stiftung möglich.

- Im „World Class Professorship Programme“ sollen bis zu insgesamt 200 renommierte ausländische Wissenschaftler für einen begrenzten Aufenthalt an indonesische Universitäten eingeladen werden können.

- Mit einem Präsidentenerlass vom April 2018 hat die Regierung den indonesischen Arbeitsmarkt liberalisiert. Diese Regelung ermöglicht nun auch ausländischen Wissenschaftlerinnen eine leichtere Anstellung im indonesischen Hochschulsektor.

- Durch höhere Anforderungen an die Publikationstätigkeit von Forscherinnen und Wissenschaftlern kam es 2018 bereits zu einer deutlichen Steigerung von wissenschaftlichen Artikeln indonesischer Wissenschaftler in Scopus-indizierten Zeitschriften.

- Das Hochschulministerium erwarb Nutzungsrechte für verschiedene Datenbanken mit elektronisch verfügbaren wissenschaftlichen Zeitschriften (e-journals), die Forscher, Dozentinnen und Studierende unter bestimmten Bedingungen kostenlos nutzen können.

- Mit einem neuen Wissenschaftsgesetz, dessen Entwurf derzeit diskutiert wird, sollen die Ziele und Rahmenbedingungen für die Entwicklung der indonesischen Wissenschaft in den nächsten Jahren festgelegt werden.

- Eine nationale Forschungsfördereinrichtung soll entstehen. Die bisher auf mehrere Ministerien verteilten Mittel für Forschungsförderung sollen in dieser Behörde konzentriert werden. Zudem soll ein mit einem großzügigen Kapitalstock versehener Stiftungsfonds für die Förderung von Forschung und Entwicklung eingerichtet werden, analog zum bereits bestehenden Stipendienprogramm LPDP, das Master- und PhD-Stipendien zum Studium im In- und Ausland vergibt. Es bestehen allerdings noch keine konkreten Konzepte zur Umsetzung.

Momentan ist noch nicht abzuschätzen, inwieweit die Reformen der Regierung im Hochschulbereich tiefgreifende Veränderungen bewirken werden. Zweifellos weisen die Reformen in die richtige Richtung, es bleiben aber viele offene Fragen bei der praktischen Umsetzung:

- Wird es gelingen, renommierte ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die zeitweilige oder dauerhafte Arbeit an indonesischen Universitäten zu gewinnen?

- Angesichts der erhöhten Publikationszahlen: Inwieweit werden bei den Publikationen Qualitätskriterien eingehalten?

- Führen die neuen Maßnahmen im Bereich „ausländische Universitätsgründungen“ und „Wissenschaftsgesetz“ zu klareren Rahmenbedingungen oder zu mehr bürokratischen Vorgaben und Einschränkungen im Bereich „Internationale Hochschulzusammenarbeit“?

So ist es zum Beispiel um die Initiative „Ausländische Branch Campuses“ still geworden, offensichtlich weil die Diskussion um die Rahmenbedingungen für die geplanten Hochschulen auch unterschiedliche Interessenlagen zutage gefördert hat: Die indonesische Seite geht von weitgehenden staatlichen Mitbestimmungsrechten etwa bei der Ortswahl und Fächerzusammensetzung der Hochschulen aus, die ausländische Interessenten kaum akzeptieren dürften.

Aus der Arbeit der DAAD-Außenstelle Jakarta

Zum Studienjahr 2017/2018 hat die Zahl indonesischer Studierender an deutschen Hochschulen mit 4.938 (Vorjahr: 4.669) einen neuen Höchststand erreicht. Indonesien nimmt damit knapp hinter Polen Rangplatz 19 ein. Entsprechend hoch ist die Nachfrage nach Informationen zu Studium und Forschung in Deutschland sowie nach Stipendienmöglichkeiten. Die Außenstelle Jakarta informiert über Homepage, Facebook, Twitter und Instagram, berät aber auch in der Außenstelle und ist auf zahlreichen Informationsveranstaltungen und Bildungsmessen vertreten. Zahlreiche Info-Veranstaltungen führt die Außenstelle auch in Form von Webinaren durch. Ein elektronischer Newsletter und die Zeitschrift der Außenstelle ergänzen das Programm.

› Alumnitreffen in Bogor im August 2018.

Die Zahl der Bewerberinnen für ein Promotionsstipendium in Deutschland war wie schon im Vorjahr erfreulich hoch, ebenso die fachliche Qualität der Kandidaten, die zum Vorstellungsgespräch eingeladen wurden. Weiterhin führt die Außenstelle das Regierungsstipendienprogramm Aceh durch, das die Regierung der Provinz Aceh finanziert.

Der Kontakt zu den über 3.100 indonesischen DAAD-Alumni bildet einen wichtigen Schwerpunkt der DAAD-Tätigkeit. 2018 organisierte die Außenstelle vier Alumnitreffen in Malang, Bogor, Padang und Jakarta. Fünf weitere landesweite Veranstaltungen haben Alumni-Clubs oder einzelne Alumnigruppen als Fachveranstaltungen zu verschiedenen wissenschaftlichen Fragestellungen mit DAAD-Förderung durchgeführt.

› Vereint für den gemeinsamen ASEAN-Hochschulraum: SHARE-Bilanzkonferenz Bangkok.

Das EU-Projekt SHARE, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Bildung eines südostasiatischen Hochschulraums zu unterstützen und das inzwischen als ein Musterbeispiel hervorragender Bildungszusammenarbeit zwischen EU und ASEAN gilt, ist um neun Monate bis September 2019 verlängert worden. Auf einer großen Konferenz in Bangkok hatten zuvor das DAAD-SHARE-Team Jakarta/Bonn und seine internationalen und regionalen Partner eine Bilanz der bisherigen sehr erfolgreichen Arbeit im Bereich der Qualitätssicherung/Qualitätsrahmen gezogen. Im SHARE-Projekt arbeiten der DAAD, Campus France, European Association for Quality Assurance in Higher Education (ENQA), The Netherlands Education Support Offices (NUFFIC Neso) und British Council zusammen. Partner sind neben zahlreichen Hochschulen und Bildungsministerien im gesamten ASEAN-Raum das ASEAN-Sekretariat in Jakarta sowie die EU-Delegation Jakarta.

› Bilanz einer vierjährigen erfolgreichen Zusammenarbeit: SHARE-Konferenz Bangkok.

Über das Langzeitdozentenprogramm des DAAD konnten 2018 zwei habilitierte Wissenschaftler für eine bis zu fünfjährige Lehrtätigkeit an indonesische Universitäten vermittelt werden. Sie unterrichten im Fach Meeresbiologie an der Landwirtschaftlichen Universität (IPB) Bogor sowie im Fach Rechtswissenschaften an der Universitas Gadjah Mada (UGM) in Yogyakarta. An den Deutschabteilungen indonesischer Universitäten sind zudem vier DAAD-Lektoren und -Lektorinnen sowie ein Sprachassistent tätig. Die Lektoren unterstützen teilweise auch Deutschabteilungen an Hochschulen außerhalb ihrer Region mit Workshops und Vorträgen.

Tabelle 13
Daten zum Bildungssystem Indonesien

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	265,58 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	44,42 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	11.631
Wirtschaftswachstum	5,15 %
Inflation	3,1 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 54
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 38
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 107
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	3,59 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	5,11 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	52,19 %
Immatrikulationsquote	24,25 %
Absolvent/innen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	732.402
PhD	5.363
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	0,2 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	11.470
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	0,12 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. k. A.	
2. k. A.	
3. k. A.	
4. k. A.	
5. k. A.	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	41.919
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,82 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	4.938
Die beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. Australien	
2. USA	
3. Malaysia	
4. Japan	
5. Ägypten	

Quelle: DAAD, Statistik DESTATIS – Statistisches Bundesamt, Wissenschaft weltoffen, The World Bank, Data UNESCO, Institute for Statistics

Tabelle 14: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen Indonesien

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Indonesien
I. Individualförderung – gesamt	**A**	**189**
	D	**58**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	24
	D	35
Studierende auf Master-Niveau	A	64
	D	2
Doktorand/innen	A	82
	D	3
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	19
	D	18
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	20
	D	7
1–6 Monate	A	14
	D	34
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	155
	D	17
II. Projektförderung – gesamt	**A**	**374**
	D	**265**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	108
	D	135
Studierende auf Master-Niveau	A	45
	D	90
Doktorand/innen	A	23
	D	11
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	100
	D	21
andere Geförderte*	A	98
	D	8
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	307
	D	67
1–6 Monate	A	62
	D	197
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	5
	D	1
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	**A**	**60**
	D	**11**
1. Mobilität mit Partnerländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	35
	D	1
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	25
	D	10
DAAD-Förderung - gesamt (I + II + III)	**A**	**623**
	D	**334**
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		**957**

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD Fördermittel an deutsche Hochschulen für die Förderung der akademischen Mobilität a) aus Deutschland in das europäische Ausland (Mobilität von Einzelpersonen in Programmländer) und b) aus Deutschland in die gesamte Welt sowie aus der gesamten Welt nach Deutschland (Mobilität von Einzelpersonen mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2016 und damit auf die Laufzeit 1.6.2016–31.5.2018.

NEU-DELHI

HOW TO BECOME A GLOBAL PLAYER – INDIEN SUCHT SEINEN WEG IN DIE ZUKUNFT

Heike Mock leitet die DAAD-Außenstelle Neu-Delhi seit 2014 und das DWIH Neu-Delhi seit 2016. Die Außenstelle ist auch für die Länder Bangladesch, Bhutan, Nepal sowie Sri Lanka zuständig und hat 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Indien ist ein Land der Gegensätze. Es hat zweifellos Potenzial, ein Global Player zu werden. Angesichts von bald 1,3 Milliarden Einwohnerinnen und Einwohnern stellt sich die Frage, ob und wie Indien sicherstellen kann, dass alle Schichten vom Wachstum profitieren. Bildung und Ausbildung kommen hier eine besondere Bedeutung zu.

Die Gegensätze im Straßenbild indischer Millionenstädte irritieren: Teure Luxuswagen parken neben Lastenrikschas, westlich gekleidete junge Leute sitzen mit Laptops im Café, während sich gegenüber eine vielköpfige Familie unter einer Brücke häuslich eingerichtet hat. Der Sohn des Müllsammlers spielt in einer Arbeitspause auf seinem Smartphone.

Diese vielfältigen Gegensätze sind exemplarisch für den Subkontinent. Man spürt die dynamische Entwicklung des Landes sowie das Potenzial und den Wunsch, mittelfristig ein wichtiger Global Player zu werden. Die Wirtschaft Indiens zählt mit einem seit Jahren über sieben Prozent liegenden Wachstum zu den am stärksten expandierenden Volkswirtschaften weltweit. Die Zahl der Millionäre wird in den nächsten zehn Jahren die Millionengrenze erreichen. Gleichzeitig liegt das jährliche Pro-Kopf-Einkommen bei gerade einmal 1.850 US-Dollar und im Human Development Index der UNDP belegt Indien seit mehreren Jahren Platz 130 der 189 erfassten Länder.

Das hohe Wirtschaftswachstum der letzten Jahre hilft in der Bevölkerung nur wenigen, ihre Lebensbedingungen signifikant zu verbessern. Es verschärft jedoch die großen, regionalen Entwicklungsunterschiede. Rund 65 Prozent der Bevölkerung leben nach wie vor in ländlichen Gebieten. Dort sind sie überwiegend von einer unprofitablen Landwirtschaft abhängig, die zunehmend unter klimatischen Beeinträchtigungen leidet. Die indische Landwirtschaft trägt nur noch 16 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt

› Mit fast 20 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ist Mumbai die zweitgrößte Stadt Indiens und steht weltweit auf Platz fünf.

bei, obwohl 50 Prozent aller Arbeitskräfte hier beschäftigt sind. Die Landflucht ist hoch, in den Städten führt die unkontrollierte Zuwanderung zum Kampf um die knappen Ressourcen.

Wohlstand und Wachstum entstehen im Dienstleistungssektor, der mit derzeit einem Viertel aller Arbeitskräfte knapp 60 Prozent des BIP erwirtschaftet. In Bangalore und anderen Standorten hat sich eine leistungsstarke IT-Branche entwickelt, die längst keine Callcenter-Dienste mehr anbietet, dafür Forschung und Entwicklung auf höchstem Niveau betreibt. Eine Vielzahl multinationaler Konzerne, darunter SAP, Daimler und Siemens, unterhält hier Zentren und hat ihre IT-basierte Forschung nach Indien verlegt. An jungen und gut ausgebildeten Arbeitskräften mangelt es nicht. Diese boomenden Wirtschaftszentren sind die Basis der wachsenden städtischen Mittelklasse, die den Konsum kräftig ankurbelt.

Das von Analysten für die Zukunft vorhergesagte, gleichbleibend hohe Wachstum der indischen Wirtschaft basiert vor allem auf der Erwartung eines höheren Binnenkonsums, nicht zuletzt, weil die Bevölkerung immer weiter wächst.

Spätestens 2025 wird Indien China als bevölkerungsreichstes Land ablösen. Diese „demografische Dividende“ ist für das Land Chance und Risiko zugleich. Der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung steigt bis zum Jahr 2026 auf 70 Prozent. Um aus dieser Konstellation tatsächlich Wachstum und Entwicklung zu generieren, muss das Land als wichtigste Aufgabe

Das Jahr im Deutschen Wissenschafts- und Innovationshaus Neu-Delhi

› Expertinnen und Experten aus Indien und Deutschland diskutierten im Beisein von DAAD-Präsidentin Prof. Margret Wintermantel die Gestaltung von Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Industrie.

Das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus (DWIH) Neu-Delhi hat 2018, geführt von der DAAD-Außenstelle, mit seinen 15 Partnern vor Ort sowie weiteren Partnern aus Deutschland und Indien eine Reihe von hochkarätigen Veranstaltungen organisiert und damit die breite Vielfalt des Forschungs- und Innovationsstandorts Deutschland präsentiert. Für das gemeinsam mit der Deutschen Botschaft organisierte Veranstaltungsformat der „Science Circle Lecture", das sich an ein breites, akademisch interessiertes Publikum richtet, konnte das DWIH herausragende Wissenschaftler gewinnen. Dazu zählten unter anderem Prof. Dr. Karlheinz Brandenburg, Direktor des Fraunhofer Institutes für Digitale Medien und Medientechnologie und Miterfinder des MP3-Formats, sowie der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Prof. Dr. Johan Rockström. Das DWIH hat darüber hinaus den 2017 erfolgreich in Neu-Delhi durchgeführten Workshop zum Thema „Frugal Innovations – Affordable Excellence" mit drei weiteren, gut besuchten Workshops in Bangalore und Pune fortgesetzt. Das Angebot zielte sowohl auf Akademikerinnen als auch Industrievertreter ab.

Im Rahmen der etablierten Reihe „Indo-German Dialogue on Industry-Academia Relations" organisierte das DWIH zwei Veranstaltungen. Unter dem Thema „Innovation and Incubation as Key Factors in Industry and Academia Cooperation" diskutierten deutsche wie indische Vertreterinnen und Vertreter von Hochschulen sowie der Industrie, wie sie die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Industrie für beiden Seiten profitabel gestalten können. Mit dabei: der Deutsche Botschafter in Neu-Delhi, Dr. Martin Ney, und die DAAD-Präsidentin Prof. Dr. Margret Wintermantel.

Ferner organisierte das DWIH zum dritten Mal in Folge das Falling Walls Lab India. Von den 278 Bewerberinnen und Bewerbern überzeugte Veera Shanthi Ram aus dem südindischen Tamil Nadu die Jury im Finale mit seinem selbst entwickelten Qualitätstest für Kokosnüsse. Er nahm als Gewinner des Falling Walls Lab India im November am internationalen Falling Walls Lab in Berlin sowie der anschließenden Falling Walls Konferenz teil.

› Prof. Johan Rockström und Prof. Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung bei einer DWIH Science Circle Lecture.

Mit dem speziell auf jüngere Studierende ausgerichteten Format „Young Innovators Tour" lud das DWIH das Studierendenteam „B-Human" von der Universität Bremen nach Mumbai ein, das sechsmal den Robo Cup gewonnen hat. Dort präsentierte es auf dem jährlich größten indischen Fest von Studierenden am Indian Institute of Technology Bombay vor etwa 10.000 technologiebegeisterten Gästen ihre Fußball spielenden Roboter.

› Prof. Karlheinz Brandenburg, Miterfinder des MP3-Formats, bei einer DWIH Science Circle Lecture.

Bildungsmöglichkeiten sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze für diese große Zahl an Menschen schaffen. Schon jetzt sind viele junge Leute arbeitslos, auch Hochschulabsolventinnen und -absolventen.

Mit dem Versprechen, Millionen Arbeitsplätze und Wohlstand für alle zu schaffen, gelang dem derzeitigen Premierminister Narendra Modi mit seiner national-hinduistischen Regierung 2014 ein Erdrutschsieg. Gut vier Jahre später und kurz vor den nächsten nationalen Wahlen steht fest, dass er dieses Versprechen nicht einlösen kann. Zu groß und zu komplex sind die Probleme. Der Plan, die Industrieproduktion anzukurbeln und hierfür vor allem ausländische Investitionen ins Land zu holen, ging trotz breit angelegter Kampagnen nicht auf. Was dies für die Wahlen zum nationalen Parlament 2019 bedeutet, ist nicht abzuschätzen. Noch zu Beginn dieses Jahres schien eine Wiederwahl Modis angesichts einer fehlenden funktionierenden Opposition sicher. Seine Regierungspartei eilte bei Landtagswahlen von Sieg zu Sieg und in immer mehr Bundesstaaten konstituierten sich nationalhinduistisch dominierte Regierungen. Bei den letzten drei Landtagswahlen des Jahres 2018 erlitt die Partei jedoch hohe Verluste. Plötzlich scheint der erneute Wahlsieg keineswegs garantiert. Eine erhebliche Rolle für diese Wahlniederlagen spielten die Bauern. Sie hatten das ganze Jahr über in verschiedenen Landesteilen zu Zehntausenden für bessere Lebensbedingungen, faire Preise und den Erlass von Krediten protestiert.

› Der DAAD-Stand auf der ersten EU-Bildungsmesse in Nepal.

DAAD AUF ERSTER EU-BILDUNGSMESSE IN NEPAL

Im Oktober 2018 organisierte die EU-Delegation in Nepal erstmals eine europäische Bildungsmesse in Kathmandu, der Hauptstadt Nepals. Mit dabei: Universitäten und Mittlerorganisationen aus acht EU-Mitgliedstaaten. Für den Studien- und Forschungsstandort Deutschland war die DAAD-Außenstelle Neu-Delhi vor Ort und informierte an den zwei Messetagen rund 1.000 Studieninteressierte. Die Organisatoren berichteten, dass sich die mit Abstand meisten Besucherinnen und Besucher für Deutschland interessierten.

In Nepal wächst wie in allen Ländern der Region Südasien die Zahl junger Menschen, die zum Studium ins Ausland gehen. Eine wachsende junge Bevölkerung, ein stabiles Wirtschaftswachstum um die 5 Prozent pro Jahr sowie ein qualitativ mangelhaftes Hochschulsystem befeuern die wachsende Auslandsmobilität. Die wichtigsten Zielländer sind Australien, Indien und die USA. Deutschland spielt hier noch eine untergeordnete Rolle. Von den derzeit etwa 45.000 nepalesischen Studierenden im Ausland schrieben sich nur etwa 1.600 an deutschen Hochschulen ein. Die Außenstelle Neu-Delhi wird in den kommenden Jahren ihre Beratungs- und Informationsarbeit in Nepal vor allem mit Blick auf die Zielgruppe der Masterstudierenden verstärken.

› Die Gewinner des Falling Walls Lab India 2018.

Neues aus den Hochschulen

Nachdem die Politik das Hochschulsystem jahrzehntelang kaum beachtete, überraschte das für Bildung und Hochschulen zuständige Ministry of Human Resource Development (MHRD) 2018 mit einigen Initiativen, mit denen es die Hochschulen stärken will. Das Bewusstsein für die Schlüsselrolle, die der Bildung und Ausbildung für die Entwicklung des Landes zukommt, scheint bei der Regierung angekommen zu sein. Dabei stehen zwei Themen im Mittelpunkt: der verbesserte Zugang für breitere Schichten und eine Erhöhung der Qualität der Ausbildung. Das indische Hochschulsystem ist weltweit das zweitgrößte nach dem chinesischen. Die demografische Situation sowie politische Ziele, zum Beispiel die allgemeine Studierendenrate von derzeit 25 Prozent auf 30 Prozent bis 2030 zu erhöhen, sorgen für einen weiteren Expansionskurs. Aktuell gibt es laut MHRD 903 Universitäten und nahezu 40.000 Colleges, vor fünf Jahren waren es 667 Universitäten und 35.500 Colleges. Die neuen Institutionen sind zu einem großen Teil privat. Die Zahl der privaten Universitäten stieg in diesem Zeitraum von 209 auf 343.

Heute studieren 36,6 Millionen Menschen in Indien, vor fünf Jahren waren es noch 30,2 Millionen. Entsprechend ist auch die Rate der Studierenden von 21,5 Prozent auf 25,8 Prozent in der Gruppe der 18- bis 23-Jährigen gestiegen. Trotz des stetigen Zuwachses an Kapazitäten ist der Wettbewerb um grundständige Studienplätze sehr hoch, insbesondere an den Institutionen, die in den Rankings gut abschneiden. Die renommierten 23 Indian Institutes of Technology nehmen nach einem strengen Auswahlverfahren insgesamt gerade einmal 12.000 Studienanfänger und -anfängerinnen pro Jahr auf. An der Delhi University, einer der größten und renommiertesten Universitäten des Landes, und ihren angegliederten Colleges beginnen pro Jahr rund 56.000 junge Menschen ihr Studium. Zum Vergleich: Zwölf Millionen Schüler mit einer Hochschulzugangsberechtigung verlassen pro Jahr die Schule.

Aufgrund der limitierten Zahl an Studienplätzen sowie staatlich vorgegebener Vergabequoten für Angehörige verschiedener sozialer Gruppen ist das Aufnahmeverfahren ein für die Einrichtungen komplexer Prozess. Für die Bewerberinnen und Bewerber ist er häufig unkalkulierbar und viele von ihnen, auch gute, gehen am Ende leer aus.

Um den Mangel an Studienplätzen zu begegnen, ordnete die Regierung an, dass alle Institutionen die Zahl ihrer Studienplätze um 10 Prozent erhöhen sollen. Staatliche Gelder, unter anderem um neue Dozentinnen und Dozenten einzustellen, stellte sie jedoch nicht bereit. Dabei leiden die meisten Hochschulen bereits heute unter einem teilweise eklatanten Mangel an qualifizierten Lehrkräften, der nicht nur die weitere Expansi-

on infrage stellt, sondern auch die Qualität der Lehre bedroht.

Auf der anderen Seite startete die Regierung mit viel Geld unterlegte Initiativen, um Forschung und Internationalität der Hochschulen zu stärken. Das MHRD hat mehrere neue Förderprogramme aufgelegt. So konnten sich Anfang des Jahres staatliche und private Hochschulen um den Titel „Institution of Eminence“ bewerben, der mit größerer Autonomie sowie für staatliche Hochschulen mit jeweils rund 150 Mio. US-Dollar für fünf Jahre einhergeht. Aus den 113 Bewerbungen sollten jeweils zehn staatliche und private Institutionen ausgewählt werden. Diese sollen sich innerhalb von zehn Jahren zu weltweit wettbewerbsfähigen Hochschulen entwickeln, was sich vor allem in den internationalen Rankings widerspiegeln soll. Das mit großer Spannung erwartete Auswahlergebnis überraschte. Das Gremium wählte nur drei staatliche und zwei private Hochschulen aus, außerdem ein Konzept für eine neu zu gründende private Institution, hinter der einer der reichsten indischen Wirtschaftsbosse steht. Ende 2018 wurde bekannt, dass aus den Bewerbungen weitere Hochschulen für den Titel nominiert wurden,

Fokus Internationalisierung der Hochschulen

Das Thema Internationalisierung ist mit einiger Verspätung an den indischen Hochschulen angekommen. Die Politik startete diverse Initiativen, um die indischen Hochschulen international attraktiver zu machen. Sie will mehr ausländische Wissenschaftler, Forscherinnen und Studierende ins Land holen und wissenschaftliche Kooperationen vertiefen. Noch aber fehlen dafür an den meisten Institutionen geeignete Strukturen. Deshalb richten Hochschulen verstärkt „International Offices“ ein. Zuständig für „Internationales“ wird in der Regel ein Dekan oder eine Professorin zusätzlich zu seinem oder ihrem – im besten Fall – reduzierten Lehrdeputat sein.

› Angeregte Diskussionen unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des ersten Workshops für Verantwortliche für Internationales zum Thema „Internationalisation: Strategies, Implementation and Structures. Chances and Challenges for Indian Universities“.

Im Rahmen seiner strategischen Zielsetzung unterstützt der DAAD den Aufbau und die Entwicklung von Strukturen zur Internationalisierung. In diesem Zusammenhang hat die DAAD-Außenstelle Neu-Delhi unter dem Titel „Internationalisation: Strategies, Implementation and Structures. Chances and Challenges for Indian Universities“ ein zweitägiges Seminar für Verantwortliche im Bereich Internationalisierung an indischen Institutionen organisiert. Das Ziel des Seminars, an dem 25 Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Hochschultypen teilgenommen haben, war es, ein vertieftes Verständnis der Konzepte von Internationalisierung zu erzielen, die Schwächen und Stärken der eigenen Institutionen in diesem Kontext zu analysieren und im Austausch Ideen zu entwickeln, wie die Anforderungen und eigenen Ziele mit Blick auf die Internationalisierung umgesetzt werden können. Für das interaktive Seminar konnte die Außenstelle deutsche und indische Experten und Expertinnen gewinnen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gaben ein sehr positives Feedback. Der DAAD wird die Maßnahme fortsetzen.

eine endgültige Entscheidung durch das zuständige Ministerium steht noch aus.

Im Herbst hat das MHRD mit SPARC (Scheme for Promotion of Academic and Research Collaboration) ein Programm ausgeschrieben, das die Internationalisierung fördern soll. Dafür stehen rund 50 Mio. Euro bereit. Bewerben können sich Hochschulen, die sich im Nationalen Ranking (NIRF) unter den ersten einhundert finden. Diese können mit ausländischen Hochschulen kooperieren, die das QS World University Ranking unter den TOP 500 listet. SPARC finanziert Besuche und Langzeitaufenthalte der ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Laborpraktika indischer Studierender sowie gemeinsame Workshops und Publikationen.

Mit der „Study in India“-Kampagne, die das MHRD im Frühsommer startete, will das Ministerium die Zahl der derzeit 44.000 ausländischen Studierenden an indischen Hochschulen mittelfristig deutlich erhöhen. Mit der Kampagne zielt es hauptsächlich auf die unmittelbaren Nachbarn und Länder in Afrika. Die Hochschulen sollen für die ausländischen Studierenden zusätzliche Studienplätze bereitstellen, um das Angebot für die eigenen Studierenden nicht zu verknappen. Außerdem sollen sie den Bewerberinnen und Bewerbern ganz oder teilweise die Studiengebühren erlassen, ohne dass sie dafür kompensiert würden. Abgesehen davon, dass diese Vorgaben erneut die finanzielle Last für die Hochschulen erhöhen, sind die meisten gar nicht vorbereitet, ausländische Studierende zu betreuen. An den wenigsten Hochschulen gibt es designierte Internationale Büros, es fehlt an geeigneten Unterkünften und Erfahrung im Umgang mit ausländischen Studierenden.

So begrüßenswert die Initiativen sind: Sie zielen nur auf wenige Institutionen. Das Gros der Hochschulen und damit der Studierenden profitiert davon nicht. Die Probleme der Institu-

› DAAD-Alumnus Dr. Natu erhält das Bundesverdienstkreuz von Dr. Morhardt, Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Mumbai.

› DAAD-Vizepräsident Prof. Joybrato Mukherjee verleiht Prof. Vibha Surana den DAAD-Grimm-Preis.

INDISCHE GERMANISTIN ERHÄLT GRIMM-PREIS

2018 erhielt mit Prof. Dr. Vibha Surana eine renommierte und äußerst engagierte indische Wissenschaftlerin und international angesehene Expertin für deutsche Sprache und Kultur den jährlich vom DAAD vergebenen Jacob- und Wilhelm-Grimm-Preis. Vibha Surana lehrt an der Deutschabteilung der Universität Mumbai. Im Zentrum ihrer Forschungsarbeiten steht die Analyse kultureller Dynamiken in literarischen Diskursen. Als Alumna und Mitglied internationaler Germanistenverbände und treibende Kraft der Goethe Society of India ist sie hervorragend vernetzt und unterhält langjährige Kooperationen mit mehreren deutschen Germanistikabteilungen.

tionen sind ohnehin gewaltig. Sie sind chronisch unterfinanziert und kämpfen mit einer überbordenden Bürokratie. Es steht zu befürchten, dass sich die qualitative Schere zwischen wenigen exzellenten Institutionen und dem großen Rest weiter öffnet. Längst ist der Bildungssektor ein großes und lukratives Geschäftsfeld, in dem sich gute und weniger gute private Anbieter tummeln. Immer mehr indische Studierende zieht es ins Ausland. Alle wichtigen Studiendestinationen vermelden große Zuwächse bei den indischen Studentinnen und Studenten. In Deutschland liegt ihre Zahl derzeit bei 17.570.

› Bundespräsident Steinmeier hält bei seinem Staatsbesuch in Indien eine Rede vor Studierenden der Delhi University.

Aus der Arbeit der Außenstelle

Für die DAAD-Außenstelle Neu-Delhi war 2018 ein arbeitsreiches Jahr. Mit unterschiedlichen Formaten haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter online wie offline mehr als 10.000 Interessierte über Studien- und Forschungsmöglichkeiten in Deutschland informiert. Dabei unterstützt hat die Außenstelle ihr Netzwerk in der Region Südasien, das neben sechs Informationszentren auch eigens ernannte DAAD Young Ambassadors sowie DAAD Research Ambassadors umfasst. Bei der ersten Gruppe handelt es sich um Studierende oder junge Absolventen und Absolventinnen, die ihre vielfältigen Deutschlanderfahrungen mit ihrer Altersgruppe teilen. Die Research Ambassadors sind wiederum durch langjährige Forschungskooperationen mit Deutschland verbunden und wirken an wichtigen Hochschulen als Multiplikatorinnen und Türöffner.

Mit Blick auf die zunehmenden Internationalisierungsbemühungen der indischen Hochschulen hat die Außenstelle erstmals mit großem Erfolg einen Trainingsworkshop für Verantwortliche organisiert, die an ihrer Hochschule für Internationales zuständig sind. Zudem konnte der DAAD erneut das erfolgreiche Mobilitätsprogramm „A New Passage to India“ ausschreiben, das deutsch-indische Hochschulkooperationen fördert. Außerdem beteiligte sich die Außenstelle erstmals an einer Bildungsmesse in Nepal.

Schließlich fand im Projektbezogenen Personenförderungsprogramm (PPP) des DAAD erstmals eine gemeinsame Ausschreibung für gemeinsame Projekte mit Sri Lanka statt, die die Außenstelle mit viel Informationsarbeit an sri-lankischen Hochschulen begleitete. Weitere Höhepunkte des Jahres: Der Bundespräsident hielt eine Rede vor Studierenden an der Delhi University und die DAAD-Präsidentin Prof. Dr. Margret Wintermantel besuchte die Außenstelle und das DWIH. Außerdem erhielten in diesem Jahr zwei DAAD-Alumni besondere Auszeichnungen. Prof. Dr. Vibha Surana wurde mit dem DAAD-Grimm-Preis geehrt und Dr. Aravind Natu mit dem Bundesverdienstkreuz.

› Studierende der Delhi Technical University beim jährlich stattfindenden Engifest.

Tabelle 15
Daten zum Bildungssystem Indien

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	1,3 Mrd.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	243,1 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	6.583
Wirtschaftswachstum	7,11 %
Inflation	4,94 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 74
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 28
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 109
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	3,84 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	36,6 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	47,19 %
Immatrikulationsquote	26,87 %
Absolvent/innen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	8,41 Mio.
PhD	22.528
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	0,63 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	138.986
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	0,13 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. Nepal	
2. Afghanistan	
3. Butan	
4. Malaysia	
5. Irak	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	255.030
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,79 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	17.294
Die beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. USA	
2. Australien	
3. Vereinigtes Königreich	
4. Kanada	
5. Vereinigte Arabische Emirate	

Quelle: DAAD, Statistik DESTATIS – Statistisches Bundesamt, Wissenschaft weltoffen, The World Bank, Data UNESCO, Institute for Statistics

Tabelle 16: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen Indien

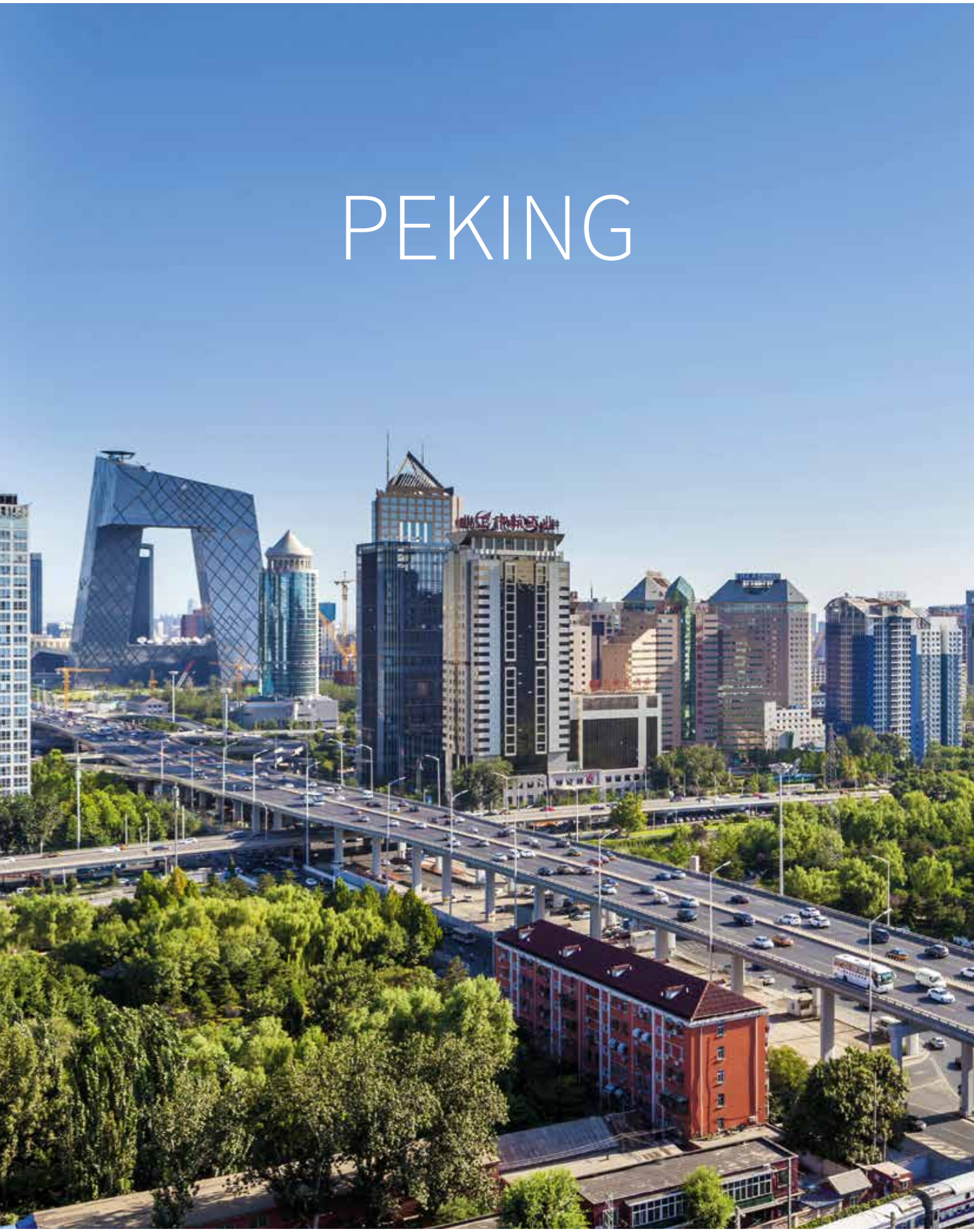
A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Indien
I. Individualförderung – gesamt	**A**	**551**
	D	**91**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	152
	D	61
Studierende auf Master-Niveau	A	176
	D	7
Doktorand/innen	A	187
	D	1
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	36
	D	22
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	29
	D	18
1–6 Monate	A	155
	D	57
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	367
	D	16
II. Projektförderung – gesamt	**A**	**850**
	D	**492**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	45
	D	141
Studierende auf Master-Niveau	A	445
	D	174
Doktorand/innen	A	155
	D	56
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	146
	D	115
andere Geförderte*	A	59
	D	6
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	486
	D	308
1–6 Monate	A	339
	D	180
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	25
	D	4
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	**A**	**58**
	D	**16**
1. Mobilität mit Partnerländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	39
	D	3
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	19
	D	13
DAAD-Förderung - gesamt (I + II + III)	**A**	**1.459**
	D	**599**
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		**2.058**

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD Fördermittel an deutsche Hochschulen für die Förderung der akademischen Mobilität a) aus Deutschland in das europäische Ausland (Mobilität von Einzelpersonen in Programmländer) und b) aus Deutschland in die gesamte Welt sowie aus der gesamten Welt nach Deutschland (Mobilität von Einzelpersonen mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2016 und damit auf die Laufzeit 1.6.2016–31.5.2018.

PEKING



40 JAHRE REFORMEN – ZWISCHEN ÖFFNUNG UND ABSCHOTTUNG

Die DAAD-Außenstelle Peking besteht seit 1994 und beschäftigt 11 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Geleitet wird sie seit Oktober 2017 von **Hannelore Bossmann.**

40 Jahre nach Einführung der Öffnungspolitik ist China national wie international gut aufgestellt und tritt wirtschaftlich und politisch selbstbewusst auf. Auch im Wissenschaftsbereich spielt China vorne mit. Dabei verfolgt das Land eine zweigeteilte Strategie. Wo nötig, öffnet sich das Land, schottet sich aber gleichzeitig gegenüber unerwünschten Einflüssen ab. Kann es mit diesem Modell langfristig erfolgreich sein?

Am 18. Dezember 2018 feierte Peking im Rahmen eines Festaktes das 40. Jubiläum der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik, die 1978 Deng Xiaoping begonnen hatte. Die Führung hob dabei die beachtlichen Errungenschaften bei Armutsbekämpfung und Infrastruktur hervor. In seiner Jubiläumsansprache verkündete Xi Jinping die Überzeugung: „Offenheit bringt Fortschritt, Zurückgezogenheit führt zu Rückständigkeit."

Trotz der immer wiederkehrenden Bekenntnisse zur weiteren wirtschaftlichen Öffnung des Landes beobachten viele Fachleute derzeit jedoch eine Abkehr Chinas vom bisherigen Reformweg. Im neuen Zeitalter des Sozialismus chinesischer Prägung unter Xi Jinping spielen Staat und Staatsunternehmen wieder die beherrschende Rolle. Grund für diesen Paradigmenwechsel ist unter anderem die auf der Sitzung des 13. Nationalen Volkskongresses der Kommunistischen Partei Chinas im März 2018 beschlossene Verfassungsänderung. Sie beendete die Trennung von Partei und Staat und nahm Xi Jinpings Gedankengut in den Kanon der Parteiideologie auf.

Handelskonflikt – der Kampf zweier Systeme

Beherrschendes Thema ist der andauernde Handelskonflikt mit den USA. Viele Expertinnen und Experten interpretieren diesen als Kampf zweier Systeme: Die westliche, freie Marktwirtschaft

› Der Hafen in Shanghai.

gegen das „China-Modell“ mit seiner planmäßig wachsenden Staatswirtschaft. Entgegen der Annahmen vieler westlicher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler scheint die Volksrepublik China mit steigendem Wohlstand autoritärer und nicht wie erwartet liberaler oder demokratischer zu werden. Bei dem aktuellen Konflikt zwischen den USA und China geht es natürlich neben Handelsfragen um die generelle globale Hegemonie und damit auch um die wissenschaftlich-technische Vorherrschaft in wichtigen Zukunftsfeldern wie Big Data, künstliche Intelligenz, Weltraumforschung sowie ökonomische und militärische Dominanz. Im Hintergrund steht die Systemfrage, ob erfolgreiche Wissenschaft auf einem chinesischen Weg gelingen kann. Reicht es aus, wenn ausreichende Finanzierung, schlagkräftige Institutionen und eine Unmenge an Forscherinnen und Wissenschaftlern zur Verfügung stehen? Unbestreitbar ist: Bislang war der chinesische Weg ausgesprochen erfolgreich.

Regionales Engagement

China engagiert sich auch weiterhin stark im Rahmen der „Belt and Road Initiative“, allgemein auch bezeichnet als „Projekt neue Seidenstraße“, mit dem China leistungsfähige Handelsrouten und damit seine ökonomische Vernetzung bis nach Europa ausweitet. Vor fünf Jahren begann das Land sein großes Infrastrukturprojekt zwischen Asien, Afrika und Europa.

Auf dem afrikanischen Kontinent ist China inzwischen zum größten Einzelinvestor bei Entwicklungsprojekten aufgestiegen. Anfang

› Dhoch3-Projektreferent Benjamin Schmäling mit der Dekanin der Deutschfakultät der Tongji Universität, Prof. Zhao Jin.

DEUTSCH AN SCHULEN UND DHOCH3 IN CHINA

Das chinesische Bildungsministerium hat beschlossen, Deutsch als erste und zweite Fremdsprache an Sekundarschulen in China einzuführen. Es werden künftig also mehr Schüler und Schülerinnen mit Deutschkenntnissen die Schulen verlassen. Die hierfür benötigten Deutschlehrerinnen und -lehrer werden jedoch in China noch nicht systematisch ausgebildet. Hier kann das Dhoch3-Projekt des DAAD ansetzen, das durch digitale Studienmodule die akademische Ausbildung künftiger Deutschlehrer und -lehrerinnen unterstützt. Im Rahmen der Pilotphase wurde das Projekt Dhoch3 im April 2018 an der Tongji-Universität in Shanghai DAAD-Lektoren und chinesischen Dozentinnen und Dozenten vorgestellt. Nach Aussage des chinesischen Lehrpersonals können sie die Dhoch3-Module leicht in bestehende Curricula integrieren, was auch eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Modulthemen erlaubt. Eine DAAD-Lektorin mit dem Schwerpunkt Lehrerfortbildung wird die Einsatzmöglichkeiten von Dhoch3 weiteren interessierten Hochschulen in China vermitteln.

September kamen in Peking die Staats- und Regierungschefs aus über 50 afrikanischen Ländern zu einem großen Afrika-Gipfel zusammen. Auf dem Forum zur China-Afrika-Kooperation (FOCAC) kündigte China die Investition weiterer 60 Mrd. US-Dollar in Entwicklungsprojekte an, davon 15 Mrd. Dollar als Schenkungen.

Chinesische Hochschulen werden internationaler

Auch im Hochschulbereich kann sich die Bilanz der letzten 40 Jahre sehen lassen. Nach den USA investiert kein Land mehr in Hochschulen und Forschung als China. Einige chinesische Hochschulen konnten sich in globalen Rankings behaupten und die Peking- und Tsinghua-Universität nehmen Spitzenplätze ein. Was die absolute Anzahl wissenschaftlicher Publikationen anbetrifft, hat China die USA bereits überholt. Fast ein Fünftel aller wissenschaftlichen Publikationen weltweit erscheint in der Volksrepublik. Bei den Patentanmeldungen liegt China ebenfalls weit vorn. Wobei nach Einschätzung von Fachleuten Publikationen und Patente qualitativ noch hinterherhinken. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis China auch hier die notwendige Qualität sicherstellt.

Der Hochschulbereich in China internationalisiert sich zusehends. Dazu tragen die zahlreichen ausländischen Studierenden bei, die an chinesische Hochschulen drängen. Viele von ihnen studieren mithilfe chinesischer Regierungsstipendien, deren Zahl 2018 erneut wuchs. Dabei ist besonders die steigende Zahl der afrikanischen Studierenden bemerkenswert. China hat sich zum beliebtesten Studienort für anglophone afrikanische Länder entwickelt.

Mithilfe unterschiedlicher Rekrutierungsprogramme können chinesische Hochschulen und Forschungseinrichtungen internationales Personal anwerben. Bisher war das 1.000-Talente-Programm auf Chinesinnen und Chinesen im Ausland ausgerichtet. Die neuen Förderprogramme zum Beispiel im Rahmen

20 Jahre Chinesisch-Deutsche Hochschulkooperationsprojekte

2018 feierte eine Reihe chinesisch-deutscher Projekte ihr 20-jähriges Bestehen. Dazu gehört das Chinesisch-Deutsche Hochschulkolleg (CDHK), das sich zu einem Leuchtturm der Kooperation in der universitären Bildung entwickelt hat. Als Gemeinschaftsprojekt des DAAD und der Tongji-Universität in Shanghai bildet das Hochschulkolleg künftige Fach- und Führungskräfte aus, die in beiden Ländern die gemeinsamen Wirtschaftsbeziehungen mitgestalten. Das 20-jährige Bestehen des CDHK bot in diesem Jahr Anlass zu großen Feierlichkeiten in Berlin und Shanghai mit zahlreich vertretenen Pionierinnen, Professoren und Universitätspräsidenten, die das Projekt CDHK initiierten und bis heute prägen. Dazu gehörten Festveranstaltungen, Alumnitreffen, ein Oktoberfest sowie ein Tag der deutschen Wirtschaft. Auf einem parallel stattfindenden Strategietreffen enwickelten die Beteiligten Perspektiven für die Fortentwicklung des CDHK.

› Unterzeichnung eines Stiftervertrages beim Tag der deutschen Wirtschaft am CDHK. Von links: DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüland, Präsident der Tongji Universität Prof. Chen Jie und Partner von Ernst & Young Dr. Sven Hayn.

Signifikantes Merkmal des CDHK ist die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, die zum einen Stiftungslehrstühle fördert und zum anderen Praktikumsplätze für Studierende anbietet. Das macht auch Sinn, denn als künftige Arbeitgeber profitieren sie von der guten, praxisbezogenen Ausbildung der Absolventen und Absolventinnen. Das CDHK ist nicht nur für chinesische Studierende attraktiv. Auch deutsche Studierende der Partnerhochschulen verbringen ein Austauschsemester oder ein ganzes Austauschjahr am CDHK. Zusätzlich zum Studium können deutsche Studierende im Rahmen eines Begleitprogramms ihre Chinakompetenz ausbauen.

Auch das Shanghai Hamburg College an der University of Shanghai for Science and Technology feierte 2018 20 Jahre erfolgreiche Zusammenarbeit. Die East China University of Technology wiederum blickte auf 15 Jahre erfolgreiche Kooperation des Sino-German College of Technology mit der TH Lübeck zurück.

der Doppelexzellenz-Initiative zielen hingegen auf internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ab. Forschungseinrichtungen und Hochschulen können in den priorisierten Fachbereichen international ausschreiben und mit wettbewerbsfähigen Gehältern werben. Die Staatliche Behörde für Ausländische Experten wurde dem Ministerium für Wissenschaft und Technologie unterstellt, um die Rekrutierung an nationalen Interessen auszurichten.

Die Fremdsprachenabteilungen richten neue Abteilungen ein, die Regionalexpertise aufbauen sollen und an denen Studierende die Sprachen der „Belt and Road“-Länder erlernen können. Spanisch und Französisch sind besonders für das chinesische Engagement in Afrika und Lateinamerika attraktiv. Auch der deutschen Sprache wird vonseiten des chinesischen Bildungsministeriums zunehmende Bedeutung beigemessen. Auf Initiative des chinesischen Bildungsministeriums schmieden chinesische Hochschulen Allianzen mit süd- und südostasiatischen Hochschulen, um die regionale Kooperation mit diesen zu intensivieren.

Deutsche Wissenschaftler in China – ein neues Netzwerk

Was macht China für deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler attraktiv? An welchen chinesischen Einrichtungen arbeiten sie, in welchen Fachrichtungen engagieren sie sich und welche Karrierechancen finden sie in China vor? Diese und weitere zentrale Fragen erörterten Forscher und Wissenschaftlerinnen aus Deutschland auf ihrem ersten Netzwerktreffen in China. Der DAAD lud in Kooperation mit der Deutschen Botschaft Peking unter der Überschrift „Forschen und Lehren in China“ zu einem zweitägigen Treffen nach Peking ein. Zunächst erwartete der DAAD nur wenige Teilnehmer, am Ende nahmen jedoch mehr als 80 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an der Veranstaltung in der Deutschen Botschaft teil. Alle arbeiten an chinesischen Hochschuleinrichtungen oder Forschungsinstituten, einige von ihnen dauerhaft. Die meisten erhalten ihr Gehalt von chinesischen Geldgebern.

Dr. Michael Meister, parlamentarischer Staatssekretär, begrüßte die teilnehmenden Wissenschaftlerinnen und Forscher im Namen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Er betonte deren Bedeutung für die bilaterale Forschungskooperation und als Brückenkopf für junge deutsche Nachwuchswissenschaftler, die in China studieren oder forschen wollen. Ihnen komme darüber hinaus große Bedeutung als Multiplikatoren und Multiplikatorinnen für bilaterale Förderprogramme zu. Neben dem DAAD nahmen auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und EURAXESS an der Veranstaltung teil, um über Fördermöglichkeiten in China zu informieren.

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehen sich ähnlichen Herausforderungen gegenüber und interessierten sich deshalb dafür, sich mit den anderen über ihre Erfahrungen, Probleme und Lösungsmöglichkeiten austauschen zu können. Alle Beteiligten freuten sich über den regen Zuspruch zur Veranstaltung und betonten ihr besonderes Interesse an einem engeren und regelmäßigen Austausch.

› Leiterin der DAAD Außenstelle Peking, Hannelore Bossmann, Leiter Wissenschaftsreferat Deutsche Botschaft Peking, Jens Hofmann, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Dr. Michael Meister, Assistant Director Chinesisch-Deutsches Zentrum für Wissenschaftsförderung, Raoul Wagner (v. l.).

Die Mehrzahl der Teilnehmenden arbeitet im natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereich. In den chinesischen Forschungseinrichtungen finden sie meistens exzellente Bedingungen und Ausstattungen vor. Zum Teil sind diese besser als an deutschen Instituten. Auch haben sie Zugang zu chinesischen Forschungsmitteln und der Kontakt zu den hoch motivierten Kollegen, Kolleginnen und Studierenden macht das Arbeiten in China besonders attraktiv. Die finanziellen Rahmenbedingungen seien auskömmlich. Gleichzeitig sehen viele ihre Karrierechancen im Hinblick auf die Übernahme von Leitungspositionen noch kritisch.

Die Netzwerker interessierten sich besonders für das Briefing der Botschaft zu der aktuellen Situation in China und den bilateralen deutsch-chinesischen Beziehungen. Die meisten Fragen betrafen die Auswirkungen des Social Credit Systems für Ausländer, deren Ausmaß noch nicht abschließend beurteilt werden kann.

Der DAAD will das Netzwerk weiter ausbauen. Parallel zu diesem fördert der DAAD ein Netzwerk der Deutschlehrenden an Hochschulen in China, das sogenannte Ortslektorennetzwerk.

› Lisa-Marie Lingner, DAAD-Jahresstipendiatin an der Capital Normal University, mit einer Kommilitonin.

„Das Studium in China hat sich für mich persönlich als sehr anspruchsvoll erwiesen, aber gerade durch den hohen Workload und den regen Austausch mit anderen internationalen sowie chinesischen Studenten und die allgemeine Hilfsbereitschaft in dieser internationalen Gemeinschaft waren ein gutes Einleben an der Universität und effektives Lernen möglich.“

Im Rahmen der Internationalisierung gründen chinesische Universitäten Zweigstellen im Ausland, zum Beispiel in Laos, Malaysia, Thailand und Japan. Seit 2017 ist die Tsinghua-Universität auch in Washington vertreten. Das aufsehenerregendste Beispiel ist freilich die Gründung der HSBC Business School der Peking-Universität in Oxford im Jahr 2017.

In China selbst registrierten sich im letzten Jahr allerdings weniger Neugründungen. Die beliebten Kooperationsmodelle zwischen chinesischen und ausländischen Hochschulen mit zwei- oder dreijährigen Studienphasen in China und ein- oder zweijährigen Studienaufenthalten im Ausland (2+2-, beziehungsweise 3+1-Kooperationen) sollen sogenannten 4+0-Programmen weichen, welche keine Auslandsaufenthalte mehr vorsehen. Diesem Format soll bei neuen Vereinbarungen der Vorzug gegeben werden, damit die Lehre in China erfolgt. Das macht die Zusammenarbeit für ausländische, besonders deutsche Hochschulen, weniger attraktiv. Zu Beginn des Jahres sorgte die Meldung für Aufsehen, dass China 234 Hochschulkooperationen eingestellt habe, darunter vier deutsche. Näher

› Gemeinsam für Technik begeistern am Tag der offenen Tür der Botschaft Peking.

40 JAHRE DEUTSCH-CHINESISCHE WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT (WTZ)

Auf der 5. Deutsch-Chinesischen Innovationskonferenz am 27. Februar 2018 feierten die Veranstalter das 40-jährige Jubiläum der Unterzeichnung des Abkommens über Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und China. Dr. Georg Schütte, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), und der Minister für Wissenschaft und Technologie Wan Gang begrüßten Vertreter und Vertreterinnen aus Industrie und Wissenschaft. Gemeinsam würdigten sie die erfolgreiche Zusammenarbeit, die zu richtungsweisenden Kooperationsprojekten geführt hat. Die am 9. Oktober 1978 geschlossene Vereinbarung war eines der ersten Kooperationsabkommen zwischen den beiden Regierungen seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1972.

› DCHAN-Workshop im Bereich Urbanisierung und Stadtentwicklung (URBANIXX).

betrachtet waren letztere bereits ausgelaufen, so dass eher von einer Flurbereinigung gesprochen werden kann.

Neu ist die Direktive, dass die bestehenden ausländischen Hochschuleinrichtungen Parteizellen einrichten müssen. Die Regierung fordert das Primat der Partei auch von Hochschulen strenger ein. In diesem Zusammenhang kam es bereits zu Führungswechseln an renommierten Universitäten, wie zum Beispiel der Peking-Universität. Bisher stehen den akademischen Führungspositionen in sogenannten Doppelspitzen Parteimitglieder zur Seite. Künftig sollen „Dual Leaders“, also Intellektuelle, die auf dem Boden der Parteiideologie stehen, diese Doppelung überflüssig machen. Schulungen sollen helfen, dieses Ziel zu erreichen. Wer sich konform verhält, den belohnt die Partei auch finanziell. Gründungen von Hochschul- und Forschungsinstituten, an denen die Gedanken Xi Jinpings studiert werden können, nehmen zu. Außerdem wächst die Zahl von ausgeschriebenen Forschungsprojekten und Forschungsgeldern, die sich thematisch auf Xi Jinping beziehen.

Zuweilen berichten Autorinnen und Autoren von einer Überwachung von Studierenden und dass Lehrende denunziert würden. Solche Bedingungen machen das Studium für deutsche Studierende in China weniger interessant. Hinzu kommt: Ein Praktikum in China ist für deutsche Studierende nur unter Ausnahmen möglich. Zwar unterzeichneten beide Seiten im Rahmen der deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen im Juli 2018 eine Absichtserklärung zur Organisation von Praktikumsaufenthalten, die Durchführungsbestimmungen fehlen indes immer noch. Ohne die Möglichkeit eines Praktikums macht ein Studium in China für viele noch weniger Sinn. Die Studie des Berliner Mercator Institute for Chinese Studies

NEUE ART DER VERNETZUNG: DEUTSCH-CHINESISCHE ALUMNIFACHNETZWERKE (DCHAN)

Um das deutsche Potenzial an Forscherinnen und Wissenschaftlern mit China-Bezug zu heben, fördert das BMBF Deutsch-Chinesische Alumnifachnetzwerke in sieben ausgewählten Fachbereichen. Dazu gehören Entrepreneurship, Geistes- und Sozialwissenschaften, Logistik, Maschinenbau, Neurowissenschaften, psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Urbanisierung und Stadtentwicklung. Die Netzwerke fokussieren auf die Chinaexpertise deutscher Alumni, die ihr Netzwerk für die fachliche Kooperation mit chinesischen Partnern nutzen wollen. Nach dem großen Auftaktworkshop in Berlin im März 2018 organisierten die einzelnen Netzwerke diverse Veranstaltungen in Deutschland und China. Der DAAD stärkt die Sichtbarkeit der einzelnen Vorhaben mithilfe eines Begleitprogramms.

Mehr Informationen unter: https://dchan.alumniportal.com/

› „DAAD Deutschland-Quiz“ im Rahmen der Deutschen Woche an der Tongji-Universität.

(MERICS) „China kennen, China können“ stellte im Mai bereits fest, dass die Zahl der Deutschen, die Chinesisch lernen, viel zu gering sei, als dass sich in Deutschland die nötige Chinakompetenz herausbilden könne, die notwendig sei, um den Herausforderungen in der Kooperation mit China begegnen zu können. Die Studie zeigt auf, dass in Großbritannien und Frankreich weit mehr junge Menschen an China interessiert sind. Deutsche, die trotz der genannten Vorbehalte an einer chinesischen Hochschule studieren, sind mit den Ausbildungsbedingungen sehr zufrieden. Inzwischen plant der DAAD Maßnahmen, um mehr junge Deutsche für ein Studium in China zu interessieren.

DAAD-Arbeit vor Ort

Auf Grundlage des chinesischen Gesetzes über ausländische Nichtregierungsorganisationen (NGO-Gesetz) erhielt der DAAD nach der erfolgreichen Registrierung der DAAD-Außenstelle in Peking Ende 2017 im letzten Jahr auch die Urkunden für die Informationszentren in Guangzhou und Shanghai. Damit ist der DAAD nun gemäß der veränderten Gesetzeslage an drei Standorten in China vertreten. Das NGO-Gesetz schränkt die Freiräume für zivilgesellschaftliche Organisationen in China stark ein, da diese nun unter der Kontrolle des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit agieren müssen. Detaillierte Veranstaltungsplanungen zum Beispiel müssen ein Jahr im Voraus vorgelegt und genehmigt werden. Die damit verbundene Planung, Berichterstattung und Bürokratie erhöht den Aufwand für den DAAD in China erheblich.

Chinesische Studierende in Deutschland

Marketing spielt für den DAAD in China eine zentrale Rolle und setzt sich aus Online- und Offline-Komponenten zusammen. Wie in den Vorjahren präsentierte sich der DAAD zusammen mit deutschen Hochschulen auf der größten chinesischen Hochschulmesse China Education Expo (CEE) in Peking, Shanghai und

› Besucher im German Science House beim PhD Workshop 2018 in Peking.

› Konzentrierte Gruppenarbeit beim Ausreiseseminar für chinesische DAAD-CSC Stipendiatinnen und Stipendiaten.

Guangzhou und auf der China International Education Exhibition Tour (CIEET) in Peking. Open-house-Veranstaltungen und Vortragsreisen an wichtige Hochschulen ergänzen diese Messeauftritte. Im Vergleich zu den Vorjahren registrierte der DAAD ein gesteigertes Interesse von Eltern, deren Kinder in China internationale Schulen oder internationale Zweige chinesischer Sekundarschulen besuchen. Viele interessieren sich besonders für die Voraussetzungen für den Hochschulzugang in Deutschland von chinesischen Schülern und Schülerinnen, die mit A-Level, International Baccalaureate oder Advanced Placement abschließen wollen.

Obwohl Deutschland als Studien- und Forschungsstandort nach wie vor ein hohes Ansehen in China genießt, gingen laut Akademischer Prüfstelle (APS) der Botschaft die Bewerbungszahlen um 14 Prozent zurück. Die APS prüft die Plausibilität junger Chinesen und Chinesinnen, die sich für ein Studium in Deutschland bewerben wollen und verfügt daher über die aktuellsten Zahlen. Grund für die rückläufigen Zahlen könnte die chinesische Wahrnehmung der Sicherheitslage in Deutschland aufgrund des Zuzugs von Flüchtlingen sein. Bei den vom DAAD organisierten Vorbereitungsseminaren für chinesische Stipendiaten und Stipendiatinnen und Selbstzahler zur Ausreise nach Deutschland jedenfalls stand das Thema Sicherheit immer wieder im Zentrum. Ein weiterer Grund liegt in der Tendenz, bereits zum grundständigen Studium ins Ausland zu gehen – ein Trend, der aufgrund der Bewertungsvorschläge der Kultusministerkonferenz, die ein vorgeschaltetes ein- beziehungsweise dreisemestriges Studium in China vorsehen, an Deutschland vorbeigeht.

Soziale Medien

Ohne soziale Medien ist Marketing deutscher Hochschulen und Forschungseinrichtungen in China undenkbar. E-Mails und Webseiten sowie Printinformationen erhalten weniger Aufmerksamkeit als die chinesischen Versionen von Twitter und WhatsApp, Weibo und WeChat. Daher pflegt die DAAD-Außenstelle Peking nicht nur einen Weibo-Account, sondern zwei WeChat-Kanäle und erreicht darüber sowohl Studierende (52.500 Follower) als auch an Forschung interessierte junge Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen (8.500 Follower). Die Zahl der Follower steigt beständig. Webinare zu relevanten Themen erreichen weitere Interessenten.

› Selfie Wand beim PhD Workshop China im German Science House.

Tabelle 17
Daten zum Bildungssystem China

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	1,38 Mrd.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	175,92 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	15.559
Wirtschaftswachstum	6,69 %
Inflation	2,01 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 5
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 1
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 84
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	k. A.
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	43,37 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	51,47 %
Immatrikulationsquote	43,39 %
Absolvent/innen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	6,10 Mio.
PhD	54.891
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	2,07 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	471.472
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	0,36%
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. Korea	
2. USA	
3. Thailand	
4. Russland	
5. Japan	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	869.387
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	1,97 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	36.915
Die beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. USA	
2. Australien	
3. Vereinigtes Königreich	
4. Japan	
5. Kanada	

Quelle: DAAD, Statistik DESTATIS – Statistisches Bundesamt, Wissenschaft weltoffen, The World Bank, Data UNESCO, Institute for Statistics

Tabelle 18: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen China

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		China
I. Individualförderung – gesamt	**A**	**344**
	D	**179**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	56
	D	53
Studierende auf Master-Niveau	A	57
	D	30
Doktorand/innen	A	65
	D	22
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	166
	D	74
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	68
	D	41
1–6 Monate	A	73
	D	48
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	203
	D	90
II. Projektförderung – gesamt	**A**	**1.241**
	D	**1.417**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	465
	D	467
Studierende auf Master-Niveau	A	416
	D	551
Doktorand/innen	A	144
	D	109
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	164
	D	271
andere Geförderte*	A	52
	D	19
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	441
	D	624
1–6 Monate	A	612
	D	702
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	188
	D	91
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	**A**	**42**
	D	**11**
1. Mobilität mit Partnerländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	35
	D	
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	7
	D	11
DAAD-Förderung - gesamt (I + II + III)	**A**	**1.627**
	D	**1.607**
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		**3.234**

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD Fördermittel an deutsche Hochschulen für die Förderung der akademischen Mobilität a) aus Deutschland in das europäische Ausland (Mobilität von Einzelpersonen in Programmländer) und b) aus Deutschland in die gesamte Welt sowie aus der gesamten Welt nach Deutschland (Mobilität von Einzelpersonen mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2016 und damit auf die Laufzeit 1.6.2016–31.5.2018.

TOKYO

ZUKUNFTSANGST IM WIRTSCHAFTSAUFSCHWUNG

Dorothea Manke leitet die DAAD-Außenstelle Tokyo, die für Japan und Südkorea zuständig ist. Zu ihrem Team gehören acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zudem unterstützt der ehrenamtliche Alumniverein „Tomo no kai“ (Freundeskreis) die Arbeit des DAAD mit Wort und Tat. Dorothea Mahnke ist auch für das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus in Tokyo verantwortlich.

Stabile politische Verhältnisse und eine gute Konjunktur auf der einen, aber ein sorgenvoller Blick in die Zukunft auf der anderen Seite charakterisieren das Jahr 2018 in Japan. Die Universitäten beschäftigten zwei Hauptthemen: Wie sollen sie mit den rückläufigen Studierendenzahlen umgehen und wie kann das Niveau der Forschung der japanischen Universitäten aufrechterhalten werden? Für die Außenstelle des DAAD war es ein besonderes Jahr: Sie feierte ihr 40-jähriges Bestehen.

Allgemeine und politische Entwicklungen im Land

Jedes Jahr im Dezember schreibt der oberste Priester des berühmten Kiyomizu-Tempels in Kyoto das chinesische Schriftzeichen des vergangenen Jahres auf eine große Washi-Leinwand. Über dieses Kanji votiert die japanische Bevölkerung. Es gibt die Stimmung des Jahres wieder – dieses Jahr fiel die Wahl auf das Zeichen für „Desaster“.

Gemeint waren vor allem die Naturkatastrophen, die Japan in Atem hielten. Zunächst plagte die lang anhaltende Hitzewelle im Juli und August die Bevölkerung mit Temperaturen bis zu 41 Grad. Über 30.000 Personen wurden in Krankenhäuser eingeliefert, es gab über 65 Tote. Mitten in dieser Hitze verursachten starke Regenfälle Überflutungen und Bergrutsche in Hiroshima und Okayama mit über 200 Toten.

In den letzten Ausläufern der Hitze wütete der stärkste Taifun seit 25 Jahren, auf Hokkaido bewirkte ein Erdbeben der Stärke 6,6 Bergrutsche, Stromausfälle und Zerstörungen. Wieder gab es Tote. Diese Katastrophen beeinflussten sogar die Wirtschaftsleistung Japans – das Bruttosozialprodukt sank zwischen September und November um 1,2 Prozent.

Politisch verlief das Jahr weniger spektakulär. Premierminister Abe sitzt weiter fest im Sattel, obwohl er offensichtlich in verschiedene Skandale verstrickt ist. Er wurde im September als Vorsitzender der liberaldemokratischen Partei (LDP) wiedergewählt, womit er voraussichtlich für eine dritte Amtszeit Premier Japans bleiben kann. Damit würde er im September 2019 als der Ministerpräsident mit der längsten Amtszeit in die Geschichte Japans eingehen.

› Das Kanji des Jahres 2018.

Nachdem Japan im März 2018 das Handelsabkommen „Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership“ (CPTPP) mit elf Pazifikstaaten unterzeichnet hatte, folgte im Dezember das auch für Deutschland relevante EU-Japan-Freihandelsabkommen (EPA). Damit ist am 1. Februar 2019 die größte Freihandelszone der Welt entstanden. Sie erwirtschaftet ein Drittel der globalen Wirtschaftsleistung. Die EU kann seitdem bis auf Reis landwirtschaftliche Produkte zollfrei nach Japan einführen. Japan hat dafür freien Zugang zum Automobilmarkt in Europa, weshalb viele das Abkommen auch „Autos für Käse-Deal“ nennen.

Wirtschaftlich geht es Japan sehr gut. Die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt befindet sich in der längsten Wachstumsphase ihrer Geschichte und weist die niedrigste Arbeitslosenquote aller G7-Staaten auf. Diese Quote – die niedrigste seit 25 Jahren – geht einher mit einer alternden Bevölkerung und einem extremen Mangel an Fachkräften insbesondere in der Landwirtschaft, dem Baugewerbe und in der Pflege.

Dieses Manko gleicht das Land zum Teil durch ausländische Fachkräfte vornehmlich aus China, Vietnam und den Philippinen aus. Doch obwohl die Zahl aller in Japan lebenden Ausländer gestiegen ist und inzwischen knapp zwei Prozent der Bevölkerung beträgt, reicht das nicht, um den Fachkräftemangel zu begrenzen. Deshalb verabschiedete das Parlament im Dezember ein neues Gesetz, das den Zuzug von Fachkräften regeln und bis 2025 bis zu 500.000 ausländischen Fachkräften die Arbeit im Land ermöglichen soll. Es sieht zwei neue Visakategorien vor – eine für ungelernte

40-JÄHRIGES BESTEHEN DER DAAD-AUßENSTELLE IN TOKYO

Seit der DAAD 1978 als erste deutsche Wissenschaftsorganisation in Tokyo ein Büro eröffnete, hat sich das Interesse am akademischen Austausch immer weiter entwickelt. Während dieser Zeit hat der DAAD nicht nur kluge Köpfe gefördert, sondern sich auch als wichtiger institutioneller Förderer von deutschlandbezogenen akademischen Projekten in Japan etabliert. So hat der DAAD wichtige Programme ins Leben gerufen, zum Beispiel das Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Tokyo-Universität 2005 oder das Programm „Sprache und Praxis Japan“, das Absolventinnen und Absolventen wirtschaftsnaher Studiengänge bereits seit 35 Jahren mit zusätzlicher Japan-Expertise ausbildet.

Das inzwischen weltweit angebotene Ortslektorenprogramm, das deutsche Lehrende von deutschlandbezogenen Studien an Universitäten weltweit miteinander vernetzt, nahm seine Anfänge in Japan, wo nach wie vor über 200 deutsche Lehrende tätig sind. Intensiv sind auch die Kontakte zu den wissenschaftlichen Institutionen. Mit der „Japan Society for the Promotion of Science“ (JSPS) sowie drei renommierten Universitäten bestehen Partnerschaftsabkommen. Die Außenstelle unterhält ferner sehr gute Kontakte zu den ehemalig Geförderten, die dem DAAD und der Außenstelle verbunden geblieben sind. Von den insgesamt 2.800 Alumni sind 1.100 Mitglieder des Alumnivereins „Tomo no kai“. Sie bleiben eine unverzichtbare Stütze des DAAD in Japan.

› Seit 40 Jahren in Japan – die AS Tokyo feierte im Jahr 2018 ihr rundes Jubiläum mit einem von Alumni gestalteten Abendprogramm und der Traditionsveranstaltung „Butterbrot & Bier“.

Facharbeiter und Facharbeiterinnen und eine für Fachkräfte mit „special skills“ für Gewerbe, in denen diese fehlen.

Letztere Kategorie bricht ein Tabu, weil sie eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung sowie einen Familienmitzug ermöglicht. Die breite Öffentlichkeit diskutierte das neue Gesetz erst kurz vor Inkrafttreten und kritisierte, dass die Regierung ein Immigrationsgesetz nicht als solches betitele, sondern sogar klar und deutlich postuliere, dass es nicht um langfristige Einwanderung gehe.

Entwicklungen im Hochschulsektor – das „Problemjahr 2018“

Der Ausdruck „Problemjahr 2018“ spiegelt das große Krisengefühl vor allem kleinerer privater Universitäten wider, die häufig auf dem Land zu finden sind. 2018 werden die Studierendenzahlen aufgrund des Geburtenrückgangs zum ersten Mal abfallen. Das Bildungsministerium (MEXT) prognostiziert bis zum Jahr 2040 einen Rückgang um 20 Prozent.

Schon heute können 40 Prozent aller privaten Universitäten nicht alle ihre Studienplätze besetzen und eine steigende Anzahl von ihnen fürchtet die Insolvenz. Die Regierung hat deswegen zwei Maßnahmen zur Rettung der Hochschulen außerhalb der Ballungszentren umgesetzt: Erstens soll die Anzahl der Studierenden im Großraum Tokyo beschränkt werden. Hier sind heute 40 Prozent aller Studierenden eingeschrieben. Im Mai verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das die Gründung weiterer Hochschulen und Fakultäten im Raum Tokyo verbietet und

› Ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten teilten bei den Jubiläumsfeierlichkeiten anhand eines Fotos eindrückliche Erinnerungen an ihr Auslandsstudiums.

die Einschreibungszahlen an den Tokyoter Universitäten deckelt. Dies wiederum ist für kleinere Hochschulen in Tokyo problematisch. Mit dieser Maßgabe fehlen ihnen gebührenzahlende Studierende.

Zweitens sollen die Zusammenschlüsse von lokalen Hochschulen gefördert werden. So können in Schwierigkeiten geratene Unversitäten Fakultäten in andere Universitäten transferieren. Das ist in Einzelfällen bereits geschehen. Außerdem ermöglicht die Maßnahme die Gründung gemeinsamer Körperschaften staatlicher, regionaler und privater Universitäten. Bisher waren nur Zusammenschlüsse staatlicher Universitäten möglich. Planungen für Zusammenschlüsse dieser Art existieren zum Beispiel auf Hokkaido, in Shizuoka oder Nara. Weitere werden folgen, und so dürfte die stolze Zahl von 780 Hochschulen in Japan in den nächsten Jahren zurückgehen.

Starke Forschung – auch in Zukunft?

Japan gehört zu den global führenden Forschungsnationen. Platz eins belegt es in der Anzahl der Patente, Platz drei bei Forschungsausgaben und Platz vier bei der Anzahl wissenschaftlicher Publikationen. 16 Nobelpreise in den letzten zwanzig Jahren belegen die Leistungsfähigkeit der japanischen Forschung. Der diesjährige Medizin-Nobelpreisgewinner Tasuku Honjo von der Kyoto Universität sprach schon in seiner ersten Pressekonferenz die Unterfinanzierung der Grundlagenforschung und die schwierige Situation vieler junger Forscherinnen und Forscher in Japan an. Diese fänden häufig keine Positionen oder seien in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Mit seinem Preisgeld will er eine Stiftung für den Wissenschaftsnachwuchs gründen.

Er ist nicht der Einzige, der sich Sorgen macht. Die japanischen Medien diskutieren das Thema immer wieder. So ist etwa der Anteil der „highly cited papers“ in den letzten Jahren zurückgegangen, wenn auch nur geringfügig. Weltweit überholten China, Italien, Frankreich, Australien und Kanada Japan, das nur noch Platz 9 in dieser Bewertungskategorie belegt. Das hat Auswirkungen auf internationale Hochschulrankings, in denen japanische Universitäten ebenfalls zurückfielen. Japan ist außerdem das einzige Land innerhalb der G7-Staaten, in dem die Anzahl der Doktoranden in den letzten Jahren abgenommen hat.

Fachleute nennen als eine der Ursachen für diese nachlassende Forschungsleistung die Hochschulreform, in deren Zuge die nationalen Universitäten seit 2004 jedes Jahr ein Prozent weniger Grundfinanzierung erhalten. So fehlt den Hochschulen zunehmend die Planungssicherheit mit der Folge, dass sie weniger in Grundlagenforschung investieren und es weniger Stellen für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler gibt.

Junge Menschen wählen daher immer seltener den Weg in die Wissenschaft: Sie glauben, dort keine Karrierechancen zu haben, und wollen nicht riskieren, sich für eine Promotion ohne Jobgarantie hoch zu verschulden. Die sehr gute Konjunktur und der Fachkräftemangel bringen kluge Köpfe dazu, gleich nach dem ersten Abschluss in die Wirtschaft zu gehen. Die wenig attraktiven Arbeitsbedingungen in den Universitäten verstärken diesen Trend. Ganz abgesehen von der üblichen Befristung der Stellen und der daraus resultierenden Abhängigkeit von Vorgesetzten trägt auch der Umstand bei, dass Wis-

senschaftlerinnen und Forscher heute Aufgaben übernehmen müssen, die vor der Universitätsreform technische Angestellte erfüllt haben. So bleibt weniger Zeit für Forschung.

In den Augen der Regierung ist Forschungsstärke in erster Linie eine Frage der Verteilung der Gelder innerhalb der Universitäten, in denen Bereichen wie Digitalisierung, Robotik und Künstliche Intelligenz Vorrang eingeräumt werden soll. Die Universitäten sollen möglichst in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft 50.000 zusätzliche IT- und KI-Experten ausbilden, die anwendungsbezogen arbeiten. Eine Änderung des Gehaltsschemas an den Universitäten mit leistungsabhängigen Gehältern soll zu mehr Wettbewerb beitragen. Universitäten, die nicht mit privaten Unternehmen zusammenarbeiten, müssen künftig mit einer gekürzten Grundförderung rechnen. Neue wettbewerbsorientierte Programme knüpfen eine Förderung an die Einwerbung von Drittmitteln aus der Wirtschaft. Grundlagenforschung hat in dieser Förderlogik wenig Zukunft.

› Mit einem Germanistikstudium bei einer deutschen Firma einsteigen? Beim „Dialogforum Wissenschaft – Wirtschaft“ gaben Vertreterinnen und Vertreter von Firmen Einblicke in den Mehrwert deutscher Sprachkenntnisse im Arbeitsalltag.

Mehr Austausch für kürzere Zeit

Japanische Universitäten sind nach wie vor sehr an Mobilität in beide Richtungen interessiert, auch weil ein weniger intensiver Austausch eine weitere Ursache für die sinkende Konkurrenzfähigkeit japanischer Wissenschaft sein könnte.

Die japanische Regierung fördert weiterhin die Mobilität der japanischen Studierenden mit Programmen wie dem „Top Global University Program“. Dieses stellt 37 privaten und öffentlichen Universitäten bis 2023 Mittel für Internationalisierungsmaßnahmen zur Verfügung, die Studierenden die Fähigkeit vermitteln sollen, global zu agieren.

DEUTSCH IM DIALOG

Obwohl Japan über eine große, aktive Germanistik und ein gutes Ortslektorennetzwerk mit über 170 Mitgliedern verfügt, nimmt das Interesse am Fachbereich und dem Studium der deutschen Sprache ab. Die Außenstelle erachtet es deshalb als eine ihrer Aufgaben, Perspektiven für Deutsch lernende Studierende aufzuzeigen und Hochschulen wie Dozierende dabei zu unterstützen, im Sinne einer modernen, anschlussfähigen Germanistik attraktive Angebote zu schaffen.

Gemeinsam mit der Kyoto University of Foreign Studies lud die DAAD-Außenstelle Tokyo im Juni zum dritten „Dialogforum Wissenschaft – Wirtschaft“ ein. Etwa 180 Teilnehmende erörterten gemeinsam mit deutschen Firmen Fragen rund um den Mehrwert deutscher Sprach- und Kulturkenntnisse für den Berufseinstieg in ein deutsches Unternehmen in Japan. Dass es diesen Mehrwert gibt, gerade wenn es darum geht, kompetent zwischen japanischen und deutschen Arbeitskulturen zu vermitteln, bestätigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einstimmig.

Auch auf Okinawa im Süden Japans wurde der Mehrwert der deutschen Sprache bestätigt – auf künstlerische Weise. In der Verbindung eines wissenschaftlichen Seminars mit einem Kulturevent führten die Teilnehmenden nicht nur spannende Fach-Diskussionen, sondern begeisterten auf der Bühne und im Rahmenprogramm auch Hunderte Gäste für Deutschland – gemeinsam mit rund 140 Künstlerinnen und Künstlern, darunter zahlreiche Studierende.

› Das erste Deutsch-Französisch-Japanische DWIH Symposium zu Künstlicher Intelligenz in Tokyo.

„DER MENSCH IM MITTELPUNKT“

Über 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Deutschland, Japan und Frankreich folgten der Einladung des Deutschen Wissenschafts- und Innovationshauses Tokyo (DWIH) und der Französischen Botschaft in Japan zum ersten trilateralen Symposium über Künstliche Intelligenz (KI). Repräsentantinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik diskutierten in Tokyo eines der wichtigsten Themen unserer Zeit mit Experten aus drei der wirtschaftsstärksten Industrienationen weltweit. Die Liste der 65 Referentinnen und Referenten aus den drei Ländern konnte sich sehen lassen: Hochrangige Politikvertreter, wie der japanische Minister für Wissenschaft und Technologiepolitik Takuya Hirai, sprachen ebenso wie der Leibniz-Preisträger und Robotik-Experte Prof. Dr. Wolfram Burgard, der weltberühmte französische Mathematiker Prof. Dr. Cédric Villani und Dr. Joseph Reger, CTO bei Fujitsu EMEIA. Während die Teilnehmenden in den Plenen nationale KI-Strategien und aktuelle Entwicklungen erörterten, entwickelten sie in themenspezifischen Workshops auch konkrete Kooperationsideen, etwa zu gemeinsamen medizinischen Datenbanken, länderübergreifenden KI-Weiterbildungsmaßnahmen und Modellen für trilateralen Datenaustausch. Am Ende des zweitägigen Symposiums verabschiedeten sie eine gemeinsame Erklärung zu einer intensivierten Zusammenarbeit im KI-Bereich. Sie gibt eine normative Zielsetzung als Rahmen für die künftige Zusammenarbeit vor: „KI muss als ultimatives Ziel den Menschen dienen und die Lebensqualität jedes Einzelnen, aber auch einer Gesellschaft verbessern.“

Die Zahl der japanischen Studierenden, die im Ausland studieren, stieg von 2013 auf 2017 um rund 33,5 Prozent auf über 105.000 Personen an – so lauten die offiziellen Zahlen aus Japan, die im Gegensatz zu den UNESCO-Zahlen (siehe Tabelle „Daten zum Bildungssystem“) auch Kurzaufenthalte von unter einem Monat und Mobilitäten miteinbeziehen, die keinen Abschluss anstreben. Das Interesse ist somit groß, allerdings gehen viele Studierende nur für wenige Wochen ins Ausland. Gründe dafür sind die hohen Kosten, fehlende Freiräume, die in der Organisation des japanischen Studiums begründet liegen, sowie der Umstand, dass Auslandserfahrung kaum Vorteile bei der Karriereplanung bedeutet. Postdoktoranden und Professorinnen gehen ebenso bevorzugt für sehr kurze Zeit ins Ausland – Deutschland ist dabei das viertbeliebteste Zielland. Die Zahl jener, die länger als einen Monat im Ausland forschen, hat sich seit dem Jahr 2000 nahezu halbiert. Einzig die großen Forschungsuniversitäten forcieren den Austausch mit internationalen Partneruniversitäten.

Die Zahl der ausländischen Studierenden in Japan ist nach japanischen Angaben im selben Zeitraum um knapp 100.000 auf über 267.000 angestiegen, wobei insbesondere mehr Studierende, Schülerinnen und Schüler aus China, Vietnam und Nepal an Sprachschulen gekommen sind, die in den UNESCO-Zahlen (siehe Tabelle „Daten zum Bildungssystem“) nicht erfasst werden.

Die Anzahl der ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an japanischen Universitäten stieg ebenfalls, auch jener aus Deutschland. Diese machen rund 5 Prozent aller in Japan arbeitenden ausländischen Forscherinnen und Forscher aus. Auch sie gehen in der Regel nur für wenige Wochen nach Japan, die wenigsten bleiben länger als einen Monat.

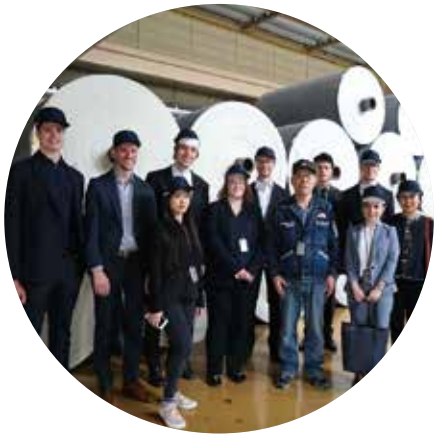
Frauen werden beim Medizinstudium diskriminiert

Bei der Untersuchung eines Bestechungsskandals kam heraus, dass mindestens neun von 81 Medizinhochschulen Bewerberinnen bei ihren Eintrittsexamina systematisch benachteiligt haben. Dies löste eine nicht nur national geführte Diskussion um die Situation von Frauen in der Medizin im Besonderen und der Gesellschaft im Allgemeinen aus. Tatsächlich sind nur 20,3 Prozent der Ärzteschaft in Japan Frauen. Damit ist Japan Schlusslicht aller Industriestaaten. Besonders empörte im konkreten Fall, dass als Grund für diese Praxis angegeben wurde, dass Frauen den Beruf der Ärztin aufgäben, sobald sie Kinder bekämen, und deswegen die Zahl beschränkt werden müsse.

Insgesamt steht es um die Gleichberechtigung in japanischen Universitäten nicht sehr gut. Der Anteil weiblicher Studierender beträgt zwar 45 Prozent, der von Forscherinnen jedoch nur 15,7 Prozent und der von Professorinnen 16 Prozent.

DAAD-Arbeit vor Ort

2018 war für die Außenstelle des DAAD in Tokyo ein besonders ereignisreiches Jahr. Die Internationalisierungsbemühungen der japanischen Regierung stoßen bei deutschen Universitäten auf fruchtbaren Boden und das Interesse an der japanischen Hochschullandschaft ist in den vergangenen Jahren merklich gewachsen.



› Die Stipendiatinnen und Stipendiaten des Programms „Sprache und Praxis in Japan“ zu Besuch in einer Denim-Fabrik.

So brach die European Higher Education Fair (EHEF) in diesem Jahr mehrere Rekorde: Mit 82 Bildungsinstitutionen aus 21 EU-Mitgliedstaaten informierten mehr Aussteller denn je über ihre Studienangebote und mit rund 1.500 Besucherinnen und Besuchern zog die zweitägige Studienmesse in Tokyo und Osaka 200 Interessierte mehr an als im Vorjahr. Die deutschen Aussteller bildeten in diesem Jahr mit elf Institutionen die insgesamt zweitgrößte nationale Ausstellergruppe, Studierende warteten in langen Schlangen auf Beratungen.

› Zielland Deutschland – großes Interesse an deutschen Hochschulen bei der European Higher Educaion Fair (EHEF) in Japan.

› Rund 200 Alumni kamen zum Weihnachtskonzert, dessen Programm auch in diesem Jahr von ehemaligen Musik-Stipendiatinnen und -Stipendiaten gestaltet wurde.

Interesse an Japan bekundete auch eine Delegation hochrangiger Vertreterinnen und Vertreter deutscher Hochschulleitungen, die im März eine Woche nach Toyko, Sendai, Osaka und Kyoto reiste, um dort mit Vertretern der japanischen Forschungsförderungsorganisationen, mit Hochschulen, Verbänden und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu sprechen.

Die Außenstelle in Tokyo profitiert aber nicht nur von den neuen politischen Entwicklungen, sondern auch von ihrer langen Präsenz in Japan. Im Herbst feierte sie gleich zwei Jubiläen – ihr 40-jähriges Bestehen sowie den 35. Geburtstag des Programms „Sprache und Praxis Japan (SP Japan)“. 250 Gäste versammelten sich zu einem besonderen Abend im Deutschen Kulturzentrum bei Butterbrot und Bier, Alumni gaben ein Konzert und ehemalige deutsche und japanische Stipendiatinnen und Stipendiaten präsentierten ihren besonderen Moment mit einem denkwürdigen Foto aus ihrem Leben im jeweiligen Gastland.

Der Freundeskreis des DAAD „Tomo no kai“, dem über 1.200 Mitglieder angehören, schenkte der Außenstelle auch dieses Jahr ein Weihnachtskonzert – es ist die größte Alumniveranstaltung des Jahres. Die Außenstelle unterstützte außerdem die Arbeit der über 170 deutschen Sprachdozentinnen und -dozenten in Japan sowie die Japanische Gesellschaft für Germanistik (JGG). Hier bot das Jahr 2018 mit dem „Dialogforum Wissenschaft – Wirtschaft“ und dem Kulturevent „Rheinbilder“ spannende Veranstaltungen auch außerhalb von Tokyo (siehe Info-Kasten S. 126).

Im Januar zog das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus Tokyo in die Außenstelle um. Der Höhepunkt der diesjährigen Aktivitäten war ein großes Japanisch-Deutsch-Französisches Symposium zum Thema „Künstliche Intelligenz“ (siehe Info-Kasten S. 127). Desweiteren organisierte das DWIH Tokyo das Falling Walls Lab und unterstütze den German Innovation Award. Dieser Preis wird einmal pro Jahr an in Japan tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vergeben und fördert den bilateralen Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

› Besuch eines Handwerksbetriebs im Programm „Sprache und Praxis in Japan“.

Tabelle 19
Daten zum Bildungssystem Japan

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	126,32 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	11,97 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	41.476
Wirtschaftswachstum	1,03 %
Inflation	-0,12%
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 17
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 15
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 22
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	3,59 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	3,86 Mio
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	46,39 %
Immatrikulationsquote	63,36 %
Absolvent/innen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	662.361
PhD	16.039
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	3,28 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	121.262
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	3,44 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. China	
2. Korea	
3. Vietnam	
4. Nepal	
5. Indonesien	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	30.179
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,86 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	2.004
Die beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. USA	
2. Vereinigtes Königreich	
3. Australien	
4. Deutschland	
5. Frankreich	

Quelle: DAAD, Statistik DESTATIS – Statistisches Bundesamt, Wissenschaft weltoffen, The World Bank, Data UNESCO, Institute for Statistics

Tabelle 20: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen Japan

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Japan
I. Individualförderung – gesamt	**A**	**135**
	D	**254**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	17
	D	31
Studierende auf Master-Niveau	A	20
	D	62
Doktorand/innen	A	26
	D	65
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	72
	D	96
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	49
	D	139
1–6 Monate	A	19
	D	46
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	67
	D	69
II. Projektförderung – gesamt	**A**	**244**
	D	**686**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	100
	D	220
Studierende auf Master-Niveau	A	46
	D	275
Doktorand/innen	A	45
	D	98
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	47
	D	93
andere Geförderte*	A	6
	D	
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	155
	D	245
1–6 Monate	A	66
	D	379
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	23
	D	62
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	**A**	**32**
	D	**40**
1. Mobilität mit Partnerländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	18
	D	11
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	14
	D	29
DAAD-Förderung - gesamt (I + II + III)	**A**	**411**
	D	**980**
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		**1.391**

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD Fördermittel an deutsche Hochschulen für die Förderung der akademischen Mobilität a) aus Deutschland in das europäische Ausland (Mobilität von Einzelpersonen in Programmländer) und b) aus Deutschland in die gesamte Welt sowie aus der gesamten Welt nach Deutschland (Mobilität von Einzelpersonen mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2016 und damit auf die Laufzeit 1.6.2016–31.5.2018.

BRÜSSEL

BILDUNG IN DER EU WIEDER IM AUFWIND?

Nina Salden leitet die DAAD-Außenstelle Brüssel seit 2012. Seit 2007 unterhält der DAAD ein Büro in Brüssel, das die Zusammenarbeit mit den Institutionen der Europäischen Union fördert. Die Außenstelle hat drei Mitarbeiterinnen.

Zunehmender Populismus, Gefährdung von Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten, die Migrationsdebatte oder der Brexit: Die Herausforderungen für die Europäische Union (EU) sind immens. Da sind Themen, die den Zusammenhalt der Union stärken und bürgernah sind, besonders wichtig. Das Erasmus-Programm ist ein Beispiel hierfür. Die Europäische Kommission hat im Mai 2018 eine Budgetverdoppelung für die Jahre 2021 bis 2027 vorgeschlagen.

Das Jahr 2018 begann und endete mit der Unsicherheit über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Trotz zweieinhalb Jahren mühsamer Verhandlungen gelang es den Beteiligten aufgrund der politischen Lage in Großbritannien nicht, die ursprünglich geplante Klarheit über die Bedingungen des Austritts zu schaffen. Als Erfolg wertete die EU-Seite, dass es ihren verbleibenden 27 Mitgliedstaaten gelungen ist, die Einheit in den Brexit-Verhandlungen zu wahren. Die Position der EU blieb unverändert: Sie bedauert den Schritt der Briten, kann ihnen jedoch als Partner außerhalb der Union nicht dieselben Vorteile wie als EU-Mitglied bieten.

Die Ungewissheit über den Brexit hält an

Für Bürger, Wirtschaft und Institutionen auf beiden Seiten war die anhaltende Unsicherheit schwierig. In der Wissenschaft sind britische und EU-Partner insbesondere durch die europäischen Förderprogramme eng verflochten. 31.000 EU-Studierende gehen jährlich mit einem Erasmus-Stipendium für einen Praktikums- oder Studienaufenthalt nach Großbritannien. Das Land ist wegen der englischen Sprache und

› Die Europäische Kommission, Place Schuman, Brüssel.

› Das Europäische Parlament, Place du Luxembourg, Brüssel.

der hohen Qualität des britischen Hochschulsystems das drittbeliebteste Zielland für einen Auslandsaufenthalt europäischer und deutscher Studierender. Wie die Kooperation mit Großbritannien nach dem EU-Austritt aussehen wird, war 2018 noch völlig offen.

Wohl hat die Kommission im zukünftigen Erasmus-Programm verankert, dass Drittländer als assoziierte Mitglieder am Programm teilnehmen können. Sie müssen aber einen dem Gewinn aus dem Programm entsprechenden finanziellen Beitrag leisten und können an der Programmgestaltung nicht mitwirken. In den Verhandlungen gilt das Credo, dass es einen deutlichen Mehrwert geben muss, festes Mitglied des „EU-Clubs“ zu sein.

Der EU geht es bei den Brexit-Verhandlungen in erster Linie um Schadensbegrenzung, der Situation ist wenig Positives abzugewinnen.

› Im November 2018 hatte die EU ein Brexit-Abkommen mit der britischen Regierungschefin Theresa May ausgehandelt, das jedoch Anfang 2019 bereits wieder überholt war.

Die Diskussionen über den Brexit haben jedoch auch gezeigt, was Europa in den letzten Jahren geleistet hat und was Großbritannien mit einem Austritt nun zu verlieren droht: den Frieden (zum Beispiel in Nordirland), die wirtschaftliche Verflechtung, die Personenfreizügigkeit und eine enge wissenschaftliche Kooperation.

Das Europäische Parlament wehrt sich gegen die Verletzung von EU-Grundrechten

Der Brexit ist nicht die einzige Herausforderung, der sich die Union 2018 stellen musste. Größere Probleme für den europäischen Einigungsprozess sind der aufkommende Populismus und Europaskeptizismus sowie die anhaltenden Auseinandersetzungen um den Erhalt von Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten in einigen EU-Mitgliedstaaten, allen voran Ungarn und Polen. 2018 hat diese Kontroverse mit der Einleitung des Artikel-7-Verfahrens gegen Ungarn durch das Europäische Parlament einen neuen Höhepunkt erreicht. Zum ersten Mal in der Geschichte der EU forderte das Parlament den Rat der EU auf, gegen einen Mitgliedstaat vorzugehen, um einen Verstoß gegen die Artikel 2 des Unionsvertrages genannten Grundwerte zu verhindern.

Zu den Bedenken gehört neben dem Recht auf freie Meinungsäußerung auch die akademische Freiheit, die das Parlament durch die ungarische Gesetzgebung bezüglich der Central European University sowie ein Verbot der

› Im zukünftigen EU-Haushalt 2021–2027 sollen zukunftsgerichtete Politikfelder wie Bildung und Forschung aufgewertet werden.

› Das Europäische Parlament prangert die Verletzung von Grundrechten wie die akademische Freiheit durch Ungarn an. Judith Sargentini, Mitglied des Europäischen Parlaments, ist zuständige Berichterstatterin für die Einleitung des Artikel-7-Verfahrens.

Geschlechterstudien (gender studies) bedroht sieht. Die Einleitung des Artikel-7-Verfahrens ist ein langwieriger Prozess, der so schnell kein konkretes Ergebnis bringen wird. Die Abstimmung hat jedoch ein Signal an die ungarische und weitere Regierungen gesendet: dass die europäischen Grundwerte und damit auch die akademische Freiheit in der EU zu achten sind.

Die Kommission will das Erasmus-Budget verdoppeln

Im Jahr 2018 wurden die Pflöcke für die künftige Entwicklung der Union eingeschlagen. Im Mai hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für den zukünftigen EU-Haushalt 2021 bis 2027 und die Gestaltung der EU-Programme, darunter Erasmus und das EU-Forschungsprogramm Horizont Europa, vorgelegt. 1.135 Mrd. Euro (in Mitteln für Verpflichtungen, 2018er Preise) sollen der EU für diese Jahre zur Verfügung stehen. Dies ist vergleichbar mit der Höhe des laufenden EU-Haushalts, steht jedoch der Auffassung einiger EU-Mitgliedstaaten entgegen, dass eine nach dem Brexit kleinere Union zukünftig auch mit weniger Geld auskommen müsse. Laut Kommission kostet der derzeitige Haushalt den europäischen Steuerzahler jedoch lediglich „eine Tasse Kaffee pro Tag“. Europa sollte seinen Bürgerinnen und Bürgern mehr wert sein.

Was ist eine „Europäische Hochschule“?

Die „Europäische Hochschule“ ist ein langfristiges Projekt, das sich über mehrere Jahre entwickeln wird. Die folgenden Charakteristika erwartet die EU:

- Europäische Hochschulen entstehen aus Bottom-up-Allianzen bereits existierender Hochschulen, die eine langfristige, gemeinsame Strategie der Bildungszusammenarbeit mit – wo immer möglich – Verbindungen zu Forschung und Innovation verfolgen.
- Das jeweilige Hochschulkonsortium spiegelt eine breite geografische Verteilung wider.
- Die Europäische Hochschule fördert die gemeinsamen europäischen Werte und verstärkt die europäische Identität.
- Sie bietet einen interuniversitären Hochschulcampus, in dem sich Studierende, Forscherinnen und Mitarbeiter beliebig bewegen können.
- Mobilität auf allen Ebenen ist Standard, mindestens 50 Prozent aller Studierenden der Allianz profitieren hiervon.
- Die Lehre ist interdisziplinär und sektorübergreifend. Wissensbildende Teams von Studierenden und Wissenschaftlern stellen sich den gesellschaftlichen Herausforderungen gemeinsam.
- Die europäische Hochschule schafft innovative Lösungen, die sich an verschiedene Regionen in Europa anpassen lassen.
- Die Studierendenschaft spiegelt die Vielfältigkeit der Bevölkerung wider.
- Die Europäische Hochschule fungiert als Vorbild bewährter Praxis für den gesamten Europäischen Hochschulraum.
- Die europäische Hochschule arbeitet auf die einschlägigen Ziele des europäischen Bildungsraums hin, wie Mehrsprachigkeit, automatische Anerkennung von Studienleistungen und den europäischen Studierendenausweis.

Das Konzept der Europäischen Hochschule sollen zwei Pilotausschreibungen 2018/2019 und 2019/2020 testen. Basierend auf diesen Erfahrungen soll es für das zukünftige Erasmus-Programm 2021 bis 2027 ausgebaut werden.

› Themis Christophidou, Generaldirektorin für Bildung und Kultur in der Europäischen Kommission

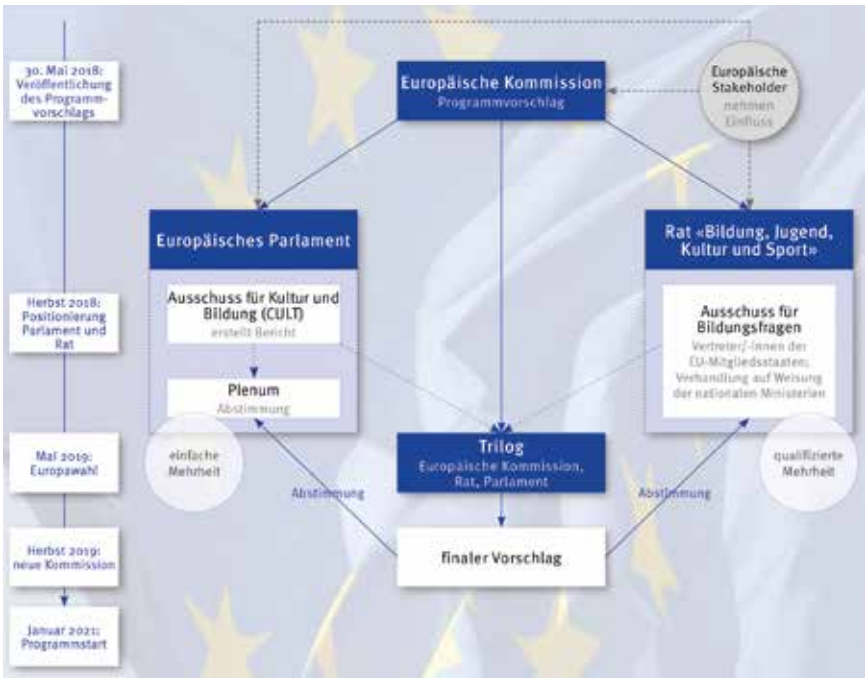
„Ziel der Europäischen Hochschulen ist, eine neue Generation von Europäern hervorzubringen, die in der Lage sind, sich in unterschiedlichen europäischen Kulturen zu bewegen und in unterschiedlichen Sprachen sowie über Grenzen und Disziplinen hinweg zu kommunizieren.“

ERASMUS 2021 BIS 2027: DIE WICHTIGSTEN NEUERUNGEN FÜR DEN HOCHSCHULBEREICH

Am 30. Mai 2018 hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für die Verordnung des zukünftigen Erasmus-Programms vorgelegt und eine Verdoppelung des Budgets auf 30 Mrd. Euro vorgeschlagen. Hinzu kommen Finanzmittel aus den EU-externen Finanzierungsinstrumenten für die internationale Dimension. 12 Millionen Personen sollen von dem Programm in den Jahren 2021 bis 2027 profitieren. Das sind dreimal so viele wie im laufenden Programm. Das Programm legt einen Fokus auf Inklusion und damit darauf, mehr junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen zu erreichen.

Weitere Neuerungen für den Hochschulbereich umfassen:

- die Einführung eines europäischen Studierendenausweises,
- die Förderung von Bottom-up-Allianzen europäischer Hochschulen,
- die Förderung von Innovation und „entrepreneurial education“ durch Innovationspartnerschaften,
- die verstärkte Förderung von zukunftsweisenden Bereichen wie Digitalem, nachhaltiger Entwicklung oder MINT-Fächern,
- die Möglichkeit der Förderung von kürzeren Mobilitätsaufenthalten, „blended learning“ und virtuellem Austausch,
- Ausbau und Vereinfachung der internationalen Dimension des Programms,
- Verstärkung der Synergien mit weiteren EU-Programmen, wie dem EU-Forschungsrahmenprogramm und den EU-Strukturfonds.



› Der Vorschlag der EU-Kommission muss von Rat und Parlament diskutiert und im Trilog verhandelt werden, bevor das Programm 2021 starten kann.

Im Fokus des neuen EU-Haushalts steht eine Umschichtung weg von traditionellen Politikfeldern wie Agrar- und Regionalpolitik hin zu zukunftsgerichteten Bereichen. Hiervon sollen auch Bildung und Forschung profitieren. Das EU-Bildungsprogramm Erasmus soll nach dem Wunsch der Kommission auf 30 Mrd. Euro verdoppelt, das Forschungsprogramm Horizont Europa um 30 Prozent auf 97,6 Mrd. Euro erhöht werden. Das Europäische Parlament geht in seinen Forderungen sogar noch weiter. Es fordert eine Verdreifachung des Erasmus-Budgets und 120 Mrd. Euro für Horizont Europa. Nicht ohne Grund: Die Zwischenevaluierung im vorangehenden Jahr hatte gezeigt, dass Erasmus als eine der positivsten Errungenschaften der EU wahrgenommen wird – neben dem Frieden, dem Euro und dem gemeinsamen Markt.

› Brown Bag Briefing zu Erasmus am 18. September 2018 an der Außenstelle Brüssel. Dr. Klaus Birk, Leiter der NA DAAD, stellt mit seinen Kollegen aus den Niederlanden, Polen, Slowenien und Österreich die Empfehlungen der Nationalen Agenturen zur Zukunft von Erasmus vor.

Der DAAD gestaltet die Zukunft von Erasmus mit

Die Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit im DAAD (NA DAAD) und die DAAD-Außenstelle Brüssel haben sich aktiv in den Prozess zur Neugestaltung des Erasmus-Programms eingebracht. Der Programmvorschlag der Kommission sieht zwar keine erneute Revolution des Programms vor – wie wir dies bei dem Wechsel vom Programm für Lebenslanges Lernen zu Erasmus+ im Jahr 2013 erlebt haben – bleibt aber in der Ausformulierung der Programm-Maßnahmen vage. Die NA DAAD hat daher gemeinsam mit den weiteren Nationalen Agenturen in Europa Vorschläge entwickelt und diese den EU-Institutionen Rat und Parlament, die sich im Herbst 2018 zu dem Kommissionsvorschlag positionieren mussten, in einem Brown Bag Briefing der Außenstelle Brüssel vorgestellt. Hierbei hob die NA DAAD insbesondere die Bedeutung einer dezentralen Umsetzungsstruktur von Erasmus und vereinfachte Regularien für kleine Projekte hervor. Dies sei unerlässlich, um insbesondere das große Ziel der Kommission, Erasmus in Zukunft inklusiver zu gestalten, in die Praxis umzusetzen. Das Ziel der Inklusion steht im Fokus des Kommissionsvorschlags. Erasmus ist zwar unumstritten ein erfolgreiches Programm, es erreicht jedoch nur circa vier Prozent aller Jugendlichen. Ziel ist, Erasmus zukünftig auch weniger favorisierten Gruppen zugänglich zu machen.

› Die deutschen Hochschulen haben die Position des DAAD zur zukünftigen Entwicklung von Erasmus mitgestaltet. Seminar im Februar 2018 an der DAAD-Außenstelle Brüssel.

Die deutschen Hochschulen haben die Positionierung des DAAD von Beginn an mitgestaltet. Im Februar 2018 kamen in Brüssel Leiterinnen und Leiter deutscher Hochschulen und ihrer Akademischen Auslandsämter zusammen, um der Kommission bereits vor Veröffentlichung des Vorschlags ihre Ideen für die Zukunft von Erasmus mit auf den Weg zu geben. Im Dezember hatten mehr als 60 deutsche Hochschulen die Gelegenheit, sich in der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU über den Vorschlag der Kommission zu informieren und mit den EU-Institutionen die Zukunftsfragen zu Erasmus zu diskutieren. Die Themen umfassten neben Inklusion eine bessere Einbindung von Alumni und Geförderten in die Gestaltung des Programms, Synergien mit der Forschungszusammenarbeit sowie die neue Maßnahme zur Förderung Europäischer Hochschulen.

Europäische Hochschulen sollen die Attraktivität des Europäischen Hochschulraums stärken

Die wohl meistbeachtete Neuerung im zukünftigen Erasmus-Programm ist die Förderlinie der Europäischen Hochschulen. Sie startete bereits im Herbst 2018 mit der Veröffentlichung einer Pilotausschreibung. Im September 2017 hatte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron die Idee der „Europäischen Hochschule“

Hoffnung für die Zukunft: Kenanah Alchaieb im Gespräch mit EU-Kommissar Johannes Hahn

Kenanah Alchaieb hat in Syrien Pharmazie studiert, bevor die heute 27-Jährige vor dem anhaltenden Bürgerkrieg in ihrem Heimatland nach Jordanien fliehen musste. 2016 hat sie ein HOPES-Stipendium („Higher and Further Education Opportunities and Perspectives for Syrians“) erhalten, um ihr Studium weiterzuführen – laut eigenen Aussagen „der schönste Tag“ in ihrem Leben. Zurzeit beendet sie ihren Master of Business Administration an der Yarmouk-Universität mit exzellenten Noten.

› Kenanah Alchaieb hat nach ihrer Flucht aus Syrien über das Projekt HOPES ein Stipendium zur Weiterführung ihrer Studien in Jordanien erhalten.

Im April 2018 haben Kenanah Alchaieb und weitere Geflüchtete mit dem für die Nachbarschaftspolitik zuständigen EU-Kommissar Johannes Hahn in Brüssel über die Zukunft Syriens diskutiert. Sie stellten dabei den Wert von Bildung für die syrischen Jugendlichen ins Zentrum. Bildung schafft Perspektiven und die Aussicht auf ein besseres Leben. Kenanah Alchaieb konnte aus eigener Erfahrung von den Wünschen und Sorgen syrischer Studierender berichten.

Die zentralen Fragen sind die nach der beruflichen Zukunft. Werde ich eine Arbeit finden? Wie werde ich das an der Universität erworbene Wissen anwenden, vertiefen und für mich und andere nutzbar machen können? Kenanah Alchaieb überreichte dem EU-Kommissar die Abschlussarbeit eines Mitstipendiaten, der sein Architekturstudium in Ägypten dank HOPES mit einer Arbeit zum Wiederaufbau seiner syrischen Heimatstadt Homs erfolgreich beendet hat. Die syrischen Jugendlichen wollen ihre Zukunft und die ihres Landes mitgestalten.

„HOPES bietet, was die Region derzeit besonders nötig braucht: Hoffnung auf eine bessere Zukunft und Perspektiven für die junge Generation.“ So stellte DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüland das Projekt in ihrem Grußwort vor.

› Ideen für die Zukunft: EU-Kommissar Johannes Hahn im Dialog mit Jugendlichen aus Syrien, Jordanien und dem Libanon. Side-Event zu der zweiten internationalen Syrien-Konferenz am 23. April 2018 in Brüssel.

› EU-Kommissar Johannes Hahn im Dialog mit Jugendlichen aus Syrien, Jordanien und dem Libanon.

HOPES bietet Flüchtlingen aus Syrien und jungen, benachteiligten Menschen aus den Aufnahmeländern Libanon, Jordanien, Ägypten, Irak und der Türkei die Möglichkeit, ein Hochschulstudium zu beginnen oder wieder aufzunehmen. Der „Madad Fund“ der Europäischen Union, der die Folgen der anhaltenden Krise in Syrien mildern und einen späteren Wiederaufbau unterstützen soll, fördert das Projekt. Neben dem DAAD als Konsortialführer tragen die drei europäischen Institutionen Campus France, British Council und Nuffic das Projekt.

Seit seinem Start im April 2016 konnte HOPES 620 Vollstipendien an syrische Flüchtlinge in der Region und an Studierende der gastgebenden Gemeinschaft verleihen. 4.807 Studierende konnten Sprachkurse besuchen. Außerdem finanziert HOPES 32 Bildungsprojekte lokaler Anbieter.

Es bleibt auch in der Zukunft noch viel zu tun. Kommissar Hahn versprach im Rahmen der Veranstaltung, die Anregungen und Wünsche seiner jungen Gesprächspartnerinnen und -partner in die direkt im Anschluss stattfindende internationale EU-Syrien-Konferenz einzubringen und sich dafür einzusetzen, dass Bildung auch zukünftig einen zentralen Platz in der EU-Unterstützung für die Region einnehmen wird.

erstmals vorgestellt, im Dezember 2017 nahmen die Staats- und Regierungschefs der EU sie auf. Bis 2024 sollen mindestens 20 Europäische Hochschulen, bestehend aus Netzwerken existierender Hochschulen, entstehen. Diese Hochschulverbünde sollen es Studierenden ermöglichen, durch eine Kombination ihrer Studien in mehreren EU-Ländern einen europäischen Studienabschluss zu erwerben. Sie tragen damit zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Hochschulraums bei.

Nach dem Beschluss der EU-Spitzen ging – für Brüsseler Verhältnisse unüblich – alles ganz schnell. Zahlreiche Foren diskutierten die Idee Anfang 2018. Hierzu trug auch der DAAD entscheidend bei.

› Vanessa Debiais-Sainton, Referatsleiterin für Hochschulbildung in der Europäischen Kommission, stellt die neue Förderinitiative der Europäischen Hochschulen auf dem DAAD-Seminar zur neuen EU-Programmgeneration im Dezember 2018 in Brüssel vor.

Ganz so neu ist die Idee von Macron nämlich nicht. Sie fußt auf einem Trend, den wir bereits seit einigen Jahren in der Gestaltung von Hochschulkooperationen beobachten können. Hochschulen vernetzen sich mit einigen wenigen, strategisch ausgewählten Partnern, anstatt eine Vielzahl von Kooperationen zu unterhalten. Seit 2012 fördert der DAAD mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) „Strategische Partnerschaften“ deutscher Hochschulen, die genau diesen Zweck verfolgen.

In einem Workshop im April in Brüssel, den der DAAD, die Hochschulrektorenkonferenz und

› Hot topic in Brüssel: Europäische Hochschulen. Sophia Eriksson-Waterschoot, Direktorin der Europäischen Kommission, erläutert die neue Initiative im DAAD-Workshop am 16. April 2018 in Brüssel.

die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU ausrichteten, stellten sich einige dieser Partnerschaften vor und diskutierten das neue Konzept der Europäischen Hochschulen. Dem DAAD war es insbesondere ein Anliegen zu zeigen, wie divers Partnerschaften sein können: territorial organisiert, fachlich fokussiert, mit oder ohne Akzent auf der Forschungszusammenarbeit und unter Einbeziehung unterschiedlichster Hochschultypen von Volluniversitäten über Hochschulen für angewandte Wissenschaften bis zu kleineren spezialisierten Institutionen.

Die Ambitionen dieser neuen EU-Initiative sind hoch: Sie soll zu einem „Quantensprung“ in der Zusammenarbeit zwischen allen Arten von Hochschuleinrichtungen aus allen Regionen Europas führen. Die neueren Mitglieder der EU hatten früh die Befürchtung geäußert, bei diesen neuen Leuchtturmprojekten außen vor gelassen zu werden. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission erstmals ein Kriterium zur geografischen Ausgewogenheit der zu fördernden Konsortien aufgestellt. Das ist bei Hochschulvertreterinnen und -vertretern nicht unumstritten. Sie fürchten, dass sich dieses Kriterium mit einer auf Exzellenz basierenden Auswahl nicht vereinbaren lässt. Die Europäische Union besteht jedoch aus 28 Mitgliedstaaten. Politisch war das Programm nur auf einer gemeinsamen Basis umzusetzen.

› Mirko Woitzik hat am DAAD-Programm Sprache und Praxis in China teilgenommen und arbeitet heute im Asien-Geschäft einer international tätigen Firma.

EU – CHINA: AUSTAUSCH SCHAFFT VERSTÄNDIGUNG

Chinesische Studierende machen die größte Gruppe internationaler Studenten und Studentinnen in der EU aus. Im Vergleich gehen nur wenige EU-Studierende für einen Studienaufenhalt nach China. Sowohl China als auch die EU benötigen jedoch die Expertise zu Land, Sprache und Kultur ihres Partners, um die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zu fördern.

Das trinationale Forschungsprojekt „Bright Futures – students on the move“ hat die Beweggründe der Mobilität chinesischer Studierender nach Europa untersucht und seine Forschungsergebnisse in einer Veranstaltung der DAAD-Außenstelle Brüssel vorgestellt. Darüber hinaus diskutierten die Teilnehmer mit Hochschulakteuren aus Brüssel, wie die Mobilität europäischer Studierender nach China erhöht werden kann. Mirko Woitzik, ehemaliger Stipendiat des DAAD-Programms „Sprache und Praxis in China“, schilderte den großen Mehrwert, den ihm der Aufenthalt in China für seine Karriere gebracht hat. Er sprach aber auch die Herausforderungen für europäische Studierende im Land der Mitte an, wie beispielsweise die Sprache und unterschiedliche Lehrmethoden. Der DAAD und die Europäische Kommission sehen die Förderung institutioneller Hochschulkooperationen als ein Mittel, die Mobilität zu erhöhen.

› Policy Briefing EU-China Student Mobility im Oktober in Brüssel.

In der europäischen Hochschul-Community hat die Idee der Europäischen Hochschulen einen Nerv getroffen. Das Interesse der Hochschulen in Europa und Deutschland ist groß. Auf einer Informationsveranstaltung der Europäischen Kommission im Dezember kamen vor Ort mehr als 300 Teilnehmende sowie 650 virtuell zusammen, um sich über die Pilotausschreibung zu informieren. Entscheidend für den Erfolg der Initiative wird nun sein, welche innovativen und exzellenten Vorschläge die Hochschulen im Rahmen der Ausschreibung vorlegen und ob sie in der Lage sind, ihr jeweiliges Projekt langfristig zu sichern.

Der DAAD agiert europäisch vernetzt

Die Diversität Europas spiegelt sich auch in der tagtäglichen Arbeit des DAAD in Brüssel wider. Um Interessen auf europäischer Ebene wirksam zu vertreten, muss der DAAD Allianzen schmieden. Mehr als die Hälfte der vom DAAD in Brüssel ausgerichteten Seminare hat er gemeinsam mit europäischen Partnern gestaltet. Im Februar 2018 haben die Mitglieder des europäischen Dachverbands Academic Cooperation Association (ACA) der Kommission anhand von Programmbeispielen vorgestellt, wie die EU-Strategie zur „erneuerten EU-Agenda für die Hochschulbildung“ in die Praxis umgesetzt werden kann. Im September fand an der DAAD-Außenstelle ein Austausch europäischer Hochschulvertreter und -vertreterinnen zur Integration von Flüchtlingen in das europäische Hochschulsystem statt.

Darüber hinaus kooperiert der DAAD eng mit Campus France, British Council und Nuffic. Im April kamen die Generalsekretäre der vier Partnereinrichtungen anlässlich einer Veranstaltung zum gemeinsamen Projekt „Higher and Further Education Opportunities and Perspectives for Syrians (HOPES)“ zum wiederholten Mal in Brüssel zusammen, um die Zusammenarbeit untereinander und mit der EU-Kommission zu stärken.

Europawahljahr 2019

Die Themen des Jahres 2018 dürften auch dieses Jahr dominieren. Neben dem Brexit ist dies vor allem das Erstarken europaskeptischer Parteien. Für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 wird ein Rechtsruck befürchtet, der die dringend notwendigen Einigungen zur Zukunft Europas, wie etwa zum mehrjährigen EU-Haushalt ab 2021 und zu den EU-Programmen, noch schwieriger gestalten könnte.

NEUE WEBSITE UND TWITTER-ACCOUNT

Die DAAD-Außenstelle Brüssel hat ihre Website komplett überarbeitet und informiert nun auf www.daad-brussels.eu in Deutsch und Englisch umfassend über hochschulpolitische Entwicklungen auf EU-Ebene sowie über die Aktivitäten der Außenstelle. Seit Juni ist die Außenstelle Brüssel auch unter @DAAD_EU auf Twitter präsent.

Tabelle 21: Statistischer Überblick Europäische Union 2018

Daten	
Mitgliedstaaten	28
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	512 Mio.
BIP der EU-28 (2018, in EUR)	15,33 Bill.
Mehrjähriger EU-Haushalt 2014-2020 (in EUR und für 2018 angepasst)	1,08 Bill.
hiervon für Erasmus+ (in EUR)	14,7 Mrd.
hiervon für Horizont 2020 (in EUR)	79,4 Mrd.
EU-Haushalt (2018, in EUR)	160,3 Mrd.
EU-Haushalt für Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung (2018 in EUR)	21,84 Mrd.
hiervon für Erasmus+ (in EUR)	2,26 Mrd.
hiervon für Horizont 2020 (in EUR)	11,2 Mrd.
in % des Gesamthaushalts	13,6
Ausgaben der EU-Mitgliedstaaten für Bildung (2016, in % des BIP)	Ø 4,7
Tertiäre Bildung (in % des BIP)	0,7
Hochschulen in der EU	ca. 3300
Studierende im Tertiärbereich in der EU (2016)	19,6 Mio.
EU-Hochschulabsolvent/innen mit Auslandserfahrung (2016, in %)	10,7
ERASMUS-geförderte Studierende 2016/17	325 755
seit 1987	rund 4,4 Mio.
EU-Hochschulabsolvent/innen 2017 (Prozentsatz der 30- bis 34-Jährigen)	39,9
Beschäftigungsquote bei EU-Hochschul-absolventen (20-34 Jahre) 2017 (in %)	84,9
Die drei wichtigsten EU-Institutionen	
Rat der Europäischen Union Vertretung der EU-Mitgliedstaaten Gesetzgebendes Organ (in den meisten Politikbereichen gemeinsam mit dem Europäischen Parlament)	Minister und Staats- und Regierungschefs (Europäischer Rat) der EU-Mitgliedstaaten
Europäisches Parlament Vertretung der Bürger/innen / Gesetzgebendes Organ (Zustimmung oder Mitentscheidung mit Rat)	1 Präsident, 751 Mitglieder
Europäische Kommission Exekutive- /Ausführende Behörde Vorschlagsrecht für EU-Gesetzgebung	1 Präsident, 1 Hohe Vertreterin, 5 Vize-Präsidenten, 21 weitere Kommissare, 31 General-direktionen 32.196 Mitarbeiter

Quellen:
Eurostat – Statistisches Amt der Europäischen Union (http://ec.europa.eu/eurostat/)
Europäisches Parlament (http://www.europarl.europa.eu/)
Europäische Kommission (http://ec.europa.eu/)
Europäischer Rat (http://www.consilium.europa.eu/)
Generaldirektion für Finanzen (http://ec.europa.eu/budget/mff/figures/index_de.cfm#COM_2015_320 / http://ec.europa.eu/budget/annual/index_de.cfm)
Generaldirektion für Bildung und Kultur (Erasmus 2017: https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/519aa03d-1f0b-11e9-8d04-01aa75ed71a1)
Monitor für allgemeine und berufliche Bildung 2018 (http://ec.europa.eu/education/resources-and-tools/document-library/education-and-training-monitor-eu-analysis-volume-1-2018_de)

LONDON

EIN DRAMA MIT WEITERHIN UNGEWISSEM AUSGANG

Dr. Georg Krawietz leitet die Außenstelle London seit 2014. Die Vertretung des DAAD im Vereinigten Königreich besteht seit 1952 und hat sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie ist neben dem Vereinigten Königreich auch für Irland zuständig.

Auch ohne Shakespeare bot das Vereinigte Königreich reichlich bühnenreifen Stoff. Ginge es nicht um die ernste Frage, wie man zukünftig zu Europa, der EU und seinem Nachbarn Irland stehen will, mochte man erheitert sein. Doch auch mit britischem Humor fiel es vielen, nicht zuletzt den Hochschulen, schwer, das Brexit-Geschehen als bloßes Unterhaltungsstück zu sehen. Die DAAD-Außenstelle London machte da keine Ausnahme. Dessen ungachtet galt auch hier das Motto: „Keep calm and carry on."

Keine Schilderung des Vereinigten Königreiches (UK) im Jahr 2018 kommt am geplanten Austritt aus der Europäischen Union (EU), dem omnipräsenten Brexit, vorbei. Je näher das Jahr an sein Ende und an den Austrittstermin 29. März 2019 heranrückte, desto stärker zeigten sich die Auswirkungen.

EU-Verhandlungsführer Michel Barnier saßen auf britischer Seite im Laufe des Jahres drei sogenannte Brexit-Minister gegenüber. David Davis, seit 2016 im Amt, trat im Juli zurück, weil er das Ergebnis der Regierungsklausur auf dem Premierminister-Landsitz Chequers nicht mittragen wollte. Nachfolger Dominic Raab hielt es gut vier Monate bis Mitte November im Amt, bevor er ebenfalls unter Protest abtrat. Das von Premierministerin Theresa May ausgehandelte Abkommen enthalte „schwerwiegende Fehler". Zuletzt nahm Stephen Barclay als dritter Brexit-Minister Platz.

Mitte Dezember bestätigten die 27 in Brüssel versammelten EU-Staats- und Regierungschefs den Inhalt des von EU-Kommission und britischer Regierung ausgehandelten Abkommens

› Schottland: Die britische Teilnation stimmte 2016 mit 62 Prozent für den Verbleib in der EU. Nach dem gescheiterten Unabhängigkeitsreferendum von September 2014 werden Stimmen zugunsten eines „Indy Ref 2“ vom übrigen UK nach dem Brexit lauter.

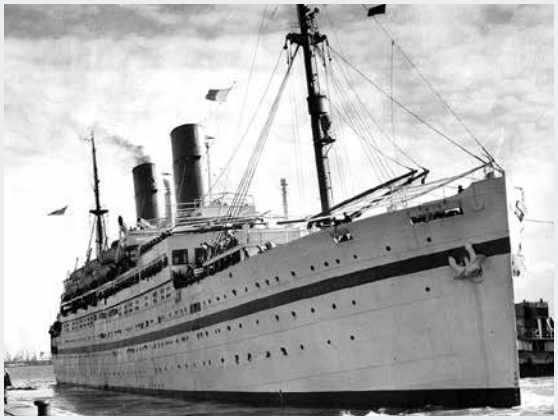
mit einer am 30. März 2019 beginnenden Übergangsphase bis Dezember 2020. Für die EU stand dessen Inhalt damit fest. Lediglich ergänzende Erläuterungen sollten May dabei helfen, dem wachsenden Widerstand im britischen Parlament zu begegnen.

Viele stoßen sich dort an der Statusfrage Nordirlands. Um Grenzkontrollen mit der Republik Irland zu vermeiden, müsste die Provinz notfalls im EU-Binnenmarkt verbleiben. Dem widersetzte sich vor allem die nordirische Democratic Unionist Party (DUP), deren zehn Abgeordnete der Regierung eine Mehrheit im Parlament sichern. In Mays eigener Partei entzündete sich Widerstand daran, dass eine solche, als Backstop bezeichnete Regelung so lange gelten soll, bis deren Ende gemeinsam beschlossen wird. Dank des im April 1998 getroffenen Karfreitagsabkommens ist grenzüberschreitende Freizügigkeit seither täglich gelebte Praxis. Sie nicht zu gefährden, stand für die EU-Kommission im Interesse ihres Mitgliedslandes Irland oben an.

Statt des baldigen Brexit mit dem Backstop womöglich unbegrenzt an die EU gekettet bleiben? Das war für viele Abgeordnete nicht die zurückgewonnene Kontrolle über eigene Grenzen, eigene Gesetze und eigenes Geld. In der oppositionellen Labour Party, die den Brexit-Schlingerkurs des Vorjahres wenig modifiziert fortsetzte, wollten viele das Abkommen ebenfalls ablehnen. Entweder geht es ihnen bei der Sicherung von Arbeitsplätzen, Arbeitnehmerrechten und

Der Windrush-Skandal

Unter vielen gesellschaftlichen Themen des Jahres 2018 sticht der „Windrush-Skandal“ heraus. In dessen Zentrum stehen mehrheitlich farbige Einwanderer aus der Karibik, die in den 1950er bis frühen 1970er Jahren ins Land kamen, viele davon auf einem Schiff namens „Empire Windrush“. Die Zahl der Betroffenen wird auf bis zu 50.000 geschätzt. Sie besitzen häufig keine offiziellen Ausweisdokumente, da sie solche im personalausweislosen und melderegisterfreien UK nie benötigten. Vor Jahren wurden die jahrzehntelang aufbewahrten Einreiselisten der „Empire Windrush“ bei Umzügen der zuständigen Behörden vernichtet – ob mit oder ohne Wissen um deren Bedeutung, ist umstritten. Im Zuge verschärfter Kontrollen im Gesundheitswesen, im Kontakt mit Behörden und bei Wohnungswechseln fiel die mangelnde Dokumentation des Aufenthaltsstatus vermehrt auf. Es kam zu unangenehmen Befragungen, Dienstleistungen einschließlich medizinischer Behandlungen wurden nur verzögert oder gar nicht gewährt und ein Wohnungswechsel war nicht möglich. Deportationen wurden nicht nur angedroht, sondern tatsächlich durchgeführt. Ein im Juni veröffentlichtes Dokument spricht von 850 „irrtümlichen“ Abschiebungen in den Jahren 2012 bis 2017 in Herkunftsländer, die viele seit Kinderzeiten nicht betreten hatten. Diplomatisch peinlich wurde es im April, als zeitgleich zu immer mehr Details behördlichen Versagens die Commonwealth-Staats- und Regierungschefs in London zusammenkamen, darunter nicht wenige aus der Karibik. Die Premierministerin musste sich gegenüber denjenigen entschuldigen, mit denen man nach Verlassen der EU gerne enger kooperieren will. May, von 2010 bis 2016 Innenministerin, gilt als Erfinderin der Politik eines „hostile environment“ für vermeintlich oder tatsächlich illegal ins Land Gekommene. Bis heute sind außer offiziellen Stellen auch Vermieter und Banken aufgefordert, Verdachtsfälle eines illegalen Aufenthaltes zu melden. Der „Windrush-Skandal“ zeigte das andere Gesicht eines Landes, das so gerne „welcoming“ und „truly global“ sein will.



› „Empire Windrush“: Der nach dem 2. Weltkrieg konfiszierte ehemalige Kraft-durch-Freude-Dampfer „Monte Rosa“, im Krieg als deutsches Truppentransportschiff eingesetzt, verkehrte ab den späten 1940er Jahren zwischen Jamaika und britischen Häfen. Auf ihm kamen viele karibische Einwanderer ins Land.

Umweltbestimmungen nicht weit genug, oder die Mandatsträger und -trägerinnen vertreten Wahlkreise, die für den Brexit votiert haben. Angesichts dieser aussichtslosen Lage ließ die Premierministerin die für den 11. Dezember geplante Abstimmung zum Austrittsvertrag von der Parlamentstagesordnung nehmen. Das hatte kein Premier seit 70 Jahren gewagt. Den folgenden Misstrauensantrag in ihrer eigenen Fraktion überstand May mit 200 Stimmen für und 117 gegen sich. Gut ein Drittel Gegenstimmen in den eigenen Reihen machte deutlich, wie weit entfernt eine Mehrheit für den umstrittenen „Deal“ im Parlament war. Die verschobene Abstimmung wurde erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Vielleicht, so mochte mancher hoffen, besinnen sich die Abgeordneten in der Weihnachts- und Neujahrspause ja eines Besseren. Doch dazu kam es nicht, ganz im Gegenteil: Am 15. Januar 2019 stimmten 202 Abgeordnete für und 432 gegen den „Deal“ – es war die deutlichste Abstimmungsniederlage einer Regierung seit über einhundert Jahren.

Trotz insgesamt positiver wirtschaftlicher Rahmendaten wie geringer Arbeitslosigkeit, im

› Irlands Regierung und die irischen Universitäten haben sich ambitionierte Ziele gesetzt, um auf dem internationalen Bildungsmarkt stärker wahrgenommen zu werden. Im Bild: Das Trinity College in Dublin.

Vergleich zum Vorjahr gesunkener Inflation und einem leichten Wachstum spüren die Britinnen und Briten zehn Jahre nach der Finanzkrise deren Folgen immer noch. Einsparungen bei Kommunen, im Gesundheitswesen, im Bildungssektor und beim öffentlichen Verkehr setzten sich fort. Personalmangel herrschte auch bei der Polizei, was angesichts gestiegener Zahlen bei Tötungsdelikten besonders in London – beteiligt sind häufig Jugendliche im Banden- und Drogenmilieu, die Konflikte mit Stichwaffen austragen – zu offener Kritik führte. Die Löhne stiegen im Jahresverlauf. Dennoch lagen die verfügbaren Haushaltseinkommen weiterhin kaum höher als vor der Finanzkrise. Nach Jahren zeigte die Kurve der Immobilienpreise in einigen Landesteilen, unter anderem in London, erstmalig wieder leicht nach unten. Gerade jüngere Leute haben es aber immer noch schwer, Eigentum zu erwerben. Die Premierministerin kündigte auf dem Parteitag der Konservativen im Oktober das Ende der herrschenden Sparpolitik an. Nur woher sollen Mittel für zusätzliche öffentliche Ausgaben kommen?

Entwicklungen im Hochschulsektor

Auch ohne den Brexit war es ein turbulentes Jahr. Vieles steht im Zusammenhang mit der 2010 begonnenen Ökonomisierung des Hochschulsektors und Enthüllungen zu den horrend hohen Gehältern der Universitäts-Vice-Chancellors. Nach einer im Frühjahr veröffentlichten Studie der Gewerkschaft University and College Union (UCU) sind sie innerhalb von zehn Jahren um 56 Prozent gestiegen. Das Magazin Times Higher Education (THE) ermittelte im Durchschnitt 270.000 Pfund (Leitungen von Russell-Group-Universitäten: 355.000 Pfund). Wie in der Wirtschaft werden Performance-Ziele gesetzt und hierfür Boni, großzügige Pensionsansprüche und Sonderzahlungen bei Vertragsende vereinbart.

Dass keineswegs alle auf der entgeltlichen Sonnenseite stehen, zeigte der seit vielen Jahren erste, großflächige Streik an mehr als 60 britischen Hochschulen. Grund hierfür war die geplante Reform eines Pensionsfonds für Hochschulbeschäftigte. Um das bestehende Defizit von mehreren Milliarden Pfund auszugleichen, schlug eine von Universities UK (UUK) eingesetzte Kommission Leistungssenkungen vor. Versicherte würden demnach mittelfristig rund 10.000 Pfund jährlich weniger aus dem Fond erhalten. Dem widersetzte sich die Gewerkschaft UCU und organisierte Streiks, die zwei Monate lang andauerten. Die Presse berichtete ausführlich, so unter anderem über Drohungen von Studierenden, die Universitäten, denen man viele Tausend Pfund Gebühren zahle, für Unterrichtsausfall und schlechte Vorbereitung auf Prüfungen in Regress zu nehmen. Mitte April vereinbarten UCU und UUK, eine gemeinsame Kommission einzusetzen. Eine Lösung des Problems war bis Jahresende noch nicht in Sicht.

Britische Hochschulen finanzieren sich zu etwa 50 Prozent aus Studiengebühren. Das sehen viele zunehmend kritisch. Mitte Februar wurde eine sogenannte Graduate Tax als Alternative vorgeschlagen. Anstatt einen Studienkredit aufzunehmen, der bei Abschluss inzwischen durchschnittlich 50.000 Pfund beträgt und mit 6,1 Prozent verzinst zurückzuzahlen ist, sollten Absolventen und Absolventinnen eine einkommensabhängige Steuer zahlen. Sie würde junge Menschen davor bewahren, bereits mit Anfang 20 einen Schuldenberg aufzutürmen. Die Regierung ließ den Vorschlag prüfen. Bis Jahresende offiziell unveröffentlicht, sickerte im Dezember aus dem Gutachten durch, dass es zukünftig re-

BREXIT 1: DEUTSCH-BRITISCHE FORSCHUNGSZUSAMMENARBEIT

Im März fand in London das Seminar „Challenges and Opportunities for British-German Research Co-Operation in the Future“ statt. Diskutiert wurden die aktuelle Lage, wie etwa Möglichkeiten und Herausforderungen der Zusammenarbeit im Zuge des Austritts des UK aus der EU und für die Zeit danach. Auf deutscher Seite nahmen Vertreter von TU9- und German-U15-Hochschulen teil, auf britischer Repräsentantinnen und Repräsentanten von Universitäten der Russell Group. Hinzu kamen Vertreter der beiden Rektorenkonferenzen, HRK und Universities UK, der European University Association (EUA) sowie von Forschungs- und Forschungsförderorganisationen. Vivienne Stern, Leiterin von UUK International, betonte, der Austritt stelle eine große Herausforderung dar. Dennoch wolle man die erfolgreiche innereuropäische Zusammenarbeit so unbeschadet wie möglich fortsetzen. Dies gelte für die Forschung und den Studierendenaustausch. In der Diskussion überwog die Auffassung, britische Einrichtungen könnten hierfür keinen kurzfristigen Ersatz finden, auch nicht durch eine intensivierte Kooperation mit Hochschulen in Commonwealth-Ländern, wie im Brexit-Kontext gerne geäußert werde.

› Runder Tisch zum Thema „The Future for UK-German Higher Education Cooperation“ (V. l.: Michael Browne, University College London, Nicole Saverschek, TU9, Rüdiger Görner, Queen Mary University of London, Bill Spence, Queen Mary University of London, Andreas Zimmer, Universität Bonn).

duzierte Gebühren – statt 9.250 nurmehr 6.000 bis 7.000 Pfund – geben mag. Universitätsvertreter stellten postwendend die Frage, woher denn das fehlende Geld kommen solle, auf das man keinesfalls verzichten könne.

Die vor Jahren verdreifachten Studiengebühren haben zu einem Klimawandel an den Hochschulen geführt. So sieht es jedenfalls eine steigende Zahl der Lehrenden, die Studierende vermehrt als Kunden mit Anspruchshaltung erlebt. Sie verschuldeten sich und setzten sich unter Druck, worin zumindest teilweise der Grund für eine signifikant höhere Rate psychischer Erkrankungen gesehen wird. Sie übten aber auch Druck auf Lehrende aus, erwarteten Allzeitverfügbarkeit und immer bessere Noten. Letzteres bestätigte im Dezember eine vom Office for Students (OfS) veröffentlichte Studie. Der Anteil an „First-Class Degrees“ unter allen Abschlüssen lag demzufolge im Jahr 2011 bei 16 Prozent, im Jahr 2017 waren es 27 Prozent. Dieser Durchschnittswert wird an einer Reihe von Hochschulen übertroffen, in manchen Fällen um das Doppelte oder Dreifache an „Firsts“.

Ausufernde Gehälter an der Spitze, kaum steigende Einkommen und gekürzte Pensionen für die Übrigen, hohe Schulden und eine gestiegene mentale Belastung bei Studierenden, die zahlende Kunden geworden sind – gegen Jahresende kamen Gerüchte um Hochschulen hinzu, die hoch-, ja überschuldet seien, weil sie zu viel

› Seminar „Challenges and Opportunities for British-German Research Co-Operation in the Future“ mit Vivienne Stern, Leiterin von Universities UK International.

Geld in teure Bauten, etwa Sportanlagen für Gebühren zahlende Studierende, investiert hätten. Die Bandbreite der Symptome ist erstaunlich, doch eine Frage wurde laut vernehmlich nicht gestellt: Läuft nicht etwas falsch, Institutionen mit dem Auftrag von Bildung und Forschung in einen ökonomischen Kontext zu stellen, der die einen zur Gier treibt, andere finanziell demotiviert, wieder andere krank macht und ein horrendes Schuldenszenario hinterlässt?

Wie international attraktiv ist man als Hochschul- und Wissenschaftsstandort? Eine gemischte Antwort auf diese Frage gab im Juli Prof. Simon Marginson vom Centre for Global Higher Education des University College London (UCL). Seiner Auswertung von UNESCO-Daten der Jahre 2011 bis 2016 und deren Extrapolierung für Folgejahre zufolge war das UK demnach im Begriff, seine Position als nach den USA zweitattraktivstes Zielland an Australien abzugeben. Die Zahl internationaler Studierender stagniere, wohingegen andere Länder zulegten. Daran seien Restriktionen schuld, nicht zuletzt beim Thema Zuwanderung, die weiterhin auf unter 100.000 Personen pro Jahr gedrückt werden soll. Nach wie vor werden internationale Studierende, die zwölf Monate und länger im Land bleiben, dabei mit eingerechnet.

Von positiven internationalen Trends profitiert auch Irland. Die Regierung hat den Hochschulen das Ziel gesetzt, ausgehend vom Jahr 2015 33 Prozent mehr internationale Studierende bis 2020 zu gewinnen. Letzten Zahlen zufolge können diese das Ziel erreichen. Der im Juli veröffentlichte Report „The Internationalisation of Irish Higher Education“ fasst Befragungsergebnisse an 35 Einrichtungen zusammen. Die Autoren verteilen Lob, äußern sich aber auch kritisch. Der Ressourcenmangel erlaube es den irischen Hochschulen noch nicht, international erfolgreich zu sein, und Irland müsse als Studienstandort noch besser kommuniziert werden. Diejenigen, die bereits in Irland studierten, schätzten Land und Leute, persönliche Sicherheit, positive Hochschulrankingresultate und Englisch als Umgangs- und Unterrichtssprache in einem Europa zugewandten Land. Positiv schätzen die Studierenden auch die geringeren

› Das Dauerthema des Jahres 2018 für Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Hochschulen: wie wird der Abschied aus der EU aussehen?

Lebenshaltungskosten im Vergleich zum UK oder den USA. Studentische Wohnmöglichkeiten sind indes sehr knapp und entsprechend teuer.

Auch die Beziehungen zu Deutschland sollen eine größere Rolle spielen. Laut einem im April veröffentlichten Strategiepapier der irischen Botschaft in Berlin – „Ireland in Germany: A Wider and Deeper Footprint“ – lassen sich die Beziehungen weiter ausbauen, einschließlich des Bildungssektors. Genannt werden der Auf- und Ausbau eines Netzwerkes deutscher und irischer Lehrer und Wissenschaftler sowie der Studierendenaustausch. Dank Erasmus sei er schon jetzt intensiv, biete aber noch Wachstumspotenzial.

Seit zwei Jahren versuchen britische Wissenschafts- und Hochschulvertreter, in der Brexit-Diskussion Gehör zu finden. Die Präambel des Austrittsvertrages kommentierte Prof. Venki Ramakrishnan, Präsident der Royal Society, im November gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung grundsätzlich positiv, denn sie setze bei der Wissenschaftskooperation eine optimistische Note. Nur: „Ein Abkommen, das den Zugang zu Förderprogrammen und Institutionen regelt, ist das eine. Das andere ist die Mobilität der Menschen.“

Aktuell arbeiten mehr als 50.000 EU-Staatsangehörige an Hochschulen im Land. Einen statistisch nachweislichen „Brexodus“ gab es 2018 nicht, anekdotisch wurden allerdings vermehrt

BREXIT 2: WAS DENKEN SIE?

Ende 2018 endete das im Jahr 2017 gestartete Projekt „Europe of Humans – Humans for Europe“. Die DAAD-Außenstelle London wollte wissen, wie Menschen aus allen Lebensbereichen in Zeiten des Brexit über Europa denken. Unter Anleitung einer Kuratorin führten Studierende Interviews auf der Straße durch, größtenteils in Brighton, Bristol, Glasgow und London. Die individuellen Beiträge, bestehend aus einer kurzen Stellungnahme und einem Porträtfoto, verbreitete die Außenstelle über ihre sozialen Medien und fasste sie abschließend in einem Booklet zusammen. Neben kritischen Bemerkungen zu europäischer Politik, Gesetzgebung und Bürokratie zeigte die überwiegende Mehrheit der Befragten ein Empfinden von europäischer Zusammengehörigkeit bei bestehender kultureller Vielfalt, freute sich über Visa-freies Reisen, geteilte Werte und – nicht zuletzt – positive menschliche Erfahrungen.

rückläufige Bewerbungszahlen aus EU-Ländern auf vakante Positionen im Umfang von minus 50 bis 80 Prozent kolportiert. Und was passiert nach dem Brexit mit der Studierendenmobilität? Laut Angaben von Universities UK vom August entfallen mit 16.000 Platzierungen 53 Prozent aller studentischen Auslandsaufenthalte des zukünftigen „truly global Britain“ auf Erasmus plus. Umgekehrt nahmen britische Universitäten mit 31.000 nahezu die doppelte Zahl Erasmus-Studierende auf.

Vermehrt wollen britische Institutionen mithilfe von Hochschulpartnerschaften in EU-Ländern dem Brexit begegnen. Im Dezember 2017 hatte die Universität Oxford den Anfang gemacht und eine Partnerschaft mit den drei Berliner Universitäten sowie dem Klinikum Charité vereinbart. Im Jahr 2018 kamen weitere hinzu, wiederum häufig mit deutschen Counterparts: Universität Glasgow und Universität Lüneburg, Universität Cambridge und LMU München, King‘s College London und TU Dresden im Rahmen der sogenannten TransCampus-Initiative sowie Imperial College London und TU München. Den Absprachen liegen meist langjährige Erfahrungen in gemeinsamer Forschung zugrunde. Neben Kooperationen geht es dabei auch um Forschungsgelder. Peter Coveney, Professor für physikalische Chemie am UCL, mahnte Mitte November im THE-Magazin: „Die Uhr tickt, und diejenigen, die noch keinen Weg gefunden haben, sich den Zugang zu EU-Fördertöpfen zu sichern, müssen sich beeilen.“

DAAD-Arbeit vor Ort

Angesichts der politischen Lage war es auch für die Außenstelle London wichtig, über die reguläre Programm- und Kulturmittlerarbeit hinaus den akademischen Austausch und die Kooperation von Hochschulen dies- und jenseits des Kanals zu unterstützen. Zudem galt die Aufmerksamkeit dem Zusammenhalt in Europa und den deutsch-britischen Beziehungen.

Das zwischen 2010 und 2016 dreimal ausgeschriebene Programm „Promoting German Studies in the UK“ ist im Jahr 2017 positiv evaluiert worden. Die Ergebnisse und Empfehlungen flossen 2018 in dessen vierte Ausschreibung ein. Erneut konnten sich britische Hochschulen einzeln und in Konsortien um Projektgelder in Höhe mehrerer Zehntausend Euro bewerben. Fünf Anträge zu Deutschlandthemen wählte der DAAD im Juli aus. Sie erhalten bis 2020 oder 2021 finanzielle Förderung. Dazu zählen: „Shifting Constellations: Germany and Global (Dis) Order“ (University of Birmingham), „Promoting German Pop Music Studies in the UK“ (Aston University, Birmingham) und das am King’s College London geförderte Vorhaben „Circulating Cinema: the moving image archive as Anglo-German contact zone“. An allen Projekten wirken deutsche Kooperationspartner mit.

Die Geschichte Großbritanniens ist vielfältig mit der deutschen verwoben. Das gilt für belastete Zeiten wie die beiden Weltkriege. Das Ende des ersten, des „Great War“ vor einhundert Jahren, wurde im November im Beisein von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in London

› Veranstaltungsort des DAAD-Lektoren-Alumnitreffens 2018: Cumberland Lodge, Windsor Great Park.

begangen. Es gilt aber auch für glücklichere Phasen inklusive dynastischer Verbindungen, etwa zwischen Königin Victoria (1819–1901) und ihrem Ehemann Albert von Sachsen-Coburg und Gotha (1819–1861). Beider Geburtstag jährt sich 2019 zum 200. Mal. Zusammen mit britischen Einrichtungen wie Victoria and Albert Museum, National Archives, Royal Collection Trust und British Library liefen unter Federführung der deutschen Botschaft die Planungen für diverse Aktivitäten im Jahr 2019 an.

Die DAAD-Außenstelle wird im Jahr 2019 ihren jährlich gemeinsam mit Partnern durchgeführten Schreibwettbewerb „Victoria & Albert 200“ widmen, so der offizielle Titel des Jubiläumsveranstaltungsreigens. Verschiedene Teilnehmergruppen, darunter Studierende im Fach Deutsch auf Undergraduate- und Postgraduate-Niveau, können in die Rolle der beiden Persönlichkeiten schlüpfen und einander zugedachte Freundschafts- oder Liebesbriefe in deutscher Sprache verfassen. Britische wie deutsche Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Planungstreffen äußerten die feste Zuversicht, das Jubiläum werde die positiven Verbindungen zwischen beiden Ländern stärken – gerade jetzt.

Mit 45 Regel- und Fachlektoraten an britischen und irischen Universitäten ist das Netzwerk innerhalb des DAAD-Lektorenprogramms ein regional großes. Viele Alumni haben das Lektorat als Baustein ihrer wissenschaftlichen Karriere genutzt und nicht wenige forschen und lehren weiterhin an Universitäten beider Länder. Die Fächerbandbreite umfasst Germanistik, Deutsch als Fremdsprache, Kulturwissenschaft und – etwa bei ehemaligen Fachlektoren – Politik-, Geschichts- und Rechtswissenschaft, meist mit Schwerpunkten auf deutschen und europäischen Themen. Die Außenstelle nahm die erfreuliche Entwicklung zum Anlass, Ehemalige im Dezember dorthin einzulanden, wo traditionell DAAD-Lektorentreffen stattfinden: in die Cumberland Lodge, gelegen in Windsor Great Park am Südrand von London. Das Treffen war das erste seit 13 Jahren und schnell ausgebucht. Es ließ Erinnerungen wach werden und diente dem Austausch zu aktuellen akademischen Fragen. Auch bei dieser Veranstaltung war es unvermeidlich, dem derzeit aktuellsten Thema Raum zu geben. Beitragstitel lauteten „Brexit: Legal, Economic and Political Aspects“ oder „Peace, Justice and Strong Institutions“. Trotz bestehender Herausforderungen war man sich einig: Das Erreichte ist zu wertvoll, um es aufzugeben, und muss, auch unter sich verändernden Vorzeichen, fortgeführt werden.

Tabelle 22
Daten zum Bildungssystem Vereinigtes Königreich

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	65,11 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	7,91 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	43.080
Wirtschaftswachstum	1,79 %
Inflation	0,64 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 3
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 11
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 14
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,68 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	2,35 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	55,96 %
Immatrikulationsquote	56,48 %
Absolvent/innen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	628.317
PhD	26.636
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	1,70 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	182.849
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	18,22 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. China	
2. Indien	
3. Nigeria	
4. Malaysia	
5. USA	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	31.078
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	1,26 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	3.093
Die beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. USA	
2. Frankreich	
3. Deutschland	
4. Irland	
5. Australien	

Quelle: DAAD, Statistik DESTATIS – Statistisches Bundesamt, Wissenschaft weltoffen, The World Bank, Data UNESCO, Institute for Statistics

Tabelle 23: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen Vereinigtes Königreich

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Vereinigtes Königreich
I. Individualförderung – gesamt	**A**	**252**
	D	**588**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	132
	D	80
Studierende auf Master-Niveau	A	28
	D	280
Doktorand/innen	A	39
	D	94
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	53
	D	134
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	120
	D	127
1–6 Monate	A	83
	D	110
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	49
	D	351
II. Projektförderung – gesamt	**A**	**472**
	D	**705**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	23
	D	253
Studierende auf Master-Niveau	A	28
	D	213
Doktorand/innen	A	127
	D	129
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	264
	D	97
andere Geförderte*	A	30
	D	13
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	418
	D	414
1–6 Monate	A	27
	D	246
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	27
	D	45
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	**A**	**20**
	D	**5.978**
1. Mobilität mit Programmländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	
	D	3.465
2. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	A	
	D	1.793
3. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	20
	D	720
DAAD-Förderung - gesamt (I + II + III)	**A**	**744**
	D	**7.271**
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		**8.015**

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD Fördermittel an deutsche Hochschulen für die Förderung der akademischen Mobilität a) aus Deutschland in das europäische Ausland (Mobilität von Einzelpersonen in Programmländer) und b) aus Deutschland in die gesamte Welt sowie aus der gesamten Welt nach Deutschland (Mobilität von Einzelpersonen mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2016 und damit auf die Laufzeit 1.6.2016–31.5.2018.

MOSKAU

PARTNERSCHAFTSPERSPEKTIVEN IN KOMPLIZIERTEN ZEITEN

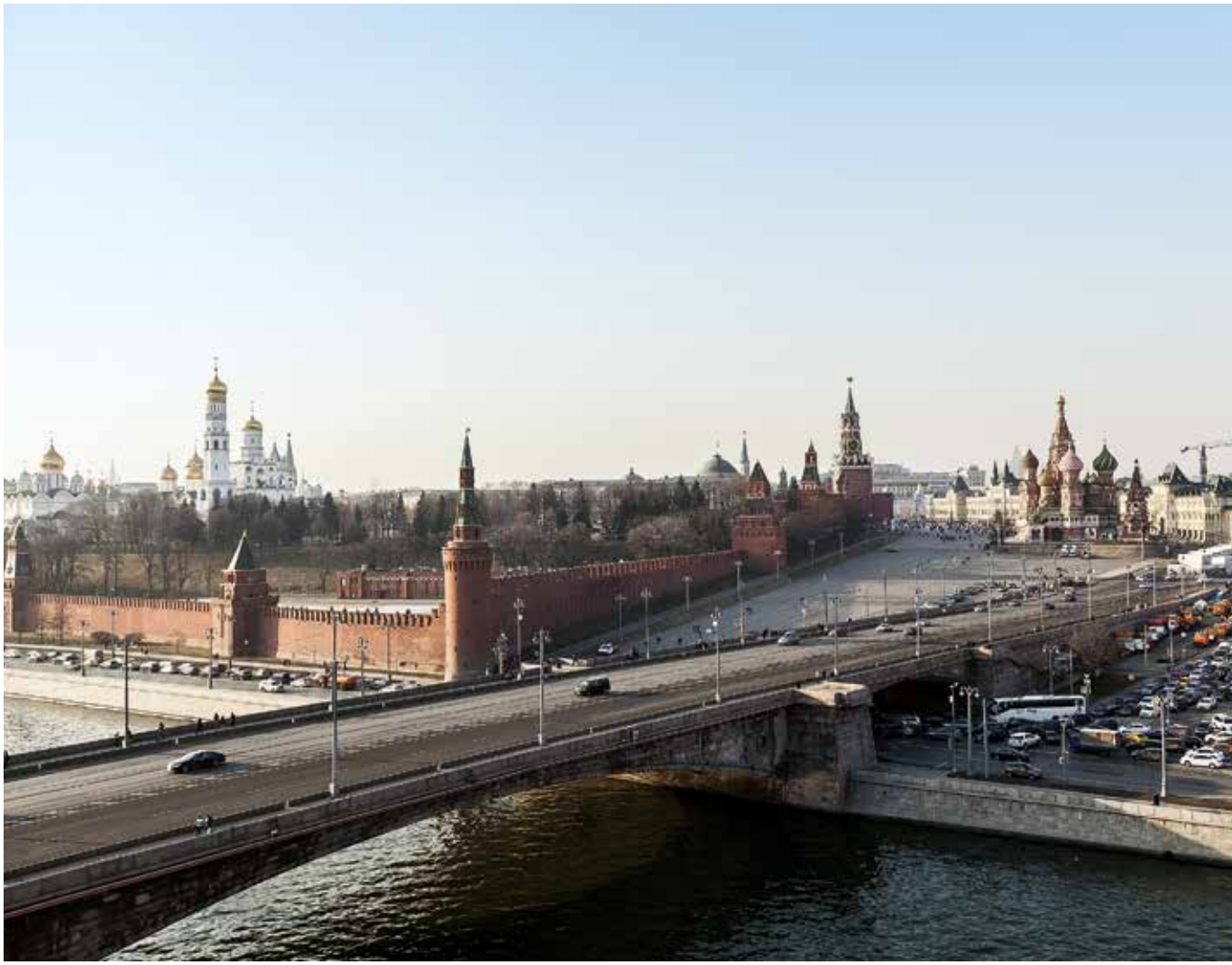
Dr. Andreas Hoeschen übernahm im Januar 2018 die Leitung der DAAD-Außenstelle Moskau von Dr. Peter Hiller. Andreas Hoeschen ist auch für das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus in Moskau verantwortlich. Insgesamt beschäftigt das Büro zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Unter dem erwartungsgemäß wiedergewählten Präsidenten Wladimir Putin setzt Russland den in der vorangegangenen Amtsperiode eingeschlagenen Weg fort. Dazu gehört neben einigem Konfliktstoff vor allem in der Außenpolitik auch eine entschlossen vorangetriebene Modernisierung seines Wissenschaftssystems. Die Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen in Deutschland können dabei wichtige Partner sein.

Politische Stimmungslage zwischen Fußball-Weltmeisterschaft, Präsidentenwahl und Rentenreform

Den Stimmungshöhepunkt 2018 markierte zweifellos die Fußball-Weltmeisterschaft, die im Juli erstmalig in Russland ausgetragen wurde. Überraschend gelangte die gut aufspielende russische Mannschaft bis ins Viertelfinale. An den elf Austragungsorten von Kaliningrad an der Ostsee bis zu Jekaterinburg im Ural herrschte eine entspannte Feierlaune, die Fans aus aller Welt mit der örtlichen Bevölkerung in Kontakt brachte. Die vielfältigen politischen Spannungen des Jahres schienen aus diesem Sportereignis erfolgreich verbannt.

Zuvor hatte am 18. März bereits das Ereignis mit dem größten innenpolitischen Gewicht stattgefunden: die Wahl des russischen Präsidenten. Dabei war keine Überraschung über die Entscheidung zu erwarten, wer das Land in den nächsten sechs Jahren führen wird. Noch nie haben Wahlen eine russische Staatsführung ausgewechselt. In den ersten Jahren unter Boris Jelzin erschütterten zwar heftige Legitimations- und Richtungskämpfe die noch ungeordnete Konkursmasse des größten Nachfolgestaats der zerfallenen Sowjetunion. Diese Krise gipfelte in der Beschießung des damaligen Parlamentsgebäudes durch dem Präsidenten treue Truppen im Herbst 1993. Nach der Verabschiedung der seitdem gültigen Verfassung Ende des gleichen Jahres und dem Wahlsieg Jelzins über seinen kommunistischen Herausforderer im Jahr 1996 hat sich das neue System politisch konsolidiert. Unter dem von Jelzin als Nachfolger designierten Wladimir Putin wurde dafür der Begriff „gelenkte Demokratie“ geprägt und es kamen zunehmend auch repressive Machterhaltungstechniken zum Einsatz. Stabilisierend wirkte, dass sich außerdem der Lebensstandard für die Mehrheit der russischen Bevölkerung seit den 2000er Jahren deutlich verbessert hat.



› In die Diskussion über die Modernisierung der russischen Universitäten mischt sich mitunter auch der Präsident ein.

Die parlamentarische Opposition befindet sich seitdem unter starkem Anpassungsdruck, um im System weiter mitwirken zu können. Vereinzelt gelingt es ihr, sich bei regionalen und kommunalen Wahlen gegen Vertreter der präsidentennahen Regierungspartei „Einiges Russland“ durchzusetzen. Auch vor der Präsidentenwahl am 18. März 2018 waren sieben Oppositionskandidaten mit nationalistischen, liberalen und kommunistischen Positionen im öffentlichen Diskursraum vernehmbar. Gegenüber dem machtvollen Amtsinhaber galten sie schon von Beginn ihrer Nominierung an als chancenlos.

Bedeutsam war die Wahl aber als Überprüfung der Zustimmung, die der Präsident in der Bevölkerung genießt. Gut 76 Prozent Stimmenanteile für Wladimir Putin bei über 67 Prozent Wahlbeteiligung zeigten nach Einschätzung vieler politischer Beobachter, dass – Abstriche am offiziellen Ergebnis vor dem Hintergrund lokaler Unregelmäßigkeiten eingerechnet – die Popularität seiner Person und seines Politikstils weiterhin ungebrochen ist. Im Wahlkampf akzentuierte Putin auch die Prioritäten für seine vierte und verfassungsgemäß letzte Amtszeit: Mit Blick nach außen kündigte er an, weiterhin russische Interessen mit einer Politik der Stärke wahren zu wollen. Nach innen setzt er auf eine beschleunigte technologische Modernisierung. Sie soll die Wirtschaft vorantreiben und dadurch neben einer allgemeinen Wohlstandsentwicklung auch eine wirksame Armutsbekämpfung ermöglichen.

25 Jahre DAAD in Russland

Im Januar 2018 jährte sich die Eröffnung der DAAD-Außenstelle in Moskau zum 25. Mal. Daher stand das ganze Jahr für den DAAD unter dem Motto eines Vierteljahrhunderts erfolgreicher Verbindungsarbeit in der Russischen Föderation – im Interesse der deutschen Hochschulen und für eine nachhaltige Vernetzung der Wissenschaft beider Länder.

Zwei Veranstaltungen der Außenstelle machten diese Erfolgsgeschichte zu ihrem eigenen Thema. Vom 11. bis 13. Mai fand unter dem Titel „25 Jahre DAAD-Lektoren in Russland – deutsche und russische Wissenschaftsdiplomatie im Wandel“ ein gemeinsam mit dem IC-Lektorat St. Petersburg organisiertes Alumniseminar in Puschkin bei St. Petersburg statt. Ehemalige und derzeit aktive DAAD-Lektorinnen und Lektoren, deutsche Hochschullehrer sowie Repräsentantinnen der Deutschen Botschaft Moskau und des Generalkonsulats St. Petersburg tauschten sich mit russischen Hochschulvertretern darüber aus, wie sich die Wissenschaftsbeziehungen entwickelt haben und welche Schlüsse daraus für weitere Kooperationen zu ziehen sind. Anknüpfungspunkte ergaben sich auch aus der heutigen Tätigkeit vieler Alumni im Hochschul- und Fortbildungsbereich sowie in der Kreativwirtschaft. Veranstaltungspartnerin war die Petersburger Higher School of Economics, die neben inhaltlicher Beteiligung auch das Palais der Zarenzeit als Tagungsort zur Verfügung stellte. An dem Seminar nahmen

› Die DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüland begrüßt Moskauer Partner und Freunde des DAAD zur Diskussionsveranstaltung „Wissenschaft verbindet“.

› Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des DAAD-Lektorentreffens in St. Petersburg.

außerdem die ehemaligen DAAD-Außenstellenleiter Dr. Gregor Berghorn und Dr. Thomas Prahl teil, die 1993 gemeinsam die Arbeit des DAAD in Russland begonnen hatten.

Am 23. Oktober würdigte der DAAD gemeinsam mit dem DWIH Moskau das Jubiläum in Moskau unter dem Titel „Wissenschaft verbindet“ im Rahmen einer Podiumsdiskussion. Sieben deutsche und russische Hochschulleiterinnen und -leiter sowie die Direktorin der Stipendienabteilung des DAAD diskutierten mit einem Publikum von mehr als 130 Moskauer Freundinnen und Partnern des DAAD die Schwerpunkte, Herausforderungen und Zukunftschancen der deutsch-russischen Hochschulkooperation. Fazit war, dass neue Chancen – von einer deutsch-russischen Doktorandenausbildung bis hin zu einer verstärkten interdisziplinären Zusammenarbeit – klar erkennbar sind. Zu ihrer Verwirklichung sind aber die Bereitschaft und ein langfristiges Engagement auf allen institutionellen Ebenen nötig. Nach Grußworten des deutschen Botschafters Rüdiger von Fritsch und des russischen Ministeriums für Hochschulbildung und Wissenschaft, hatte zuvor Dr. Dorothea Rüland als Generalsekretärin des DAAD die Perspektiven aufgezeigt, die aus Sicht des DAAD zu einer intensivierten Wissenschaftspartnerschaft mit Russland führen könnten.

MARKETING FÜR DEN STUDIENSTANDORT DEUTSCHLAND IM AUFWIND

Insgesamt 13 deutsche Hochschuleinrichtungen haben sich und ihre Angebote gemeinsam mit dem DAAD auf russischen Bildungsmessen vorgestellt, einige waren außerdem noch virtuell bei fünf Webinaren der DAAD-Außenstelle dabei.

Die Außenstelle Moskau und die drei Informationszentren in St. Petersburg, Kasan und Nowosibirsk leisten persönliche Beratungsarbeit in ihren Büros, bei Standbeteiligungen auf den teilnehmerstärksten Bildungsmessen, Info-Veranstaltungen in wichtigen Hochschulen und seit 2018 auch durch einen Social-Media-Kanal. Die Nachfrage ist ungebrochen und Deutschland weiterhin das Gastland Nummer eins für Studierende aus Russland.

› Deutsche Hochschulen präsentieren sich gemeinsam mit dem DAAD auf der Moskauer Bildungsmesse „Wissenschaft und Karriere“.

Soziale Fragen konfrontierten die vom Präsidenten neu gebildete Regierung im weiteren Jahresverlauf allerdings mit unerwartet starkem politischen Dissens. Die Ankündigungen, ab 2020 den Mehrwertsteuersatz auf 20 Prozent zu erhöhen und das Renteneintrittsalter schrittweise um jeweils fünf Jahre auf das 65. Lebensjahr für Männer und das 60. für Frauen anzuheben, beantwortete die Bevölkerung mit Massendemonstrationen. Die Regierungspartei verlor im September außerdem drei Regionalwahlen. Zum Jahresende zeigten unabhängige Meinungsumfragen des Lewada-Zentrums eine eher ernüchterte Stimmungslage. Zwar erhält der Präsident selbst noch einen Zufriedenheitswert von 66 Prozent. Seine Regierung unter Premier Medwedew sieht sich jedoch 57 Prozent Unzufriedenen gegenüber.

Zunehmend polarisiert erscheint die Bevölkerung auch bei der Frage, ob das Land sich in die richtige Richtung bewegt. Während 49 Prozent noch Vertrauen in den eingeschlagenen Weg bekunden, sehen sich 40 Prozent in eine Sackgasse geführt. Der Vertrauensverlust korreliert jedoch nicht einfach mit außenpolitischen Spannungen und wirtschaftlichen Problemen. Die höchsten Zustimmungswerte erreichte die Staatsführung auf dem Höhepunkt der Ukraine-Krise in den Jahren 2014 und 2015 und während einer empfindlichen Rezessionsphase. So bleibt für viele politische Kommentatoren im In- und Ausland schwer vorhersehbar, welche Schlüsse Russlands Regierende aus dieser Lage ziehen werden. Dass sich die Meinungsverschiedenheiten mit den Staaten des westlichen Bündnisses kurzfristig auflösen würden, damit rechnet jedoch niemand.

In der Wirtschaft setzte sich der moderate Aufwärtstrend des Vorjahres mit einer Wachstumsrate unter zwei Prozent fort. Einen Unsicherheitsfaktor für die zukünftige Entwicklung stellen die bereits mehrfach verschärften US-Sanktionen dar, die aufgrund ihrer extraterritorialen Wirkung zudem die Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Staaten beeinflussen. Das könnte sich zukünftig auch auf die deutsch-russische Handelsbilanz auswirken. In den ersten drei Quartalen 2018 hat sich diese zunächst jedoch um fast 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesteigert. Deutschland mit seinen über 4.500 in Russland aktiven Firmen bleibt damit zweitwichtigster Handelspartner nach China.

Wissenschaft und Hochschulen: Die Reform geht weiter

Mit der Regierungsumbildung nach der Präsidentenwahl ordnete die Regierung auch die staatliche Aufsicht über den Wissenschaftsbereich neu. Aus dem bisher für Schulen und Universitäten zuständigen Bildungsministerium (MON) gliederte sie im Mai ein neues Ministerium aus, das zukünftig ausschließlich für den Hochschul- und Forschungsbereich verantwortlich ist. Ihm steht Michail Kotjukow vor, der bisherige Leiter der kurzlebigen „Föderalen Wissenschaftsagentur (FANO)“ – einer 2013 gegründeten Aufsichtsbehörde für alle Wissenschaftsorganisationen, die jetzt im neuen Ministerium aufgeht. Diese administrative Neuaufstellung kann als Signal für eine entschlossene Fortsetzung des vor fünf Jahren eingeschlagenen Modernisierungskurses gewertet werden. Das Wissenschaftssystem und in ihm vor allem die Hochschulen sollen leistungsfähiger werden und damit auch die wirtschaftliche Innovationsfähigkeit der russischen Gesellschaft deutlich steigern. Als zentrale Instrumente der Wissenschaftsfinanzierung und -steuerung kommen dabei Wettbewerbsverfahren und auf metrische Indikatoren gestützte Evaluationen zum Einsatz.

Die russische Reform orientiert sich in vielerlei Hinsicht daran, was andere Industrieländer bereits seit der ersten Dekade des neuen Jahrtausends erprobt haben. Internationalisierung bildet deshalb einen ihrer integralen Bestandteile. Die Modernisierer wissen, dass sie nur dann Anschluss an das Netzwerk der internationalen Spitzenforschung gewinnen können, wenn sie auch bei ihren Steuerungsinstrumenten auf internationale Standards umstellen.

Das durch Präsidentenerlass vom 07. Mai 2018 verfügte „Nationale Projekt Wissenschaft“ fasst die bis 2024 neu geplanten Reformschritte zusammen. Priorität räumt dieser dabei der Entwicklung des Humankapitals im Wissenschaftssystem ein. Attraktivere Arbeitsbedingungen sollen bewirken, dass qualifiziertere, produktivere und entwicklungsfähigere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den russischen Universitäten und Forschungsinstituten tätig werden. Als verbesserungsfähige Bedingungen werden insbesondere die Infrastruktur, Vernetzungsmöglichkeiten sowie bessere Partizipationschancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs genannt.

Indikatoren für die Zielerreichung liefern unter anderem die Zahlen der beschäftigten russischen und ausländischen Forscher mit Publikationstätigkeit in international anerkannten Fachzeitschriften sowie der Anteil Forschender unter 39 Jahren an der Gesamtzahl der in Russland tätigen Wissenschaftler. An zusätzlichen Mitteln werden für die nächsten sechs Jahre 600 Mrd. Rubel (etwa 8 Mrd. Euro) bereitgestellt. Um zu verhindern, dass dieser Aufwuchs durch eine Absenkung der Grundfinanzierung negativ kompensiert wird, schreibt der Erlass fest, dass das Plus an Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung pro Jahr die Wachstumsrate des BIP übersteigen muss. Ambitioniertes Ziel ist dabei, dass Russland in der nächsten Dekade in den Kreis der fünf führenden Wissenschaftsnationen aufsteigen soll.

DAAD-FÖRDERUNG IN RUSSLAND

Fast 2.000 Studierende, Forscherinnen und Wissenschaftler fördert der DAAD jedes Jahr während ihres Aufenthalts in Russland – die meisten mittlerweile im Rahmen von Hochschulprogrammen. Die Betreuung von Individualstipendiaten durch den DAAD in Russland ist schon Tradition. Im Jahr 2018 haben die Außenstelle Moskau und das DAAD-Informationszentrum St. Petersburg das erste Mal auch gut 150 über einen längeren Zeitraum geförderte Studierende aus DAAD-Hochschulprogrammen zu Vernetzungstreffen mit deutschen Hochschullehrerinnen und -lehrern vor Ort eingeladen: mit guter Resonanz. Das Potenzial ist aber noch größer und soll auch in Zukunft einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit des DAAD bilden.

› Die Zentrale der 1724 gegründete Russischen Akademie der Wissenschaften befindet sich in einem markanten Moskauer Gebäude, das im spätfuturistischen Stil der Sowjetunion errichtet wurde.

Abseits der Frage, wie viel Gesamtmittel im russischen Wissenschaftssystem verfügbar sind, war die Reform aber auch durch den Kompetenzstreit zwischen der 2013 eingerichteten FANO und der ihr von dem Zeitpunkt an unterstellten Russischen Akademie der Wissenschaften (RAN) gekennzeichnet. Zuvor nahm die RAN nahezu eine Monopolstellung in der russischen Forschungslandschaft ein. Ihre Mitglieder und Institute führten Grundlagenforschung durch. Dabei bestimmte sie ihre Forschungsprioritäten wissenschaftsgeleitet.

Mit der Reform verlor sie einen Großteil ihrer Ressourcen und durch das Wirken der FANO zudem ihre Autonomie. Den Unmut darüber bündelte der im September 2017 neu gewählte Akademiepräsident Alexander Sergejew in regelmäßig öffentlich vorgetragener Kritik. Dieser Konflikt soll nun durch eine erweiterte Rollenbestimmung der RAN befriedet werden. Zwar bleibt es bei der Neuausrichtung der staatlichen Forschungsförderung. Sie konzentriert sich nunmehr auf den Aufbau von international konkurrenzfähigen Forschungsuniversitäten und auf die Stärkung der vor allem mit prioritärer Programmforschung betrauten 42 „Staatlichen Forschungszentren“.

Darüber hinaus wird Grundlagenforschung unabhängig von der RAN in zwei nationalen Forschungszentren konzentriert, die auch wissenschaftspolitisch als Leuchtturm-Einrichtungen fungieren. Dafür soll aber nach einer im Juni 2018 verabschiedeten Gesetzesnovelle die RAN als Strategiegeber im Reformprozess aufgewertet werden. Außerdem erhielt sie den Auftrag, den Bereich der Wissenschaftskommunikation zu entwickeln – eine gesellschaftliche Aufgabe, die auch die russische Regierung als Schlüsselkomponente für eine nachhaltige Modernisierung des Wissenschaftssystems begreift.

Besonders intensiv wurde im Rahmen der wissenschaftspolitischen Reformdebatte das Thema Promotion diskutiert. Aktuell sind 47.000 Doktoranden und Doktorandinnen an russischen Universitäten registriert. Davon kommen bisher aber lediglich 12 Prozent nach fünf Jahren zur Verteidigung ihrer Arbeit. Akademiepräsident Sergejew beklagte, dass aus diesem Grund in Russland mehr als 30.000 Nachwuchswissenschaftler fehlten. Selbst Präsident Putin mischte sich mehrmals in die Debatte ein, bei der auch die Verschulung der Promotion kritisiert wurde.

WOCHE DER JUNGEN WISSENSCHAFT IN KASAN

Unter dem Dach des Deutschen Wissenschafts- und Innovationshauses (DWIH) fand im September die mittlerweile 8. „Woche der jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ statt. DAAD und DFG organisierten gemeinsam diese für das DWIH zentrale Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem „German-Russian Institute for Advanced Technologies“ (GRIAT) in der tatarischen Wissenschaftsmetropole Kasan. Das Thema „Chemical Energy Storage and Conversion“ verband ganz im Sinne dieser in Russland mittlerweile gut etablierten DWIH-Veranstaltungsreihe Forschungsexzellenz und disziplinübergreifende Relevanz. Der Auftritt international ausgewiesener Forscher von sieben deutschen Hochschulen zog Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler sowie erfahrene Fachkollegen aus Kasan und von vielen anderen russischen Universitäten bis ins östliche Sibirien an. Der Vizepräsident von Siemens Russia, Dr. Martin Gitsels, zeigte mit einem eigenen Impulsvortrag das konkrete Engagement der Wirtschaft für die Innovationsquelle Wissenschaftskooperation auf. Neben ihren Fachdiskussionen nutzte die in der „Woche“ neu entstandene deutsch-russische Wissenschafts-Community intensiv die Vernetzung miteinander sowie die Beratungsangebote des DWIH. Deutlich wurde: Wenn neue aussichtsreiche deutsch-russische Wissenschaftsprojekte sich anbahnen, steht die breite Förderpalette der DWIH-Partner zur Unterstützung bereit.

› Der stellvertretende Generalsekretär des DAAD, Christian Müller, bei der Eröffnung der Woche der jungen Wissenschaft mit Prof. Dr. Albert Giltmudinov, Präsident des GRIAT und Rektor der Kasaner „Tupolew“-Universität KNITU-KAI.

Der erst fünf Jahre zurückliegende gesetzgeberische Versuch, die Doktorandenausbildung konform zum Bologna-Prozess als dritten tertiären Ausbildungszyklus zu gestalten, hat zu einer offensichtlichen, curricularen Überfrachtung geführt. Jetzt soll demgegenüber ermöglicht werden, dass Doktoranden sich frühzeitig als Forscherinnen und Forscher beweisen können. Für den Weg dahin stehen aber weiterhin verschiedene Vorschläge im Raum. Das neue Hochschul- und Wissenschaftsministerium nimmt hier zunächst eine abwartende Haltung ein.

Im Vorjahr waren führende Forschungsuniversitäten ermächtigt worden, eigene PhD-Verfahren abseits der zentral geregelten „Aspirantur“-Promotion einzurichten. Den Erfolg dieser Pilotversuche will das Ministerium zu gegebener Zeit evaluieren, bevor es wieder gesetzgeberisch einschreitet. Die beteiligten Hochschulen haben mittlerweile unterschiedliche Gremienformate für ihre Promotionsverfahren eingerichtet und der Öffentlichkeit vorgestellt. Abgesehen von Verfahrensdifferenzen wollen aber alle die Anerkennung ihrer Grade und ihres wissenschaftlichen Nachwuchses in der internationalen Scientific Community stärken. Beobachten lässt sich, dass die Internationalisierung der Promotion zu einem der Schlüsselthemen der Modernisierung des gesamten russischen Wissenschaftssystems wird.

› DAAD und DWIH in Moskau werden das im Dezember 2018 gestartete deutsch-russische Themenjahr der Hochschulkooperation und Wissenschaftspartnerschaft engagiert begleiten.

Stellenwert der wissenschaftlichen Kooperation mit Deutschland steigt

Internationalisierung kann nur partnerschaftlich gelingen. Dies ist auch den Verantwortlichen in Russland bewusst. Sie richten hier besondere Erwartungen an Deutschland. Mit keinem anderen Land sind die Kooperationsfäden der Wissenschaft – vom Studierendenaustausch bis zur gemeinsamen Großgeräteforschung – so eng verknüpft. Dokumentiert hat diese enge Verbindung die „Deutsch-russische Roadmap zur Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation“, die Bundesministerin Karliczek und ihr russischer Amtskollege Kotjukow am 10. Dezember in Moskau unterschrieben haben.

In einem umfassenden Bottom-up-Prozess haben der DAAD sowie alle übrigen Forschungs-, Förder- und Mittlerorganisationen beider Länder an dieser gemeinsamen Kooperationsstrategie mitgearbeitet. Die erfolgreiche Umsetzung wird entscheidend von ihrem Beitrag und ihren Entfaltungsmöglichkeiten abhängen. Kurz zuvor hatten die Außenminister Maas und Lawrow den Startschuss für den Beginn eines zweijährigen deutsch-russischen Themenjahres der Hochschulkooperation und Wissenschaftspartnerschaft gegeben. Auch in diesem Rahmen wird der DAAD mit seinen Partnern in Russland maßgeblich dazu beitragen, die neuen Möglichkeiten für deutsche Hochschulen in einem Land nicht ohne Herausforderungen, aber mit vielen Chancen noch sichtbarer zu machen.

Tabelle 24
Daten zum Bildungssystem Russische Föderation

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	143,44 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	14,46 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	23.162
Wirtschaftswachstum	1,5 %
Inflation	7,05 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 16
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 13
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 55
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	3,86 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	6,59 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	53,43 %
Immatrikulationsquote	80,39 %
Absolvent/innen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	1,40 Mio.
PhD	k. A.
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	1,13 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	73.207
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	3,43 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. Kasachstan	
2. Belarus	
3. Usbekistan	
4. Turkmenistan	
5. Aserbaidschan	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	56.328
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	0,86 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	10.795
Die beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. Deutschland	
2. USA	
3. Tschechien	
4. Vereinigtes Königreich	
5. Frankreich	

Quelle: DAAD, Statistik DESTATIS – Statistisches Bundesamt, Wissenschaft weltoffen, The World Bank, Data UNESCO, Institute for Statistics

Tabelle 25: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen Russische Föderation

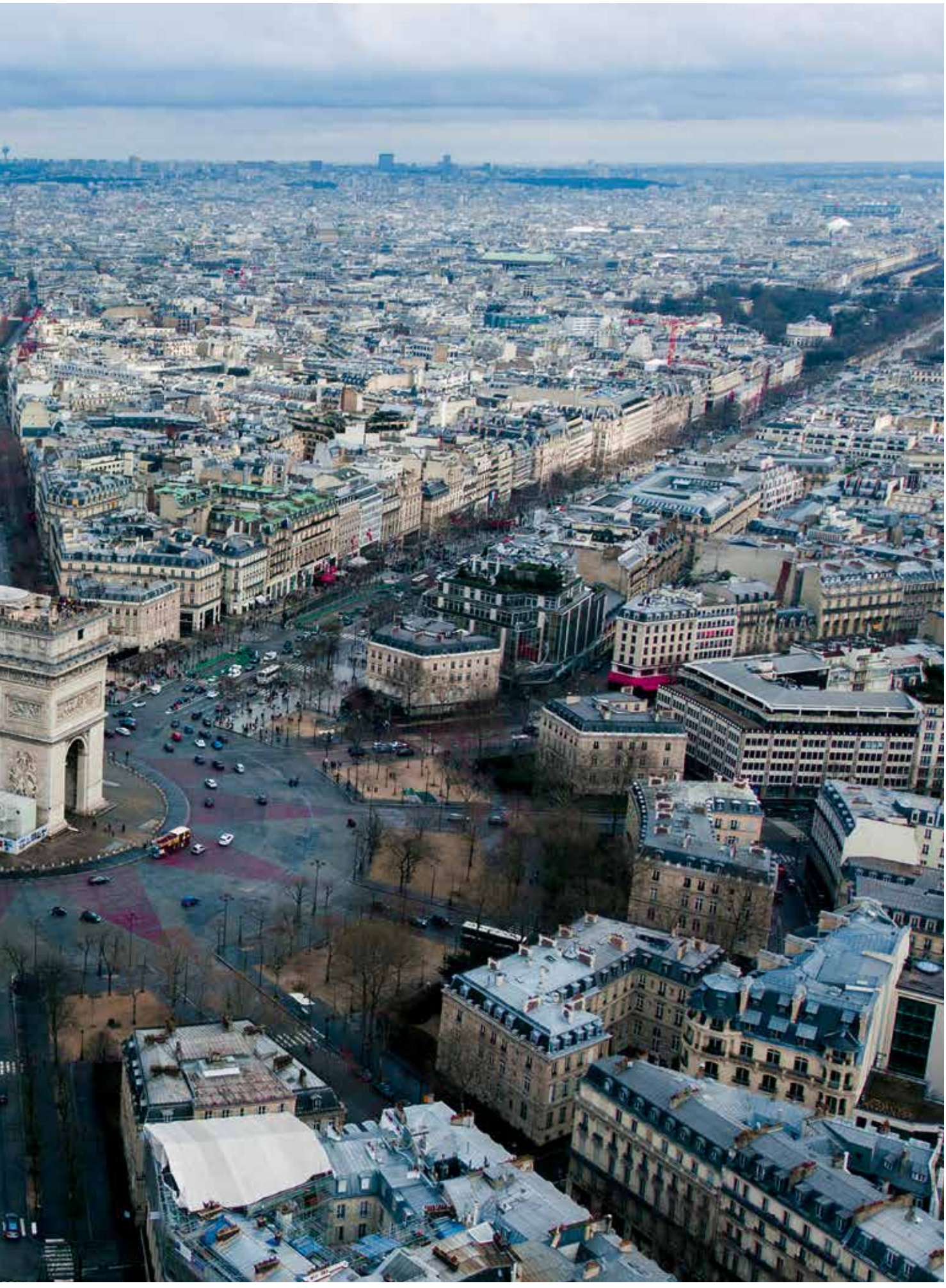
A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Russische Föderation
I. Individualförderung – gesamt	**A**	**922**
	D	**422**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	318
	D	297
Studierende auf Master-Niveau	A	208
	D	43
Doktorand/innen	A	205
	D	16
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	191
	D	66
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	259
	D	201
1–6 Monate	A	340
	D	137
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	323
	D	84
II. Projektförderung – gesamt	**A**	**2.785**
	D	**1.289**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	813
	D	559
Studierende auf Master-Niveau	A	724
	D	282
Doktorand/innen	A	241
	D	49
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	659
	D	348
andere Geförderte*	A	348
	D	51
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	1.964
	D	949
1–6 Monate	A	633
	D	324
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	188
	D	16
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	**A**	**338**
	D	**163**
1. Mobilität mit Partnerländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	192
	D	63
2. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	146
	D	100
DAAD-Förderung - gesamt (I + II + III)	**A**	**4.045**
	D	**1.874**
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		**5.919**

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD Fördermittel an deutsche Hochschulen für die Förderung der akademischen Mobilität a) aus Deutschland in das europäische Ausland (Mobilität von Einzelpersonen in Programmländer) und b) aus Deutschland in die gesamte Welt sowie aus der gesamten Welt nach Deutschland (Mobilität von Einzelpersonen mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2016 und damit auf die Laufzeit 1.6.2016–31.5.2018.

PARIS



DIE MÜHEN DER EBENE – MACRONS REFORMKURS IN DER KRISE

Dr. Christian Thimme leitet das Büro der Pariser DAAD-Außenstelle seit September 2017. Die Außenstelle wurde im Jahr des Elysée-Vertrages 1963 gegründet. Das Team besteht aus sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Nach dem fulminanten Beginn seiner Präsidentschaft sieht sich Präsident Emmanuel Macron mit der größten Protestbewegung seit Mai 1968 konfrontiert. Die Bewegung der „Gelbwesten" stellt sein Reformprogramm infrage und löst eine Regierungskrise aus.

Der spektakuläre Wahlsieg Emmanuel Macrons bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2017 und der sich daran anschließende Erfolg seiner neu gegründeten Bewegung „La République en marche" bei den Parlamentswahlen veränderten die französische Parteienlandschaft tief greifend. Insbesondere das konservative Lager (Les Républicains) und die traditionsreiche sozialistische Partei (PS) erlitten herbe Wahlniederlagen und verloren auch in der Folge weiter an Zustimmung und Bedeutung. Am rechten und linken Rand konnten sich zwei populistische und im Kern europakritische Parteien (Le Pens Rassemblement National und Mélenchons La France insoumise) behaupten, die zwar einen hohen Wähleranteil, aber aufgrund des Wahlsystems nur wenige Sitze im Parlament erhielten.

› Die „gilets jaunes" demonstrieren seit November 2018 jeden Samstag in der Pariser Innenstadt.

Mit einer komfortablen absoluten Mehrheit und dem Willen zu rasanten Veränderungen setzte die neue Regierung die im Wahlprogramm angekündigten Vorhaben schnell um. Einige wichtige Reformen wie zum Beispiel die des Arbeitsmarktes realisierte die Regierung ohne das gängige langwierige parlamentarische Verfahren per Verordnung. Daraufhin schaffte sie die Vermögenssteuer auf so gut wie alle Werte außer Immobilien ab und senkte die Unternehmenssteuer mit dem Ziel, mehr Investitionen zu ermöglichen. Diese Maßnahmen brachten Macron schnell den Ruf ein, vor allem ein „Präsident der Reichen" zu sein. Zwar beschloss seine Regierung auch, die Wohnsteuer auf Mieten abzuschaffen, gegenfinanzierte diese aber durch eine Erhöhung der Sozialabgaben. Besonders hart trifft es viele Rentner und Rentnerinnen, die nicht von der weggefallenen

› Neuer Wind für die deutsch-französischen Beziehungen?

Wohnsteuer profitieren und somit Einkommensverluste hinnehmen müssen. Der Reform des Eisenbahnerstatuts, welche die Regierung trotz mehrmonatiger Streiks durchgesetzt hat, stimmte die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu. Der Hintergrund: Die französische Bahn hat über 50 Mrd. Euro Schulden und die meisten Französinnen und Franzosen halten 50 Urlaubstage und ein Renteneinstiegsalter von 51 Jahren für das fahrende Personal im Vergleich zu anderen Berufsgruppen für nicht angemessen. Die Reform sieht für die Angestellten der Bahn einen Bestandsschutz vor und das neue Statut gilt nur für Neuanstellungen. Die Bahn wird nun in eine Aktiengesellschaft des öffentlichen Rechts umgewandelt.

› Kräftemessen mit Macron: Angestellte der französischen Bahngesellschaft SNCF streiken mehrere Monate für die Beibehaltung ihres Status.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2018 begann die Popularität Macrons rapide zu sinken, um schließlich gegen Ende des Jahres bei nur

knapp über 20 Prozent Zustimmung zu liegen. Der schnelle Rhythmus der Reformen (geplant sind noch eine Rentenreform, der Umbau des öffentlichen Dienstes sowie die Reform der Arbeitslosenversicherung), aber auch deren ungeschickte Taktung überforderte die französische Bevölkerung. Macrons Leitmotiv des „weder rechts noch links“ wirkte nach der Abschaffung der Vermögenssteuer und insbesondere aufgrund der Benachteiligung vieler Rentner nicht mehr glaubhaft. Außerdem ließ sich Macron immer wieder zu überheblichen Äußerungen hinreißen, die seinem Ansehen schadeten und die von seinen politischen Gegnern genüsslich ausgeschlachtet wurden.

„Les gilets jaunes“ – die Gelbwesten

Das Fass zum Überlaufen brachte eine zunächst harmlos erscheinende Erhöhung der Dieselsteuer um 6,5 Cent pro Liter, die im Januar 2019 in Kraft treten und der Energiewende zugute kommen sollte. Über die sozialen Medien organisierte sich der Widerstand zunächst vor allem in den ländlichen Regionen. Am 17. November errichteten Bürger in gelben Warnwesten etwa 2.000 Straßenblockaden, rund 280.000 Menschen nahmen an den Protesten teil. Die Bewegung entwickelte sich in kürzester Zeit zur größten Protestbewegung seit dem Mai 1968.

Kern der Bewegung sind vor allem Menschen der unteren Einkommensschichten aus den ländlichen Gebieten und dem Umland der großen Städte, die lange Wege zur Arbeit haben und auf ein Auto angewiesen sind. Stärker als im dichtbesiedelten Deutschland leiden viele ländliche Regionen in Frankreich unter einer extrem schwachen Infrastruktur. Dörfer veröden aufgrund von Geschäftsaufgaben und weil sie schlecht an Verkehrswege angebunden sind, es mangelt an Ärzten und Ärztinnen, die Arbeitslosigkeit ist hoch. Die Bevölkerung in diesen Landstrichen fühlt sich „abgehängt“ und durch die von den „technokratischen Eliten“ im fernen Paris getroffenen Entscheidungen nicht repräsentiert. Da auch eine geringe Erhöhung der Kraftstoffsteuer bei langen täglichen Fahrtwegen empfindlich aufs Portemonnaie schlägt, nehmen Teile der französischen Gesellschaft die Reformen als ungerecht und als Benachteiligung der Geringverdiener wahr. Circa 70 Prozent der Bevölkerung sympathisierten auf dem Höhepunkt der Bewegung mit den Gelbwesten. Sie thematisierten ein Strukturproblem, das die Regierungen seit vielen Jahren nicht ernsthaft anpacken. In gewohnter Weise blockte die Regierung zunächst alle Forderungen der Demons-

BEWERBERZAHLEN STEIGEN DEUTLICH

In den letzten Jahren wuchs in Frankreich erfreulicherweise das Interesse am Forschungsstandort Deutschland. Die Bewerberzahlen für DAAD-Forschungsstipendien stiegen deutlich, vor allem für kurze Forschungsaufenthalte. Die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber um Stipendien für Doktoranden und Postdoktoranden hat sich zwischen 2015 (47) und 2018 (101) verdoppelt, die Anzahl von Hochschullehrern und Wissenschaftlern, die sich um einen Forschungsaufenthalt bewarben, von 2015 (11) bis 2018 (40) sogar fast vervierfacht. Erfreulicherweise hat sich auch die Anzahl der Stipendien erhöht, so dass 44 Doktoranden und Postdoktoranden 2018 für einen Aufenthalt von bis zu einem Jahr sowie 27 Hochschullehrer und Wissenschaftler für kurze Forschungsaufenthalte ausgewählt werden konnten.

20 deutsche Hochschulvertreter besuchen iDA-Seminar

Im Juni 2018 nahmen 20 deutsche Hochschulvertreterinnen und -vertreter an einem fünftägigen Seminar der Internationalen DAAD-Akademie (iDA) in der Außenstelle Paris teil, das einen anspruchsvollen Sprachkurs mit Fachvorträgen und Hochschulbesuchen in Paris kombinierte. Durch die gute Vernetzung der Außenstelle bot das Programm vielfältige Treffen mit kompetenten Vertreterinnen und Vertretern der französischen Hochschullandschaft. Nach dem täglichen Intensivsprachkurs am Morgen konnten die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre französischen Kollegen direkt kontaktieren und lernten verschiedene französische Hochschuleinrichtungen kennen.

Prof. Dr. David Capitant, Präsident der deutsch-französischen Hochschule und Leiter des deutsch-französischen Jura-Studiengangs zwischen den Universitäten Panthéon-Sorbonne und Köln, gab der Gruppe interessante Einblicke in sein Kooperationsprojekt. Am zweiten Tag regte die Präsentation der bekannten Hochschulforscherin Prof. Dr. Christine Musselin von Sciences Po, die die neuesten Entwicklungen der französischen Hochschulpolitik vorstellte und mit Deutschland verglich, eine lebhafte Diskussion über die Exzellenzinitiative in beiden Ländern an. Für den direkten Austausch zwischen deutschen und französischen Kollegen sorgten Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der International Offices dreier Hochschulen. Besuche an der Sorbonne Université und der Université Paris Sciences et Lettres rundeten das Programm ab.

› Besuch an der Sorbonne.

trierenden ab. An den darauffolgenden Wochenenden verlagerten die Gelbwesten ihren Protest vor allem nach Paris und auf die symbolträchtigen Champs-Élysées in der Nähe des Präsidentenpalastes. In bisher nie dagewesener Einheit attackierten rechtsradikale Gruppierungen, schwarzer Block, Wutbürger und Jugendliche aus den Vorstädten Banken, Geschäfte, Restaurants, den Triumphbogen im Zentrum von Paris sowie öffentliche Einrichtungen. Viele Protestierende nahmen das erste Mal in ihrem Leben an einer Kundgebung teil. Einige zündeten Autos und Motorräder an, errichteten Barrikaden und griffen die Polizei an. Unter dem eingängigen Slogan „Macron démission!“ (Macron, tritt ab!) und dem Absingen der Nationalhymne zogen die Gelbwesten durch die Straßen. Die unversöhnliche Haltung der Regierung und das viel zu lange Schweigen des Präsidenten fachten die Bewegung weiter an. Die Protestbewegung hielt ihre Straßenblockaden an den Verkehrskreiseln aufrecht. In vielen Provinzstädten kam es zu teilweise gewalttätigen Demonstrationen.

Soziale und öffentliche Medien heizten die Debatte an. Wochenlang gab es in den Nachrichtensendern nur ein Thema: die Gelbwesten und die Haltung der Regierung.

In der typischen Dynamik spontaner sozialer Bewegungen entstanden schnell unterschiedlichste Forderungen, die vom Rücktritt Macrons über die Rücknahme von Reformen – wie der Erhöhung der Dieselsteuer und der Sozialabgaben, der Wiedereinführung der Vermögenssteuer und der Erhöhung des Mindestlohns – bis hin zur Einführung von Volksabstimmungen reichten, um nur die wichtigsten zu nennen. Da die Bewegung kaum Strukturen hat, traten in den Fernsehsendungen Sprecher mit unter-

schiedlichen, sich zum Teil widersprechenden Forderungen auf. Die Regierung hatte damit auch keine identifizierbaren Ansprechpartner für Verhandlungen, zumal die Gelbwesten Gesprächsangebote durchweg ablehnten.

Fast alle Oppositionsparteien, insbesondere aber die des rechtsradikalen und linkspopulistischen Randes, überboten sich in Sympathiebekundungen für die neue Bewegung. Oft fiel es schwer, in den unzähligen Fernsehdiskussionen die Argumentationslinien von Vertreterinnen und Vertretern des „Rassemblement National“ um Marine le Pen und der linkspopulistischen Partei „La France insoumise“ um Jean-Luc Mélenchon in ihren Angriffen auf die Eliten in Paris und Brüssel oder auf die „Lügenpresse“ auseinanderzuhalten. Nur mühsam und halbherzig ließen sie sich eine Verurteilung der brutalen Gewaltszenen entlocken, um dann schnell wieder auf dem berechtigten Ausdruck des Volkswillens zu beharren oder Polizeistaatmethoden anzuprangern. Soziologisch gesehen repräsentiert die Bewegung der Gelbwesten die von der Globalisierung benachteiligte (oder sich benachteiligt fühlende) untere Mittelschicht. Ein emanzipatorischer Kern, wie er die Bewegung vom Mai 1968 kennzeichnete, ist allerdings nicht zu erkennen.

Daniel Cohn-Bendit, inzwischen ein häufiger Gast in Talkshows und Unterstützer von Emmanuel Macron, sprach in einem Radiointerview zu Recht von der autoritären Versuchung, die die Bewegung kennzeichne. Zu Verhandlungen mit der Regierung geladene Sprecher der Bewegung wurden von den eigenen Leuten eingeschüchtert und bedroht. Demonstranten verprügelten Journalisten verschiedener Fernsehsender. Mehrere Abgeordnete von „La République en marche“ erhielten Todesdrohungen. Auch der Ruf nach dem starken Mann blieb nicht aus. So forderte etwa ein bekannter Sprecher der Bewegung, einen von Macron entlassenen General zum Premierminister zu ernennen.

Gegen Ende des Jahres nahm die Regierung die angekündigte Erhöhung der Dieselsteuer zurück, erhöhte gleichzeitig den Mindestlohn um 100 Euro und kündigte einen weitreichenden sozialen Dialog an, bei dem die Bürger und Bürgerinnen aufgefordert wurden, Forderungen und Änderungswünsche zu artikulieren. Das Gesamtpaket der Maßnahmen kostet den Staat immerhin über 10 Mrd. Euro. Die zusätzlichen Ausgaben führen vermutlich dazu, dass Frankreich 2019 die Maastricht-Kriterien nicht erfüllen kann. Ob der angekündigte soziale Dialog erfolgreich ist, bleibt abzuwarten. Viele Gelbwesten lehnten die Zugeständnisse in Bausch und Bogen als ungenügend ab. Die meisten von ihnen sowie viele Bürgerinnen und Bürger erhoffen sich wenig von dem Dialogangebot.

› Streik von Studierenden gegen die Reform der Zulassung an französischen Universitäten.

Hochschulpolitik
Die Reform des Hochschulzugangs

Auch die Hochschulpolitik sorgte im ersten Halbjahr 2018 für Aufregung und Proteste. In der Kritik stand vor allem die Reform des Hochschulzugangs. Gegen diese schon 2017 beschlossene Reform regte sich heftiger Widerstand der Studierenden und ihrer Gewerkschaften. An zahlreichen Universitäten gab es Besetzungen und Blockaden sowie wochenlange Streiks. Die Besetzer und Besetzerinnen richteten teils große Schäden an Gebäuden an, die Polizei beendete viele Besetzungen. Die Demonstrationen der Studierenden waren zwar heftig, allerdings zahlenmäßig eher unbedeutend.

Französischer Alumniverein reist in die Weinmetropole Bordeaux

„Was hat die Stadt Bordeaux außer ihrem guten Wein noch zu bieten?“ Einer Antwort auf diese Frage ging im November 2018 eine zwanzigköpfige Alumnidelegation aus Frankreich nach. Bei vielfältigen Treffen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem International Office der Université de Bordeaux, mit Forschern und Hochschullehrern aus den unterschiedlichsten Fachbereichen sowie bei Unternehmens- und Stadtbesichtigungen machten sich die 22 Teilnehmenden ein genaues Bild von Bordeaux und seiner lebendigen Hochschullandschaft.

Die Université de Bordeaux ist eine der Universitäten, die von der französischen Exzellenzinitiative auserwählt wurden und daher in den letzten Jahren intensiv in die Entwicklung der internationalen Beziehungen investieren konnten. Die Alumni diskutierten in der Universität über das deutsche Modell der Exzellenzinitiative sowie die aktuellen hochschulpolitischen Entwicklungen in Europa.

Die Gruppe besichtigte – geführt durch einen DAAD-Alumnus vor Ort – ein Labor der Ingenieurhochschule ENSAM und traf eine Forschungsgruppe aus dem Fachbereich Psychologie. Natürlich durfte die Weinthematik in Bordeaux nicht fehlen. Daher besichtigte die Gruppe am zweiten Tag das multidisziplinäre Institut des Sciences de la Vigne et du Vin (Institute of Vine and Wine Science) sowie das Familienunternehmen Bellot, das Behälter zur Weinlagerung herstellt.

Einen der Höhepunkte der Studienreise bildete sicherlich der abendliche Empfang im historischen Rathaus von Bordeaux, bei dem die Alumni von der Europabeauftragten der Stadt sowie der deutschen Generalkonsulin in Bordeaux empfangen wurden. Bei zwei gemeinsamen Abendessen mit den Gastgebern und Alumni aus der Bordelaiser Region sowie bei einer abschließenden Schifffahrt auf der Garonne blieb außerdem genug Zeit, um sich intensiv auf Deutsch und Französisch auszutauschen.

Nach den gelungenen Studienreisen nach Toulouse, Aachen, Lyon und Leipzig war auch diese fünfte Studienreise, organisiert von der DAAD-Außenstelle Paris in Zusammenarbeit mit dem Verein DAAD Alumni France, wieder ein voller Erfolg.

GERMANISTIK – EINE INTERKULTURELLE WISSENSCHAFT?

Ende November 2018 fand an der Universität Aix-Marseille eine mehrtägige internationale Tagung zur interkulturellen Germanistik statt – der DAAD beteiligte sich daran inhaltlich wie finanziell. Germanistinnen und Germanisten aus über zehn Ländern diskutierten über die Krise ihrer Disziplin, über Kulturvermittlung, Digitalisierung der Lehre, Auslandsgermanistik, mediale und didaktische Perspektiven, German Studies und Internationalisierung. Die Tagung initiierte einen vielfältigen und fruchtbaren Austausch über neueste Erkenntnisse der Auslandsgermanistik.

› Tagung zur interkulturellen Germanistik an der Universität Aix-Marseille.

Das Gesetz über die Beratung und den Studienerfolg von Studierenden nimmt die unbeschränkte Zulassung von Studierenden an Universitäten leicht zurück. Bisher war es so, dass in stark nachgefragten Fächern mit nicht ausreichenden Kapazitäten ein Teil der Studienplätze per Los vergeben wurde. Das neue Gesetz sieht vor, dass Studierende, die nicht sofort eine Zulassung erhalten, hinsichtlich anderer Studiengänge beraten werden oder aber Auflagen erhalten, zum Beispiel dass sie Vorbereitungskurse absolvieren müssen, um auf ein entsprechendes Niveau zu kommen. Damit sollen die Studienerfolgsquoten verbessert werden, denn in der Licence (Bachelor) schaffen nur circa 40 Prozent der Studierenden einen Abschluss. Viele Hochschullehrerinnen, Hochschullehrer und Studierende betrachten eine unbeschränkte Zulassung zu den Universitäten jedoch als sakrosankt, ja gar als republikanischen Wert an sich.

„Sélection" ist das Reizwort, das viele auf die Barrikaden treibt. Jeder Versuch, Änderungen bei der Zulassung einzuführen, führt wie 2018 zu Streiks, die das Hochschulsystem lahmlegen.

Viele Hochschullehrer und Universitätspräsidenten, die der Reform eigentlich positiv gegenüberstehen, kritisierten überdies, das Reformpaket sei handwerklich nicht gut gemacht, die technische und inhaltliche Umsetzung der neuen Internetplattform „Parcoursup" sei überdies noch unausgereift. Weder für die Beratung der Studienbewerber noch für die Vorbereitungskurse stehe, so die Kritik, ausreichend Personal zur Verfügung. Zudem gab es keine klaren Vorgaben für die Auswahl der Bewerber und Bewerberinnen, so dass auch Wohlmeinende eine gewisse Willkür kritisierten. Darüber hinaus erhielten viele Studierende sehr spät, teilweise sogar erst zum Semesterbeginn, eine endgültige Zusage. Für die nächste Bewerberrunde soll das Verfahren deutlich verkürzt werden und zum Beginn der Sommerpause bereits weitgehend abgeschlossen sein.

Bienvenue en France – die neue Internationalisierungsstrategie

Im November 2018 stellte Premierminister Édouard Philippe im Beisein der Ministerin für Hochschulbildung, Forschung und Innovation, Frédérique Vidal, die neue Internationalisierungsstrategie „Bienvenue en France" vor. Bis 2027 soll die Zahl der internationalen Studieren-

den in Frankreich von 324.000 auf 500.000 pro Jahr erhöht werden.

In Frankreich wächst die Zahl der internationalen Studierenden deutlich langsamer als in Ländern wie Deutschland, China oder Kanada mit ihren offensiveren Willkommensstrategien. Um seinen Platz als viertstärkstes Gastland für ausländische Studierende zu behaupten, sieht die französische Regierung dringenden Handlungsbedarf und will bürokratische Hürden abbauen und die Willkommenskultur stärken.

Bessere Aufnahmebedingungen

Ab dem Wintersemester 2019/2020 will die Regierung das Visaverfahren für Studienbewerber und -bewerberinnen vereinfachen. Sie plant, dass Anträge internationaler Studierender bevorzugt behandelt und über eine zentrale Stelle abgewickelt werden. Darüber hinaus sollen Studierende ab Mitte 2019 ihr Visum online validieren können, um sich den Gang zur Ausländerbehörde zu sparen. Ähnlich wie in Deutschland will Frankreich zusätzliche Aufenthaltstitel schaffen, mit denen internationale Studierende, die ihren Master oder ihre Promotion in Frankreich absolviert haben, für die Jobsuche in Frankreich bleiben oder wieder nach Frankreich zurückkehren können.

Zur besseren Betreuung der Studierenden planen die Verantwortlichen an den französischen Hochschuleinrichtungen sogenannte „guichets uniques“, Begrüßungsschalter. Außerdem wollen sie das Angebot an Französisch-Sprachkursen, Lehrangeboten auf Englisch sowie Online-Sprachkursen verdoppeln. Darüber hinaus soll es ein „Bienvenue en France“-Label für jene Hochschulen geben, die sich besonders für die Betreuung ihrer internationalen Studierenden engagieren. Für diese Maßnahmen ist eine Anschubfinanzierung von 10 Mio. Euro vorgesehen.

Verdreifachung der Stipendien für Nicht-Europäer

Ab dem Wintersemester 2019/2020 will Frankreich für nicht-europäische, sich erstmals einschreibende Studentinnen und Studenten Studiengebühren erheben. Alle anderen Studierenden zahlen bisher einen Semesterbetrag, der ähnlich hoch ist wie in Deutschland. Die geplanten Gebühren belaufen sich auf 2.770 Euro pro Jahr für einen grundständigen Studiengang und 3.770 Euro für einen Master oder eine Promotion. Ausgenommen sind Studierende, die im Rahmen von Partnerschaftsabkommen in Frankreich studieren. Gleichzeitig verspricht die französische Regierung eine Verdreifachung der Stipendien für internationale Studierende von 7.000 auf 21.000 pro Jahr, so dass die Erhöhung letztendlich nur etwa ein Viertel der internationalen Studierenden treffen wird. Die Presse thematisiert die Einführung der Studiengebühren bereits, und es bleibt abzuwarten, ob dieses Element der neuen Strategie nicht schon bald Anlass für neue Proteste der Studierenden sein wird.

Der heftige Widerstand gegen die jüngsten Reformen der französischen Regierung wirft die Frage auf, ob Präsident Macron noch in der Lage sein wird, seine weiteren Reformpläne umzusetzen. Nicht auszuschließen ist, dass sich die Bewegung der Gelbwesten als Partei formiert. Dies würde vermutlich aber eher die rechten und linken Populisten schwächen oder diese um eine dritte Kraft ergänzen.

Tabelle 26
Daten zum Bildungssystem Frankreich

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	64,67 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	7,52 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	41.466
Wirtschaftswachstum	1,19 %
Inflation	0,18 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 2
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 3
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 24
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,49 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	2,39 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	54,52 %
Immatrikulationsquote	64,39 %
Absolvent/innen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	524.038
PhD	13.774
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	2,23 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	112.796
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	9,84 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. China	
2. Marocco	
3. Algerien	
4. Tunesien	
5. Senegal	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	80.635
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	3,30 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	8.408
Die beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. Belgien	
2. Vereinigtes Königreich	
3. Kanada	
4. Schweiz	
5. Deutschland	

Quelle: DAAD, Statistik DESTATIS – Statistisches Bundesamt, Wissenschaft weltoffen, The World Bank, Data UNESCO, Institute for Statistics

Tabelle 27: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen Frankreich

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Frankreich
I. Individualförderung – gesamt	**A**	**240**
	D	**346**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	96
	D	55
Studierende auf Master-Niveau	A	24
	D	82
Doktorand/innen	A	67
	D	49
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	53
	D	160
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	47
	D	124
1–6 Monate	A	139
	D	85
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	54
	D	137
II. Projektförderung – gesamt	**A**	**317**
	D	**543**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	103
	D	180
Studierende auf Master-Niveau	A	105
	D	95
Doktorand/innen	A	33
	D	140
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	55
	D	121
andere Geförderte*	A	21
	D	7
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	222
	D	479
1–6 Monate	A	80
	D	59
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	15
	D	5
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	**A**	**3**
	D	**5.900**
1. Mobilität mit Programmländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	
	D	4.579
2. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	A	
	D	863
3. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	3
	D	458
DAAD-Förderung - gesamt (I + II + III)	**A**	**560**
	D	**6.789**
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		**7.349**

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD Fördermittel an deutsche Hochschulen für die Förderung der akademischen Mobilität a) aus Deutschland in das europäische Ausland (Mobilität von Einzelpersonen in Programmländer) und b) aus Deutschland in die gesamte Welt sowie aus der gesamten Welt nach Deutschland (Mobilität von Einzelpersonen mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2016 und damit auf die Laufzeit 1.6.2016–31.5.2018.

WARSCHAU

MetLife
zapier

POLEN HEUTE – UNABHÄNGIG UND UNEINS

Dr. Klaudia Knabel leitet die DAAD-Außenstelle Warschau seit 2016. Der DAAD unterhält seit 1997 das Büro in Polen, das sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Wirtschaftlich geht es Polen so gut wie schon lange nicht mehr – und doch ist die Gesellschaft zunehmend gespalten. Die Regierung setzt auf einen nationalen Kurs und realisiert dabei eine Reform nach der anderen. Die Dynamik hat auch den Hochschulbereich erfasst: Mehr Forschungsexzellenz und Internationalisierung sind nur zwei der ehrgeizigen Ziele der sogenannten Verfassung für die Wissenschaft.

Im November 2018 feierte Polen die Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit. Nach mehr als hundertjähriger Teilung durch Preußen, Österreich-Ungarn und Russland erschien Polen 1918 erneut als unabhängiger Staat auf der europäischen Landkarte. Für die Mehrheit der Bevölkerung ist dies nach wie vor das wichtigste Ereignis in der polnischen Geschichte und fester Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses. Das Jubiläum wurde daher nicht nur am 11. November, sondern das ganze Jahr 2018 über gefeiert. Den Höhepunkt stellte zweifelsfrei der Nationalfeiertag dar, an dem der polnische Präsident Andrzej Duda von Festakt zu Festakt eilte. Den Abschluss bildete ein „Staatsmarsch“, der sich – so die Ansage des Premierministers – würdevoll in den rot-weißen Nationalfarben präsentieren sollte. Diese Aufforderung erfolgte nicht ohne Grund, hatten doch Nationalisten und Rechtsradikale in den Vorjahren den Unabhängigkeitstag für eigene ideologische Zwecke genutzt. Dies sollte sich im Jubiläumsjahr nicht wiederholen – ein Wunsch, der nicht in Erfüllung ging. Zwar führten Staatspräsident Duda, Premierminister Morawiecki sowie der Chef der Regierungspartei Kaczyński einen Marsch patriotischer Polinnen und Polen an, die den Nationaltag stolz und friedlich in der Öffentlichkeit feierten. Mit nur wenigen Metern Abstand folgte jedoch ein zweiter Zug, an dem sich rechtsext-

› Der Unabhängigkeitstag wird in Polen traditionell unter anderem mit Laufveranstaltungen in den Nationalfarben gefeiert.

reme Gruppen wie das nationalradikale Lager (Obóz Narodowo-Radykalny, ONR) und die neofaschistische italienische Forza Nuova beteiligten. „Unser Weg ist der Nationalismus“, so die Sprechchöre. Den Marsch der rechten Gruppierungen begleiteten nicht nur polnische Fahnen, sondern auch grüne Flaggen mit dem an das Hakenkreuz erinnernden Logo des ONR. Im Anschluss an den Marsch wurde die EU-Fahne verbrannt.

Der zweigeteilte Gedenkmarsch durch die Hauptstadt steht sinnbildlich für die Risse, die aktuell die polnische Gesellschaft teilen. Dabei geht es nicht nur um Fragen des nationalen Selbstverständnisses, sondern auch um die Bewertung des Reformkurses, den die Regierung seit 2015 verfolgt. So streikten 2018 Lehrer, Ärzte und Gerichtsmitarbeiter für eine bessere Bezahlung. Studierende demonstrierten gegen die Hochschulreform, Eltern und Lehrer gegen die Schulreform, Tausende gingen gegen die Justizreform auf die Straße. Gleichzeitig steht Polen wirtschaftlich besser da denn je zuvor: Das Wirtschaftswachstum lag 2018 bei 5 Prozent und erreichte damit einen Spitzenwert innerhalb der EU. Im Privatsektor stiegen die Löhne um fast 7 Prozent. Im November lag die Arbeitslosenquote mit unter 6 Prozent auf einem historischen Tiefststand. Vor diesem Hintergrund zeigt sich die Bevölkerung in Umfragen mit ihrer Lebenssituation mehrheitlich sehr zufrieden. Und doch: In verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen rumort es zusehends.

Polen – das Herz Europas?

Seit dem Machtantritt 2015 verfolgt die Regierungspartei PiS (Prawo i Sprawiedliwość, Recht und Gerechtigkeit) energisch den im Wahlkampf propagierten „guten Wandel“ in vielen Bereichen des Landes. Eines der Ziele war dabei, die Interessen der bis dato „ungehörten“ Bevölkerungsschichten zu vertreten. Die PiS erhöhte Kindergeld und Mindestlohn, senkte das Rentenalter und initiierte ein Wohnungsbauprogramm. Mit diesen und anderen Maßnahmen reagierte die Partei auf diverse Notlagen in der Gesellschaft und sicherte sich die Gunst der betroffenen Wählergruppen. Gleichzeitig vollziehen Regierung und Partei einen Elitenwechsel und berufen sich dabei auf eine notwendige Säuberung des polnischen Staatswesens von den Überresten kommunistischer Seilschaften. Auch die Erinnerungs- und Kulturpolitik möchte die Partei neu gestalten und verordnet den Kulturschaffenden einen strikt nationalkonservativen Kurs. Im Bereich der Justiz war das Verfassungsgericht die erste Institution, die von der Partei übernommen wurde; seit 2018 kontrolliert die PiS auch den Landesjustizrat, der über die Neubesetzung von Richterposten entscheidet. Brüssel nahm die sukzessive Unterminierung der Gewaltenteilung mit Besorgnis wahr. Nach ergebnislosen Gesprächen mit Warschau leitete die EU-Kommission Ende 2017 ein Vertragsverletzungsverfahren nach Artikel 7 ein, da sie „die Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit“ in Polen als gegeben sah. Die polnischen Autoritäten hielten mit Verweis auf die Souveränität der Mitgliedstaaten in internen Angelegenheiten dagegen.

Als im Sommer 2018 die Reform des Obersten Gerichtshofs anstand, spitzte sich die Situation weiter zu. Die Institution galt vielen als letzte Bastion der polnischen Rechtsstaatlichkeit. Mit der gesetzlich verordneten Senkung des Rentenalters der Richter am Obersten Gericht sollten etwa 40 Prozent der Mandatsträgerinnen und -träger vorzeitig in den Ruhestand geschickt werden. In dieser Situation, die von Demonstrationen und Protestaktionen der Bevölkerung begleitet war, reichte die EU-Kommission Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) ein. Das Gericht sah die richterliche Unabhängigkeit verletzt und gab der Kommission in einem Eilverfahren Recht. Angesichts drohender finanzieller Sanktionen lenkte die polnische Regierung ein – die betroffenen Richter kehrten an das Oberste Gericht zurück. Mit Blick auf die fehlende Gewaltenteilung beim Verfassungsgericht und den Landesjustizrat läuft das Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission aber nach wie vor, auch wenn Polen nicht mit der schärfsten Konsequenz, dem Entzug der Stimmrechte innerhalb der EU, rechnen muss. Dieser Schritt wäre nur einstimmig durchsetzbar – dem dürften neben Ungarn inzwischen auch andere Mitgliedstaaten mit Rücksicht auf den eigenen illiberalen Kurs nicht zustimmen.

› Deutsche Stipendiatinnen und Stipendiaten und polnische Alumni trafen sich zum gemeinsamen Seminar in Warschau unter dem Motto „Polen und Deutschland in Europa“.

EINE ENGAGIERTE EUROPÄERIN

Marie Jelenka Kirchner studiert an der Jagiellonen-Universität in Krakau im Masterstudiengang Zentral- und Osteuropastudien. Neben der Masterarbeit engagiert sich die deutsche DAAD-Stipendiatin für den Aufbau eines jungen europäischen Netzwerks, des „European Thinkers Lab“. Dieses will aktuelle Fragen der europäischen Integration anders und erfolgreicher angehen. Das fünfköpfige Gründerteam ist davon überzeugt, dass die „heute junge Generation in politischen Debatten nicht genügend Gehör findet“, so Kirchner. Es gehe ihnen nicht darum, neue Fragen und Strukturen zu entwickeln, sondern darum, Bestehendes zu reformieren und ungelöste Probleme aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten. Der Wissenschaft komme dabei eine Schlüsselrolle zu, ihre Argumente fänden in der gesellschaftlichen Diskussion jedoch nicht immer Gehör. Die „Denkfabrik“ sieht eine wachsende Entfremdung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft und will dabei helfen, diese durch neue, populäre Kommunikationswege zu überbrücken. Die Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen setzen bei sich selbst an und wollen an ihren eigenen Kommunikationsstrategien arbeiten. Das Thema, dem sich das „European Thinkers Lab“ zuerst widmen will, ist das Weimarer Dreieck. Erste Ergebnisse sollen im nächsten Jahr auf einer Konferenz in Frankreich vorgestellt werden.

› DAAD-Stipendiatin Kirchner im Einsatz für Europa.

Der Konflikt mit der EU um die Justizreform hatte auf nationaler Ebene einen negativen Nebeneffekt, der die PiS im Herbst unerwartet traf. Europakritische Äußerungen des Staatspräsidenten und weiterer Regierungsmitglieder schürten in der Bevölkerung die Sorge vor einem „Polexit“. Über 80 Prozent der Polen und Polinnen sprechen sich aber deutlich für eine Mitgliedschaft ihres Landes in der EU aus. Bei den Regional- und Kommunalwahlen im Oktober verfehlte die Regierungspartei dann auch den angestrebten deutlichen Sieg – ein Denkzettel der Wähler aus Sicht vieler Beobachterinnen und Beobachter. Die Partei scheint dies verstanden zu haben. Am Jahresende bekannte sie sich mit dem Slogan ihres Parteikonvents „In Polen schlägt das Herz Europas“ eindeutig zur EU. Schließlich stehen 2019 nicht nur Europa-, sondern auch Parlamentswahlen an. Während Opposition und regierungskritische Medien die Gefahr eines „Polexits“ nach wie vor wählerwirksam heraufbeschwören, dementiert die Führungsriege der PiS vehement.

Die antieuropäischen Töne der Partei künden in der Tat nicht von dem Wunsch, die EU zu verlassen. Vielmehr möchte die polnische Politik das Bündnis von innen heraus reformieren. Ein wichtiger Faktor ist dabei die Wahrnehmung der Rolle der Union: Nicht nur die PiS, sondern auch breite Teile der Bevölkerung betrachten die EU weniger als eine verbindliche Wertegemeinschaft denn als ein wirksames Mittel,

› Wandbild von Józef Piłsudski in Warschau aus Anlass seines Todestages.

› „Für die Verfassung“ – Demonstration gegen die geplante Justizreform vor dem Sitz des Obersten Gerichts in Warschau.

um den nationalen Lebensstandard anzuheben. Dass Polen nach wie vor von Binnenmarkt, Freizügigkeit und Transferleistungen profitiert, ist unbestritten: Schließlich bezieht das Land von 2014 bis 2020 mit 82,5 Mrd. Euro mehr aus dem Brüsseler Haushalt als jedes andere Mitgliedsland. Die Strahlkraft der Union und Westeuropas verblassen aber zunehmend, und das liegt nicht nur daran, dass Brüssel demnächst weniger Geld nach Polen überweisen wird als bisher. Es wäre zu kurz gegriffen, das allein der Flüchtlingsfrage anzulasten. Vielmehr entsteht in Polen der Eindruck, dass sich der Staatenbund derzeit entgegen den polnischen Interessen entwickelt. Kritisch wahrgenommen wird zum Beispiel, dass die EU auf Betreiben westeuropäischer Staaten die Entsenderichtlinie geändert hat und damit die Mobilität heimischer Arbeitskräfte begrenzt. Auch die Pläne einer verstärkten Kooperation innerhalb der Eurozone kommen nicht gut an – schließlich wäre Polen als Nicht-Euroland in diesem Kreis gar nicht erst dabei. Es gibt außerdem deutliche Differenzen in der Einschätzung der sicherheitspolitischen Lage: Die Menschen in Polen und dem Baltikum nehmen Russland viel stärker als konkrete Bedrohung wahr als die Bürger in vielen anderen europäischen Staaten – Deutschland

› Prof. Dr. Nüsslein-Volhard im Kreis der Organisatoren der Deutsch-Polnischen Wissenschaftlichen Begegnungen in Warschau.

NOBELPREISTRÄGERIN ZU GAST IN WARSCHAU

Seit zehn Jahren finden die „Deutsch-Polnischen Wissenschaftlichen Begegnungen“ in Warschau statt. Ziel ist es, herausragende deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einer breiteren polnischen Öffentlichkeit zu präsentieren. Dies geschieht im Rahmen des DAAD-Forschungsmarketings, welches vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert wird. Im Gegenzug stellen polnische Alumni der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) ihre Forschungsergebnisse vor. Die Veranstaltungsreihe ist ein Gemeinschaftsprojekt von DAAD, deutscher Botschaft, deutschem Historischen Institut sowie der Vereinigung der polnischen Humboldtianer. Viermal im Jahr treffen sich dazu polnische Alumni des DAAD und der AvH sowie interessierte Studierende, Forschende und Wissenschaftler, um Einblicke in aktuelle Forschungsdebatten in Deutschland und Polen zu bekommen. Aus Deutschland waren zuletzt die Professoren Gerhard Roth, Aleida Assmann sowie Claus Leggewie zu Gast. Den unbestrittenen Höhepunkt der diesjährigen Edition bildete der Auftritt der Biologin Prof. Dr. Christiane Nüsslein-Volhard. Sie hatte 1995 den Nobelpreis für ihre Forschungen über die genetische Kontrolle der frühen Embryonalentwicklung erhalten. In Warschau sprach sie über die „Funktion und Evolution von Schönheit im Tierreich“ und präsentierte ihrem Publikum faszinierende Aufnahmen der Unterwasserwelt. Etwa auf die Frage: „Wie kommen die Streifen in den Zebrafisch?“ habe die Wissenschaft noch keine zufriedenstellende Antwort, so die renommierte Forscherin.

eingeschlossen. Auch im Kontext der transatlantischen Beziehungen zeigen sich Differenzen: Paris und Berlin sehen in der aktuellen US-amerikanischen Administration keinen verlässlichen Partner und sind überzeugt, sich gegenüber den USA behaupten zu müssen. Warschau hingegen setzt auf bilaterale Beziehungen zum Weißen Haus – und wird darin entsprechend bestärkt. So versprach Donald Trump, die polnische „Drei-Meeres-Initiative" zu unterstützen und Flüssiggas nach Polen zu liefern. Positive Signale aus den USA gibt es auch mit Blick auf die erwünschte Präsenz US-amerikanischer Truppen in Polen – mit „Fort Trump" hat man schon den passenden Namen für die Militärbasis parat.

Das Gesetz 2.0 – eine neue „Verfassung für die Wissenschaft"

Die Hochschulreform des Hochschul- und Forschungsministers Jarosław Gowin stand ganz im Schatten der Justizreform. Sie passierte beide Kammern des Parlaments kurz vor der Sommer-

Exzellenzinitiative auf Polnisch

Polnische Hochschulen schneiden in internationalen Rankings traditionell schlecht ab. Auch 2018 schafften es nur zwei polnische Hochschulen in das Shanghai-Ranking der 500 besten Hochschulen weltweit. Mit Blick auf das ernüchternde Resultat will Hochschulminister Gowin die internationale Wettbewerbsfähigkeit ausbauen. Dabei macht er sich keine Illusionen, dass dieses Ziel rasch und ohne größere Anstrengungen zu erreichen sei. Daher hat er bei seiner Hochschulreform stets die Finanzausstattung mit im Blick gehabt und größere Investitionen in die Hochschulen gefordert. Den Plan, die Ausgaben für Hochschulen an die Entwicklung des BIP zu koppeln, konnte er jedoch nicht realisieren. Immerhin stiegen 2018 die staatlichen Ausgaben für das Hochschulwesen um 117 Mio. Euro. Im nächsten Jahr soll es eine weitere Erhöhung um 350 Mio. Euro geben.

Im Frühjahr 2018 lancierte das Ministerium zudem drei Initiativen, die einen ausgewählten Kreis von Hochschulen mit zusätzlichen Mitteln versorgen werden. Die erste von ihnen, nach deutschem Vorbild „Exzellenzinitiative" genannt, zielt auf die Herausbildung von einigen wenigen Forschungshochschulen im Land. Diese sollen die polnische Forschung international sichtbarer machen, sie stärker international vernetzen und den Anteil des Landes an der Forschungsförderung durch ausländische und internationale Organisationen erhöhen. Außerdem will die Initiative hervorragende Ausbildungskapazitäten für Studierende und Nachwuchswissenschaftler schaffen. Teilnehmen können nur Hochschulen, die klar definierten Qualitätsstandards entsprechen. 19 Institutionen haben im Sommer insgesamt 4,7 Mio. Euro erhalten, um sich für den im Frühjahr 2019 startenden Wettbewerb fit zu machen. Die Hochschulen nutzen die Mittel unter anderem, um Leistungen einzelner Forschungseinheiten zu steigern, Publikationsergebnisse zu verbessern und eine Strategie zu erarbeiten, mit der sie in die „erste Liga polnischer Forschungshochschulen" aufsteigen können. Wer hier mitspielen soll, ist noch offen. Derzeit ist von sechs bis zehn Hochschulen die Rede, die im Erfolgsfall in den nächsten Jahren mit einem Budgetplus von 10 Prozent jährlich rechnen können.

Die „Regionale Exzellenzinitiative" richtet sich an kleinere Hochschulen, die von dem erstgenannten Wettbewerb ausgeschlossen waren. Auch hier galten klar definierte Qualitätskriterien als Voraussetzung zur Teilnahme. Der regionale Wettbewerb ist inzwischen abgeschlossen: 30 Institutionen können zwischen 2019 und 2022 mit Projektmitteln in Höhe von maximal 700.000 Euro jährlich rechnen, um ihre Position in der jeweiligen Region zu stärken. Die Berufshochschulen standen im Fokus der dritten Initiative. 14 Institutionen erhalten in zwei Jahren insgesamt 3,5 Mio. Euro, um damit die Qualität der praktischen Ausbildung ihrer Studierenden zu verbessern.

› Studierende der Jagiellonen-Universität in Krakau protestieren gegen das Gesetz von Bildungsminister Jarosław Gowin.

pause, nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit. Nach einem breiten, fast zweijährigen Konsultationsprozess übten unterschiedliche Akteure quasi in letzter Minute heftige Kritik: Studierende, Forscher und Wissenschaftler der großen Universitäten protestierten, das Rektorat der Universität Warschau wurde symbolisch besetzt. Viel entscheidender für den verantwortlichen Minister war aber der unerwartete Widerstand aus den Reihen der PiS. Aus Sorge, sein Vorzeigeprojekt würde im Sejm durchfallen, machte Gowin zahlreiche Konzessionen – und modifzierte das ambitionierte Reformprojekt deutlich.

Worum geht es? Erklärtes Ziel der Reform ist es, das polnische Wissenschaftssystem international wettbewerbsfähiger zu machen. Dafür soll die Internationalisierung deutlich ausgebaut, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verbessert sowie die wissenschaftliche Exzellenz in Forschung und Lehre gesteigert werden. Als zentral gelten außerdem eine stärkere Differenzierung der Hochschullandschaft und die gezielte Förderung verschiedener Hochschultypen durch Wettbewerbsverfahren nach dem Vorbild der deutschen Exzellenzinitiative. Darüber hinaus führt das „Gesetz 2.0“ neue Evaluierungs- und Finanzierungsmodelle sowie Governance-Strukturen ein.

Der geplante Eingriff in die Steuerung der Hochschulen erzeugte im Vorfeld besonders heftige Kritik. Der Gesetzesentwurf stärkte zum einen die Position des Rektors auf Kosten des Selbstverwaltungsrechts der Fachbereiche. Zum anderen sah er mit dem Hochschulrat ein neues Gremium vor, das im Wesentlichen mit universitätsexternen Mitgliedern besetzt werden sollte. Kritiker sahen die Autonomie der Hochschulen bedroht: Sie befürchteten, dass politisch besetzte Hochschulräte in das Management der Hochschulen eingreifen würden, und der Rektor – einem Autokraten gleich – die Geschicke der Hochschule lenken könnte, ohne die Belange der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu berücksichtigen. Das Hochschul- und Forschungsministerium reagierte auf diese Kritik, indem es die Zahl der externen Mitglieder des Hochschulrats reduzierte, seine Kompetenzen verringerte und die Beteiligung von Politik und kommunaler Verwaltung ausschloss. Die Position des Rektors oder der Rektorin blieb allerdings auch in der Endversion des Gesetzes gestärkt.

› Minister Jarosław Gowin – der „Vater“ der Hochschulreform.

Das neue Hochschulgesetz legt viele Entscheidungen, wie etwa die über die Gesamtstruktur der Hochschule, in die Hände der Institutionen. Die Hochschulen sind derzeit aufgerufen, an neuen Statuten zu arbeiten und ihre künftige Struktur selbst zu entwickeln. Das Ministerium betont deshalb gerne, dass das Gesetz die institutionelle Autonomie deutlich stärke. Offenbar engen jedoch viele Verordnungen, die erst schrittweise erarbeitet und publiziert werden, die Spielräume in der Praxis ein. Und schon das Gesetz selbst sieht einen Eingriff in die Hochschulautonomie vor: Künftig hat jeder Inhaber und jede Inhaberin eines sogenannten ordentlichen Professorentitels den Anspruch auf eine Professur. Wichtig in diesem Kontext ist, dass

POLNISCHE GERMANISTIK VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN

In Polen lernen 2,3 Millionen Menschen Deutsch – dies ist laut der letzten Erhebung die höchste Zahl weltweit. Rund 60.000 von ihnen studieren Deutsch oder lernen die Sprache neben einem anderen Studium. Ihre Zahl geht jedoch seit einigen Jahren deutlich zurück. Die germanistischen Institute spüren dies besonders: Vielerorts sinken die Anmeldungen für ein Germanistikstudium. Zudem verzeichnen die Institute fast überall ein sinkendes Sprachniveau zu Studienbeginn. Diese Entwicklung und die aktuelle Hochschulreform sind zwei Herausforderungen, mit denen die polnischen Germanistik-Institute derzeit konfrontiert sind. Die Leiterinnen und Leiter von mehr als 20 Instituten trafen sich Ende November auf Einladung des DAAD an der Universität Warschau, um sich über mögliche Lösungsstrategien auszutauschen.

› Treffen der Leiter der polnischen Germanistik-Institute an der Universität Warschau.

nicht die Hochschulen diesen ranghöchsten Titel verleihen, sondern der Staatspräsident.

Eine abschließende Bewertung der Hochschulreform steht derzeit noch aus: Das Ministerium arbeitet weiterhin an Verordnungen, die Hochschulen an ihren Statuten. Erst 2022 soll der Reformprozess abgeschlossen sein. Akademische Beobachterinnen und Beobachter verweisen darauf, dass der Erfolg entscheidend von der Finanzierung abhänge. In seinem Entwurf hatte der Minister einen Anstieg der Ausgaben für Hochschulen und Forschung auf 1,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis 2025 gefordert. Dieser Passus ist im Gesetz nicht mehr zu finden. Gelingt es dem Minister, Forschung und Lehre nachhaltig besser auszustatten, würde die Reform sicher positive Impulse setzen. Sollte es jedoch bei kurzfristigen Zuschüssen bleiben, hätte die „Verfassung für die Wissenschaft“ sehr viel Unruhe ins System gebracht, ohne es entscheidend zu verbessern.

Die Zukunft polnischer Hochschulen hängt nicht nur von der zusätzlichen Finanzierung ab, sondern auch von der Fähigkeit der einzelnen Institutionen, im Zuge der Reform jeweils eine tragfähige Vision für sich zu entwickeln.

Diese Aufgabe ist vermutlich für kleinere Hochschulen in der Provinz schwieriger zu lösen als für die führenden Institutionen in den Großstädten. Kleine, wissenschaftlich schwächere Hochschulen müssen sich aufgrund der neuen Bewertungs- und Finanzierungskriterien auf

› Auch an der Technischen Universität Warschau wird derzeit an der Umsetzung der Hochschulreform gearbeitet.

ein geringeres Haushaltsvolumen einstellen als bisher und werden ihre Aktivitäten zumindest einschränken müssen. Positiv anzumerken ist jedoch, dass in Polen flächendeckend Doktorandenschulen eingeführt werden sollen – mit Stipendien für alle Promotionskandidaten.

Tabelle 28
Daten zum Bildungssystem Polen

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	38,59 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	4,29 Mio.
Ökonomische Daten	
BIP pro Kopf (in US Dollar) in KKP	27.922
Wirtschaftswachstum	4,8 %
Inflation	1,2 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 8
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 6
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 38
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	4,91 %
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	1,76 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	59,37 %
Immatrikulationsquote	68,11 %
Absolvent/innen nach Abschlussarten	
Bachelor + Master	512.232
PhD	3.787
Forschung	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	1,0 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	42.555
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender	1,97 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. Ukraine	
2. Belarus	
3. Norwegen	
4. Schweden	
5. Spanien	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	24.051
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	1,36 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	5.006
Die beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. Deutschland	
2. Vereinigtes Königreich	
3. Frankreich	
4. Italien	
5. USA	

Quelle: DAAD, Statistik DESTATIS – Statistisches Bundesamt, Wissenschaft weltoffen, The World Bank, Data UNESCO, Institute for Statistics

Tabelle 29: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen Polen

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

		Polen
I. Individualförderung – gesamt	**A**	**292**
	D	**100**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	139
	D	43
Studierende auf Master-Niveau	A	54
	D	12
Doktorand/innen	A	50
	D	9
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	49
	D	36
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	151
	D	33
1–6 Monate	A	72
	D	31
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	69
	D	36
II. Projektförderung – gesamt	**A**	**1.113**
	D	**741**
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	270
	D	219
Studierende auf Master-Niveau	A	258
	D	204
Doktorand/innen	A	157
	D	76
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	366
	D	228
andere Geförderte*	A	62
	D	14
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	981
	D	684
1–6 Monate	A	118
	D	36
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	14
	D	21
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	**A**	**4**
	D	**1.529**
1. Mobilität mit Programmländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	
	D	1.035
2. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	A	
	D	113
3. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	4
	D	381
DAAD-Förderung - gesamt (I + II + III)	**A**	**1.409**
	D	**2.370**
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		**3.779**

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD Fördermittel an deutsche Hochschulen für die Förderung der akademischen Mobilität a) aus Deutschland in das europäische Ausland (Mobilität von Einzelpersonen in Programmländer) und b) aus Deutschland in die gesamte Welt sowie aus der gesamten Welt nach Deutschland (Mobilität von Einzelpersonen mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2016 und damit auf die Laufzeit 1.6.2016–31.5.2018.

ADRESSEN

ADRESSEN IM IN- UND AUSLAND

DAAD-Zentrale Bonn

Deutscher Akademischer Austauschdienst
Kennedyallee 50
53175 Bonn (Deutschland)
Postfach 200404
53134 Bonn (Deutschland)
Tel. +49 (228) 882-0
Fax +49 (228) 882-444
postmaster@daad.de
www.daad.de

Büro Berlin

Deutscher Akademischer Austauschdienst
WissenschaftsForum am Gendarmenmarkt
Markgrafenstraße 37
10117 Berlin (Deutschland)
Hauptstadtbüro
Tel. +49 (30) 20 22 08-0
Fax +49 (30) 204 12 67
Berliner Künstlerprogramm
Tel. +49 (30) 20 22 08-20
bkp.berlin@daad.de
www.berliner-kuenstlerprogramm.de

DAAD-Außenstellen sowie Deutsche Wissenschafts- und Innovationshäuser (DWIH)

Außenstelle Brüssel (seit 2007)

zuständig für die EU-Institutionen
Deutscher Akademischer Austauschdienst
Rue d'Arlon 22–24
1050 Brüssel (Belgien)
Tel. +32 (2) 609 52 89
buero.bruessel@daad.de
www.daad-brussels.eu

Außenstelle Hanoi (seit 2003)

zuständig für Vietnam, Kambodscha, Laos und Myanmar
Deutscher Akademischer Austauschdienst
Vietnamesisch-Deutsches Zentrum
Trung Tam Viet Duc
Hanoi University of Science and Technology
Dai Co Viet / Tran Dai Nghia
Hanoi (Vietnam)
Tel. +84 (24) 38 68 37 73
daad@daadvn.org
www.daad-vietnam.vn

Außenstelle Jakarta (seit 1990)

zuständig für Indonesien, Malaysia und Singapur
German Academic Exchange Service
Summitmas Tower II, 14 Floor
Jl Jend. Sudirman, Kav. 61–62
12190 Jakarta (Indonesien)
Tel. +62 (21) 520 08 70, 525 28 07
Fax +62 (21) 525 28 22
info@daadjkt.org
www.daad.id

Außenstelle Kairo (seit 1960)

zuständig für Ägypten und Sudan
Deutscher Akademischer Austauschdienst
11 Street El-Saleh Ayoub
Kairo-Zamalek (Ägypten)
Tel. +20 (2) 27 35 27 26-0
Fax +20 (2) 27 38 41 36
info@daadcairo.org
www.daad.eg

Außenstelle London (seit 1952)

zuständig für das Vereinigte Königreich und Irland
German Academic Exchange Service
1 Southampton Place
WC1A 2DA London (Großbritannien)
Tel. +44 (20) 78 31-95 11
Fax +44 (20) 78 31-85 75
info@daad.org.uk
www.daad.org.uk

Außenstelle Mexiko-Stadt (seit 2000)

zuständig für Mexiko
Servicio Alemán de Intercambio Académico
Calle Kepler 157
Col. Nueva Anzures
Del. Miguel Hidalgo
C.P. 11590 Mexico, D.F. (Mexiko)
Tel. +52 (55) 52 50 18 83
info@daadmx.org
www.daad.mx

Außenstelle Moskau (seit 1993)

zuständig für die Russische Föderation verantwortlich für das DWIH Moskau
Deutscher Akademischer Austauschdienst
Leninskij Prospekt 95a

119313 Moskau (Russische Föderation)
Tel. +7 (499) 132 49 92
Fax +7 (499) 132 49 88
daad@daad.ru
www.daad.ru

Außenstelle Nairobi (seit 1973)
zuständig für Kenia, Äthiopien, Burundi, Ruanda, Südsudan, Tansania und Uganda
German Academic Exchange Service
Upper Hill Close, 3rd floor Madison
Insurance Hse
Nairobi, P.O. Box 14050
00800 Nairobi (Kenia)
Tel. +254 (733) 92 99 29
info@daadafrica.org
www.daad.or.ke

Außenstelle Neu-Delhi (seit 1960)
zuständig für Indien, Bangladesch, Bhutan, Nepal und Sri Lanka
verantwortlich für das DWIH Neu-Delhi
German Academic Exchange Service
c/o DLTA Complex,
R.K. Khanna Stadium,
1 Africa Avenue
110 029 New Delhi (Indien)
Tel. +91 (11) 66 46 55 00
Fax +91 (11) 66 46 55 55
info@daaddelhi.org
www.daad.in

Außenstelle New York (seit 1971)
zuständig für USA und Kanada
verantwortlich für das DWIH New York
German Academic Exchange Service
871 United Nations Plaza
10017 New York, N.Y. (USA)
Tel. +1 (212) 758 32 23
Fax +1 (212) 755 57 80
daadny@daad.org
www.daad.org

Außenstelle Paris (seit 1963)
zuständig für Frankreich
Office Allemand d'Echanges Universitaires
Maison de la Recherche
Sorbonne Université
28, rue Serpente
75006 Paris (Frankreich)
Tel. +33 (0) 153 10 58 32
info-paris@daad.de
www.daad-france.fr

Außenstelle Peking (seit 1994)
zuständig für die Volksrepublik China (einschließlich Hongkong)
Deutscher Akademischer Austauschdienst
Landmark Tower 2, Unit 1718
8 North Dongsanhuan Road
Chaoyang District
100004 Beijing (VR China)
Tel. +86 (10) 65 90-66 56
Fax +86 (10) 65 90-63 93
postmaster@daad.org.cn
www.daad.org.cn

Außenstelle Rio de Janeiro (seit 1972)
zuständig für Brasilien
verantwortlich für das DWIH São Paulo
Serviço Alemão de Intercâmbio Acadêmico
Rua Professor Alfredo Gomes, 37 Botafogo
22251-080 Rio de Janeiro (Brasilien)
Tel. +55 (21) 25 53 32 96
Fax +55 (21) 25 53 92 61
info@daad.org.br
www.daad.org.br

Außenstelle Tokyo (seit 1978)
zuständig für Japan und Südkorea
verantwortlich für das DWIH Tokyo
Deutscher Akademischer Austauschdienst
Deutsches Kulturzentrum
Akasaka 7-5-56, Minato-ku
107-0052 Tokyo (Japan)
Tel. +81 (3) 35 82 59 62
Fax +81 (3) 35 82 55 54
daad-tokyo@daadjp.com
www.daad.jp

Außenstelle Warschau (seit 1997)
zuständig für Polen
Niemiecka Centrala Wymiany Akademickiej
ul. Zielna 37
00-108 Warszawa (Polen)
Tel.: +48 (22) 395 54 00
Fax: +48 (22) 395 54 07
daad@daad.pl
www.daad.pl

DAAD-Informationszentren

Argentinien
Buenos Aires
info@daad-argentina.org
www.daad-argentina.org

Armenien
Eriwan
info@daad.am
www.daad.am

Aserbaidschan
Baku
info@daad.az
www.daad.az

Äthiopien
Addis Abeba
office@daad-ethiopia.org
www.daad-ethopia.org

Australien
Sydney
daad.australia@gmail.com
www.daad-australia.de

Bangladesch
Dhaka
dhaka@daadbangladesh.org
www.daad-bangladesh.org

Belarus
Minsk
daad-ic-minsk@bntu.by
www.daad.by

Brasilien
São Paulo
daad_sao_paulo@daad.org.br
www.daad.org.br

Chile
Santiago de Chile
ic@daad.cl
www.daad.cl

China
Guangzhou
guangzhou@daad.org.cn
www.daad.org.cn

Shanghai
shanghai@daad.org.cn
www.daad.org.cn

Costa Rica
San José
daad@conare.ac.cr
www.centroamerica.daad.de

Georgien
Tiflis
info@daad.org.ge
ic.daad.de/tbilissi

Ghana
Accra
info@daad-ghana.org
www.daad-ghana.org

Griechenland
Athen
daad@athen.goethe.org
www.daad.gr

Hongkong (CN)
Hongkong und Macau
daadhk@hkbu.edu.hk
ic.daad.de/hongkong

Indien
Bangalore
bangalore@daadindia.org
www.daad.in/ic-bangalore

Chennai
chennai@daadindia.org
www.daad.in/ic-chennai

Mumbai
mumbai@daadindia.org
www.daad.in/ic-mumbai

Pune
pune@daadindia.org
www.daad.in/ic-pune

Irak
Erbil
ic_erbil@daad-iraq.info
www.daad-iraq.info

Iran
Teheran
info@daad-iran.org
www.daad-iran.org

Israel
Tel Aviv
info@daad-israel.org
www.daad.org.il

Italien
Rom
info.rom@daad-netzwerk.de
www.daad.it

Jordanien
Amman
info@daad-jordan.org
www.daad-jordan.org

Kamerun
Yaoundé
info@daad-kamerun.org
www.daad-kamerun.org

Kanada
Toronto
daadca@daad.org
www.daad-canada.ca

Kasachstan
Almaty
info@daad.kz
www.daad.kz

Kirgisistan
Bischkek
info@daad.kg
www.daad.kg

Kolumbien
Bogotá
info@daad.co
www.daad.co

Korea, Republik
Seoul
info@daad.or.kr
www.daad.or.kr

Lettland
Riga
ic@daad.lv
www.daad.lv

Libanon
Beirut
info@daad-lebanon.org
www.daad-lebanon.org

Malaysia
Kuala Lumpur
info@daadkl.org
ic.daad.de/kualalumpur

Pakistan
Islamabad
info@daad.org.pk
ic.daad.de/islamabad

Palästinensische Gebiete
Ost-Jerusalem
info@daad-eastjerusalem.org
www.daad-eastjerusalem.org

Rumänien
Bukarest
info@daad.ro
www.daad.ro

Russische Föderation
Kasan
daad-kasan@mail.ru
www.daad.ru/kasan

Nowosibirsk
info@daad-novosibirsk.ru
www.daad.ru/nowosibirsk

St. Petersburg
daad@herzen.spb.ru
www.daad.ru/st-petersburg

Serbien
Belgrad
info@daad.rs
www.daad.rs

Singapur, Republik
Singapur
info@daad-singapore.org
www.daad-singapore.org

Spanien
Madrid
info@daad.es
www.daad.es

Sri Lanka
Colombo
colombo@daad-sri-lanka-org
www.daad-sri-lanka.org

Südafrika
Johannesburg
daad@wits.ac.za
www.daad.org.za

Tadschikistan
Duschanbe
info@daad.tj
www.daad.tj

Taiwan
Taipeh
info@daad.org.tw
www.daad.org.tw

Thailand
Bangkok
info@daad.or.th
www.daad.or.th

Tschechische Republik
Prag
info@daad.cz
www.daad.cz

Türkei
Ankara
ankara@daad-turkiye.org
www.daad-turkiye.org

Istanbul
istanbul@daad-turkiye.org
www.daad-turkiye.org

Tunesien
Tunis
info@daad.tn
www.daad.tn

Ukraine
Kiew
info@daad-ukraine.org
www.daad-ukraine.org

Ungarn
Budapest
mail@daad.info.hu
www.daad.info.hu

USA, Vereinigte Staaten
San Francisco
daadsf@daad.org
www.daad.org/ic-san-francisco

Vietnam
Ho-Chi-Minh-Stadt
hcmc@daadvn.org
www.daad-vietnam.vn/
ho-chi-minh-stadt

Die Webseiten der Außenstellen und Informationszentren (IC) des DAAD finden Sie unter
www.daad.de/offices

Die Webseiten der Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäuser (DWIH) finden Sie unter
www.dwih-netzwerk.de

IMPRESSUM

Herausgeber
Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)
German Academic Exchange Service
Kennedyallee 50
53175 Bonn (Deutschland)
www.daad.de

Christian Müller, DAAD (verantwortlich)

Redaktion Christine Arndt, Christoph Hansert, Claudia Nospickel, Felix Wagenfeld, DAAD

Bildredaktion Thomas Pankau, DAAD

Gestaltung und Satz Atelier Hauer + Dörfler, Berlin

Druck W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co KG, Stuttgart

Auflage April 2019 – 3.000
Alle Rechte vorbehalten
© DAAD

Bildnachweis James Padolsey/unsplash (Titel), Lichtenscheidt (S. 4), shutterstock.de (S. 6/7 (Victor Jiang), 18/19, 30/31, 42/43, 44 unten (Cire notrevo), 45 (Sundry Photography), 46 (arindambanerjee), 65 (lazyllama), 68/69, 82/83, 94/95 (mdsharma), 103 (Jayant Bahel), 106/107 (maoyunping), 108 (danielcastromaia), 109, 117 (axz700), 132/133, 143 (solomon7), 144 (FrimuFilms), 158/159, 173 beide, 176, 194/195), Michael Asaad (S. 8, 11, 12, 14 beide, 15), DAAD Kairo (S. 9, 10), Khaled Sabry (S. 13), Thomas Pankau (S. 20, 32 oben, 56, 96 oben, 108 oben, 122, 148 oben, 172 oben) Paul Kariuki Mukene (S. 21, 22, 24 unten, 25, 26, 27 beide), DAAD Nairobi (S. 24 oben), DAAD Mexiko (S. 32 unten, 36, 39), Carmen Missal (S. 33, 37 unten), Universidad Autónoma de Nueva Leon (S. 34), Marion Röwenkamp (S. 35), Universidad de Guadalajara (S. 37 oben), Maria Sibylla Merian Center for Advanced Latin American Studies in Humanities and Social Sciences (CALAS) (S. 38), Nathalie Schueller (S. 44, 50, 51), Wendell Weithers Photography (S. 48, 49 oben), iStock.com, Craig McCausland (S. 49 unten), Said Laand/unsplash (S. 54/55), Roberto Moreyra_ Agencia O Globo (S. 57), Fabiola Gerbase (S. 58, 63 unten, 64 oben), Marcelo Theobald, Agencia O Globo (S. 59), Uanderson Fernandes, Agencia O Globo (S. 60 oben), Fernando Antunes (S. 60 unten), DAAD Rio de Janeiro (S. 62), DFG Lateinamerikabüro (S. 63 oben), Paul Voerkel (S. 64 unten), DAAD Hanoi (S. 70 oben, 74, 78 unten, 79 beide), Stefan Hase-Bergen (S. 70 unten, 71, 73 beide, 75 unten, 78 oben), Vietnam News 2018: VNA/ VNS Foto Bich Hue (S. 72), VGU (S. 75 oben), VG-Care (S. 76 beide), University of Social Sciences & Humanities (S. 77 oben), Prof. Tomas Benz (S. 77 unten), Ivan Annusyirvan (S. 84 beide, 88 beide, 89, 91 Mitte), Thomas Zettler (S. 85), Dimas Widiyanto / Egoisme Photography (S. 86, 87), Elita Yunanda / SHARE (S. 91 oben und unten), Heike Mock (S. 96, 97, 99 oben, 100), DAAD Neu Delhi (S. 98 oben, 101), DWIH New Delhi (S. 98 unten), Apoorv Mahendru (S. 99 unten), DAAD Pune (S. 102 oben), Eberhard J. Schorr (S. 102 unten), Jesco Denzel (S. 103 oben), DAAD Peking (S. 110), CDHK (S. 111), Deutsche Botschaft Peking, Liu Yang (S. 112), Lisa-Marie Lingner (S. 113 oben), Deutsche Botschaft Peking (S. 113 unten, 116 oben), Rebecca Sampson (S. 114), DAAD IC Shanghai (S. 115 oben), Zhao-Pengpeng (S. 115 unten, 116 unten), Marianne Long/unsplash (S. 120/121), The Asahi Shimbun, Getty Images (S. 123), Laura Blecken (S. 124, 125, 128 unten), Kyoto University of Foreign Studies (KUFS) (S. 126), DWIH Tokyo (S. 127 beide), Stieglitz (S. 128 oben, 129 unten), Harth (S. 129 oben), Dani Oshi (S. 134 beide, 139 oben, 141 rechts, 142 unten, 143 oben), Iris Haidau (S. 135 oben, 139 unten), European Union / Etienne Ansotte (S. 135 unten), European Union / Pablo Garrigos (S. 136 oben), European Union (S. 136 unten), European Union / Jennifer Jacquemart (S. 137), DAAD Brüssel (S. 140 oben), European Union / Riccardo Pareggiani (S. 140 unten, 141 links), Felix Kindermann (S. 142 oben), Mavis CW/unsplash (S. 146/147), Kendra Jaudzin (S. 148 unten, 149), PA Wire/PA Images, Press assosication (S. 150), Daniel Pust (S. 151), Franziska Kroh (S. 152 beide), Duncan P. Walker, iStock (S. 153), Cumberland Lodge (S. 155), Andreas Hoeschen (S. 160), DAAD Moskau (S. 161, 162 unten, 163, 165, 167), DAAD IC St. Petersburg (S. 162 oben), Pressestelle der Nationalen Technischen Forschungsuniversität A.N. Tupolev in Kazan (KNITU KAI) (S. 166), Rodrigo Kugnharski/unsplash (S. 170/171), Christian Thimme (S. 172 unten, 174), Lotta Resch (S. 175), Carsten Döll (S. 177), Michal Mrozki/unsplash (S. 182/183), Mirosław Kaźmierczak (S. 184 oben, 186 beide, 188 rechts), Radek Pietruszka/PAP (S. 184 unten), Darek Delamnowicz/PAP (S. 185), Marie Jelenka Kirchner (S. 187 links), Tomasz Gzell/PAP (S. 187 rechts), Jacek Turczyk/PAP (S. 188 oben), Omar Marques (S. 190 oben), P. Tracz/KPRM (S. 190 rechts), Jan Bogdanovic (S. 191 oben), Biuro Rektora Politechniki Warszawskiej (S. 191 unten).